

ORDOLIBERALISMUS UND SOZIALPOLITIK

Dissertation
der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich
zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Volkswirtschaft

vorgelegt von
Ernst-Wolfram Friedrich Dürr
von Obermylau, Deutschland

Genehmigt auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. R. Büchner

Verlag P. G. Keller Winterthur 1954

ORDOLIBERALISMUS UND SOZIALPOLITIK

Dissertation
der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich

zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Volkswirtschaft

vorgelegt von
Ernst-Wolfram Friedrich Dürr
von Obermylau, Deutschland

Genehmigt auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. R. Büchner

Verlag P. G. Keller Winterthur 1954

Die Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät gestattet hierdurch die Drucklegung vorliegender Dissertation, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung zu nehmen.

Zürich, den 11. Juli 1953.

Der Dekan:
Prof. Dr. W. Bickel



VORWORT

Die vorliegende Arbeit gilt der Untersuchung der ideellen und praktischen Grundlagen, auf denen sich die Wende vom historischen Kapitalismus zu einer modernen, sozialpolitisch bewussten Wirtschaftsordnung vollzieht, mit anderen Worten: Sie gilt der Wende vom „Laissez faire“ zur „sozialen Marktwirtschaft“. Auf diesem Wege begegnet der Neoliberalismus als geistiger Träger dieser Umwälzung entschiedener Opposition seitens der mit den herkömmlichen Ideen verwachsenen wirtschaftlichen Machtgebilde, da er seinen Antimonopolismus in den Mittelpunkt seiner wirtschaftspolitischen Zielsetzungen stellt und als Anliegen breiter Schichten des Volkes behandelt.

Die Freiburger Schule, durchdrungen von der ORDO-Idee Walter Euckens, vertritt die neoliberale Richtung mit ganz besonderer Konsequenz, weshalb man heute vielfach von Ordoliberalismus spricht. Der Ordoliberalismus fordert neben der grundsätzlich richtungsbestimmenden „Gesamtentscheidung“ für die Marktwirtschaft die ordnungsgetreue institutionelle Verankerung des wirtschaftlichen Wettbewerbs. Dieser Schule gilt unsere besondere Aufmerksamkeit, wobei wir sozialpolitische Probleme sorgfältig berücksichtigen wollen.

Unsere Studie des Ordoliberalismus wurde unter dem Titel Ordoliberalismus und Sozialpolitik als Dissertation der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich vorgelegt. Sie schliesst sich einer Reihe von Zürcher Untersuchungen über verschiedene wirtschafts- und sozialpolitische Ideenrichtungen an, so u. a. denen von E. Cathomas, E. Kull, Ed. Seiler, B. Rimli, H. Rutishauser und H. Zimmermann (vgl. das Literaturverzeichnis). Gewisse Abweichungen von dieser Reihe bestehen insofern, als unsere Darstellung stärker auf das allgemein Wirtschaftspolitische übergreift und sich auf ein mehr programmatisch-theoretisches Gedankengut stützt. Ausser der umfangreichen wissenschaftlichen Literatur waren mir Aussprachen mit namhaften Vertretern des Neo- und Ordoliberalismus, die in der Mont Pèlerin Society zusammengeschlossen sind, von grossem Nutzen.

Ich möchte an dieser Stelle in erster Linie meinem sehr verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. R. Büchner, für die mir gegebenen Anregungen zur Behandlung des Themas, für die mir gewährte Unterstützung bei Gliederung und Aufbau meiner Arbeit und für das dieser entgegengebrachte Interesse meinen herzlichsten Dank aussprechen. Während er mir die Anregung zu den Aussprachen mit prominenten Vertretern dieser neuen Richtung gab, wurden mir diese vermittelt dank der vielseitigen Bemühungen von Herrn Dr. Albert Hunold vom Schweizerischen Institut für Auslandforschung, Abteilung für volkswirtschaftliche Studien, dem ich

auch die grosszügige Zurverfügungstellung von Literatur verbindlichst zu verdanken habe.

Der Leitende Ausschuss der volkswirtschaftlichen Abteilung des Schweizerischen Instituts für Auslandsforschung hat durch eine hochherzige finanzielle Unterstützung die Drucklegung der vorliegenden Arbeit ermöglicht, wofür ich insbesondere dessen Präsidenten, Herrn Dr. Charles Zoelly, meinen ganz besonderen Dank aussprechen möchte.

Die vorliegende Untersuchung wurde in den Jahren 1950-1952 vorgenommen. Während dieser Zeit war es mir vergönnt, Unterredungen zu haben mit den Herren Professoren F. A. von Hayek, F. A. Lutz, F. Machlup, A. Müller-Armack, B. Pfister, W. Röpke und A. Rüstow, mit Frau E. Eucken-Erdsiek, Herrn Dr. K. P. Hensel, Herrn Dr. K. F. Maier und Herrn Dr. C. Mötteli. Für die dabei erhaltenen wertvollen Aufschlüsse und Hinweise bin ich den genannten Herren zum grossem Dank verpflichtet.

Soweit die vorliegende Arbeit über die historische Darstellung und die Behandlung grundsätzlicher Fragen hinausgeht, ist es klar, dass sie nicht Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Wichtige theoretische und praktische Probleme stehen noch zur Diskussion und werden von den einzelnen Forschern, in den ORDO-Jahrbüchern, den Sammelbänden des Schweizerischen Instituts für Auslandsforschung und in dessen Vortragsreihen sowie auf einer internationalen Ebene an den Tagungen der Mont Pèlerin Society behandelt.

Zürich, November 1953

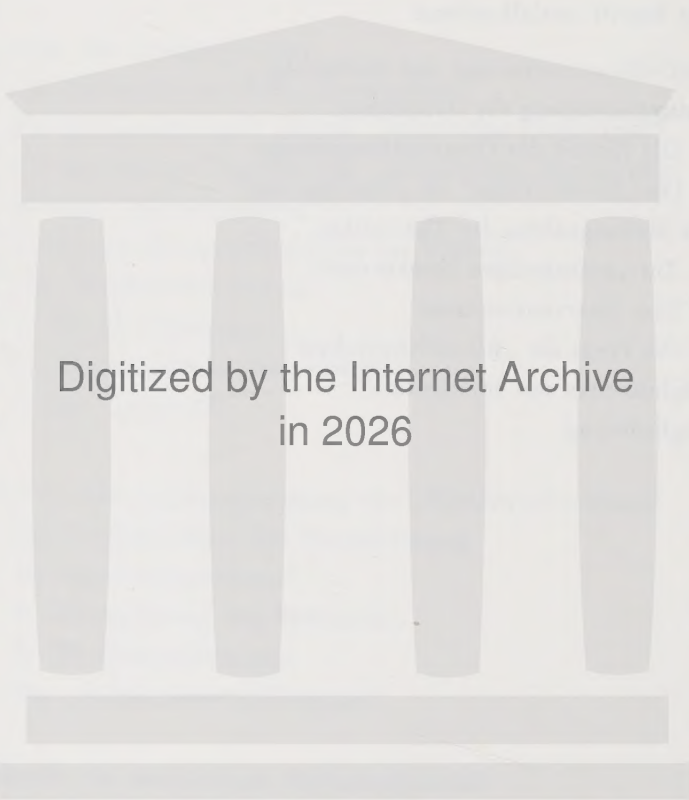
Der Verfasser

INHALTSVERZEICHNIS

Literaturverzeichnis	IX
Einleitung	XXVII
 1. Kapitel: Zur Entwicklungsgeschichte	 1
1. Wandlung des Liberalismus und Gegenkräfte	1
2. Die Stellung des Ordoliberalismus im Neoliberalismus	5
3. Aus den Anfängen des Ordoliberalismus	8
4. Eucken und sein Kreis	11
5. Die Veröffentlichungen der Ordoliberalen	13
6. Von der Wirtschaftstheorie zur Wirtschaftspolitik	15
7. Zur Sozialpolitik	17
 2. Kapitel: Die Gegenstände der ordoliberalen Kritik	 19
1. Grundsätzliches zur Zwangsläufigkeit der geschichtlich-ökono- mischen Entwicklung	 19
2. Kritik an den Prinzipien	24
A. Das Laissez-faire-Prinzip	24
B. Der Interventionismus, insbesondere der sozialpolitische	28
C. Die zentrale Wirtschaftslenkung	32
3. Kritik an einigen Institutionen	35
A. Monopole und Kartelle	35
B. Staatliche und andere Organisationen	38
C. Das Mitbestimmungsrecht	40
4. Ordoliberalismus und Technik	42
 3. Kapitel: Die Grundzüge der ordoliberalen Konzeption	 46
1. Ideelles	46
A. Liberalismus, Individualismus, Kollektivismus	46
B. Liberalismus und ORDO-Idee	49
C. Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung	56
D. Die „soziale Frage“	58

E. Verbreitung der liberalen Ideen	61
2. Praktische Probleme	63
A. Die rechtlich-institutionelle Sicherung	63
B. Monopolbekämpfung und Dezentralisation	65
C. Träger der Sozialpolitik	66
D. Sozialpolitik als Teil der Ordnungspolitik	67
4. Kapitel: Die Ordnungsformen	69
1. Die Antinomie und deren Überwindung	69
2. Der Konkurrenzbegriff und die „vollständige Konkurrenz“	75
3. Die theoretischen Resultate der „vollständigen Konkurrenz“	81
4. Monopol und Konkurrenz	84
5. Zentralverwaltungswirtschaft in der Theorie	84
6. Die „Wettbewerbsordnung“	87
A. Die Grundprinzipien	87
B. Die notwendigen Interventionen	89
C. Das Geldsystem	90
5. Kapitel: Die Funktionsgestaltung der „Wettbewerbsordnung“	94
1. Die Grundprinzipien der Verwirklichung	96
2. Der „Antimonopolismus“	98
A. Die Auflösung von Monopolen	99
B. Die Monopolkontrolle	100
3. Der „liberale Interventionismus“	104
6. Kapitel: Die korrigierende Wirtschaftspolitik	109
1. Die Struktur- und Gesellschaftspolitik	110
2. Die Korrektur der funktionellen Einkommensverteilung	116
3. Die Begrenzung der einzelwirtschaftlichen Planungsfreiheit	117
4. Konjunkturpolitik	118
A. Zur Konjunkturtheorie	120
B. Grundsätze der ordoliberalen Konjunkturpolitik	122

5. Sozialpolitik der Unternehmer und Verbände contra staatliche Sozialpolitik	125
Exkurs: Dezentralisierung und „Agrarkollektivismus“	128
7. Kapitel: Konkurrenz und Herkommen	133
1. Herkömmliche und „marktkonforme“ Sozialpolitik	135
2. Interdependenz und Ordnungsprinzipien	143
3 Der Begriff ‚sozialkonform‘	145
8. Kapitel: Zusammenfassung und Beurteilung	147
1. Zusammenfassung der Grundideen	147
A. Die Einheit des Organisationsprinzips	147
B. Die „Soziale Frage“ als „Überlagerung“	149
2. Die Stellungnahme der Theoretiker	152
A. Zur „vollständigen Konkurrenz“	153
B. Zum Interventionismus	157
C. Die Frage der „Als-ob“-Korrektur	158
3. Möglichkeiten der Sozialpolitik	160
4. Eingliederung	162



Digitized by the Internet Archive
in 2026

LITERATURVERZEICHNIS

Lexika, Allgemeines:

- Bibliographie zur „Sozialen Sicherheit“* des Sozialwissenschaftlichen Archivs des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt am Main 1949.
- Grundriss der Sozialökonomik*, 1. und 2. Auflage, Tübingen 1914—1930.
- Handwörterbuch der Soziologie*, (A. Vierkandt), Stuttgart 1931.
- Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, 3. und 4. Auflage, Jena, 1909—1911 u. 1922—1929.
- Wörterbuch der Politik*, 4 Bände, Freiburg/B., 1949.
- Philosophen - Lexikon* v. Rudolf Eisler, Berlin 1912.
- Handwörterbuch der Philosophie* v. Rudolf Eisler, 1. u. 2. Auflage, Berlin 1912 u. 1922.

Sammelbände:

- Brentano-Festgabe*, Festgabe f. Lujo Brentano, 2 Bände, München u. Leipzig 1925.
- Collectivist economic planning*, ed. by F. A. Hayek, London 1938.
- Fleiner-Festgabe*, Festgabe für Fritz Fleiner, Zürich 1937.
- Konkurrenz und Planwirtschaft*, Beiträge zur theoretischen Nationalökonomie, Bern 1946.
- Sammelbände des Schweizerischen Instituts für Auslandforschung, Abteilung für volkswirtschaftliche Studien, Herausgeber Albert Hunold:
1. *Vollbeschäftigung, Inflation, Planwirtschaft*, Erlenbach-Zürich 1951.
 2. *Wirtschaft ohne Wunder*, Erlenbach-Zürich 1953.
- Synopsis*, Festgabe für Alfred Weber, Basel - Heidelberg 1948.

Periodica:

- Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Tübingen 1904-33.
- Archiv, Weltwirtschaftliches*, Kiel (zitiert: WWA).
- Aussenwirtschaft*, Zeitschrift f. internationale Wirtschaftsbeziehungen, Bern.
- The Cambridge Journal*.
- Economica*, London.
- The quarterly journal of economics*, (Harvard Univ.), Cambridge, Mass.
- Finanzarchiv*, Tübingen.
- Frankfurter Hefte*, Zeitschr. f. Kultur u. Politik, Frankfurt/Main.
- Freiburger Universitätsreden*, Freiburg/Breisgau.
- Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Stuttgart.
- Kölner Universitätsreden*, Köln.
- Mitteilungen des Handelswissenschaftlichen Seminars* der Universität Zürich, Neue Folge.
- Mitteilungen* des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Köln.
- Ordo-Jahrbücher* für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, begr. 1948, seither 5 Bände, Godesberg u. München (zitiert, ORDO-Bd. I u. folgende).
- Revue de la Faculté des Sciences Economiques* de l'Université d'Istanbul.
- Schmollers Jahrbuch* für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, Berlin u. München.

Schriften der Akademie für deutsches Recht, Gruppe Wirtschaftswissenschaften,
Herausg. G. Schmölders.
Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Leipzig, München, Berlin.
Schriftenreihe „Ordnung der Wirtschaft“, (4 Hefte d. Autoren Böhm, Lutz,
Gestrich u. Miksch, s. d.), Stuttgart 1936/37.
Schriftenreihe „Der selbständige Unternehmer“, Frankfurt/Main.
Vierteljahrsschriften zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart.
Wort und Wahrheit, Katholische Monatshefte, Wien.
Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Frankfurt/Main.
Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft.
Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft.
Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik.

Monatshefte:

„DU“, Schweizerische Monatsschrift, 12. Jahrgang, Märzheft 1952, „Die Masse“,
Fortune, New York.

Zeitungen:

Deutscher Volkswirt.
Deutsche Zeitung und Wirtschafts-Zeitung, Stuttgart.
Frankfurter Allgemeine Zeitung.
Neue Zürcher Zeitung.
Schweizerische Handelszeitung.
Time and Tide, London.

Einzelschriften und Aufsätze:

- Achterberg, Erich und Volkmar Muthesius, Leonhard Miksch 1901—1950, ORDO-
Band IV, 1951, Seite 411.
Amonn, Alfred, Der Begriff der Sozialpolitik, Schmollers Jahrbuch, 48. Jahrgang,
1924, Seite 160.
— Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Wien 1911.
— Wert- und Preistheorie und Preispolitik, Konkurrenz u. Planwirtschaft (Sam-
melband), Bern 1946, Seite 3.
— Wirtschaftsordnung und Wirtschaftszustand, in Sammelband: Vollbeschäftigung,
Inflation und Planwirtschaft, Erlenbach-Zürich 1951, S. 16.
Antoni, Carlo, Vom Historismus zur Soziologie, Stuttgart o. J. (1950).
— Aspects of Communism and Socialism, (condensed a paper submitted to the
Mont Pèlerin Society). Time and Tide, Vol. 32, Nr. 14, 7. 4. 1951, p. 294.
Arndt, Helmut, Schöpferischer Wettbewerb und klassenlose Gesellschaft, Duncker
& Humblot, Berlin 1952.
Barone, E., The Ministry of Production in the Collectivist State, in Collectivist
Economic Planning, ed. by F. A. Hayek, London 1938, p. 244.
Baudin, Louis, Planwirtschaft im Altertum und in der Neuzeit, Vollbeschäftigung,
Inflation, Planwirtschaft (Sammelband), Erlenbach-Zürich 1951, Seite 43.
— Die Theorie der Eliten, Sonderabdruck aus Schweizer Monatshefte, 32. Jahr-
gang, Heft 10, Januar 1953.
— L'Aube d'un Nouveau Libéralisme, Paris 1953 (Médicis).
v. Beckerath, Herbert, Economic Planning in the Welfare State, Weltwirtschaft-
liches Archiv, Bd. 63, 1949 I, Seite 49.

- v. *Beckerath*, Herbert, Gesellschaftliche Voraussetzungen des Marshallplans, Kyklos, Vol. IV, Fasc. 2/3, Bern 1950, S. 105.
- Bernhard*, Ludwig, Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik, Berlin 1912.
- Böhler*, Eugen, Korporative Wirtschaft, Erlenbach-Zürich 1934.
- Die Konkurrenz als Organisationsprinzip der Wirtschaft, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Nr. 5, Oktober 1950, 86. Jahrgang, Seite 381.
 - Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Schweiz. Zeitschrift für Volksw. u. Statistik, 87. Jahrgang, Nr. 1, Februar 1951, S. 66.
- Bochensky*, Innocent Maria, Der sowjetrussische dialektische Materialismus, Sammlung Dalp, Band 69, Bern 1950.
- v. *Böhm-Bawerk*, Eugen, Kapital und Kapitalzins, II. Abteilung: Positive Theorie des Kapitals, 3. Auflage, Innsbruck 1912, 4. Auflage, Jena 1921.
- Macht oder ökonomisches Gesetz? Gesammelte Schriften, Wien - Leipzig 1924, Seite 230.
 - Nachteilige Wirkungen des freien Wettbewerbs, Gesammelte Schriften, Wien - Leipzig 1924, Seite 475.
- Böhm*, Franz, Der Kampf des Monopolisten gegen den Aussenseiter als wettbewerbsrechtliches Problem, Diss. Freiburg/Breisgau, Teildruck b. Heymann, Berlin 1933, vollständig in:
- Wettbewerb und Monopolkampf, Berlin 1933.
 - Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, Stuttgart 1937 (Heft 1 der Schriftenreihe Ordnung der Wirtschaft).
 - Der Wettbewerb als Instrument staatlicher Wirtschaftslenkung, in Schriften der Akademie f. dt. Recht, Abtlg. Wirtschaftsw., Heft 6, 1942, S. 51.
 - Das Reichsgericht und die Kartelle, ORDO-Bd. I, S. 197.
 - Die Idee des ORDO im Denken Walter Euckens, ORDO-Bd. III, S. XV.
 - Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht, ORDO-Bd. IV, S. 21.
 - Das Kartellproblem, Schweizerische Zeitschrift f. Volkswirtschaft u. Statistik, 67. Bd., 87. Jhgg., 1951, S. 193 (Vortrag, gehalten a. d. Jahresvers. der Schweiz. Gesellschaft f. Stat. u. Volksw., 1. 6. 1951 Bad Ragaz).
- Böhm*, Friedrich, Rudolf Euckens Stellung zum Sozialismus, Langensalza 1922.
- Bornkamm*, Heinrich, Luthers geistige Welt, Lüneburg 1947.
- Brentano*, Lujo, Ethik und Volkswirtschaft in der Geschichte, Rektoratsrede, München 1901.
- Die Schrecken des überwiegenden Industriestaates, Berlin 1910.
 - Festgabe f. Lujo Brentano z. 80. Geburtstag, 2 Bände, München-Leipzig 1925:
 1. Band: Wirtschaftspolitische Ideologien.
 2. Band: Der Stand der Forschung.
- Bresciani-Turroni*, Costantino, Einführung in die Wirtschaftspolitik, deutsch v. Anton Zahorsky, Bern 1948.
- Der Meinungsstreit um die italienische Wirtschaftspolitik, Sammelband Vollbeschäftigung, Inflation u. Planw., Erlenbach-Zürich 1951, S. 85.
- Brandt*, K., Einführung zum Buch v. Klaus Steinbrück (s. d.), S. 7.
- Briefs*, Goetz, Sozialform und Sozialgeist der Gegenwart, in Handwb. der Soziologie, 1931, S. 170.
- Die Wandlungen der Wirtschaft im kapitalistischen Zeitalter, herausgeg. v. G. Briefs, Berlin 1932.
 - Revierbildung und provinzielle Streuung der Industrie, Archiv f. Sozialw. u. Sozialpolitik, 1932, Bd. 67, S. 29.

- Briefs*, Goetz, Le Prolétariat Industriel, Trad. p. Yves Simon, Paris 1937.
- Das Schlagwort der Wirtschaftsdemokratie, Neue Zürcher Zeitung, Nr. 2113 v. 8. 10. 1950, Blatt 5.
 - Herausgeber von: Die betriebliche Sozialpolitik einzelner Industriezweige, in Schriften des Vereins f. Sozialpol., Band 186 I u. II mit Vorwort d. Herausgebers.
- Brinkmann*, Carl, Der Ertrag der neueren Wirtschaftstheorie für die Orientierung der Wirtschaftspolitik, in Jahrbücher für Nationalökonomie u. Statistik, Bd. 162, 1950, S. 421.
- Brinkmann*, Rudolf, Staat und Wirtschaft, in R. Brinkmann, Wirtschaftspolitik aus nationalsozialistischem Kraftquell, eine Sammlung ausgewählter Vorträge, Reden und Ansprachen, Jena 1939 (G. Fischer-Verlag), Seite 193.
- Büchner*, Richard, Wirtschaftspolitik als Wissenschaft, Festgabe für Fritz Fleiner, Zürich 1937, Seite 360.
- Einzelhandel und Mittelstandspolitik, Mitteilungen aus dem handelswissenschaftlichen Seminar der Universität Zürich, Neue Folge, Heft 64, Zürich 1940.
 - Neuere sozialpolitische Literatur der Schweiz, Sonderabdruck aus der Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 77. Jahrgang, 1941 (S. 245).
 - Die Lehre vom Handel, Sonderabdruck aus der Zeitschrift für Schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 78. Jahrgang, 1942.
 - Unternehmung und Markt, Mitteilungen aus dem handelswissenschaftlichen Seminar der Universität Zürich, Neue Folge, Heft 77, Zürich 1946.
 - Grundfragen der Wirtschaftspolitik, Sonderdruck aus Schmollers Jahrbuch, 71. Jahrgang, Heft 1, Berlin-Lichterfelde 1951.
 - Struktur der Weltwirtschaft, in Recht, Staat, Wirtschaft, 3. Band, Düsseldorf 1951, Seite 371.
 - Walter Eukens Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, J. C. B. Mohr, Tübingen 1953, Heft 4.
- Burnham*, James, Das Regime der Manager, deutsch von H. Lindemann, Stuttgart 1948.
- Burns*, Arthur Robert, The Decline in Competition, New York-London 1936.
- Cathomas*, Elsbeth, Die Idee der berufständischen Ordnung in der katholisch-sozialen Bewegung Italiens, Dissertation, Universität Zürich, 1939.
- Chamberlin*, Edward H., The Theory of Monopolistic Competition, Cambridge, Mass., 1933.
- Cros*, Jaques, Le Néo-Libéralisme. Etude positive et critique. Paris 1951.
- Dennison*, S. R., The Problem of Bigness, The Cambridge Journal, Volume I, Nr. 2, November 1947, p. 109.
- Dickinson*, Robert, City Region and Regionalism, London 1947.
- Dietzel*, Heinrich, Individualismus, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage, Jena 1910, 5. Band, S. 594; 4. Auflage, Jena 1923, 5. Band, S. 408.
- v. *Dietze*, Constantin, Die stolypinsche Agrarreform, ihre Bedeutung für die Feldgemeinschaft, Dissertation Univ. Breslau, 1919, Landwirtschaft und Wettbewerbsordnung, in Schmollers Jahrbuch, 67. Jahrgang, Heft 2, 1942.
- Nationalökonomie und Theologie, das christliche Deutschland 1933-1945, in Evangelische Akademie, Reihe IV, Heft 8, Tübingen 1947.
 - Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung, in Evangelische Akademie, Reihe IV, Heft 4, Tübingen 1947.

- v. Dietze, Constantin, Wege und Aufgaben wissenschaftlicher Agrarpolitik, Freiburger Universitätsreden, Neue Folge, Heft 3, 1948, S. 9.
- Hauptprobleme europäischer Bauernpolitik einst und jetzt, in Synopsis, Festgabe für Alfred Weber, 1948, S. 23.
- Dobretsberger, Josef, Katholische Sozialpolitik am Scheidewege, Graz - Wien 1947.
- Durant, Will, Die grossen Denker, (The Story of Philosophy, the Lives and Opinions of the Greater Philosophers, New York 1926); deutsch v. Andreas Hecht, 8. Auflage, Zürich 1947.
- Eucken, Rudolf, Thomas von Aquino und Kant, ein Kampf zweier Welten, Berlin 1901.
- Eucken, Walter, Die Verbandsbildung in der Seeschifffahrt, Diss. Bonn 1914, vollständig in Staats- u. Sozialw. Forschungen, Heft 172, München u. Leipzig 1914.
- Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, Weltwirtschaftliches Archiv, 36. Band, Heft 2, Jena 1932 II, S. 297.
- Kapitaltheoretische Untersuchungen, mit einer Einleitung in die Sammlung: Was leistet die nationalökonomische Theorie?, Jena 1934.
- Die Überwindung des Historismus, Schmollers Jahrbuch, 63. Jahrgang, Heft 2, 1938.
- Nationalökonomie, wozu?, in Schriftenreihe Wissenschaft u. Zeitgeist, Heft 10, Leipzig 1938.
- Der Wirtschaftsprozess als zeitlicher Hergang, in Jahrb. f. Nationalökonomie u. Statistik, Bd. 152, 1940.
- Wissenschaft im Stile Schmollers, in Jahrb. f. Nationalök. u. Statistik, 1940.
- Die Grundlagen der Nationalökonomie, 1. Auflage, Jena 1940; 2. Auflage, Jena 1941; 3. Auflage, Jena 1943 (zitiert: Eucken, Grundlagen...); 4. Auflage, Jena 1944; 5. Auflage, Godesberg 1948; 6. Auflage, Berlin 1950.
- Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung, in Schriften der Akademie f. deutsches Recht, Heft 6: Wettbewerb als Mittel der volkswirtschaftlichen Leistungssteigerung und Leistungsauslese, 1942, S. 29.
- Die zeitliche Lenkung des Wirtschaftsprozesses und der Aufbau der Wirtschaftsordnungen, in Jahrb. f. Nationalök. und Statistik, 159. Band, Jena 1944, S. 161.
- To the Theory of Centrally Administered Economy, in Economica, Mai u. September 1948, London.
- Die soziale Frage, in Synopsis, Festgabe f. Alfred Weber, Basel-Heidelberg 1948, S. 113.
- Das ordnungspolitische Problem, ORDO-Bd. I, 1948, S. 56.
- Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, ORDO-Bd. II, 1949, S. 1.
- Technik, Konzentration und Ordnung der Wirtschaft, ORDO-Bd. III, 1950, Seite 3.
- Deutschland vor und nach der Währungsreform, in Sammelbd., Vollbeschäftigung, Inflation u. Planw., Erlench-Zürich 1951, S. 134.
- Unser Zeitalter der Misserfolge, fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik, Tübingen 1951.
- Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Herausgeg. von E. Eucken und K. P. Hensel, Bern-Tübingen 1952 (zitiert: Eucken, Grundsätze...).
- Eucken-Erdsiek, Edith, Chaos und Stagnation, ORDO-Bd. I, S. 3.
- Sinn und Sinnverkehrung der modernen Technik, ORDO-Bd. III, S. 333.
- Kultur und Herrschaft. Zu Alexander Rüstows „Ortsbestimmung der Gegenwart“, ORDO-Bd. IV, S. 444.

- Eulenburg*, Franz, Das Geheimnis der Organisation, in *Schmollers Jahrbuch*, 72. Jahrgang, Heft 2, Berlin 1952, S. 29.
- Federico*, Federici, Der deutsche Liberalismus, Zürich 1946.
- Fischer*, Rudolf, Besprechung zu J. Cros, Le Néo-Libéralisme, in *Schweiz. Zeitschrift f. Volksw. u. Stat.*, 88. Jahrgg. Nr. 4, 1952, S. 349.
- Fisher*, Allan G. B., Fortschritt und soziale Sicherheit, deutsch von Eva Röpke, Bern 1947.
- Fleiner-Festgabe*; Festgabe z. 70. Geburtstag von Fritz Fleiner, von d. rechts- u. staatsw. Fakultät der Universität Zürich, Zürich 1937.
- Gather*, Gernot, Die Einordnung der italienischen Gemeinde in den faschistischen korporativen Staat, Diss. Freiburg/B. 1940.
- Reform der Patentgesetzgebung, *ORDO*-Bd. II, S. 270.
- Gehrich*, Karl, Die neue soziale Klasse, Besprechung einer schwedischen Untersuchung des schwed. Angestelltenproblems von Fritz Croner, Tjänstemanskaren i det moderna samhället (Die Angestellten in der modernen Gesellschaft), *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 905, 25. 4. 1952.
- Gendarme*, René, L'expérience Française de la Nationalisation Industrielle et ses Enseignements économiques, Paris 1950.
- Gestrich*, Hans, Liberalismus als Wirtschaftsmethode, Berlin 1930.
- Neue Kreditpolitik, Heft 3 der Schriftenreihe Ordnung der Wirtschaft, Stuttgart 1936.
- Gewerkschaften*, Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften, Die Illusion des freien Wettbewerbs, Köln 1950.
- Gide*, Charles et Ch. Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, 3. Auflage, Jena 1923.
- Gideonse*, Harry D., Vorwort z. Sammelband Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft, Erlenbach-Zürich 1951, S. 11.
- Giese*, Friedrich und Johann Heinrich von *Brunn*, Wettbewerb und Wettbewerbsbeschränkung, Frankfurt/Main 1950.
- Goerdeler*, K. F., Die Ordnung der Wirtschaft; wirtschaftspolitische Betrachtungen zu dem Buche von Franz Böhm, Finanzarchiv, NF Band 5, Tübingen 1938, S. 489.
- von Gottl-Ottlilienfeld*, Friedrich, Der Mythos der Planwirtschaft, Jena 1932.
- de Graaf*, Inflationsgefahr durch falsche Sozialpolitik, in *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen*, Heft 1, 1951, S. 27.
- Grossmann-Doerth*, Rechtsfolgen vertragswidriger Andienung, Marburg 1934.
- Soll die Gesellschaft mit beschränkter Haftung beibehalten werden? *Hanseatische Rechts- u. Gerichtszeitung*, 20. Jahrgang, 8./9. Heft, August/Sept. 1937.
- Grunau*, Joachim, Rationalprinzip, Wirtschaftsrechnung und Wirtschaftssystem, *Weltw. Archiv*, Bd. 64, 1950, Heft 2, S. 280.
- von Haberler*, Gottfried, Liberale und planwirtschaftliche Handelspolitik, Berlin 1934.
- Reale Kosten, Geldkosten und komparative Vorteile, *Zeitschrift f. Nationalökonomie*, Bd. XIII, Heft 3, 1952, S. 415.
- Hahn*, Albert, Der Gegenstand des Geld- und Kapitalmarktes in der modernen Wirtschaft, Diss. Marburg 1919.
- Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, 1. Auflage 1920, 3. Auflage Tübingen 1930.

Hahn, Albert, Ist die Arbeitslosigkeit unvermeidlich?, Berlin 1931.

— Die Grundirrtümer in Lord Keynes' General Theory of Employment, Interest and Money, ORDO-Bd. II, S. 170.

Halm, Georg, Die Konkurrenz, München u. Leipzig 1929.

Haussmann, Friedrich, Rechtsstaat und Wirtschaftslenkung; ein Beitrag zum Problem Recht, Staat und Wirtschaft, Basel 1938.

— Die wirtschaftliche Konzentration an ihrer Schicksalswende, Grundlagen und Aufgaben einer künftigen Trust- und Kartellgestaltung, Basel 1940.

— Der Antitrustgedanke im Wirtschaftssystem, Zürich 1950.

von Hayek, F. A., Geldtheorie und Konjunkturtheorie, Wien 1929.

— Preise und Produktion, Wien 1931.

— Gibt es einen Widersinn des Sparens?, Wien 1931.

— Beiträge zur Geldtheorie, Wien 1933.

— The Mythology of Capital, in The Quarterly Journal of Economics, London 1936, p. 223.

— Monetary Nationalism and International Stability, London 1937.

— Herausgeber v. Collectivist Economic Planning, critical studies on the possibilities of socialism, by Pierson, v. Mises, Hahn, Barone, London 1938; dort F. A. Hayek, The Nature and History of the Problem, p. 1. The Present State of the Debate, p. 201.

— Maintaining Capital Intact, A Reply (to Professor Pigou) *Economica*, Bd. XII, 1945, p. 22.

— The Counter Revolution of Science, *Economica* 1941.

— Scientism and the Study of Society, in *Economica* Part I: Vol. IX, p. 267, London 1942; Part II: Vol. X, p. 34, London 1943; Part III: Vol. XI, p. 27, London 1944.

— The Road to Serfdom, London 1944.

— Der Weg zur Knechtschaft, Herausgegeben u. eingeleitet von W. Röpke, deutsch v. Eva Röpke, Erlenbach-Zürich o. J.

— Time Preference and Productivity, a Reconsideration, *Economica*, Bd. XII, 1945, p. 22.

— Individualism and Economic Order, University of Chicago Press 1948, London 1949; deutsch: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Erlenbach-Zürich 1952.

— Wahrer und falscher Individualismus, ORDO-Bd. I, S. 19.

— The pure Theory of Capital, 2nd. ed., London 1950.

— Die Überlieferung der Ideale der Wirtschaftsfreiheit, Schweizerische Monatshefte, September 1951, S. 184.

— Vollbeschäftigung, Planwirtschaft und Inflation, in Sammelband Vollbeschäftigung, Inflation, Planwirtschaft, Erlenbach-Zürich 1951, S. 184.

— Die Ungerechtigkeit der Steuerprogression, nachträgliche Niederschrift eines Referates an einer Tagung des Schweiz. Instituts für Auslandsforschung, 5. 7. 1952; Sonderabdruck aus Schweizerische Monatshefte, 32. Jahrgang, Heft 8, November 1952.

Heimann, Eduard, Soziale Theorie des Kapitalismus, Tübingen 1929.

— Rationalism, Christianity and Democracy, in Synopsis, Festgabe für Alfred Weber, Basel-Heidelberg 1948, S. 153.

Hensel, K. Paul, Ordnungspolitische Betrachtungen zur katholischen Soziallehre, ORDO-Bd. II, 1949, S. 229.

— Das Verhältnis politischer Wissenschaft zur Politik, ORDO-Bd. IV, 1951, S. 3.

- Herkner*, Heinrich, Sozialpolitischer Liberalismus, in Festschrift für L. Brentano, Bd. I, München-Leipzig 1925, S. 35.
- Unbestrittene und bestrittene Sozialpolitik, in *Schollers Jahrbuch*, Band 48, Seite 201.
- Heyde*, Ludwig, Abriss der Sozialpolitik, 9. Auflage, Heidelberg 1949.
- Hofmann*, Walter, Stadien und Typen der Industrialisierung, Jena 1931.
- Hohmann*, Elmo Paul, Probleme und Arbeitsmethoden internationaler Sozialpolitik, *Weltwirtschaftliches Archiv*, Band 68, Heft 1, Kiel 1952, S. 70.
- Homburger*, Eric, Die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Handels- und Gewerbefreiheit und Vertragsfreiheit als Problem der Wirtschaftsordnung, Diss. jur. Zürich 1948; vollständig in *Zürcher Beiträge zur Rechtswissenschaft*, Neue Folge, Heft 145.
- Hunold*, Albert, Die wirtschaftliche Freiheit als internationales Problem, Zürich 1945, *Kulturschriftenreihe des Artemis-Verlages*, Heft 8.
- Herausgeber für das Schweizerische Institut für Auslandsforschung, Abteilung für volkswirtschaftliche Studien, von: 1. Sammelband: Vollbeschäftigung, Inflation, Planwirtschaft, Erlenbach-Zürich 1951 (E. Rentsch-Verlag). 2. Sammelband: Wirtschaft ohne Wunder, Erlenbach-Z. 1953.
- Herausgeber der Festschrift für William E. Rappard, *Varia Politica*, Zürich 1953, Polygraphischer Verlag.
- Jaspers*, Karl, Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, München 1949 (Piper-Verlag)
- Jessen*, Jens, Wettbewerb als grundsätzliche historische Frage, in *Schriften der Akademie für deutsches Recht, Gruppe Wirtschaftswissenschaften*, Herausgeber G. Schmolders, Heft 6, Berlin 1942.
- Jewkes*, J., Verstaatlichung in mehrfachem Dilemma, in Sammelband Vollbeschäftigung, Infl. u. Planw., S. 198.
- Jöhr*, Walter Adolf, Die ständische Ordnung, Leipzig/Bern 1937.
- Die Renaissance der Konkurrenzidee im Urteil der Theorie, *Revue de la Faculté des Sciences Economiques de l'Université d'Istanbul*, October 1943, Heft 1.
- Theoretische Grundlagen der Wirtschaftspolitik, 1. Band, St. Gallen 1943, 2. Bd. 1952.
- Das Modell der vollkommenen Konkurrenz, in Sammelband Konkurrenz und Planwirtschaft, Bern 1946.
- Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich?, Bern 1948.
- Die Leistungen des Konkurrenzsystems und seine Bedeutung für die Wirtschaft unserer Zeit, in *Schweiz. Zeitschrift f. Volksw. u. Statistik*, Nr. 5, Oktober 1950, S. 398.
- Walter Euckens Lebenswerk, *Kyklos*, Vol. IV, Fasc. 4, 1950, S. 257.
- Jostock*, Paul, Der Ausgang des Kapitalismus, München u. Leipzig 1926.
- Grundzüge der Soziallehre und der Sozialreform, Freiburg/B., 1946.
- Die sozialen Rundschreiben (*Rerum novarum* und *Quadragesimo anno*), mit Erläuterungen, Freiburg/B. 1948.
- Jung*, Edgar, Die Herrschaft der Minderwertigen, ihr Zerfall und Ablösung durch ein neues Reich, 2. A., Berlin 1930.
- de Jouvenel*, Bertrand, *Du Pouvoir, Histoire Naturelle de sa Croissance*, Genève 1947.
- Keynes*, John M., Das Ende des Laissez-faire, Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft, Berlin 1926.

- Keynes, John M.*, The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936.
- Krelle, Wilhelm*, Die Grenzproduktivitätstheorie des Lohnes, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 162, S. 1.
- Küng, Emil*, Grenzen und Motive der staatlichen Wirtschaftspolitik, Diss. Bern 1939.
- Der Interventionismus, Bern 1941.
- Allgemeine Kosten- und Preissenkung?, St. Gallen 1946.
- Zur Lehre von den Marktformen und Marktbeziehungen, die Annäherung des Konkurrenzmodells an die Wirklichkeit, in Sammelband Konkurrenz u. Planwirtschaft, Bern 1946, S. 69.
- Kull, Ernst*, Die sozialreformerische Arbeiterbewegung der Schweiz, Zürich, Leipzig 1930.
- Lampe, Adolf*, Rückkehr der Industrie zur Landwirtschaft, in Die Gegenwart, Freiburg/B., 31. 5. 1947, S. 32.
- Landauer, Carl*, Grundprobleme der funktionellen Verteilung des wirtschaftlichen Wertes, Jena 1923.
- Landis, Paul Henry*, Social policies in the making; a dynamic view of social problems, Boston 1947.
- Lange, O. und Taylor*, On the Economic Theory of Socialism .ed. by B. E. Lippincott, Minnesota 1938.
- Lenel, Hans Otto*, Über zwei Richtungen des Sozialismus der Gegenwart, in ORDO-Bd. I, 1948, S. 304.
- Über die Literatur zu Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, ORDO-Bd. II, 1949, S. 350.
- Liefmann-Keil, Elisabeth*, Organisierte Konkurrenzpreisbildung, Leipzig 1936.
- Lippmann, Walter*, Die Gesellschaft freier Menschen, (The Good Society, 1936) deutsch v. E. Schneider, Bd. IV der Reihe Mensch und Gesellschaft, Herausgeber Konrad Farner, Bern 1945.
- Löwenthal, Richard* (Paul Sering), Der Mythos des XIX. Jahrhunderts, Bemerkungen aus Anlass des Röpke-Gutachtens zur deutschen Wirtschaftspolitik, in Frankfurter Hefte, Heft 12, 1950, S. 1258.
- Lutz, Friedrich A.*, Zur Theorie des Geldmarktes, zugleich eine Analyse des englischen Geldmarktes bei freier Währung. Weltwirtschaftliches Archiv, 1935, Bd. 42 Heft 2, S. 216.
- Grundprobleme der Geldverfassung, Heft 2 der Reihe Ordnung der Wirtschaft, Stuttgart 1936.
- Geldpolitik und Wirtschaftsordnung, in ORDO-Bd. II, 1949, Seite 207.
- Arbeitslosigkeit und Kreditexpansion, in Sammelband Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft, Erlenbach-Zürich 1951, S. 246.
- Europäische Währungsprobleme 1946-1950, in ORDO-Bd. IV, 1951, S. 299.
- Geleitwort zu Walter Euckens Werk Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern-Tübingen 1952, S. VIII.
- Machlup, Fritz*, The Basing-Point System, Philadelphia 1949.
- Führer durch die Krisenpolitik, 1934.
- (co-autorship) Financing American Prosperity, sein Aufsatz: Summary and Analysis, p. 462. A Symposium of Economists; Contributors: B. M. Anderson, J. M. Clark, Howard S. Ellis, Alvin H. Hansen, Sumner S. Slichter, J. H. Williams; Editors: Paul T. Homan and Fritz Machlup, New York 1945.
- A Cartel Policy for the United Nations, in Columbia University Press, N. Y. 1945.

- Machlup*, Fritz, Monopolistic Wage Determination as a Part of the General Problem of Monopoly, Chamber of Commerce of US, 1947.
- Mackenroth*, Gerhard, Sozialistische Wirtschaftsverfassung, in Weltwirtschaftliches Archiv, Band 63, Heft 2, Kiel 1949, Seite 178.
- Maier*, Karl Friedrich, Goldwanderungen, in Probleme der Nationalökonomie, herausgegeben v. W. Eucken, Heft IV, Jena 1935.
- Das Verlangen nach sozialer Sicherheit, ORDO-Bd. III, S. 19.
- Stabilisierung des Wirtschaftsprozesses, ORDO-Bd. IV, S. 251.
- de Man*, Hendrik, Psychologie des Sozialismus, Jena 1927.
- Gegen den Strom, Stuttgart 1953 (Deutsche Verlagsanstalt).
- Manz*, Luise, Der Ordo-Gedanke, in Beiheft 33 zu den Vierteljahrsschriften für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 1937.
- Marbach*, Fritz, Theorie des Mittelstandes, Bern 1942.
- Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention, Bern 1950.
- Das Kartellproblem in schweizerischer Sicht, in Schweiz. Zeitschr. f. Volksw. u. Statistik, Bd. 67, 87. Jahrgang, 1951, S. 214.
- Marx*, Karl, Das Kapital, 3 Bände, 4. Aufl., Hamburg 1890.
- Meade*, James Edward, Planung und Preismechanismus, Die liberalsoziale Lösung. Herausgeber E. Salin u. A. Spiethoff in Hand- und Lehrbücher a. d. Gebiet der Sozialwissenschaften, deutsch von G. Bombach, Bern-Tübingen 1951.
- Messner*, Johannes, Die berufständische Ordnung, Wien 1936.
- Die soziale Frage, 5. Aufl., Innsbruck-Wien-München 1938.
- Das Naturrecht, Handbuch der Gesellschaftsethik, Staatsethik und Wirtschaftsethik, Innsbruck 1950.
- Meyer*, F. W., Geldpolitik, Vollbeschäftigung und Wirtschaftsordnung, ORDO-Bd. I, 1948, S. 91.
- Stabile oder bewegliche Wechselkurse?, ORDO-Bd. IV, S. 345.
- von Mering*, Otto, Steuerpolitik und Vollbeschäftigungspolitik, ORDO-Bd. III, 1950, S. 105.
- Miksch*, Leonhard, Gibt es eine allgemeine Überproduktion?, Jena 1929.
- Wettbewerb als Aufgabe, 1. A. Stuttgart 1937 als Heft 4 der Schriftenreihe Ordnung d. Wirtschaft; 2. A. Godesberg 1947.
- Möglichkeiten und Grenzen der gebundenen Konkurrenz, in Schr. d. Akademie f. dt. Recht, Heft 6, 1942, S. 99.
- Die Theorie des Gleichgewichts, ORDO-Bd. I, 1948, S. 175.
- Freiheit oder Sicherheit, in Wirtschaftsverwaltung, 1949, Heft 13, S. 330.
- Die Wirtschaftspolitik des Als Ob, Zeitschr. f. d. ges. Staatsw., Band 105, 1949.
- Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, in ORDO-Bd. III, 1950, Seite 97.
- Nicht der Markt ist schuld, Zeitschrift f. d. gesamte Kreditwesen, Heft 4, 1950, S. 97.
- Walter Eucken, Nachruf in Kyklos, Vol. IV, Fasc. 4, Bern 1950, S. 279.
- Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts, Weltw. Archiv, Bd. 66, Heft 1, (1951 I), S. 5.
- Die Verstaatlichung d. Produktionsmittel i. d. Morphologie der Wirtschaftsordnungen, Schr. d. Vereins f. Sozialpol., Neue Folge, Band 2, Berlin 1950, Seite 85.

- Mill*, John Stuart, Grundsätze der politischen Ökonomie mit einigen ihrer Anwendungen auf die Sozialphilosophie; deutsch v. W. Gehrig, Jena 1913 (n. d. Ausgabe letzter Hand v. 1871, 7. Aufl.).
- Über die Freiheit, deutsch v. Pickford, Frankfurt/M. 1860.
- von Mises*, Ludwig, Die Gemeinwirtschaft, 1. Aufl. 1920, 2. Auflage Jena 1932;
- *Socialism, An Economic and Sociological Analysis*, translated by J. Kahane, London 1936, 2nd ed. London 1951.
- Liberalismus, Jena 1927.
- Kritik des Interventionismus, Jena 1929.
- Les illusions du protectionisme et de l'autarcie, Paris 1938.
- Economic Calculation in the Socialist Commonwealth, in *Collectivist Economic Planning*, ed. by F. A. Hayek, London 1938, p. 87.
- Nationalökonomie, Theorie des Handelns und Wirtschaftens, Genf 1940.
- Human Action, London-Edinburgh-Glasgow 1949.
- Middle-of-the-Road-Policy Leads to Socialism, New York 1951.
- Mitscherlich*, Alexander, Zur Analyse der Massen, in „DU“, Schweiz. Monatschrift, Nr. 3, März 1952, S. 19.
- Moeller*, Hero, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit, in *Weltwirtschaftl. Archiv*, Bd. 34, S. 387.
- Liberalismus, in *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Band 162, Heft 3, Mai 1950, S. 214.
- ORDO-Jahrbuch, 1. Band Einzelbesprechung, in *Jahrbücher f. Nationalök. u. Statistik*, Bd. 162, Heft 2, 1950, S. 128.
- Zur Frage der Objektivität des wirtschaftlichen Prinzips, *Archiv f. Sozialw.*, 47. Band, S. 163.
- Mönckmeier*, Otto, Besprechung zu Franz Böhms Buch „Die Ordnung der Wirtschaft“, *Weltw. Archiv*, Bd. 48, 1938 II, S. 35*.
- Mötteli*, Carlo, Das Kartellproblem, Bericht zur Tagung der Schweiz. Ges. f. Statistik u. Volkswirtschaft, Neue Zürcher Zeitung Nr. 1215, 1951, Blatt 3.
- Die Regeneration des Liberalismus. Neue Zürcher Zeitung v. 28. 9. 1951.
- Gibt es einen dritten Weg?, Neue Schweizer Rundschau, März 1943; Aprilnummer 1943: Die Schweiz und der 3. Weg.
- Morgenstern*, Oskar, Die Grenzen der Wirtschaftspolitik, Wien 1934.
- Mosca*, Gaetano, Die herrschenden Klassen, Grundlagen der politischen Wissenschaft, a. d. Italienischen, 4. Aufl. Bern 1950.
- Müller-Armack*, Alfred, Ökonomische Theorie der Konjunkturpolitik, 1926.
- Entwicklungsgesetze des Kapitalismus, eine ökonomisch, geschichtstheoretische und soziologische Studie zur modernen Wirtschaftsverfassung, Berlin 1932.
- Genealogie der Wirtschaftsstile, 3. A., Stuttgart 1944.
- Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1947.
- Die Wirtschaftsordnungen, sozial gesehen, ORDO-Bd. I, 1948, S. 125.
- Diagnose unserer Gegenwart, Gütersloh 1949.
- Soziale Irenik, *Weltw. Archiv*, Bd. 64, Heft 2, S. 181.
- Deutung unserer gesellschaftlichen Lage, ORDO-Bd. III, 1950, S. 253 (Bespr. zu W. Röpkes Trilogie).
- Muss*, Max, Wettbewerb und technischer Fortschritt, in *Schr. der Akademie f. dt. Recht*, Heft 6, 1942, S. 173.
- Muthesius*, Volkmar, Fixe Kosten — Fixe Ideen, in *Zeitschrift f. d. ges. Kreditwesen*, 3. Jahrgg., Heft 6, S. 147.

- Muthesius*, Volkmar, und Erich *Achterberg*, Nachruf f. L. Micksch, ORDO-Bd. IV, 1951, S. 411.
- Myrdal*, Gunnar, Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinenbildung, deutsch v. Mackenroth, Berlin 1932.
- Nef*, Hans, Gleichheit und Gerechtigkeit, Zürich 1941.
- von Nell-Breuning* S. J., Oswald, Grundzüge der Börsenmoral, Diss. theol. Freiburg/B. 1928, vollst. als Studien z. kath. Sozial- u. Wirtschaftsethik, Bd. 4, Münster 1928.
- Zur sozialen Frage, 1949.
- Zur Wirtschaftsordnung, in Wörterbuch d. Politik, Heft IV, Freiburg/B. 1949.
- Berufständische Ordnung und Monopolismus, ORDO-Bd. III, 1950, S. 211.
- Thesen zu einer Grundsatzdebatte, Finanzarchiv, Bd. 13, Heft 3, Tübingen 1952, S. 397.
- Niehans*, Jürg, Die Wandlungen ökonomischer Gesetze, Schweiz. Zeitschr. f. Volkswirtsch. u. Statistik, 87. Jahrgg., Nr. 4, August 1951, S. 300.
- Neumark*, Fritz, Neue Ideologien der Wirtschaftspolitik, Leipzig-Wien 1936.
- Oppenheimer*, Franz, Die Siedlungsgenossenschaft, Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage, Leipzig 1896.
- Die soziale Frage u. der Sozialismus, Jena 1919.
- Kapitalismus, Kommunismus, Wissenschaftlicher Sozialismus, Berlin-Leipzig 1919.
- Weder so — noch so; der dritte Weg (Umschlagtitel: Der Dritte Weg), Potsdam 1933.
- Peacock*, Alan F., The Problem of Economic Power, Besprechung zu W. Euckens Vorträgen März 1950 in London (erschieden unter dem Titel: Unser Zeitalter der Misserfolge, Tübingen 1951), in Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 68, Heft 1, Kiel 1952, S. 1*.
- Pentzlin*, K., Unternehmer und Sozialpolitik, in Schriftenreihe der selbständige Unternehmer, Heft 3, Frankfurt/M., 1951, S. 40.
- Pesch*, Heinrich, Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung, 3 Bände (3 Teile) Freiburg/B., 1893-1900.
- Die soziale Befähigung der Kirche, Berlin 1899.
- Peter*, Hans, Sozialpolitik und freier Wettbewerb, in Schriften der Akademie für deutsches Recht, Gruppe Wirtschaftswissenschaften, Herausgeber G. Schmölders, Heft 6, 1942, S. 197.
- Norm und Theorie, Bemerkungen zu den Fragen der ‚Ordnung der Wirtschaft‘, Finanzarchiv, Band 6, Tübingen 1939, Seite 348.
- Sozialstruktur und Wirtschaftsablauf, Finanzarchiv, Band 13, Heft 4, 1952, Seite 569.
- von Philippovich*, Eugen, Entwicklungsgang der wirtschafts- und sozialpolitischen Systeme und Ideale, Teil I: Die Entwicklung bis zum Kriege, in Grundriss der Sozialökonomik, S. Altmann, I. Abteilung, 1. Teil, 2. Auflage, Tübingen 1924, S. 126.
- Pfister*, Bernhard, Sozialpolitik als Krisenpolitik, Stuttgart 1936.
- Die Finanzierung der englischen Arbeitslosenversicherung, Finanzarchiv, Bd. 4, Tübingen 1937, S. 291.
- Die Enteuropäisierung der Weltwirtschaft, in Festgabe für Ad. Weber, Berlin 1951, S. 209 (auch als unverk. Sonderdruck).
- Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, zu A. Rüstows Buch mit demselben Titel, ORDO-Bd. IV, S. 440.

- Pieper*, Josef, Ordnung und Geheimnis, Ein Brevier der Weltweisheit aus dem Werke des hl. Thomas v. Aquino, Zürich 1946.
- Preiser*, Erich, Gestalt und Gestaltung der Wirtschaft, Tübingen 1934.
- Die württembergische Wirtschaft als Vorbild, Stuttgart 1937.
 - Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung, Stuttgart 1949.
 - Besitz und Macht in der Distributionstheorie, in der Festgabe für Alfred Weber, Synopsis, Basel/Heidelberg, 1948, Seite 331.
- Geldschöpfung oder Sparen, in Jahrbücher für Nationalök. und Statistik, Bd. 162, Heft 4, Juli 1950.
- Pribram*, Karl, Wandlungen des Begriffes der Sozialpolitik, in Brentano-Festgabe, Band II, S. 223, Leipzig 1925.
- Pütz*, Theodor, Theorie der allgemeinen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung, Wien 1948.
- Quante*, Heinz, Die moderne Beschäftigungstheorie und die gegenwärtige Arbeitslosigkeit in Westdeutschland, Weltwirtschaftl. Archiv, Bd. 65, Heft 2, 1950, S. 283.
- Recktenwald*, C., Die Lehre von den Marktformen, Weltwirtschaftl. Archiv, Bd. 67, Heft 2, 1951, S. 300.
- Reinecke*, Christian, Anti-Röpke, Zürich 1946.
- Rimli*, Bruno, Sozialpolitische Ideen der schweizerischen Liberal-Konservativen (1815-1939), Diss. Zürich 1950.
- Ritschl*, Hans, Wirtschaftsordnung u. Wirtschaftspolitik, Weltw. Archiv, Bd. 65, Heft 2, 1950, S. 218.
- Die Prinzipien der Gemeinwirtschaft, Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik, Neue Folge, Bd. 2, Berlin 1950, S. 1.
- Robinson*, E. A. G., Betriebsgrösse und Produktionskosten, Wien 1936.
- Robinson*, Joan, The Economics of Imperfect Competition, London 1933.
- Röper*, Burkhardt, Die gegenwärtige Marktstruktur in der nordamerikanischen Industriewirtschaft, ihre Problematik im Hinblick auf die Antitrustpolitik, Weltw. Archiv, Bd. 64, Heft 1, 1950, S. 295.
- Der wirtschaftliche Hintergrund der Kartell-Legalisierung durch das Reichsgericht 1897. Eine Ergänzung zu dem Aufsatz v. Franz Böhm, Das Reichsgericht und die Kartelle (ORDO-Bd. I, S. 197), in ORDO-Bd. III, 1950, S. 238.
 - Ansätze zu einer wirklichkeitsnahen und dynamischen Theorie der Monopole und Oligopole, Weltw. Archiv, Band 67, Heft 2, 1951, S. 266.
- Röpke*, Wilhelm, Die Arbeitsleistung im deutschen Kalibergbau, Diss. Univ. Marburg 1921.
- Die Konjunktur, ein systematischer Versuch als Beitrag zur Morphologie der Verkehrswirtschaft, Jena 1922.
 - Geld und Aussenhandel, Jena 1925.
 - Sozialisierung, Handwörterbuch d. Staatswissenschaften, IV. Auflage, VII. Bd., Jena 1926, S. 567.
 - Spekulation, Handwörterb. d. Staatsw., IV. Auflage, VII. Band, Jena 1926, Seite 706.
 - Das Agrarproblem der USA, II, Archiv f. Sozialw., Bd. 59, 1928, S. 96.
 - Staatsinterventionismus, Handwörterb. d. Staatsw., Ergänzungsband z. IV. Aufl., Jena 1929, S. 861.
 - Finanzwissenschaft, Berlin 1929.

- Röpke, Wilhelm, (Ulrich Unfried), Die Intellektuellen und der Kapitalismus, Frankfurter Zeitung 6., 11. u. 13. 9. 1931, auch in Sonderheft: Nachkriegskapitalismus, Frankfurt 1931.
- Praktische Konjunkturpolitik, Die Arbeit der Brauns-Kommission (Gutachtenkommission der Reichsregierung zur Arbeitslosenfrage, Frühjahr 1931), Weltw. Archiv, 34. Band, 1931, S. 423.
 - Krise und Konjunktur, Leipzig 1932.
 - Fascist Economics, in *Economica*, New Series, Vol. II, London 1935, p. 85.
 - Kapitalismus und Konkurrenzsystem, Schweiz. Zeitschrift f. Volkswirtschaft u. Statistik, 72. Jahrgg., 1936, Heft 3, S. 453.
 - Die Lehre von der Wirtschaft, 1. Aufl. Wien 1937, 2. A. Erlenbach-Zürich 1943, 4. A. Erlenbach-Zürich 1946.
 - Die Grundlagen der Nationalökonomie von Walter Eucken, Besprechung in der Neuen Zürcher Zeitung v. 24. 2. 1942, Nummern 1153 und 1161.
 - International Economic Disintegration, London-Edinburgh-Glasgow 1942.
 - Die Gesellschaftskrise der Gegenwart, Erlenbach-Zürich 1942 (zitiert: Röpke, Gesellschaftskrise...).
 - Der Beveridge-Plan, Schweiz. Monatshefte f. Politik u. Kultur, Juni/Juli 1943, Seite 170.
 - *Civitas humana*, 1. Aufl. Erlenbach-Zürich 1944; 3. Aufl. Erlenbach-Zürich 1949.
 - Internationale Ordnung, Erlenbach-Zürich, 1945.
 - Die deutsche Frage, Erlenbach-Zürich, 1945.
 - Die Krise des Kollektivismus, Zürich 1947.
 - Offene und zurückgestaute Inflation, *Kyklos*, Vol. I, Fasc. 1, Bern 1947, S. 57.
 - ‚Quadragesimo anno‘ und die Forderungen des Tages, in *Wort und Wahrheit*, Band 6, Wien 1947.
 - und Hans Otto Lenel, Muss der Sozialismus kommen? Zu Josef Schumpeters Buch: Kapitalismus, Sozialismus u. Demokratie, ORDO-Bd. I, 1948, S. 277.
 - Rittlings zwischen Sozialismus und Liberalismus. Bemerkungen zu Erich Preiser, Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung, ORDO-Bd. III, 1950, S. 268.
 - Soziologie und Soziologismus, Schweiz. Monatshefte, Heft 8, Nov. 1950, Seite 134.
 - Vollbeschäftigung, eine trügerische Lösung, in *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen*, Frankfurt/Main, Heft 6, 15. 3. 1950. Vgl. dazu auch den in der gleichen Zeitschrift erschienenen Aufsatz von Rolf Wagenführ (Köln) und Thomas Balogh (Oxford), Antwort an Wilhelm Röpke und Röpkes Erwiderung darauf in Heft 11, 1. 6. 1950.
 - Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Analyse und Kritik. Gutachten im Auftrage der westdeutschen Bundesregierung, Stuttgart u. Köln 1950.
 - Mass und Mitte, Erlenbach-Zürich 1950.
 - Nachruf für Walter Eucken, in *Neue Zürcher Zeitung* vom 24. März 1950.
 - Das deutsche Wirtschaftsexperiment — Beispiel und Lehre, in *Sammelband Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft*, Erlenbach-Zürich 1951, S. 261.
 - Wirtschaftssystem und internationale Ordnung, *Prolegomena. ORDO-Band IV*, 1951, Seite 261.
 - ‚Wirtschaftspolitik‘, zu Walters Euckens *Opus Postumum*, *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 748 v. 5. 4. 1952.
- Rosenstock, Eugen, Werkstattaussiedlung, Untersuchung über Lebensraum des Industriearbeiters, in *Sozialpsychologische Forschungen*, herausgegeben v. Willy Hellpach, 2 Bände, Berlin 1922.

- Rothschild*, K. W., *The Degree of Monopoly*, *Economica*, Volume IX, London 1942, p. 24.
- *Fellner on the Competition among the Few*, *Quarterly Journal of Economics*, Cambridge, Mass., Vol. LXXI, Februar 1952, No. 1, p. 128.
 - Rueff*, Jacques, *L'Ordre Social*, Paris 1945.
 - *Épître aux Dirigistes*, Paris 1949.
 - *Discours aux Indépendantes*, Paris 1951.
 - Rüstow*, Alexander, *Votum anl. Aussprache im Verein f. Sozialpolitik z. Thema „Deutschland u. die Weltkrise“* am 28. 9. 1932. In *Schriften d. Vereins*, Bd. 187, München 1933, S. 62—69. — Siehe auch A. Rüstow, *Interessenpolitik oder Staatspolitik*, *Deutscher Volkswirt* 1932, Bd. 7, Nr. 6, S. 169—172 und *ORDO*-Band II, 1949, S. 161, Anm. 31.
 - *General Sociological Causes of the Economic Disintegration and Possibilities of Reconstruction*, im Anhang zu: W. Röpke, *International Econ. Disintegration*, London-Edinburgh-Glasgow 1942.
 - *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus als religionsgeschichtliches Problem*, *Istanbuler Schriften* Nr. 12, Istanbul 1945 (Europa-Verlag Zürich - New York 1945). (zitiert: Rüstow, *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus...*).
 - *Entstehungs- und Lebensbedingungen der Hochkulturen*, in *Synopsis*, Festgabe f. Alfred Weber, Basel-Heidelberg 1948, Seite 397.
 - *Zwischen Kapitalismus und Kommunismus*, *ORDO*-Bd. II, 1949, Seite 100.
 - *Ortsbestimmung der Gegenwart*; I. Teil: *Ursprung der Herrschaft*, Erlenbach-Zürich 1950, II. Teil: *Weg der Freiheit*, Erlenbach-Zürich 1952.
 - *Kritik des technischen Fortschritts*, in *ORDO*-Bd. IV, 1951, Seite 373.
 - *Marktwirtschaft und Demokratie*, Vortrag an der Jahresversammlung der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer am 30. 3. 1951 in Wiesbaden; Heft 3 der *Schriften Der selbständige Unternehmer*, Frankfurt 1951 S. 35.
 - *Wirtschaftsordnung und Staatsform*, in *Magna Charta der Sozialen Marktwirtschaft*, Vorträge anlässlich der Bundestagung des *Freiwirtschaftsbundes* am 9./10. 11. 1951, Heidelberg 1952, S. 19.
 - *Revolution zur Freiheit oder Revolution zur Knechtschaft?* in „DU“, Schweiz. Monatsschrift, Sonderheft „Die Masse“, Nr. 3, März 1952, S. 44.
 - Rutishauser*, Hans, *Liberalismus u. Sozialpolitik in der Schweiz*, Diss. Zürich 1935.
 - Saitzew*, Manuel, *Aktuelle Organisationsprobleme der Industrie*, Zürich 1928.
 - *Eine lange Welle der Arbeitslosigkeit*, in *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, *Die Arbeitslosigkeit der Gegenwart*, Band 185/I., Herausgeber M. Saitzew, München-Leipzig 1932.
 - Vortrag über „Industrialismus und Arbeitslosigkeit“, *Schriften d. Vereins f. Sozialpol.*, *Deutschland und die Weltkrise*, Band 187, München 1933, S. 15.
 - *Der Interventionismus*. Sonderabdruck aus der Festgabe für Fritz Fleiner, Zürich 1937.
 - Salin*, Edgar, *Wirtschaft und Wirtschaftslehre nach zwei Weltkriegen*, *Kyklos*, Vol. I, 1947.
 - *Geschichte der Volkswirtschaftslehre*, 4. Aufl., Bern-Tübingen 1951 (3. Aufl. Bern 1944).
 - Herausgeber zus. mit Artur Spiethoff von: *Hand- und Lehrbücher aus dem Gebiet der Sozialwissenschaften*. Darin 1952: Walter Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Bern-Tübingen 1952, Nachwort v. E. Salin, S. 381.
 - Schaumann*, Wilfried, *Die Landesplanung im schweizerischen, englischen und französischen Recht*, Diss. Zürich 1951.

- Scheibli*, Hans Peter, Marktformen und Marktinterventionismus in der schweizerischen Tabakindustrie, Diss. Basel 1946.
- Schihin*, L., Sozialpolitische Ideen im schweizerischen Katholizismus, die Anfänge 1798—1848, Diss. Zürich 1936.
- Schmalenbach*, Eugen, Industrielle Kleinbetriebe und pretiale Betriebslenkung, in Betriebswirtschaftliche Beiträge, 2. 2. 1948.
- Der freien Wirtschaft zum Gedächtnis, Köln 1949.
- Schmidt*, Ernst, Die schwedische Landwirtschaft, Sonderabdruck aus Schweiz. Monatshefte, 31. Jahrg., Heft 8, Nov. 1951.
- Schmölders*, Günter, Monetäre Theorie der Steuerüberwälzung, Finanzarchiv, Band 4, Tübingen 1937, S. 280.
- Das Sparkapital in der gelenkten Volkswirtschaft, Stuttgart 1940.
- Wirtschaftslenkung als angewandte Wirtschaftswissenschaft, Kölner Universitätsreden, Band 39, Köln 1941.
- Kartelle und Kartellpreise in der gelenkten Volkswirtschaft, Stuttgart 1942.
- Steuersystem und Wettbewerbsordnung, ORDO-Bd. III, 1950, Seite 135.
- Schneider*, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie:
Teil I: Theorie d. Wirtschaftskreislaufes, Tübingen 1947,
Teil II: Wirtschaftspläne u. wirtschaftl. Gleichgewicht in der Verkehrswirtschaft, Tübingen 1949.
Teil III: Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, Tübingen 1952.
- Schneider*, Erich, Besprechung von L. Miksch, Wettbewerb als Aufgabe, die Grundsätze der Wettbewerbsordnung (Ordnung d. Wirtschaft, Heft 4) in Weltwirtschaftl. Archiv, 48. Band, Heft 2, 1938, S. 121*.
- Schmoller*, Gustav, Die soziale Frage, München 1918.
- Schumpeter*, Josef, Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte, in Grundriß d. Sozialökonomik, Abtlg. I, Tübingen 1914, S. 19.
- Business Cycles, 2 Bände, London 1939.
- Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, deutsch v. Susanne Preiswerk, Bern 1946.
- Schwenker*, Rudolf, Die betriebliche Sozialpolitik im Ruhrkohlenbergbau, in Schriften des Vereins f. Sozialpolitik der Reihe: Die betriebliche Sozialpolitik einzelner Industriezweige, Herausgeber Goetz Briefs, Band 186/I, München - Leipzig 1932.
- Seiler*, Eduard, Die berufständischen Ideen in der katholisch-sozialen Bewegung Frankreichs, Diss. Zürich 1935.
- Sering*, Paul, siehe L ö w e n t h a l, Richard.
- Simons*, Henry C., A Positive Program for Laissez Faire, Some Proposals for a Liberal Policy, 1934, in H. C. Simons, Economic Policy of a free Society, Chicago 1948.
- Sombart*, Werner, Das Proletariat. Bilder und Studien. Die Gesellschaft, Sammlung sozialpsychologischer Monographien — Buber I, Frankfurt a. M. 1906.
- Proletarischer Sozialismus, 2 Bände, Jena 1924.
- Die Ordnung des Wirtschaftslebens, in Enzyklopädie der Rechts- und Staatsw., Spiethoff, Bd. 35, 2. Aufl. Berlin 1927.
- Ideale der Sozialpolitik, in Archiv f. soziale Gesetzgebung und Statistik, Band X, S. 8.
- Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, 2 Halbbände, München und Leipzig 1928.
- Die drei Nationalökonomien, München 1930.

- Sombart*, Werner, Der Katholizismus als Kulturideal, in Synopsis. Festgabe für Alfred Weber, Basel-Heidelberg 1948, S. 567.
- Sommer*, Artur, Über Inhalt, Rahmen und Sinn älterer Stufentheorien, in Synopsis, Seite 555.
- Spann*, Othmar, Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre auf dogmengeschichtlicher Grundlage, 4. Auflage, Leipzig 1918 und 6. Auflage, Leipzig 1920.
- Spethoff*, Arthur, Anschauliche und reine volkswirtschaftliche Theorie und ihr Verhältnis zueinander, Synopsis, Seite 505.
- Sraffa*, Piero, The Laws of Returns under Competitive Conditions, *Economic Journal*, Volume XXXVI, London, December 1926, p. 535.
- von Stackelberg*, Heinrich, Marktform und Gleichgewicht, Berlin 1934.
- Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 1. Aufl. Bern 1946 — 2. Aufl. Tübingen-Bern 1951.
- Probleme der unvollkommenen Konkurrenz, in Weltwirtschaftl. Archiv, 48. Bd., Heft 2, 1938, Seite 95.
- Die Grundlagen der Nationalökonomie (Bemerkungen zu dem gleichnamigen Buch von Walter Eucken), Weltwirtschaftl. Archiv, 51. Bd., 1940, Seite 266.
- Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftslenkung, ORDO-Band II, 1949, S. 193.
- Stalin*, Josef, Über die Grundlagen des Leninismus, Vorlesungen an der Swerdlow-Universität 1924, in Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus, Band 12, 4. Auflage, deutsch von J. Winckler, Moskau 1935.
- Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Moskau 1952.
- Stammhammer*, Josef, Bibliographie der Sozialpolitik, 2 Bände, 1. Auflage, Jena 1897 und 1912 (2. Aufl.).
- Steinbrücke*, Klaus, Vom unvollkommenen Markt zur heterogenen Konkurrenz, Mannheimer Schriften, Heft 2, herausgeg. v. H. Ritterhausen, Frankfurt am Main 1951. (Eine Dogmengeschichte der preistheoretischen Umwälzungen der Gegenwart).
- Sulzbach*, Walter, Die Grundlagen der politischen Parteibildung, Tübingen 1921.
- Tautscher*, Anton: Ernst Ludwig Carl (1682-1743), der Begründer der Volkswirtschaftslehre, Jena 1939. Über die Arbeit v. E. L. Carl, *Traité de la richesse des princes et leurs états*, Paris 1722-23.
- Theimer*, Walter, Der Marxismus, Sammlung Dalp, Band 73, Bern 1950.
- Triffin*, R., Monopolistic Competition and General Equilibrium Theory, Cambridge 1941.
- Veit*, Otto, Volkswirtschaftliche Theorie der Liquidität, Frankfurt/Main 1948.
- Deutsche Geldpolitik, Frankfurt 1950.
- Die Flucht vor der Freiheit, Frankfurt 1947.
- Grundsätzliches zum Problem der Freiheit, in ORDO-Bd. III, Seite 280.
- Viner*, Jakob, Vollbeschäftigung um jeden Preis, in Sammelband Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft, Erlenbach-Zürich 1951, S. 313.
- Vontobel*, Klara, Das Arbeitsethos des deutschen Protestantismus, Bern 1946.
- Wagner*, Valentin F., Walter Eucken, in Schweiz. Zeitschr. für Volkswirtschaft u. Statistik, 66. Band, 1950, S. 172.
- Walras*, Léon. Études d'Économie Sociale, (Théorie de la Répartition de la Richesse Sociale), 2ième édition, Lausanne-Paris 1936.
- von Wartenburg*, York, Ansätze zum Leistungswettbewerb in der Kriegswirtschaft, in Schriften der Akademie f. dt. Recht, Heft 6, 1942, S. 3.
- Weber*, Adolf, Grundlagen und Grenzen der Sozialpolitik, in Schriften d. Vereins f. Sozialpol., 182. Bd., 1930, Seite 25.

- Weber, Adolf, Festgabe f. Ad. Weber, Berlin 1951.
- Weber, Alfred, Abschied von der bisherigen Geschichte, Bern 1946.
- Festgabe, *Synopsis*, Basel-Heidelberg 1948.
- Weber, Max, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus (Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie), Tübingen 1934.
- Weddigen, Walter, Sozialpolitik, Jena 1933.
- Werner, Josua, Wohlstand, Freiheit und Gerechtigkeit, ihre Verwirklichung als Problem der Wirtschaftspolitik, Diss. Sankt Gallen 1951. Heft 29 der Veröffentlichungen der Handelshochschule St. Gallen.
- Wessels, Theodor, Wettbewerbsprinzip und Nachkriegswirtschaft, Schriften der Akademie für deutsches Recht, Gruppe Wirtschaftswissenschaften, Herausgeber G. Schmolders, Heft 6, 1942, Seite 209.
- von Wiese, Leopold, Der Liberalismus in Vergangenheit und Zukunft, Berlin 1917.
- Einführung in die Sozialpolitik, 2. Aufl., Berlin 1921.
- Sozialpolitik, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, Band 7, Jena 1926, Seite 612.
- Willeke, Eduard, Von der raumgebundenen menschlichen Arbeitskraft, eine qualitative Theorie des „Arbeitsmarktes“, Jena 1937.
- Über neue Vorschläge zur deutschen Agrarreform und Agrarpolitik, Finanzarchiv, Band 13, Heft 2, Tübingen 1952, Seite 311.
- Winschub, Josef, Grenzen der Sozialpolitik, Leipzig 1929.
- Wyss, Edmund, Die soziale Politik des konservativen Bürgertums in Basel 1833—1875, Diss. Basel 1948.
- Ziegler, Alfred R., Die evangelisch-soziale Bewegung in der Schweiz, Diss. Zürich 1939, erschienen im Verlag des Schweiz. Verbands evangelischer Arbeiter u. Angestellter, 1939.
- Zimmermann, Hans, Sozialpolitische Ideen im schweizerischen Freisinn 1914—1945, Diss. Zürich 1947.
- Zoelly, Charles, Die rechtliche Behandlung der Kartelle in der Schweiz, Diss. Zürich 1916, Zürcher Beiträge zur Rechtswissenschaft, Heft 64, Zürich-Aarau 1917.
- von Zwiedinek-Südenhorst, Otto, Macht oder ökonomisches Gesetz?, Schmollers Jahrbuch, 49. Jahrgang, S. 273.
- Sozialpolitik, Leipzig 1911.
- Zum Wirken von Max und Alfred Weber im Verein für Sozialpolitik, Erinnerungen und Eindrücke, Festgabe für Alfred Weber, *Synopsis*, Basel-Heidelberg 1948, Seite 763.

EINLEITUNG

In den verfloßenen zwei Jahrzehnten hat sich eine Richtung des modernen Liberalismus entwickelt, deren Hort die *Freiburger Schule* ist, die von *Walter Eucken* begründet wurde. Das in dieser wirtschaftspolitischen Ideenströmung zu verzeichnende Wiederaufleben des schon das Mittelalter beherrschenden ORDO-Gedankens, auch äusserlich am Titel der neuesten Jahrbücher zu erkennen, mag es geeignet erscheinen lassen, von einem *Ordoliberalismus* zu sprechen. Unsere Darstellung erstreckt sich auf die Zeit von 1932 bis zum Erscheinen des posthumen Werkes von *Walter Eucken*, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, im ersten Halbjahr 1952.

Das Verhältnis von *Ordoliberalismus und Sozialpolitik* ist von grossem Interesse, weil die *Freiburger Schule* für eine ordnungsgetreue Gestaltung der Formen des Wirtschaftens in Annäherung an den Idealtypus der „vollständigen Konkurrenz“ eintritt. Von diesen Bestrebungen werden die herkömmlichen Einrichtungen und Massnahmen der Sozialpolitik eng berührt, weil der Ordoliberalismus die heutige soziale Frage in einer umfassenden Bedrohung der Freiheit sieht.

Die *Sozialpolitik* ist Einflussnahme verschiedener Träger der Wirtschaftspolitik auf die politisch günstigste Verteilung von Einkommen und Besitz, dient der Erhaltung der Menschenwürde und individuellen Arbeitskraft im Produktionsprozess und dies mit dem obersten Ziel, die gesellschaftlichen Gegensätze zu verringern.

Die Verwirklichung der ordoliberalen *Wettbewerbsordnung* verspricht wesensgemäss grösstmögliche Freiheit und die Erfüllung der Forderung nach einer der individuellen Leistung angemessenen Verteilung des Sozialproduktes. Zentral ist somit der *Antimonopolismus* und der *Kampf gegen die Interessengruppen*. Eine theoretisch gut fundierte, komplementäre Wirtschaftspolitik soll zugleich eine gute Sozialpolitik sein. *Das Mass der sozialpolitischen Interventionen wie aller anderen Eingriffe soll durch die Systemgerechtigkeit bestimmt werden.*

Die Vielgestaltigkeit dieser Bestrebungen rechtfertigt eine besondere Darstellungsweise. Zuerst werden wir uns bemühen, mit der Entwicklungsgeschichte des Ordoliberalismus bekannt zu machen. Die führenden Persönlichkeiten, deren Zusammentreffen, deren gemeinsame Ideen und Arbeiten werden geschildert und die Abgrenzung zum heutigen Neoliberalismus zu ziehen versucht.

Über die umfangreiche ordolibérale Kritik an Grundsätzlichem, an wirtschaftspolitischen Prinzipien und Institutionen gelangen wir zu den Grundlagen der ordoliberalen Konzeption von einer komplementären Wirtschaftspolitik. In einem theoretisch-systematischen Kapitel bemühen wir uns, die Einteilung und Theorie der nach *Eucken* wesentlichen Formen

des Wirtschaftsprozesses wiederzugeben. Daraufhin treten wir ein auf die Darstellung der grundlegenden Bedingungen für die *Realisierung* des Rahmens der „*Wettbewerbsordnung*“, ohne allerdings auf die bedeutsamen wettbewerbsrechtlichen Probleme und wirtschaftsverfassungsmässigen Regelungen eingehen zu können, die auch noch des Ausbaues harren. Der Wirtschaftspolitik, die auf die Verwirklichung der institutionellen Bedingungen gerichtet ist, stellen wir die *korrigierende* Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Seite. Hier sind die Massnahmen zusammengefasst, die einerseits der Erzielung einer der „*Wettbewerbsordnung*“ günstigen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur dienen sollen, andererseits die zumeist sozialpolitischen Korrekturen, die selbst bei allgemeiner Verwirklichung der Marktform der „vollständigen Konkurrenz“ noch vonnöten wären. In einem überleitenden Kapitel über „*Konkurrenz und Herkunft*“ führen wir einige konkurrenzhemmende Fakten aus dem Gebiet der Sozialpolitik an. Mit dem Versuch einer Begriffsbestimmung dessen, was *sozialkonform* ist, möchten wir zum Ausdruck bringen, dass die Grenzen der austeilenden Gerechtigkeit auch in einer freiheitlichen Ordnung nicht unbedingt durch die hier viel erwähnte „*Marktkonformität*“ gezogen werden können. In der Folge geben wir nach einer Zusammenfassung der ordoliberalen Grundsätze eine Darstellung der Ansichten verschiedener Theoretiker zum Modell der „vollständigen Konkurrenz“. Wie sich ergeben hat, ist letztlich nicht die völlige strukturelle Neuordnung nach diesem Modell Ziel der ordoliberalen Wirtschaftspolitik, sondern die Ausschaltung individueller Marktmacht durch geeignete „*Veranstaltung*“ des Wettbewerbs und obrigkeitliche Korrektur der Preisbildung in Annäherung an die theoretischen Ergebnisse dieser Marktform. Die Möglichkeiten der Sozialpolitik, insbesondere der betrieblichen Sozialpolitik für den Fall weitgehender Realisierung der „vollständigen Konkurrenz“ werden abzuklären versucht.

Die Eingliederung des Ordoliberalismus in die breite Ideenströmung des Liberalismus, die Darstellung seiner zeitbedingten Eigenarten und Erwägungen über mutmassliche tragende Gesellschaftsschichten dieser bedeutsamen institutionell revisionistischen Ideen bilden den Abschluss.

1. Kapitel

ZUR ENTWICKLUNGSGESCHICHTE

Abschnitt 1: Wandlung des Liberalismus und Gegenkräfte

In einem kürzlich erschienenen Aufsatz von *Hayek* finden wir folgende Feststellung: „Vor dreissig Jahren war der Liberalismus zwar vielleicht in der Praxis noch einflussreich, aber als geistige Bewegung war er nahezu verschwunden. Heute mag er in der Praxis noch wenig Einfluss haben, aber dass seine Probleme wieder lebendiges Geistesgut geworden sind, berechtigt uns, mit neuer Zuversicht von einer Zukunft des Liberalismus zu sprechen“¹. Die neuen Träger der liberalen Idee sind über mehrere Länder verteilt. Die wesentlichen Keimzellen der Erneuerung sind die *Schule Cannans* an der London School of Economics, die zum Teil nach Amerika ausgewanderte „*Wiener Schule*“ unter dem Einfluss von Ludwig v. *Mises*, die *Chicagoer Gruppe* mit Frank *Knight* und Henry C. *Simons* und die uns beschäftigende kontinentale Gruppe der Ordoliberalen aus Walter *Euckens* „*Freiburger Schule*“, sowie die italienische Gruppe um L. *Einaudi* und C. *Bresciani-Turroni*². Die Ansätze zu den neoliberalen, zumeist aus Fachgelehrten bestehenden Gruppen sind in den frühen Dreissigerjahren zu finden.

Die Bezeichnung *Ordoliberalismus* für die neoliberale Richtung der Freiburger Schule haben wir von H. *Moeller* übernommen³.

Wir wollen zuerst einen kurzen historischen Rückblick tun: Die Abkehr vom Wirtschaftsliberalismus hat deutlich begonnen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Gerade zu einer Zeit, um 1870, als die „deutschen Freihändler — mit ihrem Führer Prince-Smith — glaubten, die Geschichte beweise, dass mit Naturnotwendigkeit dem Freihandel und der Gewerbe-freiheit die Zukunft gehöre...“. Dieser Glaube war, wie die Entwicklung gezeigt hat, falsch. „Bald darauf brach die Ära des Interventionismus an“⁴. Besonders in Deutschland begann eine starke sozialpolitische Strömung einzusetzen. „Ende der sechziger Jahre befanden sich auf deutschen Lehrstühlen der Volkswirtschaftslehre die ‚*Kathedersozialisten*‘ und ethischen

¹ F. A. Hayek, Die Überlieferung der Ideale der Wirtschaftsfreiheit, Schweizerische Monatshefte, September 1951, Seite 338.

² Vgl. Carlo Mötteli, Die Regeneration des Liberalismus, Neue Zürcher Zeitung v. 28. 9. 1951; siehe auch Hayek, a. a. O.

³ Hero Moeller, Jahrbücher für Nationalökonomie u. Statistik, Band 162, Stuttgart 1950, Seite 224.

⁴ Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1952, S. 208.

Historiker Adolph Wagner und Gustav Schmoller neben Roscher, der die historische Schule in sozialpolitisches Fahrwasser zu lenken vermocht hatte. Anfang der siebziger Jahre begann L. Brentano, bald Bücher, Goltz, Lexis, Knapp, mit sozialpolitischen Arbeiten hervorzutreten⁵. Der im Jahre 1872 in Eisenach gegründete Verein für Sozialpolitik folgte weitgehend den Grundsätzen dieser „Kathedersozialisten“: „Schutz der wirtschaftlich Schwächeren unter möglichster Wahrung der individuellen Freiheit und Selbstverantwortungsgefühls“⁶. Diese wissenschaftliche Arbeit war sehr erfolgreich und wurde an den alle zwei Jahre stattfindenden Tagungen gemeinsam besprochen.

Im Jahre 1881 begann mit dem Aufbau der deutschen Sozialversicherung die bedeutendste Phase der Bismarck'schen Sozialpolitik, die dem noch starken, freihändlerischen Wirtschaftsliberalismus auch mit der Forderung nach „Schutz der nationalen Arbeit“ entgegenwirkte; weder die Liberalen noch die Sozialdemokraten waren dem damit eingeleiteten „Staatssozialismus“ zugetan⁷. Die Zeit bis zum ersten Weltkrieg ist durch weitere Fortschritte der Sozialpolitik gekennzeichnet, doch setzte um die Jahre 1912/13 eine deutliche Reaktion ein, die u. a. ihren Ausdruck in L. Bernhards Schrift „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“ fand⁸. Der erste Weltkrieg brachte begreifliche Einschränkungen und Rückschläge in der Sozialpolitik. Die Zwischenkriegszeit war mit den schweren Problemen belastet, die aus den Verlusten des Krieges entstanden waren. Die schwere deutsche Inflation hatte sozialpolitisch und soziologisch verheerende Folgen. Fast die Hälfte des Volkes war irgendwie unterstützungsbedürftig geworden.

Der wachsende Umfang sozialpolitischer Interventionen des Staates führte zum Vordringen des Sozialprinzips, der individualistische „Kapitalismus“ geriet in Abwehrstellung. Der anscheinend kaum überbrückbare Gegensatz zwischen dem Individual- und Sozialprinzip hat schon früh dazu angeregt, doch den Versuch zu machen, einen mittleren Weg zu finden zwischen „Kapitalismus“ und „Kommunismus“.

Diese Lösungsversuche tragen zumeist die Bezeichnung des „Dritten Weges“ und sind besonders in der Frühzeit von mehr oder weniger utopischem Charakter. Wie Röpke ausführt, hat es schon im frühen 19. Jahrhundert Sucher nach einem Dritten Weg gegeben⁹. Er nennt Sismondi, Proudhon und Riehl. Unter seinen Zeitgenossen nennt Röpke die englischen Katholiken Hilaire Belloc Chesterton, die ein auch von der 1928 gegründeten „Distributive League“ gutgeheissenes Mittelstandsprogramm vertreten¹⁰. Chesterton fusst dabei auf dem Grundsatz von Bacon, dass

⁵ Ludwig Heyde, Abriss der Sozialpolitik, 9. Auflage, S. 29.

⁶ Walter Weddigen, Sozialpolitik, Jena 1933, Seiten 38 u. 113.

⁷ L. Heyde, a. a. O., S. 31; zur Kritik siehe dort S. 32 f.

⁸ Ludwig Bernhard, Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik, Berlin 1912.

⁹ W. Röpke, Gesellschaftskrisis . . ., 1. Aufl., S. 308.

¹⁰ J. Dobretsberger, Katholische Sozialpolitik am Scheideweg, S. 82 f.

„property is like muck, it is only good if it is spread“¹¹. Bedeutend und für die weitere Suche nach dem Dritten Wege entscheidend war der Einfluss Franz Oppenheimers. Für Oppenheimer liegt die soziale Frage unserer Zeit in der ungerechten Verteilung des Bodenbesitzes begründet. Diese ungerechte Verteilung ist die Folge der Anwendung des „politischen Mittels“ durch die führenden Schichten, die damit die materiellen Startbedingungen verfälschen¹². Folgerichtig erklärt somit Oppenheimer in einer Abwandlung zur Marx'schen Mehrwerttheorie die „Ausbeutung“ der besitzlosen Schichten als eine Folge der „beschränkten“, unvollständigen Konkurrenz¹³. *„Mehrwert“ bildet sich, wo unter einem „Monopolverhältnis“ getauscht wird.*

Aus dieser Erkenntnis heraus bemühte sich s. Zt. Oppenheimer, dem Sozialisten Karl Kautsky klar zu machen, dass nicht das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, sondern die Herstellung einer „wirklich freien Konkurrenz“ vor der „Ausbeutung“ bewahre¹⁴. Der Gedanke der „wirklich freien Konkurrenz“, der dem marktwirtschaftlichen Idealtypus der „vollständigen Konkurrenz“ entspricht, wendet sich gegen jede durch Monopolstellungen ermöglichte Ungerechtigkeit der wirtschaftlichen Leistungsbewertung, insbesondere auch gegen die Ausnützung des Produktionsmittelmonopols. Im Falle der „vollständigen Konkurrenz“ gibt es keinen Gewinn, weil das Produktionsmittelmonopol aufgehoben ist¹⁵. Oppenheimers Pläne gingen in Bezug auf die notwendige Bodenreform sehr weit und scheiterten nicht zuletzt daran.

Die Wirtschaftspolitik des „Dritten Reiches“ stand nach Rudolf Brinkmann bis zur Vorbereitung der Kriegswirtschaft auch im Zeichen eines „Dritten Weges“¹⁶. Der freie „Leistungswettbewerb“ sollte weder durch liberalistische Willkür noch durch sozialistische Lenkungs-Bürokratie beeinträchtigt werden. Durch Einordnung in die Gemeinschaft sollte die individuelle Freiheit ihre Grenzen finden. *Diese Bestrebungen gingen im extremen Gemeinschaftskult des Totalitarismus unter.*

Nach dem Erlebnis des ersten Weltkrieges war auch Röpke auf der Suche nach einem „Dritten Wege“¹⁷. Wie schon Oppenheimer sieht er den „Kapitalismus“ als eine zu überwindende „historische Form der Marktwirtschaft“¹⁸ an. Die Fehlentwicklung liegt nicht ursprünglich im reinen System der Marktwirtschaft, sondern in der bisher unzureichenden Ordnung

¹¹ J. Dobretsberger, a. a. O., S. 82.

¹² Franz Oppenheimer, Kapitalismus, Kommunismus und Wissenschaftlicher Sozialismus, S. 167 f.

¹³ Oppenheimer, a. a. O., S. 90.

¹⁴ Oppenheimer, a. a. O., S. 214.

¹⁵ Vgl. F. Marbach, Zur Frage d. wirtschaftl. Staatsintervention, S. 111.

¹⁶ Rudolf Brinkmann, Wirtschaftspolitik aus nationalsozialistischem Kraftquell, Jena 1939, S. 199 f.

¹⁷ W. Röpke, Internationale Ordnung, 1945, S. 19.

¹⁸ W. Röpke, Civitas humana, 1944, S. 41.

des Wettbewerbes. Wir sehen die Absicht sich bestärken, die Mittel für eine umfassende Revision der „kapitalistischen“ Marktwirtschaft zu suchen, um dieser dadurch das soziale Gepräge zu geben, das sich in Form der „kleinbetrieblichen Demokratie“¹⁹ nach der Erwartung der Laissez-faire-Liberalen ohne Zutun der Regierung entwickeln sollte.

Auch Rüstow vertritt einen sozialliberalen „Dritten Weg“²⁰. Rüstow wendet sich besonders gegen die ungleichmässige, ‚feudalistische‘ Besitzverteilung und sieht darin ein grosses Hemmnis für die Gleichheit der Startbedingungen im wirtschaftlichen Leistungswettbewerb²¹.

Der „Dritte Weg“ der Ordoliberalen soll eine Überwindung des sozial unzulänglichen „Kapitalismus“ erreichen lassen, ohne dem planwirtschaftlich orientierten Sozialismus folgen zu müssen. Sowohl die Monopolmacht des privaten Kapitals wie die totalitäre Macht der zentralen Lenkung des Wirtschaftsprozesses soll gebannt werden. Das Ziel des „Dritten Weges“ erscheint als die möglichst vollkommene Gestaltung der marktwirtschaftlichen Konkurrenz.

Die Arbeiten der *Lausanner Schule* zur Theorie der „vollständigen Konkurrenz“ hält Eucken für wirklichkeitsfremd. „Man sieht noch nicht — um mit Schumpeter zu sprechen — ‚hinter dem Stückwerk der Preis- und Rentabilitätsmechanik den sozialen Lebens-prozess‘“²². Um der wirtschaftlichen Wirklichkeit näher zu kommen, um die Grundlagen für eine realisierbare „Wettbewerbsordnung“ zu gewinnen, wird Eucken an der Spitze der Ordoliberalen neue Wege beschreiten.

Wenn die Ordoliberalen auch recht weitgehend die sozialistische Kritik am „Kapitalismus“ anerkennen, so stimmen sie mit deren wirtschaftspolitischen Zielen und entwicklungsmässigen Erwartungen nicht überein. Um zu einem eigenen Plan für die Überwindung des „Monopol-Kapitalismus“ zu kommen, bedarf es dreier grundlegender Ansatzpunkte. Diese sind:

1. Die Auseinandersetzung mit der Annahme einer zwangsläufigen Entwicklung vom „Kapitalismus“ zur zentralen Planwirtschaft.
2. Die Überwindung des Gegensatzes zwischen ökonomischer Theorie und wirtschaftlicher Wirklichkeit.
3. Der Entwurf einer geeigneten „Rahmengestaltung“ und Organisationskunst zwecks Annäherung an die erstrebte, von Monopolmacht befreite Ordnung²³.

Gestaltungsideen treten den gestaltbestimmenden *Fakten* entgegen, beziehungsweise den *Meinungen*, welche sich in den Köpfen der Menschen

¹⁹ E. Heimann, *Soziale Theorie d. Kapitalismus*, S. 19.

²⁰ A. Rüstow, *Zwischen Kapitalismus u. Kommunismus*, ORDO-Bd. II, S. 100 ff., *Programm des 3. Weges* daselbst, S. 128 ff.

²¹ A. Rüstow, a. a. O., S. 122 u. 146.

²² W. Eucken, *Grundlagen d. Nationalökonomie*, 3. Aufl., 1943, S. 182.

²³ Diese Gliederung gem. W. A. Jöhr, „Walter Euckens Lebenswerk“, in *Kyklos* Fasc. IV, 4, 1950, Seite 257 ff.

²⁴ Siehe Walter Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 1952, S. 210.

über diese Fakten gebildet haben²⁴. Die Freiheit der Gedanken ermöglicht die Freiheit zur Verständigung.

2. Die Stellung des Ordoliberalismus im Neoliberalismus

Vom „*Neoliberalismus*“ spricht man im eigentlichen Sinne seit etwa zweieinhalb Jahrzehnten; auch „*Sozialliberalismus*“ genannt, könnte dieser ein nach sozialpolitischen Gesichtspunkten revidierter Liberalismus genannt werden. *Herkner* spricht in der Festgabe für *Lujo Brentano* 1925 von „*Sozialpolitischem Liberalismus*“²⁵. *Brentano* sah in der individualistischen Methode der gewerkschaftlichen Selbsthilfe der Arbeiter einen Fortschritt. Der Arbeiter könne sich so von der Überlegenheit der Unternehmer auf dem Arbeitsmarkt befreit fühlen. Ohne an *Neuordnung* zu denken, hielt *Brentano* solche *Ergänzung* für wichtig und mit der liberalen Grundhaltung vereinbar. Das zunehmende Verständnis des Liberalismus für sozialpolitische Tagesforderungen, insbesondere während der nach 1929 beginnenden Depression, bedeutete aber nicht, dass auch Einigkeit über die anzuwendenden Methoden bestehen musste. Dem kollektivistischen Zug der Sozialpolitik steht jede liberale Richtung ablehnend gegenüber. Dass die neo-liberale Richtung nicht einheitlich ist, erkennen wir daran, dass bedeutende Vertreter wie *v. Mises* und *v. Hayek* sich von dem herkömmlichen *Laissez-Faire-Liberalismus* nur wenig entfernt haben.

Nach *Euckens* Auffassung ist die „Bezeichnung“ *neoliberal* „oft tendenziös und nicht treffend“²⁶. Auch *Röpke* und *Miksch* hegen Bedenken, da dieses Schlagwort nur zu gern zu oberflächlicher Kritik ver helfe, indem auf die Fehler des früheren Wirtschaftsliberalismus hingewiesen wird²⁷. Zweifellos gibt es auch heute viele Liberale, die mit Überzeugung an eine „*Renaissance des Liberalismus*“ glauben, an eine Erreichung der Interessenharmonie auf dem Wege des „*Laissez-faire*“. Diese Neoliberalen werden sich einer Auseinandersetzung über diese Methode auch mit ideell Nahestehenden nicht entziehen können. Die Grosszügigkeit in der Behandlung verschiedener Ansichten auch im Kreise der Liberalen selbst lässt hier eine schematische Formulierung nicht zu. Der Neoliberalismus verfügt nicht über ein geschlossenes Programm wie die *Ordoliberalen*, womit wir sagen wollen, dass diese Bezeichnungen nicht ganz synonym sind und hier auch Meinungsdivergenzen bestehen. Jedem Liberalen geht es um die Erhaltung der kulturellen Werte dieser mit der abendländischen Kultur eng verbundenen Geistesrichtung und jeder ist sich bewusst, dass diese Werte verteidigt werden müssen und nicht auf eine günstige Interessenströmung

²⁵ Heinrich Herkner, Sozialpolitischer Liberalismus, in Festschrift für Lujo Brentano, Band I, Wirtschaftspolitische Ideologien, München und Leipzig, 1925, Seite 33.

²⁶ W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1952, Seite 374 f.

²⁷ Röpke, Mass und Mitte, S. 141 ff. — Miksch. ORDO-Bd. III, S. 66.

gewartet werden kann. Die Ablehnung von übermässiger Monopolmacht und die Sicherung des Rechtsstaates, auch auf dem Gebiet einer sozialpolitisch erwünschten Arbeitsordnung werden ebenfalls von allen gefordert.

Verteilungspolitische Interventionen allerdings gesteht *Hayek* nicht zu²⁸, weshalb ihm *Rüstow* vorwirft, dass er „das Ziel der sozialen Gerechtigkeit“ negiere²⁹. Für den sog. *Sozialliberalismus* ist kennzeichnend, dass dessen Vertreter die Einschränkung der individuellen Wirtschaftstätigkeit fordern, wenn diese mit den „Interessen der Allgemeinheit“ in Konflikt kommt³⁰. Oder wie *Myrdal* dazu sagt: „Es ist nämlich höchst diskutabel, welches Eigentum geschützt werden soll und in welchem Ausmass“³¹. Wieder anders beim *liberalen Sozialismus*, der den Produktionsmittelbesitz überhaupt zur Diskussion stellt. Während der Sozialliberalismus das Produktionsmitteleigentum nur unter eine bestimmte Ordnung stellen will, behält der liberale Sozialismus wohl Konkurrenz und Markt bei, ist aber das Ziel betreffend sozialistisch, d. h. auf Gemeineigentum gerichtet. Diese Form wird heute auch als „sozialistische Marktwirtschaft“ bezeichnet.

Was sind die Besonderheiten des Ordoliberalismus? Der Ordoliberalismus gehört zu der internationalen Ideenrichtung des „Neoliberalismus“, er bemüht sich in Abwehr gegen die staatliche Planwirtschaft um eine freiheitliche, geordnete Marktwirtschaft. Die Vertreter des Ordoliberalismus haben nahezu vollzählig im unmittelbaren Abwehrkampf gegenüber dem autoritären nationalsozialistischen Regime gestanden. Der Ordoliberalismus kann nicht als Nachfolge oder Fortsetzung einer bestimmten „Schule“ gesehen werden, sondern zeichnet sich durch die ursprünglichen Leistungen *Euckens*, *Böhms*, *Röpkes* und des ORDO-Kreises aus. Der Ordoliberalismus ist dezentralistisch orientiert, er vertritt eine christlich-humanistische Weltanschauung und legt seiner Wirtschaftspolitik den noch darzustellenden ORDO-Gedanken zugrunde. Der ORDO-Gedanke ist Ausdruck der liberalen Idee des Rechtsstaates, das Ordnungsvorbild eine der vorgegebenen „natürlichen“ Ordnungen, welcher die Tendenz zu einer Harmonie der individuellen Interessen innewohnt. Im Rahmen der „Sachgesetzlichkeit“ der wirtschaftlichen Wirklichkeit soll Freiheit von fremder Willkür bestehen³². Dem „ordre naturel“, dem ORDO *Euckens*, steht die Fehlentwicklung des „ordre positif“ gegenüber³³. Die Gedanken der Physiokraten und, wie *Ritschl* betont, auch des deutschen Kameralisten Ernst Ludwig Carl werden hier fortgesetzt³⁴. Das Anknüpfen an frühliberale

²⁸ Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, S. 109.

²⁹ Rüstow, Wirtschaftsordnung u. Staatsform in Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft, S. 26.

³⁰ Otto v. Mering, Steuerpolitik u. Vollbeschäftigungspol., ORDO III, S. 105.

³¹ Gunnar Myrdal, Das pol. Element i. d. nationalök. Doktrinbildung, Berlin 1932, S. 172.

³² W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1952, S. 369.

³³ W. Eucken, a. a. O., S. 372 f.

³⁴ Hans Ritschl, Wirtschaftsordnung u. Wirtschaftspolitik, in Weltwirtschaftliches Archiv, Band 65, 1950, Heft 2, S. 220 u. 248; vgl. auch das von Ritschl

Gedankengänge, die zufolge des pessimistischen Weltbildes noch nicht zum Glauben an die Selbstverwirklichung der Interessenharmonie führten, ist für den Versuch einer fundamentalen Neugestaltung einer liberalen Wirtschaftspolitik charakteristisch³⁵. Für bezeichnend halten wir mit *Marbach*, mit welcher Gründlichkeit der Ordoliberalismus an die *Organisation der Freiheit* herangeht³⁶. Der angelsächsische Neoliberalismus, dessen Vertreter in der internationalen *Mont Pèlerin Society* mitarbeiten³⁷, scheint bei aller Abneigung gegenüber „Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft“³⁸ nicht die Geschlossenheit der Konzeption wie die Freiburger Schule aufzuweisen. Es dürfte richtig sein, die Abgrenzung allein in zwei wesentlichen Programmpunkten des Ordoliberalismus zu sehen. Der erste und wesentlichste Unterschied zwischen Ordoliberalismus und Neoliberalismus ist der, dass der Neoliberalismus eine „competitive order“ oder „workable competition“ zu fördern sucht, während der kontinentale (deutsche) Ordoliberalismus eine lückenlose „ordered competition“ zu „veranstalten“ strebt³⁹. Zweitens haben die Massnahmen zur Besitz- und Einkommensverteilung einen verstärkt sozialliberalen Charakter.

Eine vorläufige Definition des *Ordoliberalismus*⁴⁰ ist eine Richtung des revisionistischen Liberalismus, fälschlich „neoliberal“⁴¹, besser sozialliberal genannt, die im Wesentlichen von *Walter Eucken*, seiner *Freiburger Schule* und *Wilhelm Röpke* begründet wurde, und welche sich dadurch auszeichnet, dass sie unter Festhalten am liberalen Grundsatz des Privateigentums an den Produktionsmitteln eine marktwirtschaftliche Ordnung des Wettbewerbs anstrebt, die einen gegen das Allgemeininteresse gerichteten Gebrauch des Privateigentums durch Entmachtung monopolistischer Marktstellung verhindert. In der Marktform „vollständiger Konkurrenz“ wird die vorgefundene Ordnung (*ordre naturel*), *ORDO*, gesehen, welche einzig Vorbild des wirtschaftsverfassungsrechtlichen Rahmens einer auf freiem Leistungswettbewerb be-

zitierte Buch: Anton Tautscher, Ernst Ludwig Carl (1682—1743), der Begründer der Volkswirtschaftslehre, Jena 1939. Über die Arbeit von E. L. Carl: *Traité de la richesse des princes et leurs états*, Paris 1722/23.

³⁵ H. Ritschl, a. a. O., S. 220/221.

³⁶ Fritz Marbach, Das Kartellproblem in Schweizerischer Sicht, in *Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, Band 67, 87. Jahrgang, 1951, S. 214 ff., siehe insbes. S. 229 f.

³⁷ Diese Gruppe von „economists, historians, philosophers and other students of public affairs from Europe and the United States“ wurde am 8. April 1947 auf dem Mont Pèlerin (Vaud) gegründet; der Sitz der Gesellschaft ist in Amerika. Präsident *F. A. von Hayek*. Personalunion zum Ordokreis: *Walter Eucken* und *Wilhelm Röpke*.

³⁸ Titel des gleichnamigen Sammelbandes, herausgegeben von *Albert Hunold*, erschienen Erlenbach-Zürich 1951 mit Beiträgen namhafter Neo- u. Ordoliberalen.

³⁹ Vgl. *Hayek*, *Individualism and Economic Order*, London 1949, p. 111; siehe auch *F. Haussmann*, *Der Antitrustgedanke...*, S. 44 ff.

⁴⁰ *Hero Möller*, *Liberalismus*, in *Jahrb. f. Natök. u. Statistik*, Bd. 162, S. 214.

⁴¹ Vgl. *Miksch*, *ORDO*-Bd. III, S. 66.

ruhenden Wirtschaftsweise zu sein vermag; dementsprechend sind die in sich verflochtenen Bereiche Wirtschaft und Gesellschaft gleichartig nach dem Subsidiaritätsprinzip zu ordnen. Oberster sittlicher Grundsatz ist das auf der ausgleichenden Gerechtigkeit beruhende reine Leistungsprinzip. *In diesem Sinn wird die Sozialpolitik mit der Politik zur Ordnung der Wirtschaft* ⁴² *für identisch erachtet. Die konsequente „Veranstaltung“ des Leistungswettbewerbes obliegt einem von Interessengruppen unabhängigen Rechtsstaat.*

3. Aus den Anfängen des Ordoliberalismus

An der Dresdener Tagung des Vereins für Sozialpolitik im September 1932 hat Alexander Rüstow ein Votum eingebracht, das einen der ersten Grundgedanken enthielt, der zur Entwicklung des Ordoliberalismus beitrug. In der Aussprache zum Thema „Deutschland und die Weltkrise“, nach den Referaten von Saitzew und Colm ⁴³, ergriff u. a. Rüstow das Wort und stellte fest, dass im Verein eine Periode zunehmender „Einsicht in die Abhängigkeit wirtschaftspolitischer Probleme von staatspolitischen Umständen“ zu verzeichnen sei, und dass er zur staatspolitischen Seite des Hauptthemas sprechen wolle ⁴⁴. Der zunehmende Einfluss der Interessengruppen auf die Wirtschaftspolitik habe nicht nur die Staatsautorität untergraben, sondern auch zu einer Vielzahl von unzusammenhängenden und sich zum Teil entgegenwirkenden Interventionen geführt. Aus diesem Grunde forderte Rüstow eine „systemgerechte Ausrichtung staatlicher Eingriffe“, einen „liberalen Interventionismus“ in Richtung der Marktgesetze ⁴⁵. *Zur Durchsetzung dieser Wirtschaftspolitik müssten die heutigen Liberalen einen starken Staat fordern, der sich durch „Autorität und Führertum“ auszeichne* ⁴⁶. Dieser Staat müsse auf dem anständigen Kern in jedem Menschen aufbauen „und nicht etwa den Interessenten im Menschen als Integrationselement verwenden“ ⁴⁷. Der neue Liberalismus „fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Interessenten, da, wo er hingehört. Und mit diesem Bekenntnis zum starken Staat im Interesse liberaler Wirtschaftspolitik und zu liberaler Wirtschaftspolitik im Interesse eines starken Staates — denn das bedingt sich gleichzeitig — mit diesem Bekenntnis . . .“ schloss Rüstow seine Ausführungen ⁴⁸.

⁴² Eucken, Grundsätze . . ., S. 313.

⁴³ I. Teilthema „Industrialisierung und Arbeitslosigkeit“, behandelt v. Manuel Saitzew, Zürich, Korreferat von Colm, Kiel. In Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 187. Band, München 1933.

⁴⁴ Rüstow, in Schr. d. Vereins, 187. Band, S. 62.

⁴⁵ Rüstow, a. a. O., S. 63 ff.

⁴⁶ Rüstow, a. a. O., S. 68. (Hervorhebung von uns, W.D.)

⁴⁷ Rüstow, a. a. O., S. 68/69.

⁴⁸ Rüstow, a. a. O., S. 69.

Unabhängig davon, aber fast gleichzeitig äusserte sich *Eucken* ähnlich in seinem Aufsatz „Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus“⁴⁹.

Die „Freiburger Schule“ ist nach Franz *Böhm* dann spontan entstanden. Walter *Eucken*, der schon mehrere Jahre in Freiburg im Breisgau den Lehrstuhl für Nationalökonomie innehatte, traf 1933 mit dem aus Prag kommenden Juristen Hans *Grossmann-Doerth* zusammen und es gesellte sich dazu der Jurist Franz *Böhm*, der gerade seine Habilitationsschrift über „Wettbewerb und Monopolkampf“⁵⁰ ausgearbeitet hatte. Die ersten gemeinsamen Diskussionen fanden im Sommersemester 1933 in Freiburg statt. Man war fast gleichzeitig „an einen Punkt gelangt, von dem aus der Funke übersprang“; der „Ordnungsgedanke“, der uns von nun an beschäftigen wird, war geboren⁵¹.

So reiht sich in der Geschichte des Liberalismus nach einem „*Palaio-Liberalismus*“⁵² und dem „Wirtschaftsliberalismus“ nun ein revisionistischer, ordnender Liberalismus an, der die sozialpolitischen Mängel seines Vorgängers zu überwinden trachtet.

Wie *Röpke* es 1944 im Vorwort zur ersten Auflage seines Buches „*Civitas humana*“ nennt, hatte sich eine kleine Gemeinde von „Protestanten“ gebildet, die begann, „ein Umdenken der Fundamente und eine Änderung der Problemliste“ vorzunehmen⁵³.

Eucken, *Böhm* und *Grossmann-Doerth* arbeiteten intensiv zusammen und bald traten dem Freiburger Kreis die damaligen Dozenten *Lutz*, *K. F. Maier*, *F. W. Meyer* und *Bernhard Pfister* bei. Von nicht unerheblicher Bedeutung waren die unter der Leitung von *K. Paul Hensel* in den Jahren 1934 und 1935 im Schwarzwald durchgeführten Fachschaftslager. Bei diesen Zusammenkünften beabsichtigte man, einigen nationalsozialistischen Dozenten entgegenzuwirken. Zum erstenmal sei anlässlich dieser Lager die Fruchtbarkeit der neuen ordnungspolitischen Konzeption zutagegetreten. Auf einer dieser Tagungen soll es auch gewesen sein, dass die Herausgabe der Schriftenreihe „Ordnung der Wirtschaft“⁵⁴ besprochen wurde, um auch auf die breitere Öffentlichkeit einwirken zu können. Die Position der Ordoliberalen war in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft schwer; der freiheitliche Kurs der Wirtschaftspolitik in der Nachkriegszeit hat an Elan durch diese Erlebnisse gewonnen.

Welchen Gefahren besonders Walter *Eucken* als unerschrockener Kämpfer für die liberale Idee ausgesetzt war, hat *Röpke* geschildert⁵⁵.

⁴⁹ In Weltw. Archiv, 36. Band, Heft 2, Jena 1932 II, S. 297 ff.

⁵⁰ Franz *Böhm*, Wettbewerb und Monopolkampf, Berlin 1933.

⁵¹ Franz *Böhm*, Die Idee des ORDO im Denken Walter Euckens, ORDO-Band III, 1950, S. XL.

⁵² *Böhm*, a. a. O., S. IL.

⁵³ *W. Röpke*, *Civitas humana*, 1944, S. 43.

⁵⁴ Siehe unten, Anm. 73.

⁵⁵ *W. Röpke*, Nachruf für Walter Eucken, Neue Zürcher Zeitung, 24. 3. 1950.

Im August 1938 fanden sich in Paris Neoliberale aus verschiedenen Ländern zu einer Aussprache zusammen. Die Anregung dazu ging von Walter Lippmann aus, dessen 1937 in Boston erschienenen Buch „An Inquiry into the Principles of the Good Society“ sehr grosse Beachtung gefunden hat. An diesem „Colloque Walter Lippmann“ nahmen u. a. L. Baudin, F. A. von Hayek, L. von Mises, J. Rueff, A. Rüstow und W. Röpke teil. Die Diskussion des obengenannten Buches und die Festlegung der weiteren Arbeit waren günstig für die weitere Entwicklung⁵⁶.

In Deutschland fanden während des Krieges 1941-1944 unter dem Vorsitz von Erwin von Beckerath in Freiburg im Breisgau Zusammenkünfte statt „zur Diskussion von Problemen des Überganges von der Kriegszur Friedenswirtschaft und der künftigen Wirtschaftsordnung“⁵⁷. Seit 1947 finden auf internationaler Grundlage, angeregt und präsiert von F. A. von Hayek jährliche Tagungen im Rahmen der „Mont-Pèlerin-Society“ statt⁵⁸.

Der nach der 1948 in Deutschland durchgeführten „Währungsreform“ eingeschlagene wirtschaftspolitische Kurs in Richtung auf eine „soziale Marktwirtschaft“, dessen Einhaltung von Bundeswirtschaftsminister Erhard mit grosser Energie übernommen wurde, entspricht zum Teil den Grundsätzen des Ordoliberalismus. Was die Monopolbekämpfung und die Ansätze der Realisierung der langfristigen sozialpolitischen Aufgaben im Sinne des Ordoliberalismus betrifft, so haben sich gerade da noch Hemmungen und Widerstände gezeigt.

Euckens grundlegende Arbeit zur ordnungsbewussten Gestaltung der Wirtschaftspolitik reicht aber weit über eine Augenblickswirkung hinaus. Im Vorwort zu dem posthum erschienenen Werk „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ zitiert Edith Eucken-Erdsiek folgenden Grundgedanken Walter Euckens: „Dieses Buch ist nicht Tagesproblemen gewidmet. Es will auf das Denken Einfluss nehmen und ist insofern eine Arbeit auf lange Sicht. Ich bin zufrieden, wenn die Gedanken zu weiteren Überlegungen und zu neuer Untersuchung der Wirklichkeit anregen und wenn sie im Laufe der Jahre und Jahrzehnte wirken“⁵⁹.

Die Wandlung des Liberalismus als Wirtschaftsmethode ist derart, dass es angezeigt erscheint, den Wirtschaftsliberalismus des Laissez-Faire als eine historische Erscheinung zu betrachten. Um aber die Kulturgüter „eines unvergänglichen Liberalismus“⁶⁰ zu erhalten, sucht der Ordoliberalismus die Mittel auf, welche die „Sachgesetzlichkeit“⁶¹ der wirtschaftlichen Wirklichkeit zulässt.

⁵⁶ Vgl. W. Röpke, Vorwort zur deutschen Übersetzung von Lippmanns Buch, Die Gesellschaft freier Menschen, Bern 1945, S. 28.

⁵⁷ Siehe ORDO-Band II, S. 193 Anmerkung.

⁵⁸ Siehe oben, Anm. 37.

⁵⁹ Edith Eucken-Erdsiek, Vorwort zu W. Eucken, Grundsätze . . ., S. VI.

⁶⁰ W. Röpke, Mass und Mitte, S. 15 ff.

⁶¹ W. Eucken, Grundsätze . . ., S. 369.

4. Eucken und sein Kreis

Walter *Eucken* wurde am 17. Januar 1891 in Jena geboren als Sohn des Philosophen Rudolf *Eucken*, der dem *Kant'schen* Idealismus nahestand. Walter *Eucken* studierte in Kiel, Bonn und Jena und promovierte am 5. 3. 1913 in Bonn. Seine Dissertation über die Verbandsbildung in der Seeschifffahrt trägt das Datum vom 22. 5. 1914. Die Habilitation erfolgte 1921 an der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin. Walter *Eucken* war ausserdem als stellvertretender Geschäftsführer der Fachgruppe Textil des Reichsverbandes der Deutschen Industrie tätig. 1925 wurde er Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften in Tübingen, von wo er bald an die Universität Freiburg im Breisgau berufen wurde. Von seiner wissenschaftlichen Arbeit zur Theorie wirtschaftlicher Ordnungen berichten wir im folgenden ausführlich. Walter *Eucken* verblieb auch während der nationalsozialistischen Herrschaft in Freiburg und hat dort unbeirrt seiner Aufgabe weiter gelebt. In den letzten Jahren seines Lebens war es ihm vergönnt, mit Erfolg seine wirtschaftspolitischen Grundsätze im wirtschaftlichen Beirat der Bundesregierung zu vertreten. Auf einer Vortragsreise nach England überraschte ihn kurz vor seinem vierten Vortrag an der London School of Economics am 20. 3. 1950 im Alter von 59 Jahren der Tod. Zu den wertvollsten Nachrufen gehören die von Friedrich A. *Lutz*, Leonhard *Miksch* und Walter A. *Jöhr*, wo der Leser aus berufener Feder von Freunden und Kollegen Darstellungen von Leben und Lebenswerk Walter *Euckens* findet⁶².

Der engste Kreis um *Eucken* bildete sich aus Freunden und Schülern. Seine Frau, *Edith Eucken-Erdsiek*, seine Freunde *Franz Böhm*, *Hans Grossmann-Doerth*, *Hans Gestrich*, *Bernhard Pfister*, seine Schüler *Friedrich Lutz*, *Karl Friedrich Maier*, *Fritz Meyer*, *Leonhard Miksch*, sein langjähriger Assistent *K. Paul Hensel* sind hier zu nennen. Diese Gemeinschaft ist frei gewachsen und dies „ist die sicherste Gewähr dafür, dass die Arbeit im Geiste des Verstorbenen fortgesetzt werden wird“⁶³. *Leonhard Miksch* starb kaum ein halbes Jahr nach *Eucken*. *Miksch* hat neben seiner wissenschaftlichen Arbeit eifrig journalistisch gewirkt, seine Ideen bezüglich der „Veranstaltung“ der „Wettbewerbsordnung“ zeugen von Einfallsreichtum und Konsequenz⁶⁴.

Die Leistungen von *Röpke* und *Rüstow* sind von besonderer Art. Beide Wissenschaftler sind in den frühen Dreissigerjahren ins Exil gezwungen worden und haben von dort aus für die liberale Idee gefochten. Besonders

⁶² Friedrich *Lutz* im Geleitwort zu *Euckens* posthum erschienenen Werk *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 1952, S. VIII ff. - Leonhard *Miksch*, „Walter *Eucken*“, in *Kyklos*, Vol. IV, Fasc. 4, 1950, S. 279 ff. - Walter A. *Jöhr*, *Walter Euckens Lebenswerk*, in *Kyklos* IV/4, S. 257 ff.

⁶³ L. *Miksch*, „Walter *Eucken*“, in *Kyklos*, Vol. IV, Fasc. 4, 1950, S. 279.

⁶⁴ Siehe den Nachruf von Erich *Achterberg* und Volkmar *Muthesius* in *ORDO*-Band IV, S. 411 ff.

Röpke hat von Genf aus unermüdlich in Büchern, Schriften und Aufsätzen auf breitere Gesellschaftsschichten zu wirken vermocht. Als Nationalökonom und Soziologe setzte er sich ein für eine liberale „natürliche Ordnung“, für eine „Civitas humana“⁶⁵. Direkt zur Freiburger Schule zu rechnen ist *Röpke* insofern nicht, als er viel stärker die gesellschaftliche Strukturgestaltung betont, viel stärker klingt bei ihm der thomistische ORDO-Gedanke an. Seine Vorstellung zur Ordnung des Wettbewerbes dürfte jedoch weitgehend mit den *Euckenschen* Grundsätzen übereinstimmen.

Rüstow hat das Verdienst, schon sehr zeitig mit seinem „liberalen Interventionismus“ hervorgetreten zu sein. Sein im Istanbuler Exil entworfenes Programm des „Dritten Weges“ für eine „radikal liberale Wirtschaftsordnung“ zeigt, dass *Rüstow* im Interesse einer liberalen Ordnung sehr energische Massnahmen vorschlägt. Die Respektierung monopolistischer Privilegien unter dem Schild des uneingeschränkten Privateigentums ist ihm gleich allen Ordoliberalen fremd⁶⁶. Die umfangreichen, noch nicht vollständig abgeschlossenen Untersuchungen *Rüstows* über die Entstehung der „sozialen Frage“ in den Hochkulturen fördern die Kenntnisse um dieses Problem ausserordentlich⁶⁷.

Alfred *Müller-Armack* hat mit seinem Entwurf einer wirklich „sozialen Marktwirtschaft“ den ORDO-Gedanken aufgenommen⁶⁸. Er dürfte nicht nur zur Annäherung zwischen Ordoliberalismus und Katholizismus beigetragen haben, sondern mit seinem Gedanken für eine „soziale Irenik“ in weite Kreise und noch gegensätzliche Lager wirken⁶⁹. *Müller-Armack* ist es, der auffordert, an die frühliberale „marktkonforme Sozialpolitik“ wieder anzuknüpfen⁷⁰.

Wir haben bewusst nur den engsten Kreis der Ordoliberalen umschrieben. Hier nur die Persönlichkeiten aufgezählt, die schon vor dem zweiten Weltkrieg in dieser Richtung wirkten und mit eigenen Programmen oder umfangreichen Beiträgen zum Aufbau beigesteuert haben. Gewiss ist die Zahl der dem Ordoliberalismus schon lange nahestehenden Gelehrten und Politiker gross, die charakteristischen Ideen aber sind offenbar aus dem umschriebenen Kreise gekommen. Von da aus kamen die Anregungen, die institutionellen Bedingungen für eine „Wettbewerbsordnung“ zu erforschen, um daraus die Grundsätze für eine ordolibérale Wirtschaftspolitik abzuleiten.

⁶⁵ Titel des 1944 in Erlenbach-Zürich erschienenen Buches v. W. Röpke.

⁶⁶ Vgl. Alexander Rüstow, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus als religionsgeschichtliches Problem, Istanbuler Schriften Nr. 12, in Europa-Verlag Zürich 1945, Seite 90 ff. und A. Rüstow, Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, ORDO-Band II, S. 128 ff.

⁶⁷ A. Rüstow, Ortsbestimmung der Gegenwart, I. Teil 1950.

⁶⁸ Alfred Müller-Armack, Die Wirtschaftsordnungen sozial gesehen, in ORDO-Bd. I, S. 150 ff.

⁶⁹ Siehe Weltw. Archiv, Bd. 64, Heft 2, 1950, Seite 181 ff.

⁷⁰ Müller-Armack, a. a. O., S. 128.

Dem Ordoliberalismus als Förderer zurechnen möchten wir den oben-erwähnten Initianten einer bedeutsamen Zusammenkunft⁷¹, den amerikanischen Publizisten Walter Lippmann, der in seinem bekannten Buch ebenfalls den Gedanken der „gesellschaftlichen Lenkung durch Gesetz“ vertritt⁷².

5. Die Veröffentlichungen der Ordoliberalen

Die erste gemeinsame Publikation des Ordokreises war die Schriftenreihe „Ordnung der Wirtschaft“, erschienen in den Jahren 1936/37. Die Herausgeber der vier Schriften waren Franz Böhm, seinerzeit Staatsanwalt und Dozent an der Universität Jena, Walter Eucken und Hans Grossmann-Doerth⁷³.

Die Herausgeber sprechen im Vorwort zu dieser Schriftenreihe von ihrer Aufgabe, zur Reaktivierung des wirtschaftspolitischen Einflusses von Rechtswissenschaft und Nationalökonomie beizutragen. Die Rechtswissenschaft müsse sich aus Fatalismus und Relativismus lösen, sie dürfe das „selbstgeschaffene Recht der Wirtschaft“ nicht einfach hinnehmen und müsse sich gestaltend gegen die wirtschaftlichen Machtgruppen einsetzen. Auch die Nationalökonomie habe den aus dem Historismus stammenden Fatalismus zu überwinden und den Einfluss staatlicher Strukturwandlungen auf den Wirtschaftsablauf zu erkennen. Die beiden Wissenschaften sollen für die Gestaltungsaufgabe ihre Denkmethode und Forschungsergebnisse einsetzen⁷⁴.

Die Erkenntnisse führten zu der Forderung, „den Grundsatz des Laissez-Faire“ zugunsten bestimmter Ordnungsprinzipien für die Veranstaltung eines Leistungswettbewerbes aufzugeben“⁷⁵.

In Heft 6 der Schriften der Akademie für deutsches Recht, herausgegeben von G. Schmölders, wurde zum Thema „Wettbewerb als Mittel der volkswirtschaftlichen Leistungssteigerung“ Stellung genommen. Euckens Beitrag führt den Titel „Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung“; Miksch schrieb über „Möglichkeiten und Grenzen der gebundenen Konkurrenz“ während Hans Peter in „Sozialpolitik und freier Wettbewerb“ eine kritische Beurteilung des „liberalen Interventionismus“ erkennen lässt⁷⁶. Böhm's Untersuchung „Der Wettbewerb als Instrument

⁷¹ „Colloque Walter Lippmann“, August 1938 in Paris.

⁷² W. Lippmann, Die Gesellschaft freier Menschen, S. 349 ff.

⁷³ Heft 1: F. Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe u. rechtsschöpferische Leistung, Stuttgart 1937; Heft 2: F. Lutz, Das Grundproblem der Geldverfassung, Stuttgart 1936; Heft 3: Hans Gestrich, Neue Kreditpolitik, Stuttgart 1936; Heft 4: L. Miksch, Wettbewerb als Aufgabe Stuttgart 1937; siehe auch die Angaben bei Hans O. Lenel in ORDO-Band II, 1949, S. 350 ff.

⁷⁴ Siehe Heft 1 der Schriftenreihe, S. VII ff.

⁷⁵ H. O. Lenel, a. a. O., S. 350.

⁷⁶ Schriften der Akademie für deutsches Recht, Gruppe Wirtschaftswissenschaften, Herausgeber Günther Schmölders, Heft 6, Berlin 1942. Euckens Beitrag S. 50, Miksch S. 99, Peter S. 204, Böhm S. 51.

staatlicher Wirtschaftslenkung“ geht näher auf die rechtlichen Rahmenbedingungen einer „Wettbewerbsordnung“ ein.

Nach dem Kriege beschloss *Eucken* mit seinen Freunden die Herausgabe eines Jahrbuches. Der erste Band des „ORDO“, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“, erschien 1948, herausgegeben von *Walter Eucken* und *Franz Böhm*. Die Frage nach der menschenwürdigen und wirtschaftlich befriedigenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird im Vorwort der Schriftleitung dahin beantwortet, dass diese Ordnung nicht noch gefunden, sondern eine bekannte Ordnung nur recht „veranstaltet“ werden müsse. Diese Ordnung stelle der Wettbewerb dar, der „auch eine volle Lösung der wichtigsten sozialen Fragen“⁷⁷ bringe. Die Untersuchungen vollziehen sich nach einer genau abgegrenzten Arbeitsteilung:

Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtsordnung müssen im Sinne der Prinzipien der diese umfassenden Gesamtordnung, dem ORDO, gestaltet werden. Die drei Bereiche müssen nach diesen Grundsätzen kritisch betrachtet und durch Gestaltungsvorschläge einander angeglichen, „ordnungs- politisch“ homogenisiert werden. In diesem Sinne liegt es auch, wenn im Rahmen der Wirtschaftspolitik die Sozialpolitik nicht als getrennter Bereich, sondern im Gesamtzusammenhang betrachtet wird.

Die theoretischen Arbeiten sind im wesentlichen von *Eucken* und *Miksch* als Untersuchungen der „vollständigen Konkurrenz“ und deren Bedingungen in der Wirklichkeit durchgeführt worden. Die geldtheoretischen Arbeiten von *Friedrich Lutz*, *H. Gestrich*, *K. F. Maier* und *F. W. Meyer* und auch *Miksch* bemühen sich um das „Geldsystem der Wettbewerbsordnung“⁷⁸. Die rechtlichen Formen, unter welchen sich eine möglichst „vollständige Konkurrenz“ vollzieht, entwickelt *Böhm*, der gegen die wettbewerbsbeschränkenden Kartelle energisch auftritt. Ein jüngerer Mitarbeiter, *Gernot Gather*, befasst sich mit dem schwierigen Problem einer wettbewerbsgerechten Reform der Patentgesetzgebung⁷⁹; *Röper* stellt den „wirtschaftlichen Hintergrund der Kartell-Legalisierung durch das Reichsgericht 1897“ dar⁸⁰.

Über sozialpolitische Fragen schreiben insbesondere *Hensel*, *Müller-Armack*, *Röpke* und *Rüstow*, auch eine frühe Arbeit von *Pfister*⁸¹ sei nicht vergessen. Das hier viel genannte Ziel der „Entproletarisierung“ erstrebt mit dem Mittel der Berufständischen Ordnung v. *Nell-Breuning*

⁷⁷ Vorwort der Schriftleitung, Die Aufgabe des Jahrbuches, in ORDO-Band I, 1948, S. IX; bez. der „Veranstaltung“ des Wettbewerbes vgl. S. 192 im selben Band.

⁷⁸ *Friedrich A. Lutz*, Geldpolitik u. Wirtschaftsordnung, in ORDO-Bd. II, 1949, S. 207; vgl. auch den dort zitierten Aufsatz „Goldwährung und Wirtschaftsordnung“ *Weltw. Archiv* 1935.

⁷⁹ *G. Gather*, Reform der Patentgesetzgebung? ORDO-Bd. II, S. 270.

⁸⁰ *Burkhardt Röper*, Der wirtschaftliche Hintergrund der Kartell-Legalisierung durch das Reichsgericht 1897, ORDO-Bd. III, S. 238.

⁸¹ *B. Pfister*, Sozialpolitik als Krisenpolitik, Stuttgart 1936.

S. J., welcher im dritten ORDO-Band zu Wort kommt und sich mit der ordoliberalen Ablehnung dieser katholischen Konzeption auseinandersetzt⁸². Aber es geht ja nicht um eine Sozialpolitik, die wie früher fast allein die Lage der Industriearbeiter zum Gegenstand hatte, es geht um weit grössere Volksteile umfassende Probleme. — Müller-Armacks „Diagnose unserer Gegenwart“, Röpkes „Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ und viele andere seiner Arbeiten, Rüstows Studie „Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus“ und neuerdings seine „Ortsbestimmung der Gegenwart“ sind grossangelegte Versuche zur Durchleuchtung der Vorgänge unserer bewegten, durch soziale Mythologien gekennzeichneten Zeit. Diese Schriften, die Aufklärung bringen wollen und sich zugleich um den besseren Weg bemühen, enthalten die Darlegung der ordoliberalen Sozialphilosophie.

Die Zahl der in knapp zwei Jahrzehnten erschienenen Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge zu Jahrbüchern, Festschriften und Sammelbänden, der Bücher aus dem Kreis der Ordoliberalen ist sehr beträchtlich. Die Bemühung um Breitenwirkung der ordoliberalen Ideen nahm in den vierziger Jahren erheblich zu. Röpke hat daran einen besonders grossen Anteil. Das Motiv war aus der Erkenntnis gewachsen, dass mit dem Ende des Krieges der Zeitpunkt für eine wirtschaftspolitische Entscheidung grundlegender Art kommen musste. Mit dem Zusammenbruch der deutschen Kriegswirtschaft von kollektivistischer Prägung wuchsen die Aussichten, dass die Friedenswirtschaft von mehr liberaler marktwirtschaftlicher Art sein werde. Die Geschlossenheit des ordoliberalen Programms wurde in dem wirtschaftspolitischen Vakuum der frühen Nachkriegszeit von besonderer Bedeutung.

6. Von der Wirtschaftstheorie zur Wirtschaftspolitik

In seinem Nachruf für Walter Eucken schreibt Miksch: „... der Kampf für eine freie Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, den er, umgeben von einer wachsenden Schule, führte, entsprang keiner nationalökonomischen Theorie. Es war ein Kampf um die ewigen Werte der Menschheit. Die nationalökonomische Theorie war ihm nur Mittel, um eine Ordnung zu entwerfen, die diese Werte aus der drohenden Umklammerung durch chaotische, anarchische und kollektivistische, im tiefsten Grunde nihilistische Kräfte befreien sollte“⁸³. Daraus ist erneut die Forderung ersichtlich, dass die nationalökonomische Theorie sich aktiv der Untersuchung und dem Ausbau einer bestimmten Ordnungsform zuzuwenden habe, sich grundsätzlich entscheiden müsse. „Die Aufgabe der Nationalökonomie ist nicht nur analytischer, sondern auch konstruktiver Art“⁸⁴. Vor dem theoretisch

⁸² O. v. Nell-Breuning, Berufsständische Ordnung u. Monopolismus, ORDO III, S. 211.

⁸³ L. Miksch, „Walter Eucken“, in Kyklos, Vol. IV, Fasc. 4, 1950. S. 279 ff.

⁸⁴ P. Hensel, Das Verhältnis pol. Wissensch. z. Politik, ORDO-Bd. IV, S. 13.

Möglichen darf der Nationalökonom nicht kapitulieren und sagen „es geht nicht“. „Es muss sich verwirklichen lassen, wenn heute nicht, dann morgen und wenn nicht durch die Arbeit eines Kopfes, dann durch die Arbeit vieler Köpfe.“ Hier liegt der Trennungsstrich zum Laissez-faire-Liberalismus, dessen Wirtschaftspolitik „auf rein negative Ziele eingeschworen war“⁸⁵.

Während die analytische Tätigkeit sich werturteilsfrei zu verhalten hat, setzt die konstruktive Arbeit einen Wertentscheid voraus. Aus der Annahme, *Bresciani-Turronis* Satz sei wahr, „dass heute in der Wirtschaftspolitik wissenschaftliches Arbeiten nichts anderes bedeutet als Analyse der Folgen staatlicher Intervention“, kommt *Marbach* zu dem Schluss, dass es zwei Wirtschaftswissenschaften gibt: „die am grundsätzlich liberalen Modell arbeitende und die die Staatsintervention analysierende...“⁸⁶. Aus dieser Tatsache der „dualistischen Theorie“ (*Salin*) entsteht die Spannung in der Wissenschaft, die ihren Ausdruck in der fehlenden Übereinstimmung zwischen am Modell geschulten „freien Wirtschaftsexperten“ und den „an einen bestimmten Interventionsgrad schon gewöhnten Funktionären des Staates“⁸⁷ findet. Während nun die Arbeit am *Konkurrenzmodell* einen festen Anhalt bietet, ist die Tätigkeit des in der wirtschaftlichen Wirklichkeit agierenden „Interventionstechnikers“ ständig von der Frage nach dem Mass begleitet, für welches ihm die objektiven Anhaltspunkte mangeln. Das Verlangen nach mehr „Gerechtigkeit“, nach verteilungspolitischer Intervention kann die Ermessensfreiheit bei fehlenden Normen den Übergang von „formeller“ zu „materieller“ Gerechtigkeit weit zu überschreiten veranlassen. Dieser Vorgang ist nach *Hayek* das Kriterium der Wandlung vom Rechtsstaat zum Wohlfahrtsstaat⁸⁸. Die festen rechtlichen Normen, die darauf aufgebaute Ordnung, sind für den Liberalen die Grundpfeiler der Freiheit. Die Ermessensfreiheit wird als Freiheit zur Willkür betrachtet, die befürchtet werden muss, wenn man den Menschen nimmt, „wie er nun einmal ist“⁸⁹. Aus diesen Gründen fordert der Ordoliberalismus beim Übergang von der Wirtschaftstheorie zur Wirtschaftspolitik eine

⁸⁵ L. Miksch, Die sittl. Bedeutung d. inner. Koordination, ORDO II, S. 65/66.

⁸⁶ F. Marbach, Z. Frage d. wirtschaftl. Staatsintervention, 1950, S. 85.

⁸⁷ Marbach, a. a. O., S. 86.

⁸⁸ F. A. Hayek, Gleichheit und Gerechtigkeit, Vortrag vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft am 14. 4. 1951; siehe Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, S. 55, 102, 108, 168. Walter Eucken, Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, Weltw. Archiv, Bd. 36, S. 307: „Die Umwandlung des liberalen Staates zum Wirtschaftsstaat bedeutet für das staatliche, wie für das wirtschaftliche Leben sehr viel.“

⁸⁹ K. Paul Hensel, Ordnungspolitische Betrachtungen zur katholischen Soziallehre, ORDO-Band II, S. 257: „Eine gesellschaftliche Ordnung aber, die in besonderem Masse ein sittliches Verhalten der Menschen zur Voraussetzung ihrer Möglichkeit hätte, in der also das sittliche Verhalten gleichsam das einzige Ordnungsmittel wäre, ist in ihren Fundamenten fehl angelegt, weil bei ihrer Anlage nicht mit dem Menschen gerechnet wurde, ‚wie er nun einmal ist‘ (Rerum novarum n. 14).“

strenge Nachachtung der im Konkurrenzmodell vorgegebenen „natürlichen“ Ordnung, die durch die Rechtsinstitution gesichert werden muss. Natur- und Rechtsordnung, oder, wie *Miksch* es nennt, „innere“ und „äussere“ Koordination müssen in diesem Sinne kombiniert werden⁹⁰.

Die ordoliberalen Wirtschaftspolitik ist ausgerichtet auf ein System, das als sozialpolitischen Vorteil die weitgehende Verhinderung von Ausbeutung und Unterdrückung verspricht. Nicht einzelne sozialpolitische Massnahmen stehen deshalb im Vordergrund, sondern der Aufbau dieses Systems und die ideellen Gesichtspunkte von dessen Gestaltung.

Der Ordoliberalismus versteht Sozialpolitik vorwiegend als Abbau der wirtschaftlichen Machtstellungen durch eine „Wirtschaftsverfassungspolitik“ ... „im Sinne der ordnungspolitischen Gesamtentscheidung“⁹¹.

7. Zur Sozialpolitik

Unvollkommenheiten des Wirtschaftssystems, Ungezügelterheit von Marktkräften und menschliche Unzulänglichkeit im Verhalten und in der Voraussicht führen zu gesellschaftlichen Gegensätzen, deren Schlichtung Aufgabe der Sozialpolitik ist. Die Sozialpolitik ist vorwiegend systemhaften, nationalen Charakters⁹² und basiert auf dem mit der austeilenden Gerechtigkeit verbundenen Sozialprinzip. „Sozialpolitik ist Abbau der Herrschaft zugunsten der Beherrschten. Sozialpolitik ist also der Einbau des Gegenprinzips in den Bau der Kapitalherrschaft und Sachgüterordnung; es ist die Verwirklichung der sozialen Idee im Kapitalismus gegen den Kapitalismus“⁹³.

Wo sich Kräfte und Gegenkräfte messen, ist es möglich, dass die Gegenkräfte dem herrschenden Grundprinzip gefährlich werden, ja zu einer neuerlichen Unterdrückung der von der alten Herrschaft zu befreienden Menschen führen. Es könnte so die Behauptung aufgestellt werden, dass „die Sozialpolitik der Gegenwart nur ein Durchgangsstadium zur reinen Verwirklichung ihres kollektivistischen Ideals“⁹⁴ sei. Dieser an sich bestehende logische Zusammenhang berechtigt nach *Weddigen*s Ansicht nicht, „auf eine historische Entwicklungstendenz“ zu schliessen, weil je nach Tradition und Volkscharakter die „Tendenz zur Homogenität des Wirtschaftssystems“ in Richtung auf das bleibende Vorherrschen des individualistischen

⁹⁰ Leonhard Miksch, Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, in ORDO-Band III, S. 64: „Die Wirtschaftsverfassung, die sich aus den ethischen Grundsätzen ergibt, stellt sich somit dar als eine Kombination von Naturgesetzen und Rechtsgesetzen.“ Siehe auch S. 30 daselbst.

⁹¹ Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1952, S. 313, (Hervorhebung von uns, W. D.).

⁹² E. Heimann, Soziale Theorie des Kapitalismus, S. 127.

⁹³ Heimann, a. a. O., S. 118.

⁹⁴ W. Weddigen, Sozialpolitik, S. 59 ff.

Prinzips bestehen kann. Das Problem der „*Tendenz zur Transformation der Wirtschaftsordnung*“ besteht aber und die Ordoliberalen schenken ihm grösste Beachtung ⁹⁵.

Wie sich eine vorwiegend zentralistische Ordnung gegen zu viel Eigenständigkeit der Menschen wendet, muss sich konsequenterweise die individualistische Ordnung gegen zu viel Reglementierung wehren, damit in beiden Fällen die „Homogenität des Wirtschaftssystems“ ausreichend gewahrt bleibt. So werden wir sehen, wie der Ordoliberalismus bemüht ist, sowohl gegen die Herrschaft der Monopole vorzugehen, als auch gegen die Freiheitsbedrohung durch sozialpolitische Interventionen. Das sozialpolitische Ziel des „Abbaus der Herrschaft“ allerdings findet als „*Entmachtungsprinzip*“ Eingang in die ordolibérale Wirtschaftspolitik als ungeteilte, allgemeine Aufgabe.

⁹⁵ W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 186.

2. Kapitel

DIE GEGENSTÄNDE DER ORDOLIBERALEN KRITIK

Die Kritik des *Ordoliberalismus* an der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (*ordre positif*) geht von der Auffassung aus, die auch schon *Oppenheimer* vertrat, dass das Versagen des „*Kapitalismus*“ auf die unvollkommene Verwirklichung der marktwirtschaftlichen Ordnung zurückzuführen ist. Die Schwierigkeiten sind Ausdruck der Diskrepanz zwischen Idealtypus (*ordre naturel*) und der Wirklichkeit (*ordre positif*). Die Möglichkeit der Verbesserung gegenwärtiger Zustände setzt nicht zuletzt eine Auseinandersetzung mit der Vorstellung einer zwangsläufigen Entwicklung zur staatlichen Planwirtschaft voraus.

1. Grundsätzliches zur Zwangsläufigkeit der geschichtlich-ökonomischen Entwicklung

Die Vorstellung des zwangsläufigen Eintritts eines bestimmten Ereignisses kann beruhigend und erschreckend wirken. Beruhigend, wenn der Prophet verkündet, „dass in dem grossen Bereich der Dinge, auf die der Einzelne keinen Einfluss hat, denen gegenüber er ohnmächtig ist, die Entwicklung schon von selber mit Notwendigkeit in der gewünschten Richtung geht“¹. Erschreckend nicht nur, wenn die vorausgesagte Entwicklungsrichtung unerwünscht ist, sondern auch in Anbetracht der Kühnheit und suggestiven Kraft solcher Vorhersagen. In der Politik geht es dabei darum, auch den menschlichen „Bereich der Dinge, auf die wir Einfluss haben“² durch die Voraussage der Unentrinnbarkeit meinungsmässig und notfalls durch Zwang an diese Entwicklung zu fesseln, bzw. diese noch zu fördern. Die Anspornung zum Mitmachen in einer doch unausweichlichen Richtung ist es, die nach *Rüstow* bei allen „quietistisch-fatalistischen Konsequenzen“ des Marxismus doch eine „aktivistisch-voluntaristisch-revolutionäre Komponente“ ergibt³.

¹ Alexander Rüstow, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus . . ., S. 39, Anm. 7.

² Rüstow, a. a. O., S. 39.

³ Rüstow, a. a. O., S. 38; dabei bestreitet *Rüstow* keineswegs die „Genialität von Karl Marx . . . mit prophetischer Intuition“ die Folgerungen aus den Ansätzen zu „Subventionismus und Monopolismus“ gezogen zu haben. Statt Mahnung zur Abkehr, sei aber „auch er in dem subtheologischen Unvermeidlichkeitsaberglauben seiner liberalen Gegner befangen“ gewesen, „den er sogar noch durch neue Zuströme alttestamentarisch-prophetischen Charakters verstärkte.“ A. a. O., S. 73.

Bezüglich des „Unbedingtheitsaberglaubens“ des Liberalismus ist die Ernüchterung längst eingetreten⁴. So wenig sich die allgemeine Harmonie der individuellen Bereiche (gleich Sphären der Handlungsfreiheit) einstellte, so wenig hat das östliche Beispiel des Sowjetstaates eine zwangsläufige Entwicklung ohne menschliches Zutun demonstriert. Ob zugegeben oder nicht, hat der Glaube, das „Erlösungswissen“⁵, einen bedeutenden Anteil an der Bildung einer Wirtschaftsordnung, wie Schwinden des Glaubens Auflösung oder Wandlung bedeuten kann. Denn „nicht aus den wirtschaftlichen Fakten geht die Wirtschaftspolitik in erster Linie hervor, sondern aus den Meinungen der Menschen über die wirtschaftlichen Fakten“⁶. Wie *Eucken* aufzeigt, haben die Positivisten seit *Comte*, *St. Simon* bis zu *Sombart* und *Schumpeter* geglaubt, Tatsachen zu beschreiben, wo sie hypostasierten, also „Personifikation von historischen Kräften“ betrieben⁷. Was den Entwicklungsprozess anbelange, so habe der Positivismus ein Gebilde sich entwickeln lassen, aus welchem er von vornherein den Menschen eliminierte, um dann auf seine Einflusslosigkeit zu schliessen; somit liege eine ‚petitio principii‘ vor. Durch Einschmuggeln einer Tatsache in die Beweisführung, die erst Ergebnis der Beweisführung sein sollte, kommt der Positivismus zum Schluss, der Mensch sei gegenüber der geschichtlichen Entwicklung hilflos, wobei er zugleich das neue hypostasierte Gebilde des „Kommunismus“ aufziehen lässt. Einen entscheidenden Fehler, der die ganzen Hintergründe dieses Gedankengebildes enthüllt, begeht *Marx*, wenn er im Vorwort zu seinem „Kapital“ sagt, dass die nach ihm zwangsläufige Entwicklung durch menschliches Zutun abgekürzt und gemildert werden könne⁸. Ebenso gut könnte sie auch verzögert oder verhindert werden.

Die ganze Situation zur Zeit der russischen Revolution im Jahre 1917, das völlige Fehlen des zentralistischen planwirtschaftlichen Apparates, die Tatsache, dass man ursprünglich in der „Wirtschaftsrechnung der Zentralverwaltungswirtschaft kein Problem“ sah, weil diese doch zwangsläufig hätte da sein müssen, zeigt, dass nicht die Fakten der Konzentration, sondern die Verwirklichungsidee am Anfang stand. „Die *Idee* der zwangsläufigen Entwicklung war also die Ursache für die *Tatsache*, dass man

⁴ A. Rüstow, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus . . ., S. 48.

⁵ A. Rüstow, a. a. O., S. 40; immerhin ist dabei zu bedenken, was hierzu Jaspers sagt: „Glaubensanschauungen als Leitseil der Politik sind von Unheil für die Freiheit. Denn die Ausschliesslichkeit des Wahrheitsanspruches drängt zur Totalität . . .“. Karl Jaspers, Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, München 1949, S. 208.

⁶ W. Eucken, Unser Zeitalter der Misserfolge, Tübingen 1951, S. 67.

⁷ W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1952, S. 206. Es liegt also nach der Kantschen Philosophie ein Paralogismus vor, indem Gedanken zu Sachen gemacht (hypostasiert) werden.

⁸ W. Eucken, a. a. O., S. 204; siehe auch Franz Oppenheimer, Die soziale Frage und der Sozialismus, Vorrede an Karl Kautsky, insbesondere Thesen 4, 6, 7 und 10, Seite V, These 15, S. VI.

unvorbereitet ein zentralverwaltungswirtschaftliches Experiment unternahm“⁹. Wir wissen auch, dass die Neigung zum autoritären System und der ausserordentliche Mangel an einzelwirtschaftlichen Fähigkeiten in Russland diese Entwicklung gefördert haben. Mit gewaltigen Anstrengungen wurde später das angestrebt, was nach der Entwicklungslehre hätte bestehen sollen¹⁰. Die tatsächliche Gestaltung stellt eine völlige Umkehrung der Marxschen Lehre dar.

Bei der Hypostasierung von Gedanken zu Gebilden wird in der dabei vollzogenen Verallgemeinerung das Einzelindividuum gänzlich übersehen und gar nicht daran gedacht, dass dieses sich der als zwangsläufig gewollten Entwicklung zu entziehen vermag. Besonders dann, wenn diese Einzelindividuen (eventuell auch die Gruppe) den Worten des „Propheten“ aufmerksam lauschte und aus der Wirkung auf die Masse ganz andere Konsequenzen zog. Warum müssen Gebiete, die in der zwangsläufigen Entwicklung voraus sein sollen, denn abgeriegelt werden? Doch sicher, weil manches Individuum von der nicht räumlich determinierten Bewegungsfähigkeit Gebrauch machen würde, um angenehmere, wenn auch „zurückgebliebene“ Gefilde aufzusuchen¹¹. Wir können also schliessen:

Die Prophezeiungen der total zwangsläufigen Entwicklung haben nicht gestimmt, aber sie haben ihre Schuldigkeit getan, indem sie das ideologische Fundament einer ausgedehnten Machtsphäre schaffen halfen.

Am Beispiel der Entwicklung der deutschen Wirtschaft zeigt Eucken, dass eine Überwindung der Konkurrenz durch Monopole und wirtschaftliche Konzentrationsbewegung nicht vorliegt:

Die moderne Technik habe nicht nur zu einer Verbesserung der Verkehrsverbindungen geführt und damit die Brechung lokaler wirtschaftlicher Machtstellungen ermöglicht, sondern auch durch die zunehmende *Substitutionskonkurrenz* die Monopolisten zu einem konkurrenzähnlichen Verhalten gezwungen. Die Umstellungsfähigkeit der weiterverarbeitenden Industrien habe derart zugenommen, dass „fixe Kosten“ nicht „fixierte

⁹ Walter Eucken, Grundsätze . . ., S. 211.

¹⁰ Vgl. Walter Weddigen, Sozialpolitik, Jena 1933, S. 59: „Nicht nur der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Merkantilismus in der Vergangenheit, sondern auch derjenigen des Bolschewismus in der Gegenwart wird man danach nämlich ein gewisses Mass verstärkter Orientierung am Kollektivgedanken als wirtschaftlich zweckmässig zugeben müssen: Wie früher die Volkswirtschaften des Merkantilismus, so muss heute der Bolschewismus mit geringen einzelwirtschaftlichen Fähigkeiten auskommen und er kann zugleich mit verhältnismässig grosser (freiwilliger oder zeitweise auch erzwingbarer) Opferbereitschaft und Disziplin seiner auch früher schon autokratisch beherrschten Bevölkerung rechnen“ . . . „Wenn das Mass dieser Orientierung unter dem Einfluss der Irrlehre des Marxismus heute vom Bolschewismus weit auch über das danach wirtschaftlich Zweckmässige hinausgetrieben worden ist . . . so ändert das hieran nichts.“

¹¹ Die „Produktionsverhältnisse“ müssen keineswegs mit Zwangsläufigkeit den „dialektischen Sprung“ im Geist des Menschen bewirken. Werbung, Zwang, „Bekehrung“ und Bekenntnis wären sonst nicht vonnöten.

Produktion“ bedeuten müssten¹². Die Technik habe mit Hilfe der leicht verzweigbaren Abgabe von elektrischer Energie die räumliche Dezentralisation der Industrien gefördert. Andererseits könne aber festgestellt werden, dass ein Kampf gegen die wachsende Konkurrenz eingesetzt habe¹³. In dieser Hinsicht vertrete Schumpeter eine unrichtige Meinung, wenn er annehme, die heutige Technik erfordere riesige Werke. Dagegen sei es Tatsache, dass zwecks Ausschaltung der Konkurrenz viele einzelne „Werke unter einheitliche Leitung geraten“¹⁴, was aus rechtlichen und wirtschaftspolitischen Gründen, bzw. Lücken heraus möglich gewesen sei. Die kartellfördernde Zollpolitik, das Marken- und Patentrecht, die Unstabilität der gesamten Wirtschaftspolitik und die damit verbundene Erhöhung des Unternehmerrisikos seien dabei wesentliche Faktoren. Die *Unlogik* der herkömmlichen Wirtschaftspolitik bestehe darin, sich der Konkurrenzabwehr zu befleißigen und gleichzeitig durch Kartell- und Monopol-Gesetze die Schäden der mittelbar geförderten Machtgebilde bekämpfen zu wollen¹⁵. Daraus sei auch der bisherige *Misserfolg* der gegen die Monopole gerichteten Politik in Deutschland, USA und anderen Industrieländern zu erklären.

Auch Röpke setzt sich mit Schumpeter auseinander und bedauert, dass der Autor des Buches „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ der eigentlichen Entscheidung möglichst ausweiche und trotz der ihm eigenen „deterministischen Sozialphilosophie“ zu wenig klare Linien aufzeige. Kritik und Lob des Kapitalismus hätten Schumpeter, wenn er nicht der Verherrlichung des Mammutbetriebes verfallen wäre, auch den Plan einer Reform des „Kapitalismus“ als annehmbar erscheinen lassen können¹⁶.

Die dem Determinismus verhafteten Voraussagen haben eine eigenartige Wirkung auf die Ideenwelt, oder wie Jaspers sagt: „Keine Prognose ist harmlos. Ob wahr oder unwahr, sie wird aus betrachtender zu erweckender Prognose“¹⁷.

Im Anschluss an die Kritik des „*Mythos von der Zwangsläufigkeit*“ hebt Eucken hervor, dass es nicht angehe, die Wirtschaftspolitik nun für völlig frei zu halten. Es sei notwendig, sich auf den „historischen Tatbestand“ zu besinnen, der u. U. — z. B. durch fortgesetzte „Vollbeschäftigungs“-Politik — eine „Tendenz zur Transformation der Wirtschaftsordnung“¹⁸ erkennen lasse, womit die Entschlussfreiheit nicht aufgehoben,

¹² Walter Eucken, Unser Zeitalter der Misserfolge, fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik, Tübingen 1951; 2. Vortrag: Zwangsläufigkeit der wirtschaftspolitischen Entwicklung?, S. 22.

¹³ W. Eucken, a. a. O., S. 23: „Die Spannung zwischen der zunehmenden Konkurrenz und ihrer Abwehr ist ein fundamentaler Tatbestand der neuesten deutschen Wirtschaftsgeschichte.“

¹⁴ W. Eucken, a. a. O., S. 25.

¹⁵ W. Eucken, a. a. O., S. 28/29.

¹⁶ W. Röpke u. O. Lenel, Muss der Sozialismus kommen? ORDO-Bd. I, S. 277 f.

¹⁷ Karl Jaspers, Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, S. 190.

¹⁸ Walter Eucken, Grundsätze d. Wirtschaftspolitik, 1952, S. 186.

aber begrenzt sei¹⁹. Die Gestaltungsfreiheit ist weiter dadurch eingeengt, dass die Zahl der möglichen Ordnungsformen unter Ausschluss der Mischformen sich auf drei begrenzt: „Leitung durch staatliche Zentralstellen, durch Gruppen, durch Konkurrenz“²⁰. Die grundsätzliche Entscheidung für das Lenkungssystem ist geboten, die Scheu vor der Verpflichtung zu überwinden. Es muss gerade das gefordert werden, was der Laissez-faire-Gedanke und der Glaube an die Zwangsläufigkeit zu umgehen suchten: Eine Disziplin zum bewussten Gestalten und konsequenten Durchhalten. Dies in der Erkenntnis, dass die Freiheit stets gefährdet und immer neu zu erobern ist.

Zu beachten ist ferner die Tatsache, dass die Entwicklung der soziologischen Struktur nicht der Zwangsläufigkeit gefolgt ist, welche die marxistische Theorie voraussagte, auch von einer „Verelendung“ der Arbeiter unter der Herrschaft des „kapitalistischen Systems“ kann nicht gesprochen werden. Der Rationalisierungsprozess hat nach neuesten Untersuchungen eine sehr erhebliche Steigerung der Angestelltenschaft mit sich gebracht und auch erst ermöglicht²¹. Die speziellen Interessen dieser Gesellschaftsschicht können von den heutigen politischen Richtungen nicht mehr übergangen werden. Interessant ist hierbei noch, dass mit der Zunahme der Zahl der Angestellten und Beamten eine Dezentralisierung von leitenden Funktionen einherging, die teilweise bis zur völligen Trennung von Produktionsmittelbesitz und Produktionslenkung geführt hat. Immerhin dürfte es nicht richtig sein, aus diesem einen Faktum eines gewissen „Managertums“ (Burnham)²² generell eine „Transformation“ in einer bestimmten Richtung sich entwickeln sehen zu wollen.

Rüstow kommt zu folgender Zusammenfassung bezüglich der zwangsläufigen Entwicklung zum „Kollektivismus“:

1. Vulgärliberalismus wie Marxismus glauben zu Unrecht, dass der Kapitalismus die zwangsläufige Folge der Konkurrenzwirtschaft sei.
2. Der Liberalismus bestreitet mit Recht, dass der sozialistische Kollektivismus die zwangsläufige letzte Folge der Konkurrenzwirtschaft sei.
3. Er bestreitet mit Unrecht den vom Marxismus erkannten zwangsläufigen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Kollektivismus²³.

So wird allein die „vollständige Konkurrenz“ vom Ordoliberalismus als eine gegenüber dem „Kollektivismus“, der „Zentralverwaltungswirtschaft“ verteidigungsfähige und verteidigungswürdige Ordnung erachtet.

¹⁹ Siehe W. Eucken, Grundsätze . . . , S. 213 ff.

²⁰ Walter Eucken, Die Wettbewerbsordnung . . . , ORDO-Band II, S. 19.

²¹ Vgl. Fritz Croner, Tjänstemanskaren i det moderna samhället (Die Angestellten in der modernen Gesellschaft), Stockholm; zit. nach der Besprechung durch Karl Gehnisch, Stockholm, Die neue soziale Klasse, Eine schwedische Untersuchung des Angestelltenproblems, in Neue Zürcher Zeitung, 25. 4. 1952, Nr. 905.

²² James Burnham, Das Regime der Manager, Stuttgart 1948; vgl. Besprechung d. Hans Otto Lenel, Eine neue Geschichtstheorie . . . , ORDO-Bd. III, S. 295.

²³ Alexander Rüstow, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus . . . , S. 74.

2. Kritik an den Prinzipien

A. Das Laissez-faire-Prinzip

Was geschieht, weiss man nicht, aber
das Dümme ist das Wahrscheinlichste.
(Franz Böhm)²⁴

Die Rechtspflege stand in hoher Blüte, als das heute vielgeschmähte *Laissez-faire* verkündet wurde. Diese Lehre, deren Geschichte in vielen Abhandlungen gewürdigt wurde, ist offenbar eine Glaubenslehre gewesen, ein Teil des Glaubens an den „Fortschritt“, welcher das XIX. Jahrhundert und den Beginn des XX. Jahrhunderts bis in unsere Tage hinein kennzeichnet.

In der stürmischen Phase einer Entwicklung, deren Resultat eine technische Hochkultur von weltweitem Einfluss wurde, war offenbar dieses Laissez-faire sogar eine sehr weise Entscheidung, soweit diese Entwicklung nicht gehemmt werden sollte, ein Irrtum wohl insofern, als man glaubte, die Wirtschaftsordnung werde sich von selbst vernünftig einrichten, also auch gerecht und unter Vermeidung sozialer Schäden. Dieser Irrtum war schwer. Eine beissende Bemerkung über den noch nicht „ordnungsbewussten“ Liberalismus finden wir bei G. Bernhard Shaw, nach einem Zitat von Brinkmann: „Vor einiger Zeit antwortete G. Bernhard Shaw auf die scherzhafte Aufforderung einer liberalen Bezirksgruppe, durch einen Beitrag etwas von seinen Sünden gegen den Liberalismus wiedergutzumachen: ‚Der Liberalismus gründete sich auf den Glauben *Voltaires* und Adam *Smith's*, dass, was auch immer der selbstischste Schurke tun könne, von Gott zum Guten gewendet würde. Daher Freihandel und Laissez-faire. Aber da Marx bewies, dass Gott weder lenke noch dazwischentrete, und da auch die Liberalen ihren Glauben an Gott verloren, ist von dem liberalen Programm nichts übriggeblieben als plutokratischer Anarchismus“²⁵.

Es war nicht so, dass eine „staatsfreie Wirtschaft“ bestand, der Staat hat im XIX. Jahrhundert ein „strenges Eigentums-, Vertrags-, Gesellschafts-, Patentrecht usw. geschaffen“, aber „die Wirtschaftsordnung und ihre Gestaltung wurde nicht als besondere staatliche Aufgabe angesehen. Man war der Überzeugung, dass sich im Rahmen des Rechtes eine zureichende Wirtschaftsordnung von selbst entwickeln würde“²⁶.

²⁴ Franz Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, Stuttgart und Berlin 1937, Seite 70: „Das Ergebnis eines solchen, auf jeden ordnenden, organisierenden Einfluss verzichtenden *laissez faire*, *laissez aller* ist eine völlig unbekannte Grösse. Das Motto, unter dem diese Sorte von Wirtschaftsfreiheit steht, lässt sich nur dahin formulieren: . . .“ (siehe obiges Zitat).

²⁵ Carl Brinkmann, Der Ertrag der neueren Wirtschaftstheorie für die Orientierung der Wirtschaftspolitik, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 162, 1950, Seite 421.

Die Erkenntnis, dass das Laissez-faire eine Glaubensfrage war, hat Rüstow veranlasst, seine Untersuchung „Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus als religionsgeschichtliches Problem“²⁷ anzustellen. Zu der Lenkung durch die „invisible hand“ insbesondere zu der göttlichen Ordnung der Wirtschaft nach Adam Smith' Glauben sagt er: „Wenn nämlich diese Ordnung von Gott (oder der göttlichen Natur) stammt, wieso kann es dann überhaupt Abweichungen geben? Wieso setzt sie sich nicht zwangsläufig, unwiderstehlich, allmächtig durch, wie die physikalischen Naturgesetze, mit denen man sie doch immer wieder vergleicht? Hätte es einen Sinn, die Menschen zur Befolgung etwa des Gravitationsgesetzes zu ermahnen, ihnen eine Gravitationspflicht zu predigen, oder die Regierungen vor störenden Eingriffen in dieses Gesetz zu warnen?“²⁸

Smith's Ideen sind nach Rüstow vom Logos des Heraklit und dem Tao des Laotse beeinflusst. Und er schreibt zum Harmoniegedanken: „Man vermag sich die automatische Ordnung der menschlichen Marktwirtschaft doch nur als göttliche Planwirtschaft vorzustellen“²⁹.

Heinrich Dietzel sagt über Quesnay und Smith: „Beide sind Individualisten und Anhänger der Rechtsdoktrin“³⁰ von ihnen wurde „keineswegs aus Zweckmässigkeitsgründen allein . . . das ‚Laissez-faire‘ vertreten — es soll eine Bürgschaft mehr erbringen für die Erstehung des Reiches des ‚Gesetzes‘, des ‚dispotisme légal‘ (Quesnay), des ‚order of justice‘ (Smith), es soll eine Schutzmauer mehr sein gegen ‚ungerechte Strebungen‘ der Sonderinteressen“³¹.

Über den „Irrtum des Laissez-faire“ gibt Lippmann folgende Darstellung. Er untersucht zunächst kurz die Geschichte des Mottos „Laissez faire, laissez passer“, der auf den französischen Kaufmann Gournay zurückgehen soll³². Das Laissez-faire war damals eine Parole der Befreiung, der Aufruf zum Beseitigen der Beschränkungen, „die mehr oder weniger autarke Gemeinwesen mit geringer Arbeitsteilung errichtet hatten“³³. Es galt, überholte Gebräuche abzuschaffen, welche dem industriellen Fort-

²⁶ Walter Eucken, Die Politik des Laissez Faire, in: Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, ORDO-Band II, S. 3; siehe auch W. Eucken, Grundsätze . . ., S. 26/27.

²⁷ Alexander Rüstow, . . . (s. o.), Istanbul - New York - Zürich 1945.

²⁸ Rüstow, a. a. O., S. 16 und 19.

²⁹ Rüstow, a. a. O., S. 20, Anm. 11; das Mittelalter glaubte an eine monistische Ordnung an eine Immanenz des Göttlichen, Verbindung von Natur und Vernunft: „Diese Ordnung herrscht in der Natur und wenn sie der Mensch lernen will, so kann er sie bei ihr empfangen.“ Vgl. Luise Manz, Der Ordo-Gedanke, Stuttgart 1937, S. 4/5.

³⁰ Heinrich Dietzel, Individualismus, Handwörterbuch d. Staatsw., 4. Auflage, V. Band, S. 417.

³¹ Dietzel, a. a. O., S. 418.

³² Walter Lippmann, Die Gesellschaft freier Menschen, deutsche Übersetzung von E. Schneider, Bern 1945, Seite 250.

³³ Lippmann, a. a. O., S. 250.

schritt im Wege waren. Darum war das Laissez-faire anfangs eine revolutionäre Idee“... es „war also die notwendige destruktive Doktrin einer revolutionären Bewegung und sonst nichts. Darum war es nicht dazu angetan, der staatlichen Politik zum Leitstern zu dienen, sobald einmal die alte Ordnung umgestürzt war“³⁴. Zweifellos hat dieses Prinzip den Weg des Fortschritts durch die beengenden Gassen veralteter Bestimmungen und Einrichtungen schlagen helfen, zu mehr konnte es aber nicht dienlich sein. Doch es geschah etwas Seltsames mit dieser Idee, sie blieb auch nach der Tat am Leben, allerdings als „ein lichtscheues und pedantisches Dogma“³⁵. Das Laissez-faire wurde zur politischen Maxime erklärt. Auch John Stuart Mill empfahl es wärmstens, liess aber Ausnahmen gelten. Der grosse Irrtum der Beibehaltung lag in der Annahme, dass es einer gesetzess-freien Sphäre bedürfe. Der oberwähnte Vorwurf G. B. Shaws³⁶ gegen die Liberalen, „plutokratischen Anarchismus“ zu vertreten, trifft eigentlich jene Wende vom revolutionären Schlagwort zum dann irgendwie ideologisch verbränten und gefestigten Dogma, ferner aber auch die falsche Stellung des Liberalismus zu Individualismus und Naturordnung, die sich für eine vertragliche wirtschaftliche Koordination als ungeeignet erwies. „Das ganze Bestreben, das *laissez-faire* als ein staatspolitisches Prinzip aufzustellen und dann zu entscheiden, was dem Gesetz zu unterstellen sei und was nicht, gründete auf einen so offenkundigen Irrtum, dass es grotesk anmutet. Der Irrtum lag in der Meinung, dass irgendein Aspekt der Arbeit oder des Eigentums je vom Gesetz unberührt bleibe. Die Vorstellung, dass es in einer Gesellschaft zwei Tätigkeitsbereiche gäbe, einen anarchischen und einen gesetzlichen, ist falsch.“ Die Lücke blieb nicht bestehen, „denn ein Gesetzesvakuum ist in einer Gesellschaft nicht von Dauer“³⁷. Die Liberalen mühten sich um eine staatsfreie Sphäre für die Wirtschaft, und „während die Theoretiker *laissez-faire* sprachen, kaufte und verkaufte man rechtliche Ansprüche auf Eigentum, gründete Aktiengesellschaften, schloss Verträge ab und reichte Schadenersatzklagen ein“³⁸. *Die Frage nach den Grenzen staatlicher Rechtsprechung war wirklich-fremd.*

Wirtschaftspolitisch falsch war nach Eucken die Erwartung, es würde von selbst überall Konkurrenz entstehen und ein allgemeines Gleichgewicht. Man übersah damals den „tiefen Trieb zur Beseitigung von Konkurrenz und Erwerbung einer Monopolstellung“³⁹. Es konnten so wirtschaftliche Machtgruppen entstehen, die auch staatlich gesetztes Recht auszuschalten vermochten. Die Erwartungen — auch eines Adam Smith — waren falsch, weil man noch nicht zwischen Wirtschaftsformen und dem

³⁴ Lippmann, a. a. O., S. 250.

³⁵ Lippmann, a. a. O., S. 251.

³⁶ Siehe oben, Anm. 25.

³⁷ Walter Lippmann, a. a. O., S. 251/252.

³⁸ Lippmann, a. a. O., S. 253.

³⁹ Walter Eucken, Wettbewerbsordnung, ORDO-Bd. II, S. 5.

alltäglichen Wirtschaftsprozess zu unterscheiden gelernt hatte⁴⁰. Die Erfahrung mit dem Laissez-faire hat gezeigt, dass die Gestaltung der Wirtschaftsordnungen nicht sich selbst überlassen werden kann⁴¹. Wenn die grosse soziale Leistung der Befreiung aus der feudalen Beherrschung und der zünftlerischen Enge auch unleugbar ist, so wurde das sehr ungleich verteilte Eigentum durch den ausdrücklichen Schutz des Privateigentums doch unverändert beibehalten. Hier ist auch der Ansatz von Marx' berühmter Kritik der „ursprünglichen Accumulation“, die in der Verwerfung der „Kinderfibel“ Ausdruck findet, dass der Fleiss die einzige Quelle des Reichtums sei⁴². Der Reichtumserwerb vollzieht sich zumeist mit Hilfe des „politischen Mittels“ (Oppenheimer) „und am Ende aller Enden natürlich durch Überlagerung“⁴³. Nicht zuletzt die Überlegenheit der schon ursprünglich herrschenden Schicht hat in der Phase des Wirtschaftsliberalismus dazu geführt, dass in dem Vakuum einer von Gesetzen freien Sphäre sich gerade das bildete, was Grossmann-Doerth einmal „das selbstgeschaffene Recht der Wirtschaft“⁴⁴ genannt hat. Auch Heimann als christlicher Sozialist sieht hier „eine wirkliche Durchbrechung des liberalen Prinzips durch das Prinzip des Privilegs“⁴⁵. Die falsche liberale Auslegung der Beziehung zwischen dem Individuum und der „natürlichen Ordnung“ machte es unmöglich, die Gegebenheiten einer sich verändernden Umwelt zu meistern. Das Produkt der rein wirtschaftlich interpretierten Freiheit, die von ihren ideellen Grundlagen abgeschnitten wurde, musste eine Gegenströmung zum Schutze der Geschädigten auslösen. Die unerfüllten Versprechungen der Wirtschaftspolitik des Laissez-faire berechtigten zur Einschränkung dieser „Freiheit“, die wegen fehlender sittlicher Elemente der Willkürbeschränkung der wesentlichen Grundlagen wahrer Freiheit entbehrte⁴⁶.

⁴⁰ Eucken, a. a. O., S. 6.

⁴¹ Eucken, a. a. O., S. 7.

⁴² Karl Marx, Das Kapital, 1. Band, 4. Auflage, Hamburg 1890, Seite 576 ff.; siehe auch Alexander Rüstow, Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, ORDO-Band II, S. 122.

⁴³ A. Rüstow, a. a. O., S. 122; siehe auch Franz Oppenheimer, Kapitalismus, Kommunismus, Wissenschaftlicher Sozialismus, Berlin u. Leipzig 1919, Seite 167 ff. und Rüstow in „Versagen d. Wirtschaftsliberalismus . . .“, S. 99/100, Anm. 8: Wäre „die wirtschaftliche Klassenscheidung ‚von selbst‘ durch die Konkurrenz verschiedener Befähigungen und Leistungen auf der Rechtsgrundlage des Privateigentums zustande gekommen, so bliebe allerdings nichts anderes übrig, als Privateigentum und Konkurrenz abzuschaffen.“

⁴⁴ Thema seiner Antrittsvorlesung 1933 in Freiburg (Breisgau); siehe auch ORDO-Bd. I, S. 70.

⁴⁵ Eduard Heimann, Soziale Theorie d. Kapitalismus, S. 35.

⁴⁶ Vgl. Karl Jaspers, Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, S. 203.

B. Der Interventionismus, insbesondere der sozialpolitische

Die Veränderung des Ergebnisses des freien marktwirtschaftlichen Prozesses setzen sich aus verschiedenen Motiven private und öffentliche Träger wirtschaftspolitischen Handelns zum Ziel. Diese Vorgänge werden als „*Interventionen*“ bezeichnet. Der vorwiegend staatliche Interventionismus zur Wahrung der verschiedensten Interessen tritt stark in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten Jahrzehnte hervor. Die wachsende Zahl der Eingriffe und Einrichtungen beschleunigt die Annäherung an eine „totale Sozialpolitik“⁴⁷. Die wichtigsten „*Interessengruppen*“ sind:

1. Unternehmer und Arbeiter als Kontrahenten am „Arbeitsmarkt“⁴⁸,
2. die Produzenten, tendierend zum Protektionismus,
3. Verwaltung und gemeinwirtschaftlicher Sektor,
4. die nur schwach vertretenen Konsumenten.

Bestimmte Marktformen, aber auch die politische Möglichkeit der Bildung von Interessengruppen haben die Einflussnahme auf das wirtschaftliche Ergebnis des Marktprozesses gefördert. Für den Theoretiker, der am Konkurrenzmodell sich orientiert, ist an sich jeder Eingriff unerwünscht, denn die „punktuell“⁴⁹ ansetzenden Interventionen führen zur Missachtung der „Interdependenz“ zwischen den wirtschaftlichen Bereichen und somit zur Störung des „Gleichgewichts“. Dem strengen Theoretiker ist die Interventionspolitik Symptom der „Unvollkommenheit“ der Konkurrenz; es entsteht die „spezifische Krankheit der Verkehrswirtschaft“⁵⁰. Es bildeten sich in der Ära der Laissez-faire-Politik Machtgruppen, die Einfluss auf die staatliche Wirtschaftspolitik erlangten. Insofern sind Kartelle, Gewerkschaften und Berufsverbände wohl *frei entstanden*, ihr Handeln aber kann zum nicht geringen Teil konkurrenzbeschränkend sein aus keineswegs immer verwerflichen Motiven. Die Bindungen können durch andere „Marktkräfte“ notwendig geworden sein⁵¹. „Die einseitige Vermachtung wurde durch zweiseitige Vermachtung abgelöst“ sagt Eucken zum Entwicklungsgang auf dem „Arbeitsmarkt“, wo die Gewerkschaften zu Gegenspielern der über ein „Nachfragemonopol“ verfügenden Unternehmer wurden. „Aber die Aufspaltung der Gesellschaft in Klassen dauerte an. Solche Marktformen auf Arbeitsmärkten haben in vielen Ländern — zum Beispiel in Deutschland — keinen Bestand gehabt, sondern haben die Tendenz zu weiterer Transformation, zu staatlicher Intervention und zu staatlicher

⁴⁷ Vgl. Bernhard Pfister, Sozialpolitik als Krisenpolitik, Stuttgart 1936.

⁴⁸ Vgl. Walter Weddigen, Sozialpolitik, Jena 1933, S. 26.

⁴⁹ Über den „Punktualismus“ siehe W. Eucken, Grundsätze . . ., S. 251, 306, 341, 344 f., 394.

⁵⁰ Franz Böhm, Die Idee des ORDO . . ., in ORDO-Bd. III, S. XXXVI.

⁵¹ Vgl. Fritz Marbach, Z. Frage d. wirtsch. Staatsintervention, S. 36.

Festsetzung der Löhne und sogar zu staatlicher zentraler Lenkung der Arbeitskräfte ausgelöst“⁵².

Wird der Wirtschaftspolitik die Aufgabe gestellt, den Konkurrenzmechanismus wirksam zu erhalten, so ergibt sich die Notwendigkeit zur vorwiegend staatlichen „Re-Intervention“ (*Marbach*)⁵³. Insbesondere der antimonopolistischen Intervention kann selbst der streng liberale Theoretiker nicht entraten. Arbeitsmarkt und Agrarpolitik stellen besondere Probleme.

Sozialpolitische Motive wirtschaftlicher und ausserwirtschaftlicher Art bieten ein bedeutsames Arbeitsgebiet der staatlichen Intervention. Hier ist die Kontinuität der Entwicklung zur korrigierenden Verteilungsintervention besonders zu verzeichnen. Während der Träger der sozialpolitischen Intervention hauptsächlich der Staat ist, sind die Objekte derselben nicht genau abzugrenzen. Bei der Unmöglichkeit, allen Menschen auf Kosten aller zu helfen, lässt sich die Möglichkeit nicht abstreiten, dass für gewisse Gruppen Privilegien entstehen.

So wenig *Lippmann* es für opportun hält, nach den *Grenzen der staatlichen Rechtsprechung zu fragen*⁵⁴, so sehr bemühen sich heute *Röpke* und viele andere, das noch *zulässige Mass der Interventionen* zu finden. Wie weit sind Interventionen nach Quantität und Qualität in Bezug auf das Konkurrenzmodell noch „systemgerecht“ oder „konform“⁵⁵? Die Begriffsbildung *Röpkes* betreffend den „Interventionismus“, gegeben im Jahre 1929 macht die Unterscheidung zwischen „konformer“ und „nichtkonformer“ Intervention noch nicht. Es heisst dort: Interventionen sind „alle jene wirtschaftspolitischen Massnahmen, die sich zweifach dadurch auszeichnen, dass sie die Produktion und Distribution der Volkswirtschaft zu verändern suchen, ohne wie der Sozialismus das auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln mit allen seinen Folgerungen beruhende System der Marktwirtschaft aufzuheben“⁵⁶. Da es aber nach der später von *Röpke* gemachten Unterscheidung auch „nichtkonforme“ Interventionen gibt, „die die Preismechanik lahmlegen und daher durch planwirtschaftliche (kollektivistische) Ordnung ersetzen“⁵⁷, gilt obige Abgrenzung zur Charakterisierung der Intervention nicht mehr. Auch *Eucken* betont, dass es Interventionen gibt, die eine „Tendenz zur Transformation der Wirtschaftsordnung“ auslösen⁵⁸. Somit müsste es also angezeigt sein, von einem „konformen“ (liberalen) und einem „nichtkonformen“ (kollektivisti-

⁵² Walter Eucken, Grundsätze . . ., S. 46.

⁵³ Fritz Marbach, a. a. O., S. 36.

⁵⁴ W. Lippmann, a. a. O., S. 253.

⁵⁵ Bez. „systemgerecht“ siehe ORDO-Bd. II, S. 200 (Hr. v. Stackelberg), „konform“ — „nichtkonform“ bei Röpke, Gesellschaftskrisis . . ., S. 253.

⁵⁶ W. Röpke, Staatsinterventionismus, in Handwörterb. der Staatswiss., Ergänzungsband z. IV. Auflage, Jena 1929, S. 864.

⁵⁷ Röpke, Gesellschaftskrisis, S. 253.

⁵⁸ Eucken, Grundsätze . . ., S. 46 u. 186 (Hervorhebung von uns, W. D.).

schen') *Interventionismus* zu sprechen⁵⁹. Wie aber ist dann der „*Interventionismus*“ zu definieren, wenn das Abgrenzungsmerkmal der „Systemgerechtigkeit“ nicht verwendet werden kann?

Die Definitionen des „Interventionismus“ von *Marbach*, *Küng*, *Röpke* und *Saitzew* betonen gleicherweise, dass das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die vorwiegend marktwirtschaftliche Steuerung des Wirtschaftsprozesses erhalten bleiben⁶⁰. Der Interventionismus ist ein notwendiges⁶¹, „ergänzendes Organisationselement“, wie *Saitzew* sagt, „immer aber nur in einem solchen Masse, dass der *Marktmechanismus* als Regulator des wirtschaftlichen Verkehrs im ganzen nicht *ausgeschaltet*, ja selbst nicht auf der ganzen Linie entscheidend behindert wird“⁶². Dies deckt sich mit dem Begriff „konform“, der besagt, dass die Intervention „die Preismechanik und die dadurch bewirkte Selbststeuerung des Marktes nicht aufhebt“⁶³. Der „Interventionismus“ als ein „seinsollendes, idealtypisches Wirtschaftssystem“⁶⁴ ist mit dem „Marktmechanismus“ als letzteren notwendigerweise ergänzendes Element verbunden; die „nichtkonforme“ Intervention ist bereits „planwirtschaftlich, kollektivistisch“⁶⁵. Die Übergänge sind nach *Marbach* nicht so leicht feststellbar. Ob „weit getriebener Interventionismus“ oder schon „echte“ Planwirtschaft vorliegt, gibt die Tatsache an, welches Steuerungsprinzip den „Hauptsektor“ der Wirtschaft beherrscht⁶⁶.

Nach *Böhm* ist die „Verkehrswirtschaft“, besonders wenn sie mit einer Vielzahl von Interventionen durchsetzt ist, „keine eindeutig definierte Ordnung“, sondern ein „Oberbegriff“. Wie *Eucken* gezeigt habe, könne nur „eine völlig interventionslose Verkehrswirtschaft, bei der sich alle Märkte im Zustand der vollständigen Konkurrenz befinden und bei der das Prinzip des neutralen Geldes verwirklicht ist, ... den Anspruch erheben, eine reine und unvermischte Verkehrswirtschaft zu sein“⁶⁷. Der „*Interventionismus*“ sei „keine Ordnung“, er sei „von der Existenz einer Verkehrswirtschaft abhängig“⁶⁸.

Immerhin werden „zur Steuerung der unvollkommenen Märkte“, Inter-

⁵⁹ Siehe 5. Kapitel, Abschnitt 3.

⁶⁰ *Marbach*, a. a. O., S. 37; *Küng*, Emil, *Der Interventionismus*, volksw. Theorie der staatl. Wirtschaftspolitik, Bern 1941, S. 2; *Röpke*, siehe Seite 33, Anm. 5 — *Manuel Saitzew*, *Der Interventionismus*, Sonderdruck a. d. Festgabe f. Fritz Fleiner, Zürich 1937, S. 332.

⁶¹ Siehe *Hans Ritschl*, *Wirtschaftsordnung u. W.-Politik*, WWA Bd. 65, II, S. 257.

⁶² *M. Saitzew*, a. a. O., S. 332.

⁶³ *W. Röpke*, *Gesellschaftskrisis* . . ., 1. Aufl. 1941, S. 253.

⁶⁴ *M. Saitzew*, a. a. O., S. 332.

⁶⁵ *W. Röpke*, siehe oben Anm. 57.

⁶⁶ *F. Marbach*, a. a. O., S. 38.

⁶⁷ *Franz Böhm*, *Die Idee des ORDO* . . ., *ORDO*-Bd. III, S. XXX u. XXXII f.

⁶⁸ *Böhm*, a. a. O., S. XXX.

ventionen benötigt, wobei denen der Vorzug zu geben ist, die „am meisten konform“ sind. Des weiteren sind Interventionen nur gerechtfertigt, wenn „überragende sozialpolitische oder staatspolitische Rücksichten (bei grundsätzlich peinlichster Zurückhaltung) . . . diese gebieten und rechtfertigen“⁶⁹. Auch diese müssen dem „Grundsatz der Vereinbarkeit mit dem Koordinationsprinzip“ entsprechen. Um den „normativen Charakter der freien Marktverfassung in höchstmöglicher Reinheit wiederherzustellen“ ist „alles aufzubieten, um auch da, wo die Märkte frei sind, dem *Kultus des Faktischen* entgegenzutreten und dem wirtschaftsverfassungsrechtlichen Denken zum Sieg zu verhelfen“⁷⁰.

In folgenden Fällen hält Röpke Interventionen für notwendig⁷¹:

1. Vorübergehender Notstand eines Wirtschaftszweiges
2. Monopolismus
3. Raubbau, Überwiegen kurzfristiger Interessen
4. Sozialpolitische Erfordernisse:
 - a) Regelung des Arbeitsverhältnisses
 - b) Unvollkommene Preisbildung am Arbeitsmarkt
 - c) Allgemeine Verteilungsmängel
 - d) Gemeinwirtschaftliche Aufgaben (als fremdes Element in der Marktwirtschaft): Erziehung, Existenzerhaltung (Nahrung, Kleidung, Arzt), Verkehr

Bei den sozialpolitischen Erfordernissen soll dem Fall 4a durch geeignete Verträge, 4b durch „Valorisierung der Arbeitskraft“, 4c durch „direkte“ Einkommensverteilung (Korrektur nach der Einkommensbildung) begegnet werden⁷².

Eine „soziale Wirtschaftspolitik“⁷³ hat drei Hauptprobleme zu lösen:

1. Das Verteilungsproblem
2. Das Problem der schwankenden Konjunktur
3. Das Problem der geistigen und materiellen Lage der Arbeiter als Folge der modernen Produktionsweise⁷⁴.

Später hat Röpke die Aufgaben einer „spezifischen Sozialpolitik“ auf eine „blosse durch den Staat vorgenommene oder geförderte Korrektur der Einkommens- und Besitzverteilung“ begrenzt und gefordert, dass die übrigen sozialen Probleme nicht getrennt, sondern in Verbindung mit der

⁶⁹ Franz Böhm, Die Idee des ORDO . . ., ORDO-Bd. III, S. XXXIII.

⁷⁰ Franz Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft . . ., S. 71.

⁷¹ Wilhelm Röpke, Staatsinterventionismus, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, Ergänzungsband, S. 867 f. Zu Punkt 1 s. S. 867, Spalte 1; Punkt 2: S. 867, Spalte 1; Punkt 3: S. 867, Spalte 2; Punkt 4 a: S. 868, Spalte 1; Punkt 4 b: S. 868, Spalte 2; Punkt 4 c: S. 869, Spalte 1; Punkt 4 d: S. 878, Spalte 2 und S. 879, Spalte 1.

⁷² W. Röpke, a. a. O., S. 869, Spalte 1.

⁷³ W. Röpke, Sozialisierung, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, 7. Band, Seite 577.

⁷⁴ W. Röpke, a. a. O., S. 567 (frei nach dortiger Darstellung).

allgemeinen Wirtschaftspolitik zu lösen gesucht werden ⁷⁵. Das Erfordernis der „Homogenität der Wirtschaftspolitik“ tritt voran. Die „Notwendigkeit der Konsequenz“ der Wirtschaftspolitik muss erkannt werden. Die „Homogenität“ kann nur gewährleistet sein, wenn die „Leitung in der Hand des Wirtschaftsministers vereinigt ist“ ⁷⁶.

Mit der herkömmlichen Sozialpolitik sind die Ordoliberalen nicht einverstanden, weil diese

1. vorwiegend auf dem systemfremden Zentralismus basiert ⁷⁷,
2. den Gruppeninteressen Vorschub leistet ⁷⁸,
3. die Bemühungen um Selbsthilfe untergräbt ⁷⁹,
4. die freie Preisbildung (Lohnbildung) stört oder aufhebt ⁸⁰,
5. vermehrt auf den industriellen Grossbetrieb zugeschnitten ist ⁸¹,
6. Bei Beteiligung der Gewerkschaften die „*Klassenspaltung*“ noch „*rechtlich* legalisiert“, nachdem die unternehmerische Marktüberlegenheit z. Zt. des Laissez-faire diese „*faktisch* heraufbeschworen“ hatte ⁸²,
7. wirkend auf die Steuerpolitik das marktmässige Ergebnis der individuellen Leistungen zu erheblich korrigiert ⁸³,
8. durch Zahl und Intensität der von ihr ausgelösten Interventionen tendenziell eine „Transformation der Wirtschaftsordnung bewirkt“ ⁸⁴.

Wirtschaftliche Machtgruppen, die die Verteilung zu ihren Gunsten verändern, sind „aufzulösen oder in ihren Funktionen zu begrenzen“ ⁸⁵. Richtige Sozialpolitik ist im ordoliberalen Sinne „Wirtschaftsverfassungspolitik“ ⁸⁶ und Abbau des Proletariats ⁸⁷.

C. Die zentrale Wirtschaftslenkung

Bei aller Kritik, die in liberaler Schau an der autoritären, zentral gelenkten Wirtschaftsordnung geübt werden muss, darf nicht übersehen wer-

⁷⁵ W. Röpke, Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? 1950, Seite 64 f. Die progressive Einkommensbesteuerung hat sich hier nicht nur als ungeeignet erwiesen, sondern bei extremer Ausgestaltung die freie Initiative gehemmt und asoziales Verhalten gefördert. Siehe dazu insbesondere: F. A. Hayek, Die Ungerechtigkeit der Steuerprogression, Sonderabdruck aus Schweizer Monatshefte, 32. Jahrgang, Heft 8, November 1952.

⁷⁶ Röpke, a. a. O., S. 10 f.

⁷⁷ W. Eucken, Grundsätze..., S. 102, Abs. 3.

⁷⁸ W. Eucken, a. a. O., S. 171 u. 326.

⁷⁹ O. Lenel, ORDO-Bd. I, S. 313 f.; W. Röpke, Mass und Mitte, S. 163.

⁸⁰ W. Eucken, a. a. O., S. 142 u. 310.

⁸¹ W. Röpke, ORDO-Bd. I, S. 168 f.

⁸² Franz Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft..., S. 82.

⁸³ Günter Schmolders, Steuersystem und Wettbewerbsordnung, ORDO-Bd. III, S. 143: Es ist so weit „dass nicht mehr die Leistungsfähigkeit die Steuer, sondern die Steuer die Leistungsfähigkeit bestimmt...“

⁸⁴ W. Eucken, Grundsätze..., S. 186.

⁸⁵ W. Eucken, a. a. O., S. 334.

⁸⁶ W. Eucken, a. a. O., S. 313.

⁸⁷ W. Röpke, Gesellschaftskrisis der Gegenwart, 1941, S. 353.

den, dass in diesem Falle eine konsequente, fast allzu kompromisslose Verwirklichung einer bestimmten Methode zur Steuerung des Wirtschaftsprozesses vorliegt. *Deutlich wird erkennbar, dass der Wille zur Verwirklichung an erster Stelle steht*, wenn auch die Motive des Handelns aus einer materialistisch-zwangsläufigen Geschichtsauffassung hergeleitet werden. Das Beispiel der Wirtschaftsordnung mit zentraler Leitung widerlegt mit grosser Beweiskraft den Glauben an die Selbstverwirklichung einer bestimmten, von den Menschen vorgefundenen Möglichkeit zur Ordnung des wirtschaftlichen Lebensbereiches. Unter der Voraussetzung, dass ausreichend starke Kräfte die gewählte Ordnung fördern und sichern, können verschiedenartige Ordnungsformen gleichzeitig nebeneinander bestehen. Böhm sagt dazu: „Indem uns Eucken lehrte in einem *Nebeneinander von Ordnungsmöglichkeiten*, anstatt in einem Nacheinander von geschichtlich psychologischen oder soziologischen Zwangsläufigkeiten oder Wahrscheinlichkeiten zu denken, hat er eine wahrhaft befreiende Tat vollbracht“⁸⁸. Die „Zentralverwaltungswirtschaft“ (unten kurz ZVW genannt), zu deren Theorie Eucken den ersten geschlossenen Beitrag lieferte⁸⁹, ist mit dem Rechtsstaat unvereinbar und schon deshalb vom liberalen Standpunkt aus abzulehnen⁹⁰. Die autoritäre Lenkung des Wirtschaftsprozesses unterbindet die Wahlfreiheit des Konsumenten und suspendiert die Dispositionsfreiheit jedes Wirtschaftenden. Sie hebt weitgehend die Freiheit der Berufswahl auf. Die Produktivität einer ZVW ist nachgewiesenermassen geringer als die einer Verkehrswirtschaft⁹¹ und die Wirtschaftsrechnung gelingt nur unvollkommen. Die ZVW bietet wohl „Vollbeschäftigung“, aber: Um welchen Preis? Politisch um den der Freiheit, ökonomisch um den einer mangelhaften Versorgung. Eine unzureichende Lenkung führt in der Verkehrswirtschaft zu zeitweiliger „*Unterbeschäftigung*“ und vorübergehenden Versorgungsmängeln, in der ZVW ist die „*Unterversorgung*“ häufig von chronischem Charakter⁹². Es ist in der ZVW das „Phänomen der Primitivisierung“⁹³ zu verzeichnen.

Was die Lösung der sozialen Frage anbetrifft, so verspricht die ZVW statt nur „formal-rechtlicher“ Freiheit wirtschaftliche und soziale Freiheit von jeder Not, eine „gerechte“ Verteilung des Sozialprodukts nach dem „produktiven Beitrag, und auch, dass die Arbeit nicht mehr als Ware behandelt werde“⁹⁴. Die Wirklichkeit zeigt nach Eucken ein anderes Bild: Die staatliche Forcierung der Investitionen verlangt das „erzwungene Sparen“. Die Maximierung der Konsumgutversorgung, die *Barone* und seine

⁸⁸ F. Böhm, Die Idee des ORDO..., ORDO-Bd. III, S. XLI.

⁸⁹ W. Eucken, To the Theory of Centrally Administered Economy, in *Economica*, Mai u. September 1948 u. in Grundsätze d. Wirtschaftspolitik, 1952, S. 61 ff.

⁹⁰ Eucken, a. a. O., S. 128.

⁹¹ Eucken, a. a. O., S. 122 f.

⁹² Eucken, a. a. O., S. 109.

⁹³ Eucken, a. a. O., S. 110.

⁹⁴ Eucken, a. a. O., S. 122.

Anhänger erwarteten, tritt nicht ein und kann aus zwei Gründen auch nicht erwartet werden: Erstens wird die Kette der notwendigen Investitionen nicht abreißen, nicht zuletzt von Investitionen, die der Macht der Führerschicht dienen. Zweitens ist wegen des fehlenden Gleichgewichts der Investitionen keine optimale Ausnützung möglich⁹⁵. Die gesellschaftliche Struktur wird derart verändert, deren Entwicklung „von oben dirigiert“, dass aus den entstehenden Spannungen eine *neue „soziale Frage“* entstehen muss⁹⁶.

Die Vorgänge in der ZVW sind nach der Auffassung von *Miksch* besonders dadurch gekennzeichnet, „dass die Trennung des reinen Wirtschaftsprozesses von den Daten verschwindet“⁹⁷. Die Voraussage ist in der ZVW unmöglich, weil es an Vorgängen fehlt, die sich innerhalb des sog. „Datenkranzes“ mit einiger Wahrscheinlichkeit wiederholen. In der ZVW ist „alles, was auf wirtschaftlichem Gebiet geschieht . . ., Geschichte“⁹⁸. Das individuelle Handeln nach dem wirtschaftlichen Prinzip wird stark eingengt, denn die Verwirklichung des maximalen individuellen Nutzens (Ophelimität) ist in der ZVW ein organisatorisches Problem und gelingt nur sehr unvollkommen. Die globale Schätzung und Bewertung der individuellen Bedürfnisse muss ungenau sein, ist aber zur Aufstellung des „Plan-Solls“ notwendig. Die Menge allein gibt nicht an, wie weit die Knappheit überwunden ist⁹⁹. Es dürfte dem Planer nicht gelingen, komplementäre Beziehungen und verschiedene Verwendungsarten so einzusetzen, dass es ihm möglich wird, die Grenznutzen in jeder auch zeitlich ungleichen Verwendungsart untereinander gleich zu machen. Eine rechnerische Lösung ist praktisch unmöglich. Die einzige praktische Lösungsmöglichkeit bietet der Preismechanismus in der Marktform der „vollständigen Konkurrenz“. „Die Konkurrenzwirtschaft erscheint so gleichsam als eine automatische Rechenmaschine zur Ermittlung von Grössen, die auf dem Wege einer unmittelbaren Rechnung schlechterdings vom Menschen nicht ermittelt werden können“¹⁰⁰. Würde sich die ZVW wirklich das Ziel der Maximierung des individuellen Nutzens setzen, so müsste sie „die reine Verkehrswirtschaft in allen Einzelheiten nachahmen“ Daraus ergibt sich — wie sinnlos die Nachahmung etwas frei Bestehenden durch Zwang auch scheinen mag — doch eine wichtige Anregung für die Wirtschaftspolitik. *Miksch* meint, dass die Notwendigkeit der „originalgetreuen Nachahmung

⁹⁵ Eucken, a. a. O., S. 122 f.

⁹⁶ W. Eucken, Grundsätze . . ., Seite 126.

⁹⁷ L. Miksch, Z. Theorie d. Gleichgewichts, ORDO-Bd. I, S. 191.

⁹⁸ Miksch, a. a. O., S. 191; siehe auch Miksch, ORDO-Bd. III, S. 40: „Im Rahmen eines gegebenen Datenkranzes ist der aus der inneren Koordination sich ergebende *Wirtschaftsprozess vollkommen determiniert* . . . wiederholbar, er ist *Nichtgeschichte*. Die Geschichte ist völlig in den Datenkranz verbannt.“ — *Miksch* gibt allerdings nicht an, *wieviele* „Daten“ oder Fakten erfasst werden müssten.

⁹⁹ W. Eucken, Grundsätze . . ., S. 121/122.

¹⁰⁰ Heinrich v. Stackelberg, Möglichkeiten u. Grenzen, ORDO-Bd. II, S. 196 f.

verkehrswirtschaftlicher Zusammenhänge“ dort vorhanden ist, wo in einer Verkehrswirtschaft die „Form der automatischen Koordination“ versagt¹⁰¹.

3. Kritik an einzelnen Institutionen

A. Monopole und Kartelle

Von jeher hat der Liberalismus die gleichgewichtsstörende Wirkung von Monopolen und monopolähnlichen Gebilden zum Gegenstand seiner Kritik gemacht. Ein wirtschaftliches Monopol ist Konzentration von Angebot oder Nachfrage eines bestimmten Gutes bei einem Anbieter bzw. Nachfragenden. Der Machtfaktor kommt in folgender Definition *Euckens* zum Ausdruck: „Der Monopolist setzt auf Grund der Plandaten entweder den Preis fest, der eben für ihn kein Datum ist, oder er bestimmt die anzubietende (oder nachzufragende) Menge und lässt den Preis einspielen“¹⁰². Die Vorgänge in der wirtschaftlichen Wirklichkeit in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verlangen „Verstehen wirtschaftlicher Macht und zugleich Durchschauen der auffallend gleichförmigen Kampfmethoden wirtschaftlicher Machtgruppen“¹⁰³. Solche Machtgruppen können auch die Kartelle darstellen, welche als „verkehrswirtschaftliche Erscheinungen“ „Zusammenschlüsse selbständiger Unternehmer zwecks Ausschaltung der Konkurrenz“ sind, aber auch „Werkzeuge der Zentralverwaltungswirtschaft“ werden können¹⁰⁴. Zur Erkenntnis der in der Geschichte unablässig sich ereignenden Machtkämpfe in der Wirklichkeit, „muss der Nationalökonom in seiner Tätigkeit selbst wirtschaftliche Macht kennengelernt haben“¹⁰⁵. So hat nach *Euckens* Ansicht *Schmoller* seine Kenntnisse über Kartelle und Kartellkämpfe leider nur aus Büchern und Unterredungen mit hochgestellten Persönlichkeiten gewonnen, so dass „er verharmlosend meinte — ‚ein Sieg gewisser gemeinsamer Interessen über Eigensinn und kurzsichtigen Egoismus‘“ ... vollziehe sich, während „hier der Egoismus in der Ausprägung des *Gruppenegoismus* zum Sieg gelangt“¹⁰⁶.

Die *wirtschaftliche Macht*, von *Eucken* in aller Realität erfasst, ist mit der ökonomischen Theorie, sofern sie real und undoktrinär vorgeht, erkennbar zu machen und in ihrem Intensitätsgrad annähernd zu bestimmen. Nicht nur die objektiven Gegebenheiten, sondern auch die subjektive Verhaltensweise sind entscheidend. In der gleichen Situation (bei gleicher

¹⁰¹ L. Miksch, ORDO-Bd. I, Seite 192.

¹⁰² W. Eucken, Grundlagen der Nationalökonomie, 3. Auflage 1943, S. 115.

¹⁰³ W. Eucken, a. a. O., S. 237.

¹⁰⁴ W. Eucken, a. a. O., S. 201; ferner Franz Böhm, Wettbewerb und Monopolkampf, 1933 u. — F. Böhm, Das Reichsgericht und die Kartelle, in ORDO-Band I, S. 197.

¹⁰⁵ Eucken, a. a. O., S. 238.

¹⁰⁶ Eucken, a. a. O., S. 239.

„Daten“-Konstellation) vermögen verschiedene wirtschaftende Individuen unterschiedlich zu handeln¹⁰⁷. Mit der Anerkennung dieser Möglichkeit entsteht für die Marktformen-Theorie eine schwer überbrückbare Lücke¹⁰⁸; allerdings nur dann, wenn das unterschiedliche Handeln nicht Folge ungleicher Beurteilung der „Daten“ ist, so dass einer der Wirtschaftenden mit der Theorie recht behält. Die Frage Böhm-Bawerks „Macht oder ökonomisches Gesetz“¹⁰⁹ scheint Eucken dahin zu beantworten, dass unter gewissen objektiven Gegebenheiten einem oder einer Gruppe von Wirtschaftenden die Möglichkeit geboten ist, gegen den Konkurrenzmechanismus zu wirken oder auch das wirtschaftliche Ergebnis zu eigenen Gunsten zu beeinflussen¹¹⁰. Duldet die Rechtsordnung Kartelle und Monopole, insbesondere deren Entstehung mit Hilfe der Koalitionsfreiheit und des Patentrechts, so kann wirtschaftliche Macht die Marktgesetze durchbrechen¹¹¹. Die Interdependenz aller wirtschaftlichen Vorgänge verbietet nach Eucken ferner auch, die sozialen Probleme nur vom Arbeitsmarkt her erklären zu wollen. Die Gruppenbildung der Kontrahenten hat aber immerhin dazu geführt, dass die Arbeiter sich einen grösseren Anteil am Sozialprodukt sichern konnten. Das „Nachfragemonopol“ der Unternehmer — Eucken spricht nicht von einem „Produktionsmittelmonopol“ — wurde durch die „teilmonopolistische Gewerkschaft oder mehrere teiloligopolistische Gruppen zusammengeschlossener Arbeiter“ beantwortet,

¹⁰⁷ W. Eucken, Grundlagen der Nationalökonomie, 3. Aufl., S. 121, Fall d.

¹⁰⁸ Siehe unten, 4. Kapitel, Abschnitt 4.

¹⁰⁹ Eugen von Böhm-Bawerk, Macht oder ökonomisches Gesetz, Gesammelte Schriften, Wien u. Leipzig 1924; Landauer unterscheidet zwischen wirtschaftlicher und ausserwirtschaftlicher Macht, weil die „Ausübung wirtschaftlicher Macht... niemals einen Zwang zu einseitiger Leistung“ bedeute (Carl Landauer, Grundprobleme der funktionellen Verteilung des wirtschaftlichen Wertes, Jena 1935, S. 11). Diese begriffliche Fassung hält Brinkmann für unzureichend, „weil gerade die Gegenleistung auch bei wirtschaftlicher Macht begrenzt werden kann“. (Carl Brinkmann, Wirtschaftsformen u. Lebensformen, 2. Aufl., Tübingen 1950, S. 162). Landauer hält die funktionelle Verteilung für relativ widerstandsfähig gegenüber äusseren Machteingriffen, die Machtbezirke sind aber eng verknüpft: „Wirtschaftliche Macht entsteht zuweilen aus ausserwirtschaftlicher Macht und sie bedarf ferner der ausserwirtschaftlichen Macht zu ihrer Erhaltung“ (a. a. O., S. 14). Dazu stellt sich Eucken ähnlich: In der Verkehrswirtschaft „können sich sehr starke wirtschaftliche Machtpositionen bilden, die nicht selten von der öffentlichen Gewalt gestützt werden und die ihrerseits wieder politische Macht ausüben“ (Grundlagen..., S. 239). Der Grad der wirtschaftlichen Macht ist von der Wirtschaftsordnung abhängig; Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 169 f.

¹¹⁰ Sombart löst diesen für ihn nur scheinbaren Gegensatz dahin auf, dass er dafür den Begriff des „ökonomischen Machtverhältnisses“ setzt, dessen Folge der „Mehrwert“ zugunsten des Überlegenen ist: Werner Sombart, Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, I. Halbband, München-Leipzig 1928, S. 141.

¹¹¹ Die „Koalitionsfreiheit“ kann in „Koalitionszwang“ umschlagen, die Vertragsfreiheit zu deren Ausschaltung benutzt werden: W. Eucken, Grundsätze..., S. 46 f.

womit eine neue „ordnungspolitische Schwierigkeit“¹¹² entstand. Dass nicht nur die „Marktform“, „sondern auch die Lage und Elastizität der Nachfragekurve“¹¹³ auf dem „Arbeitsmarkt von entscheidender Bedeutung ist, ob ein „Nachfragemonopol“ entstehen kann, hebt *Preiser* hervor. Die zahlreichen Bedingungen für einen wirklich elastischen „Arbeitsmarkt“ hat *Willeke* untersucht und im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft in Württemberg die günstigste Struktur nachgewiesen¹¹⁴.

Das „Monopol“, das die leistungäquivalente Distribution der Einkommen stören kann, hat nicht nur rechtliche und produktionsbedingte Entstehungsgründe, sondern weist auch solche der räumlichen und gesellschaftlichen Struktur auf. Deshalb geht auch *Oppenheimer* so weit, den „Mehrwert“ — das Ergebnis „ungerechter“ Distribution — aus dem „gesellschaftlichen Monopolverhältnis“¹¹⁵ schlechthin zu erklären. Der Ordoliberalismus sieht das „Monopol“ — nicht zuletzt wegen der Tendenz zum Umschlagen der privatwirtschaftlichen in die gemeinwirtschaftliche Konzentration — als zentrales Problem. „Der Ordoliberalismus hat den Antimonopolismus in den Mittelpunkt eines ganzen wirtschaftlichen Systems gerückt“¹¹⁶. Die umfassende Kritik, die unter anderen auch *Röpke* und *Rüstow* am Monopolismus üben, enthält den Vorwurf an die „Vertreter der theoretischen Nationalökonomie klassischer Tradition“, nicht gesehen zu haben, wie die wirkliche Entwicklung sich immer weiter vom „vollständigen Wettbewerb“ entfernen konnte¹¹⁷.

Die heute zu konstatierende „historische Gesamtkombination“¹¹⁸ ist die „ungewollte Resultante verschiedenartigster Komponenten“¹¹⁹. Jedes zukünftige Programm ist im Erfolg davon abhängig, dass diese Komponenten entscheidend beeinflussbar sind.

¹¹² Walter Eucken, Grundsätze d. Wirtschaftspolitik, S. 46; Erich Preiser, ein Schüler Franz Oppenheimers, deutet die Marktüberlegenheit des Produktionsmittelbesitzers als „Quasimonopol“, das nicht durch „Marktform“, sondern durch eine typische „Marktlage“ auf Grund eigenartiger *Elastizitätsverhältnisse* gekennzeichnet ist; so habe der „Lohnsatz unter dem Grenzprodukt Aussicht auf weit längeren Bestand als ein Lohnsatz über dem Grenzprodukt“ (S. 339); die „Wirkungsweise“ der Gewerkschaften als Monopole dürfe nicht verkennen lassen, das hier „keine Vorzugsposition unter sonst Gleichen“ geschaffen werden solle. (Erich Preiser, Besitz und Macht in der Distributionstheorie, in „Synopsis“, S. 339, 355, 358.

¹¹³ Erich Preiser, a. a. O., S. 339.

¹¹⁴ Eduard Willeke, Von der raumbundenen menschlichen Arbeitskraft, Eine qualitative Theorie des „Arbeitsmarktes“, Jena 1937. Vgl. auch Adolf Lampe, Rückkehr der Industrie z. Landwirtschaft, in Die Gegenwart, Freiburg B., 31. 5. 1947, S. 39-42; Erich Preiser, Die württembergische Wirtschaft als Vorbild, Stuttgart 1937; W. Röpke, *Civitas humana*, S. 279 ff., Mass u. Mitte, S. 135 ff.

¹¹⁵ F. Oppenheimer, Kapitalismus, Kommunismus, Wissenschaftl. Soz., S. 90.

¹¹⁶ Hero Moeller, Liberalismus, Jahrb. f. Natök. u. Statistik, Bd. 162, S. 225.

¹¹⁷ Alexander Rüstow, Zwischen Kapitalismus u. Kommunismus, in ORDO-Band II, Seite 103.

¹¹⁸ W. Röpke, *Civitas humana*, 1. Auflage, S. 41.

¹¹⁹ Alexander Rüstow, a. a. O., S. 129.

B. Staatliche und andere Organisationen

Das „Gesetz der wachsenden Staatstätigkeit“, das Adolph Wagner in den modernen industrialisierten Massendemokratien sich durchsetzen sah, ist zumindest eine unbestreitbare Tendenz. So bestreitet auch der Ordoliberalismus nicht, dass dem Staate heute vermehrte Aufgaben erwachsen, er will diese nur institutionell abgegrenzt wissen. Beim Staat liegt darnach die Aufgabe der zureichenden Wirtschaftsordnung. Die Kritik richtet sich gegen die staatliche Einmischung in den Wirtschaftsprozess. Der intervenierende, in den Wirtschaftsablauf eingreifende Staat bewirkt nur eine „Steigerung der Politik des Laissez-faire“, denn seine Massnahmen sind „punktuell“ und ohne inneren Zusammenhang¹²¹. Wir möchten hier Eucken des weiteren so verstehen, dass die Summe der Interventionen im Interesse einzelner Gruppen durchaus nicht dem Gesamtinteresse gerecht wird. Die Vielfalt der in sich zusammenhanglosen, nicht ordnungsbezogenen Interventionen wird die Fähigkeit der „Preismechanik“ zur ausreichenden Lenkung des Wirtschaftsprozesses ernstlich vermindern. Die Intervention als Folge unzureichender Lenkung ist selbst wieder Folge ungeeigneter Marktformen.

Die ordoliberale Wirtschaftspolitik fordert *konforme* Interventionen¹²², denn es ist eine bedenkliche Eigenart der „nichtkonformen“ Interventionen, in eine „nicht endende Dynamik“ einzutreten: Am Beispiel des deutschen Wohnungsmarktes zeigt Röpke den Weg von den „Höchstmieten“ über die „Wohnungsrationierung“ zu der „Übernahme der Wohnungsproduktion“ durch den Staat. Das Beispiel ist trotz innerer Folgerichtigkeit vielleicht insofern nicht ganz glücklich, weil gerade auf dem Wohnungsmarkt immer eine Lücke zwischen Bedarf und gewinnorientierter Bautätigkeit bestand. Röpke anerkennt die Notwendigkeit von öffentlichen „Bau- oder Mietzuschüssen“¹²³ für die „wirtschaftlich Schwachen“, doch stellt sich dann die Frage nach „konformen“ und „nichtkonformen“ Subventionen. Subventionen bedeuten für Röpke unter gewissen Bedingungen eine „Verfälschung des Leistungswettbewerbes“¹²⁴ und Eucken sagt, „sie beeinträchtigen die

¹²⁰ Walter Eucken, Wettbewerbsordnung, ORDO-Bd. II, S. 93: „Staatliche Planung der Formen — ja; staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses — nein“.

¹²¹ W. Eucken, a. a. O., S. 3-7.

¹²² W. Röpke, Gesellschaftskrisis . . . , 1. Aufl. 1942, S. 253: „Konform sind solche Interventionen, die die Preismechanik und die dadurch bewirkte Selbststeuerung des Marktes nicht aufheben, sondern sich ihr als neue ‚Daten‘ einordnen . . . nichtkonform solche, die die Preismechanik lahmlegen und daher durch planwirtschaftliche (kollektivistische) Ordnung ersetzen müssen“.

¹²³ W. Röpke, Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?, S. 66.

¹²⁴ W. Röpke, a. a. O., S. 21: „Wie das Monopol ist auch eine Politik der Subventionen, die einzelnen Produzenten auf Kosten aller anderen Vorteile gewährt, grundsätzlich als eine Verfälschung des Leistungswettbewerbes zu bezeichnen und nur im Ausnahmefall und unter Beibringung überwältigender Gründe zuzulassen.“

Fähigkeit des Preissystems, zureichend zu lenken“¹²⁵, wobei insbesondere an die periodischen Subventionen gedacht wird. Die Schlussfolgerung ist, dass ein ausgedehnter Subventionierungsapparat unbedingt als „nicht-konform“ betrachtet werden muss.

Die *Sozialversicherung* ist für Röpke der Ausdruck der „Proletarisierung“ der „Eigentumslosigkeit“ der Massen, kennzeichnend für „den Mangel an Reserven“¹²⁶. Diese „Massenfürsorge“ ist für Röpke „ein ‚Ersatz‘ im schlechten Sinne dieses ominösen Wortes“, ... „der die Aushöhlung der individuellen Existenz, welche die Proletarisierung kennzeichnet, nur noch verschlimmert und die wirkliche Heilung durch Entproletarisierung nur in immer weitere Ferne rückt“¹²⁷. Ein immer wachsender Teil des Volkseinkommens werde vom Staate hin- und hergeschoben, der Machtbereich des Staates dehne sich aus, der Mittelstand werde zerstört, die proletarische Abhängigkeit gefördert. Am Beispiel des „Beveridgeplans“ expliziert Röpke, dass es in der wachsenden Masse die „kleinen Masseneinkommen“ sind, welche in sehr starkem Masse herangezogen werden müssen; es kommt zu einem „Zwangssparen der Arbeiterklasse selbst“¹²⁸. Die Grenzen des Tragbaren werden überschritten, wenn „die Volkswirtschaft als Ganzes in ihrer Produktivität und Anpassungsfähigkeit“ Schaden nimmt.

Diese Bedenken treffen auch für die *Steuerpolitik* ganz generell zu. Eucken betont den sozialen Gesichtspunkt der Einkommensteuer, warnt aber vor einer Progression, welche die Unternehmerinitiative lähmt¹²⁹. Schmolders findet, „dass nicht mehr die Leistungsfähigkeit die Steuer, sondern die Steuer die Leistungsfähigkeit bestimmt oder sogar die Leistung lähmt und verhindert“¹³⁰. Die Steuerpolitik ist Teil eines „Kontrollsystems“ geworden, wie Schmolders es in Übereinstimmung mit F. K. Mann nennt¹³¹. Die Kaufkraftlenkung hat den Steuergrundsatz des Liberalismus, die „Edinburger Regel des ‚leave them as you find them‘ weitgehend aufgehoben“¹³². Bezugnehmend auf das „östliche Gegenbeispiel“ verlangt Schmolders, dass auch in der „Wettbewerbsordnung“ eine *konsequente Steuerpolitik* getrieben werden müsse, die aber in diesem Falle der Förderung der Privatinitiative zu dienen habe¹³³. Der ausserordentliche

¹²⁵ W. Eucken, Grundsätze d. Wirtschaftspol., S. 159, siehe auch S. 256.

¹²⁶ Röpke, *Civitas humana*, 1. Aufl. 1944, S. 259.

¹²⁷ Röpke, a. a. O., S. 259.

¹²⁸ Röpke, a. a. O., S. 253 f.

¹²⁹ W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Seite 301.

¹³⁰ Günter Schmolders, Steuersystem u. Wettbewerbsordnung, ORDO-Bd. III, S. 143.

¹³¹ Schmolders, a. a. O., S. 135.

¹³² Schmolders, a. a. O., S. 145.

¹³³ Schmolders, a. a. O., S. 137: „...so erweist sich die Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung von Steuersystem und Wirtschaftssystem geradezu als die Schicksalsfrage der westlichen Kultur gegenüber der Planwirtschaft des Ostens, die diese Einheit von Wirtschafts- und Steuersystem mit eiserner Konse-

Mittelbedarf des Staates beenzt die Gestaltungsfreiheit; zu bedenken ist, dass die Ergiebigkeit der Steuer von der Produktivität der Wirtschaft abhängt. Die Steuern, gleichsam der quantitative Ausdruck für die Summe der staatlichen Eingriffe¹³⁴, demonstrieren, wie gross die Entfernung zwischen dem Ideal einer freien Konkurrenz und der Wirklichkeit ist.

Die *Gewerkschaften* haben den in ihnen zusammengeschlossenen Arbeitern auch „materiell“¹³⁵ Freiheit gebracht, haben aber geradezu die Aufgabe, den gegebenen Lohn nicht als „Datum“ hinzunehmen und sind somit im Sinne Euckens Monopolisten oder „Teilmonopolisten“¹³⁶. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik wird deshalb als ein wesentlicher Störungsfaktor des volkswirtschaftlichen, allgemeinen „Gleichgewichts“ erachtet. Gerade in diesem Falle wird der Vorrang der „Verhaltensweise“ vor den objektiven Bedingungen einer „Marktform“ deutlich.

C. Das Mitbestimmungsrecht

Die Forderung nach wirtschaftlichem Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Unternehmungen geht über das Gebiet der internen betrieblichen Sozialpolitik weit hinaus, sie ist eine grundsätzliche Forderung. Ganz ähnlich wie bei dem Problem der Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer muss aber hier zu allererst die Frage nach der *Mitverantwortung* gelöst werden. In einer Zeit, da das ökonomische Risiko und die soziale Verantwortung nur zu gern überwältigt werden, selbst von dem einen „normalen“ Risiko sonst nicht ausweichenden Geschäftsleuten und Unternehmern, löst sich diese Frage unschwer. Der wirtschaftliche Kurs der Unternehmung wird energischer durch den „Markt“ — die „Konkurrenz“ in der einen oder anderen Form, oder durch die Nutzenerwägungen der Käufer — bestimmt, als durch interne Kräfte. Sobald im Euckenschen Sinne die autonome einzelwirtschaftliche Planung nicht mehr den von aussen gegebenen „Plandaten“ folgt, wird die Ordnung zum Schaden aller beeinträchtigt. Die Verantwortung für den richtigen wirtschaftlichen Kurs muss den hierzu berufenen Spezialisten bzw. dem Unternehmer überlassen bleiben, in dieser Hinsicht müssen „klare Führungsverhältnisse herrschen“¹³⁷. Dadurch soll aber eine freie Zusammenarbeit der Betriebsangehörigen über Probleme, die alle angehen, nicht unterdrückt werden, sondern im Rahmen der somit vorgegebenen Ordnung bleiben. Die „Mitbestimmung“ oder

quenz ohne Rücksicht auf Traditionen und Institutionen der Vergangenheit tatsächlich hergestellt hat.“

¹³⁴ Über „Steuerpolitik zum Teil ... eine Folge des Interventionismus“ siehe Marbach, a. a. O., S. 23.

¹³⁵ Alfred Amonn, Wirtschaftsordnung u. Wirtschaftszustand, in Sammelband „Vollbeschäftigung, Inflation u. Planwirtschaft“, S. 21.

¹³⁶ W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 150, 186.

¹³⁷ W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 320.

„Wirtschaftsdemokratie“ will mehr, sie tendiert zu einer „Planverlagerung aus den Betrieben heraus auf überbetriebliche Instanzen“¹³⁸. In seinem Aufsatz „Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht“ hat Böhm ebenfalls das Ordnungsproblem vorangestellt. Statt einer Änderung der Eigentumsordnung durch „Mitbesitz an den Produktionsmitteln“ wie früher, wird nun die Mitbestimmung aus der „Zugehörigkeit zur Belegschaft“ oder „zur Arbeiterschaft schlechthin“ abgeleitet, „die Leistungsbefugnis wird hier von der Eigentumsfrage völlig abgelöst“¹³⁹. Das „Schwinden des sozialen und politischen Prestiges, den Besitz und Vermögen den besser gestellten Schichten des Volkes verleihen“, die Tatsache, dass der Unternehmer es sich politisch und „auch wirtschaftlich nicht mehr leisten“ kann „zu streiken“, hat „heute den Umweg über das Eigentum“ unnötig gemacht¹⁴⁰. Aber man setzt von Seiten der Gewerkschaften nach Böhm das „Vertrauen mehr in die Verstärkung kollektiver politischer Macht als in die Verstärkung der wirtschaftlichen Position der Arbeiter...“¹⁴¹. Die Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie allerdings, die politische Macht der „besitzenden Minderheit“ zurückzudrängen, findet der Ordoliberalismus nicht unverständlich¹⁴². „Der wirtschaftsdemokratische Sozialismus“¹⁴³ wendet sich sowohl gegen die „liberale“ Marktwirtschaft mit ihren privaten „Machtpositionen“, als auch gegen die „Zentralverwaltungswirtschaft“ mit der dieser zugeordneten „politischen Diktatur“¹⁴⁴.

Für den Fall, dass das betriebliche und das überbetriebliche Mitbestimmungsrecht eingeführt werden sollte, stellt Böhm die Diagnose, es werde damit eine verspätete Phase des Klassenkampfes¹⁴⁵ eingeleitet, wenn sich dadurch die Gegensätze zwischen Unternehmern, Unternehmerverbänden einerseits, Arbeitern und Gewerkschaften andererseits verschärfen. Wie Böhm sich schon früher äusserte, stellen die beiderseitigen Verbände ein kollektives System dar, in dem die Klassenspaltung vertieft, durch kollektives Arbeitsrecht und Tarifvertrag aber noch legalisiert wurde¹⁴⁶. Die Überwindung des Gegensatzes sei nicht durch Erhebung der Gewerkschaften zu „Gegenregierung und Nebenpäpsten“ zu erzielen¹⁴⁷, sondern nur in einem einheitlichen Ordnungsprinzip zu finden. Wer für das Mitbestimmungsrecht eintrete, diene einer „falschen Demokratie“¹⁴⁸, da jede

¹³⁸ Eucken, a. a. O., S. 321.

¹³⁹ Franz Böhm, Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht, in ORDO-Bd. IV, Seite 31.

¹⁴⁰ Böhm, a. a. O., S. 33.

¹⁴¹ Böhm, a. a. O., S. 35.

¹⁴² Böhm, a. a. O., S. 53.

¹⁴³ Böhm, a. a. O., S. 58.

¹⁴⁴ Böhm, a. a. O., S. 59.

¹⁴⁵ Franz Böhm, Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht, ORDO-Bd. IV, Seite 240.

¹⁴⁶ Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft..., 1937, S. 82.

¹⁴⁷ Böhm, ORDO-Bd. IV, S. 172.

¹⁴⁸ Böhm, a. a. O., S. 135.

Unternehmung in Wirklichkeit der „gesamten Wirtschaftsgesellschaft“ „gehört“ und deren „marktmässiges Plebiszit“ die Produktion lenke. Der Unternehmer habe nur zu „parieren“¹⁴⁹. Aus diesem Grunde und dem weiteren, dass der Unternehmer verantwortlich mit seinem Pfand einstehe, könne die Festlegung des wirtschaftlichen Kurses nur bei der autoritären Betriebsführung¹⁵⁰ liegen. Die Einführung des Mitbestimmungsrechtes bedeutet nach Böhm keineswegs eine allgemeine „Steigerung des Inhaltes des individualen Arbeiterdaseins“, weil nur wenige zur Mitbestimmung herangezogen werden¹⁵¹. Ein *Mitberatungsrecht* in mannigfachen betriebs-internen Fragen allerdings wird anerkannt¹⁵².

Die Solidarität zwischen Betriebsführung und Gefolgschaft, die Bewältigung der gemeinsamen Aufgabe hilft Gegensätze überwinden, wenn die „gegenseitige Treupflicht... zum *Gebot der sozialen Ehre* erhoben“ wird¹⁵³. Da die Produzenteninteressen von Unternehmer- und Arbeiterschaft gleichgerichtet sind, besteht die Tendenz zur gemeinsamen Überforderung des Konsumenten. Erst wenn der Arbeiter als *Produzent* erkennt, dass er sich so in seiner Eigenschaft als *Konsument* schädigt, wird sein Interesse für die „Wettbewerbsordnung“ wachsen, wo der nicht organisierbare Konsument die meisten Rechte hat und die Monopolgewinne der Unternehmer verschwinden¹⁵⁴. Die grosse Kontroverse sei überwunden, wenn das Volk erkenne, dass es mit verschiedenen Interessen „gleichzeitig auf beiden Seiten der Barrikaden“ stehe¹⁵⁵.

4. Ordoliberalismus und Technik

Während Eucken die konkurrenzfördernde Wirkung der modernen Technik begrüsst, wobei er das neuartige Phänomen der „Substitutionskonkurrenz“ im Auge hat¹⁵⁶, üben Röpke und Rüstow eine energische „Kritik des technischen Fortschritts“¹⁵⁷. Die heutige Fülle der Güter und Leistungsarten zeigt an, dass die Produktion bestimmter Güter und Leistungen sich jeweils auf wenige Produzenten beschränkt; aus diesem Grunde hat nach Steinbrück der Theoretiker Triffin den „Begriff der

¹⁴⁹ Böhm, ebenda.

¹⁵⁰ Böhm, a. a. O., Seiten 115, 136, 172.

¹⁵¹ Böhm, a. a. O., S. 132 ff.

¹⁵² Böhm, a. a. O., S. 34; siehe auch W. Eucken, Grundsätze..., S. 320.

¹⁵³ Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft..., S. 83, siehe auch S. 117.

¹⁵⁴ Böhm, ORDO-Bd. IV, S. 206, 233.

¹⁵⁵ Böhm, a. a. O., S. 237.

¹⁵⁶ Walter Eucken, Technik, Konzentration und Ordnung der Wirtschaft, ORDO-Bd. III, S. 6; W. Eucken, Unser Zeitalter der Misserfolge, Tübingen 1951, S. 19; W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern-Tübingen 1952, S. 238 f., 228 f., 233, 293.

¹⁵⁷ Alexander Rüstow, Kritik des technischen Fortschritts, in ORDO-Bd. IV, S. 373 f. — W. Röpke, Die Technik in der Gesellschaftskrisis der Gegenwart, in „Mass und Mitte“, Erlenbach-Zürich, 1950, S. 219 f.

„Gruppe (Industrie)“ aufgegeben“¹⁵⁸. Wenn auch Eucken die „Substitutionskonkurrenz“ anerkennt, macht er sich von Zahl und Grösse der Betriebe¹⁵⁹ bei „vollständiger Konkurrenz“ doch ein anderes Bild, als die heutige „monopolistische Konkurrenz“¹⁶⁰ es bietet. Die industrielle Konzentration ist für Eucken eine unternehmerisch-privatrechtliche, weniger eine technische.

Röpke beabsichtigt mit seiner Kritik nicht, „die Technik als solche“ zu treffen, sondern den „Geist, in dem wir sie fördern und von ihren Möglichkeiten Gebrauch machen, als Produzenten wie als Konsumenten“¹⁶¹. Den Grossbetrieb, die Grossstadt, die soziologische Erscheinung der „Massen“ sieht Röpke sowohl aus der Technik als auch besonders aus der „Technolatrie“¹⁶² entstehen. Röpke sieht in der technischen Entwicklung keinen zwangsläufigen Prozess, sondern ist der Auffassung, dass es früher möglich gewesen wäre und noch heute möglich ist, die rationalistische Einstellung zur Technik in eine humanistische zu wandeln und so den Weg einer „sozialen Technik“¹⁶³ zu beschreiten. Die „soziale Technik“ bedeutet für Röpke vor allen Dingen Dezentralisation, damit Förderung des Klein- und Mittelbetriebes, Unterbindung der zerstörenden Kräfte in bezug auf bäuerliche und gewerblich-mittelständische Lebensform, Achtung der „Waffen der Zerstörung“¹⁶⁴. Da Röpke eine bestimmte Auffassung von einer „natürlichen“ und artgerechten Lebensweise des Menschen hat, untersucht er die Möglichkeiten, welche dafür die Technik lässt bzw. zu bieten hat. Die „soziale Technik“ ist somit weitgehend eine mit seinem soziologischen Idealbild und seiner Sozialphilosophie vereinbare Technik. Gerade die hochgradige Arbeitsteilung verringert die Elastizität, fördert die „Fremdgesetzlichkeit“ des Lebensrhythmus und macht die „Fabrikarbeit“ zu der „verhängnisvollen Kombination der Gleichförmigkeit mit dem Gefühl der Ausweglosigkeit und den übrigen genannten Merkmalen der proletarischen Lebensform“¹⁶⁵. Die heutigen Opfer dieser noch fortschreitenden Entwicklung der „Proletarisierung“ sind die Angehörigen einer mit bescheidenen Mitteln ausgerüsteten selbständigen „Mittelklasse“, die schon Aristoteles als eine tragende Schicht der Demokratie bezeichnet hat¹⁶⁶. Röpke sucht die Antriebe zu einer „sozialen Technik“ beim Tech-

¹⁵⁸ K. Steinbrück, Vom unvollkommenen Markt zur heterogenen Konkurrenz, Seite 107.

¹⁵⁹ W. Eucken, Technik, Konzentration . . ., S. 15.

¹⁶⁰ Nach E. H. Chamberlin's „The Theory of Monopolistic Competition“, Cambridge (Mass.), 1933.

¹⁶¹ W. Röpke, Mass und Mitte, S. 228.

¹⁶² Röpke, a. a. O., S. 222.

¹⁶³ Röpke, a. a. O., S. 236.

¹⁶⁴ Röpke, a. a. O., S. 220.

¹⁶⁵ W. Röpke, Mass und Mitte, S. 163.

¹⁶⁶ W. Röpke, a. a. O., S. 164: Die Schicht „mit dem Sinn für Eigentum und Selbstverantwortlichkeit und mit den ‚Reserven‘, die dem Proletarier abgehen.“ (Bezugnahme auf Aristoteles' „Politik“, IV. Buch, 11. Kapitel.)

niker selbst zu wecken, denkt aber z. B. auch an „Landesplanung“¹⁶⁷. Was sind nun nach Rüstows Ansicht die Antriebe der heutigen Technik, die nach Röpke offenbar noch nicht als „sozial“ gelten kann? Der „Fortschritt“ in unserer Zeit ist durch seine ausserordentliche Dynamik gekennzeichnet. Ein Erklärungsgrund ist die „arbeitsteilig spezialisierte Naturwissenschaft“¹⁶⁸, aber auch die Überwindung von Hemmungen theologischer, metaphysischer Art, das Schwinden „der gesellschaftlichen Verachtung der Techniken“¹⁶⁹. Das Wichtigste aber war nach Rüstow die „Durchbrechung der durch das Herkommen geheiligten naturgemässen Weltordnung“, des hemmenden und des „Fortschritt“ ablehnenden Zunftwesens¹⁷⁰. Mit der Aufklärung des 18. Jahrhunderts schwindet jedes Bedenken, alles wird durchforscht und die „Wirtschaftsgesinnung“ wandelt sich, Investition und Akkumulation wird zur „religiösen Tugend“, „die alte ehrbare Gesinnung der Nahrung geriet in Verdacht der Faulheit und der mangelnden Bereitschaft zu tätiger Verherrlichung Gottes“¹⁷¹. Technik und Wissenschaft fanden Anerkennung, und „unter der Devise *Laissez faire! Laissez passer!*“ wurde ein schon lang angesammeltes Wissen zur Anwendung frei. Der Grundsatz des Wirtschaftsliberalismus, die freie Konkurrenz, zwang zur Anwendung von Neuerungen. „Ein konkurrenzgepeitschter Wettlauf der Wirtschaft um den technischen Fortschritt war die Folge“¹⁷². Der Glaube an den technischen Fortschritt griff um sich, seine bedeutendste Stellung in der Marxschen Erlösungslehre spielend. Auf keinem Gebiet hat sich der Gedanke des *Laissez-faire* so lange erhalten wie auf dem der Technik.

Damit kommen wir zu dem wenig erfreulichen Schluss, dass die Konkurrenz weitgehend mit dem technischen Fortschritt verbunden ist, aber einen Weg nimmt, der mehr und mehr unerwünscht ist. Kann man die Konkurrenz frei lassen oder noch freier machen und gleichzeitig den technischen Fortschritt in ruhigere Bahnen lenken?

Die Forschung sollte nach Rüstows Auffassung wohl frei bleiben, aber mehr in autonome Forschungsinstitute verlagert werden, damit die Ergebnisse der Forschung unter verantwortungsbewusster Kontrolle stehen, dem Konkurrenzkampf unter Umständen entzogen bleiben¹⁷³. Der stärkste

¹⁶⁷ W. Röpke, a. a. O., S. 237 f. und *Civitas humana*, S. 279 f.

¹⁶⁸ A. Rüstow, Kritik des technischen Fortschritts, *ORDO*-Bd. IV, S. 374.

¹⁶⁹ A. Rüstow, a. a. O., S. 378.

¹⁷⁰ A. Rüstow, a. a. O., S. 379.

¹⁷¹ A. Rüstow, a. a. O., S. 381.

¹⁷² A. Rüstow, a. a. O., S. 383; über den „Fortschrittsglauben“ des Wirtschaftsliberalismus siehe auch A. Rüstow, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus . . ., S. 15, 34, 112.

¹⁷³ Ritschl meint zu diesem Problem: „v. Gottl-Ottlilienfeld hat gezeigt, dass es die Wirtschaft ist, die der Technik die Aufgaben stellt. Der Konkurrenzkapitalismus der liberalen Marktwirtschaft stellte der Technik die Aufgabe eines unentwegten Fortschritts, er setzte hohe Prämien auf die Erfindung immer wirk-samerer Maschinen, deren höherer Nutzkoeffizient sich in sinkenden Kosten und

Eingriff in den technischen Fortschritt wäre zweifellos planwirtschaftlich möglich, bei einer damit verbundenen marxistischen Grundeinstellung aber nicht mit dem Fortschrittsglauben des historischen Materialismus vereinbar, aus dem heraus der Leninsche Voluntarismus Förderung, nicht Zügelung fordert. Bei Ausschaltung dieser Mittel muss gerade von der liberalen Seite die Sinnwandlung der Menschen abgewartet werden. Warten bis es so weit kommt, „dass einer sagt: Ich kenne diesen neomodischen Apparat wohl, aber ich würde mich schämen, ihn anzuwenden“¹⁷⁴. Solange die Vorrichtung aber dem Konkurrenten gefällt, wird der Ablehnende vielleicht eine Unterlegenheit in Kauf nehmen müssen. So bedarf insbesondere die auch von Eucken anerkannte „Substitutionskonkurrenz“ des technischen Fortschritts, damit immer neue und andere Güter in zunehmender Menge und Qualität sich um die Kaufkraft des Konsumenten bewerben können. Wenn Miksch sagte, „nicht die Verkehrswirtschaft und der Wettbewerb, die Technik hat die alten Lebensformen zertrümmert“¹⁷⁵, so hatte er nicht wie Rüstow den Zusammenhang zwischen Konkurrenz und technischem Fortschritt erkannt. Die neue Methode des Wettbewerbs durch Substitution „züchtet uns . . . immer neue Bedürfnisse an“¹⁷⁶. Doch auch Miksch hat erkannt, „dass mit wachsender Anhäufung produzierter Produktionsmittel die verbleibenden Freiheitsgrade relativ abnehmen“¹⁷⁷. Diese Veränderung der industriellen Struktur ist im ordoliberalen Sinn die Schattenseite des technischen Fortschritts.

steigenden Gewinnen auswirken musste.“ Ob die Marktwirtschaft Röpkes Aufforderung zur „sozialen Technik“ befolgen werde, bezweifelt Ritschl stark: „Die asoziale Marktwirtschaft kann keine soziale Technik zeugen. Eine soziale Technik könnte nur eine sozialistische Wirtschaft setzen . . .“ Hans Ritschl, Wirtschaftsordnung u. Wirtschaftspolitik, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 65, Heft 2, S. 255. Ist aber nach sozialistischer Auffassung ein solcher Eingriff in den „Unterbau“ zulässig?

¹⁷⁴ Rüstow, a. a. O., S. 396.

¹⁷⁵ Miksch, Wettbewerb als Aufgabe, 2. Aufl., S. 4.

¹⁷⁶ Rüstow (nach Rd. Gedd), a. a. O., S. 388.

¹⁷⁷ Miksch, Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts, Weltwirtschaftl. Archiv, Band 66, Heft 1, 1951, S. 21.

3. Kapitel

DIE GRUNDZÜGE DER ORDOLIBERALEN KONZEPTION

I. Ideelles

A. Liberalismus, Individualismus, Kollektivismus

Es gibt eine Form der Entwicklung im Individualismus, welche zum Kollektivismus hin drängt, und es gibt eine Entwicklung im Liberalismus, welche auf dem „falschen“, „rationalistischen“ Individualismus aufbaut. So, wie der „Kapitalismus“ eine Entartung der „Verkehrswirtschaft“ darstellt, unterscheidet der Neoliberalismus zwischen „wahrem und falschem Individualismus“¹, zwischen vergänglichem und unvergänglichem Liberalismus². Auch hier wird eine grundlegende Besinnung für notwendig erachtet.

Wenn wir *Messners* Einleitung zu seiner „Berufständischen Ordnung“ lesen, so scheint er seine Kritik gegen den vergänglichen Liberalismus und den „falschen“ Individualismus gerichtet zu haben, wenn er sagt: „... die Idee der Gleichheit ist für den Kollektivismus keine andere als für den Individualismus. Im sozialen Materialismus des Kollektivismus ist der Materialismus des Individualismus folgerichtig fortgebildet“³. Diese „Ismen“ zeigen also eine gewisse Verwandtschaft, sie sind positivistisch, rationalistisch, areligiös und betrachten den Staat als „eine bloße Zweckanstalt ohne eigenen Wert“⁴. Die „Entwicklung vom *neutralen* Staate des Individualismus zum *totalen* Staat, ...“ — dieser Maschinerie „zur Herbeiführung der klassenlosen Gesellschaft“ ist von „innerer Zwangsläufigkeit“⁵. Damit wird die „individualistische Gesellschaftsauffassung des Liberalismus“ von diesem katholischen Kritiker abgewiesen⁶, das „liberalistische Dogma“ von der Harmonie der Interessen als „eine aller Wirklichkeit hohnsprechende Deutung“⁷ bezeichnet.

Was ist nun „*wahrer*“ Individualismus? Hayek bekennt sich damit offenbar zu dem, was Eisler als „*sozialen Individualismus*“ bezeichnet und als deren Vertreter er Adam Smith, W. v. Humboldt, Bakunin, Tolstoi,

¹ F. A. Hayek, Wahrer und falscher Individualismus, in ORDO-Bd. I, S. 19.

² W. Röpke, Mass und Mitte, S. 9 f.

³ Johannes Messner, Die berufständische Ordnung, Innsbruck 1936, S. 2.

⁴ Messner, a. a. O., S. 2.

⁵ Messner, a. a. O., S. 3.

⁶ Messner, a. a. O., S. 5, 103, 194.

⁷ Messner, a. a. O., S. 103.

Popper, Spencer u. a. nennt⁸. Im Gegensatz dazu steht die extreme Richtung des „*ethischen Individualismus*“, die sich von den Kynikern, Kyrenaikern und Epikureern zu Schlegel und Nietzsche verfolgen lässt. Hayek erwähnt als Vertreter des „wahren“ Individualismus besonders Adam Smith, ferner Locke, B. de Mandeville, David Hume, Tucker, Ferguson und E. Burke⁹. Smith war bekanntlich ein Schüler des Positivisten Hume, der — wie Durant sagt — mit seiner „*Treatise on Human Nature*“ schon in jungen Jahren die „christliche Welt empört“ hatte¹⁰. Smith, gleich Hume ein Schotte, wurde 1759 durch seine „*Theory of moral sentiments*“ bekannt, worin er als obersten Leitsatz empfiehlt: „Handle so, dass die anderen Menschen mit Dir sympathisieren können“¹¹. Damit bekennt sich Smith zur Humeschen Gefühlsmoral, die in Verbindung mit dem Lockeschen Empirismus sich als eine durch die Sinne eindrücklich gemachte Erfahrungslehre darstellt. Ferner dürfte Smith auch der „*monadologische (pluralistische) Spiritualismus*“ von Leibniz nicht unbekannt gewesen sein, denn daher stammt die Vorstellung der „*prästabilierten Harmonie*“¹². Für Leibniz war der Mensch eine „göttliche Maschine“¹³. Der daraus abgeleitete „*homo oeconomicus*“ hat aber nach Hayek bei Smith nicht gespukt; Smith habe den Menschen eher für sehr unzulänglich angesehen und sein System für geeignet erachtet, schlechte Menschen weniger schädlich zu machen¹⁴. Die Verfolgung des reinen Eigeninteresses könne dem Gesamtinteresse nur förderlich sein. In dieser der „*göttlichen Natur*“ entstammenden Ordnung *liegt eine dem Wesen der Theologie anhängende Antinomie*¹⁵. Deshalb fragt Rüstow: „Hätte es Sinn, die Menschen zur Befolgung etwa des Gravitationsgesetzes zu ermahnen, ihnen eine Gravitationspflicht zu predigen, oder die Regierung vor störenden Eingriffen in dieses Gesetz zu warnen?“¹⁶. Nach der Darstellung von Böhm ist für Eucken die „prästabilierte Harmonie“ existent¹⁷. Nur hätten die Klassiker wohl „den Tausch und den Wettbewerb“ als „instrumentale Steuerungselemente“ erkannt, aber „den Anteil der bewussten sozialen Kulturleistung an der Entfaltung der vorgegebenen Ordnungsmöglichkeiten weit unterschätzt und geglaubt, es genüge die Beseitigung der Privilegien, die Einführung der Gewerbefreiheit und die Unterlassung von Staatsintervention-

⁸ Rd. Eisler, Handwörterbuch der Philosophie, 2. Aufl., Berlin 1922, S. 303.

⁹ F. A. Hayek, ORDO-Bd. I, S. 22.

¹⁰ Will Durant, Die grossen Denker, Zürich 1947, S. 248.

¹¹ Rd. Eisler, Philosophen-Lexikon, Berlin 1912, S. 683.

¹² Rd. Eisler, a. a. O., S. 396.

¹³ Rd. Eisler, a. a. O., S. 396.

¹⁴ F. A. Hayek, a. a. O., S. 27/28.

¹⁵ A. Rüstow, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus . . ., S. 16.

¹⁶ A. Rüstow, a. a. O., S. 16.

¹⁷ Franz Böhm, Die Idee des ORDO im Denken Walter Euckens, ORDO-Bd. III, S. XLVIII. — Für Thomas v. Aquino war die Gesamtordnung der „immanente Endzweck aller Einzelordnungen“, denn „was von Gott ist, das ist geordnet“. Vgl. Luise Manz, Der ORDO-Gedanke, Stuttgart 1937, S. 53.

nen, um einen politisch-sozialen Rahmen zu schaffen, der es gestattet, alles weitere der „Natur“ zu überlassen“¹⁸. Das „Datum“ der „rechtlichen und sozialen Organisation“¹⁹ wurde nicht in geeigneter Weise durch die Wirtschaftspolitik gesetzt. Immerhin hat die Summe von „Gebräuchen und Überlieferung“, auf welche Hayek grossen Wert legt²⁰, verhindert, dass das Laissez-faire „zu einem vorzeitigen gesellschaftlichen Versager und revolutionsgeladenen Frühzünder“ wurde. Die liberale materialistisch-atheistische Lehre des Laissez-faire war zu den Massen anfangs noch keineswegs durchgedrungen²¹. Der „wahre“ Individualismus nimmt den Menschen wie er ist, muss also mangelnde moralische, traditionelle Reserven beachten, die nun offenbar durch den „falschen“, rationalistischen Individualismus zersetzt worden sind. Der „*wahre*“ Individualismus ist besonders gekennzeichnet dadurch, dass er die „*Vernunft*“ als soziale Kategorie betrachtet, die gegenseitige Kontrolle für notwendig hält; der „Cartesianische Rationalismus“²², die Encyclopädisten (La Mettrie mit seiner „Naturgeschichte der Seele“, „Der Mensch als Maschine“, Helvetius, Diderot, Voltaire)²³, ferner J. J. Rousseau²⁴ und die Physiokraten werden abgelehnt. Voltaire, welcher unter dem Motto „Ecrasez l'Infame“²⁵ für die unumschränkte menschliche Vernunft eintrat, hatte für Rousseaus primitives „retour à la nature“ nichts übrig. Der „wahre“ Individualismus achtet das Gewordene und lehnt die Überschätzung der Einzelpersonlichkeit ab, weil sie unmöglich alles überschauen kann²⁶, er ist „Theorie der Gesellschaft“²⁷. Die Menschen sind *von Natur ungleich*, und nur deshalb können sie *gleich behandelt* werden, wollten wir sie in irgendwelcher Hinsicht *gleich* machen, so müssten wir sie *ungleich behandeln*; dies würde nach dem katholischen Liberalen de Toqueville „zu einer neuen Art der Knechtschaft“²⁸ führen.

Der ätzende, alles durchforschende rationalistische Individualismus musste folgerichtig auch den Glauben an die Harmonie der egoistischen Interessen zersetzen, zur ordnenden Gewalt tendieren. Der Rationalismus hat das moralische Rüstzeug des Menschen zersetzt, unter ihm schwindet

¹⁸ Böhm, a. a. O., S. LII.

¹⁹ W. Eucken, Grundlagen der Nationalökonomie, 3. A., S. 161, 190.

²⁰ Hayek, a. a. O., S. 39.

²¹ Marbach, Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention. S. 68.

²² Hayek, a. a. O., S. 22.

²³ Durant, a. a. O., S. 224 f., S. 196 f.

²⁴ Hayek, a. a. O., S. 22; immerhin überschätzte Rousseau die menschliche Vernunft nicht, in seinem „Emile“ fordert er die Stimme des Gewissens auf, Grundlage seiner „natürlichen Religion“. Übelgenommen wird ihm sein „Contrat social“, die Abwertung der Zivilisation, siehe Durant, a. a. O., S. 238; Eisler, a. a. O., S. 613.

²⁵ Durant, a. a. O., S. 228 f.

²⁶ Hayek, a. a. O., S. 25, 27, 29.

²⁷ Hayek, a. a. O., S. 23.

²⁸ Hayek, a. a. O., S. 31, 32.

die „religiös-autoritative Wertung“²⁹ des Handelns. Die Einsichtigen wünschen das herbei, was die Massen einst diesbezüglich besaßen.

Es ist nach Röpke „eine handgreifliche Wahrheit, dass die Krisis unserer Gesellschaft mit der Krisis des Liberalismus zusammenfällt“³⁰. Als unvergänglich am Liberalismus bezeichnet Röpke dessen Identität mit der abendländischen Kultur, seine positive Stellung zum Christentum — mit welchem der Liberalismus in seinem Persönlichkeitsideal weitgehend übereinstimmt — findet er doch in den „Summen“ des Thomas von Aquino ein noch heute zu beherzigendes Kompendium des Liberalismus“³¹. Der unvergängliche Liberalismus ist „humanistisch . . . , personalistisch . . . , anti-autoritär . . . , universalistisch . . . , rationalistisch“³². Das Vertrauen in die Vernunft aber ist begrenzt, weil im „Gedanken der Selbstbefreiung“ ein „dialektischer Prozess“ den Liberalismus „immer wieder über sich selbst hinauszutreiben strebt“³³. So wird der Weg beschritten zu einem Relativismus, Materialismus und Pragmatismus, „der nichts mehr weiss von der ‚Liebe Gottes, die höher ist denn alle Vernunft‘ . . . !“³⁴. Die Unverständlichkeit aber, mit welcher der „liberale Individualismus“ den gesellschaftlichen Problemen gegenüberstand, hat durch die Übersteigerung des Glaubens an eine vernunftgemäss mögliche Leitung des gesellschaftlichen „Verbandes“ zur drohenden Auflösung im „Kollektivismus“ geführt. Bei einer umfassenden Reform des Denkens muss teils auf altem Unverfälschtem, teils auf neuen Erkenntnissen aufgebaut werden.

In der Abwehr der zerstörenden Kräfte einer rationalistisch-materialistischen Entwicklung hofft sich Röpke nicht nur mit vielen „Liberalen Sozialisten“ einig, sondern mit allen, „die sich zum Erbgut des säkularen Liberalismus, wenn auch keineswegs zu diesem Namen selbst, bekennen“ und die „in eine grosse gemeinsame Front *gezwungen* werden“³⁵.

B. Liberalismus und ORDO-Idee

In dieser Abwehrfront steht heute mit an erster Stelle die wohlorganisierte katholische Kirche. In einer Anmerkung zu dem oben erwähnten Abschnitt in Röpkes „Mass und Mitte“ bespricht dieser Arbeiten von Hayek³⁶ und betont, dass die zwei katholischen Vertreter des „wahren“

²⁹ F. Marbach, a. a. O., S. 68.

³⁰ W. Röpke, Mass und Mitte, S. 13.

³¹ Röpke, a. a. O., S. 17.

³² Röpke, a. a. O., S. 19/20.

³³ Röpke, a. a. O., S. 17/18.

³⁴ Röpke, a. a. O., S. 26.

³⁵ Röpke, a. a. O., S. 30/31.

³⁶ W. Röpke, a. a. O., S. 33, Anm. 13: F. A. Hayek, Individualism: True and False; The Use of Knowledge in Society, beides jetzt in „Individualism and Economic Order“, London 1949.

Individualismus, Tocqueville und Lord Acton, „in einem mehr als formellen Sinne Katholiken gewesen sind“³⁷. Offenbar lassen sich einerseits ideell, andererseits auch praktisch Gründe finden, welche eine Annäherung wünschbar erscheinen lassen.

„Es ist kein Zufall“, schreibt Müller-Armack, „dass in der neuesten liberalen Theorie der Begriff ORDO als Name des die gemeinsame Arbeit zusammenfassenden Jahrbuches gewählt wurde. Auch die Bemühungen um eine natürliche Ordnung, wie sie z. B. Röpke vertritt, weist in der gleichen Richtung. Keine der übrigen Gruppen ist aus eigenem fähig, der künftigen Sozialgestaltung jenes umfassende christliche Fundament zu geben, wie es die katholische Sozialtheorie seit langem ausgebildet hat“³⁸. Die eigentlich erst in den Anfängen stehende Zusammenarbeit könnte der „liberalen Theorie“ ein vorzügliches „christliches Fundament“ geben, die katholische Soziallehre aber zu einer Wirtschaftstheorie „bekehren“, die ihrer modernen Lenkungsaufgaben keineswegs gewachsenen „Berufständischen Ordnung“, überlegen ist.

In seinen *„Ordnungspolitischen Betrachtungen zur katholischen Soziallehre“* untersucht Hensel den Grad der Übereinstimmung zwischen dem naturrechtlich begründeten „Subsidiaritätsprinzip“ und der ebenfalls sich auf Naturrecht berufenden „Berufständischen Ordnung“³⁹. Während sich nach Hensel feststellen lässt, dass das Subsidiaritätsprinzip sowohl naturrechtlich gut fundiert ist als auch mit dem Wettbewerbsprinzip übereinstimmt, kann von der Berufständischen Ordnung weder das eine noch das andere behauptet werden. Hensel hält dafür, „dass bei der Ableitung und Begründung der Idee der berufständischen Ordnung aus bzw. auf dem naturrechtlichen Urteil der Vereinigungsfreiheit eben die naturrechtlichen Aussagemöglichkeiten überschritten worden sind“⁴⁰. Zur Begründung weist Hensel auf die „Gültigkeitsgrenzen der naturrechtlichen Aussagen“⁴¹ hin; wo liegen sie? Die naturrechtlichen Regeln sind aus wesentlich einfacheren Lebensformen gewonnen worden, als der moderne arbeitsteilige Wirtschaftsverkehr entwickelt. Eine zureichende Ordnung allein durch das sittliche Verhalten der Menschen zu erzielen ist undenkbar, die Wirkungsmöglichkeiten dieser Regeln erschöpft. Dagegen ist nachweisbar, dass auch die komplizierte arbeitsteilige Wirtschaft nur zwei „reine“ Ordnungsformen kennt, wobei es sich um „vorgegebene, im Sein verankerte“ Möglichkeiten der Ordnung“ handelt, „die die Natur zur Verfügung stellt“⁴². Da nur

³⁷ Röpke, a. a. O., vgl. auch Hayek, Wahrer u. falscher Individualismus, ORDO-Bd. I, S. 22.

³⁸ Alfred Müller-Armack, Soziale Irenik, in Weltwirtschaftl. Archiv, 1950, Heft 2, Seite 188, Band 64.

³⁹ K. Paul Hensel, Ordnungspolitische Betrachtungen zur katholischen Soziallehre (im Sinne der Päpstlichen Enzykliken Rerum Novarum u. Quadragesimo Anno), ORDO-Bd. II, S. 229.

⁴⁰ Hensel, a. a. O., S. 262/63.

⁴¹ Hensel, a. a. O., S. 263.

⁴² Hensel, a. a. O., S. 266.

eine dieser Ordnungen, die „Wettbewerbsordnung“, mit dem Subsidiaritätsprinzip und der christlichen Menschenwürde vereinbar ist, stellt diese Erkenntnis für die „naturrechtliche Betrachtungsweise“ die Möglichkeit dar, „die Forderung der sittlichen Erneuerung hinsichtlich eines freiheitlichen Wirtschaftslebens wirklich und wirksam zu konkretisieren“⁴³. Damit scheint die Verbindung hergestellt und dem Wunsch des Katholizismus, „die Ordnung des Wettbewerbes“⁴⁴ herzustellen, durch einen konkreten Lösungsvorschlag entsprochen, der sich auf eine der von Natur gegebenen Ordnungen beruft. Ob für die gleiche Aufgabe zwei „natürliche“ Lösungen möglich sind, könnte unter Hinweis auf Subsidiaritätsprinzip und Autoritätsprinzip bejaht werden. Immerhin liegt es näher, angesichts der „Vernunftnatur“ und des Rechtes auf „Eigenleben“ des Menschen⁴⁵, die „natürliche Ordnung“ dort zu sehen, wo die Tendenz zu einer gewissen Harmonie auch ohne Zwang vorhanden ist, wie Böhm und Röpke dies tun⁴⁶. Damit ist die Möglichkeit einer anderen Ordnungsform u. E. keineswegs bestritten.

In einer Erwiderung auf den obenerwähnten Aufsatz von Hensel betont v. Nell-Breuning die Notwendigkeit für jeden, der an einer „Wettbewerbsordnung“ interessiert ist, die Vorschläge der Schöpfer der „Berufständischen Ordnung“ wenigstens auf ihre Geeignetheit zur Monopolkontrolle genauestens zu prüfen“⁴⁷.

Der Abstraktionsgrad der Marktformentheorie — insbesondere des „Denkmodells der vollständigen Konkurrenz“ — ist wesentlich höher als derjenige der Berufständischen Ordnung (BO)⁴⁸. Die BO ist nach v. Nell-Breuning die einzige Ordnung, die mit dem „soziologischen Korrelat zum Monopolkapitalismus“, dem „unnatürlich-gewaltsamen Zustand“ des „vermachteten Arbeitsmarktes“ fertig zu werden verspreche⁴⁹. *So beginne jede vernunftgemäße Bekämpfung von monopolistischen Vorzugsstellungen mit einer „Entmachtung und Entmarktung“ des Arbeitsverhältnisses*⁵⁰. Die Projektierung oder Nachbildung des „vollständigen Wettbewerbes“ lässt eine Lösung möglich erscheinen, ohne dass man sich der vielseitigen Probleme der Wirklichkeit recht bewusst wird.

⁴³ Hensel, a. a. O., S. 267.

⁴⁴ Johannes Messner, Die Berufständische Ordnung, S. 103.

⁴⁵ Messner, a. a. O., S. 63 u. 263.

⁴⁶ F. Böhm, Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht, ORDO-Bd. IV, S. 202; W. Röpke, Mass u. Mitte, S. 154, wo die „natürliche Ordnung“ des freien Preissystems in die „natürliche Ordnung“ einer dazu angepassten Umwelt gestellt wird.

⁴⁷ Oswald von Nell-Breuning, S. J., Berufständische Ordnung und Monopolismus, ORDO-Bd. III, S. 217; anders F. Böhm, der da sagt: „Nicht die Berufstände haben die Wirtschaftsverfassung zu schaffen, sondern die Wirtschaftsverfassung hat sich die Berufstände heranzubilden“, s. F. Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft . . ., S. 188.

⁴⁸ v. Nell-Breuning, a. a. O., S. 218.

⁴⁹ v. Nell-Breuning, a. a. O., S. 213.

⁵⁰ v. Nell-Breuning, a. a. O., S. 215.

Die Übereinstimmung im Subsidiaritätsprinzip ist wegen der dezentralistischen Eigenart dieser Gliederung von Röpke begrüßt worden⁵¹; es ist ein Entmachtungsprinzip⁵², somit dient es auch einer „desorganisierenden Sozialpolitik“⁵³.

Von den „ordines“, den Berufständen, besinnen wir uns auf den „ORDO“-Gedanken bei Thomas von Aquino; die Einheit in wohlgegliederter Vielheit erscheint als ein Abbild der „Ordnung der Vernunft“ (Rerum novarum, n. 38). „ORDO: damit ist ausgesagt das klar und einleuchtend Gestufte der Wirklichkeit wie der sie widerspiegelnden Lehre; die unserem Geist Genüge tuende Überschaubarkeit und Durchsichtigkeit des Seinsgefüges; die unserem Denken gangbaren und gebahnten Wege der Welt“⁵⁴. Solche gedankliche Vorbilder hat Rudolf Eucken, der Vater von Walter Eucken, für wertvoll gehalten, um sich „auf die Aufgabe besinnen“ zu können, nicht aber, um sich „in eine frühere Epoche flüchten und dort bei fertigen Leistungen Hilfe zu suchen“⁵⁵. Auch die Methoden müssen, wie Hensel betont hat, andere sein. Das Methodologische, orientiert an den gegebenen Ordnungsmöglichkeiten, hat Walter Eucken immer für das Entscheidende gehalten. Eucken unterscheidet zwischen der konkreten, in einem geschichtlichen Zeitpunkt gegebenen Wirtschaftsordnung und dem Streben nach einer seinsollenden Ordnung der Wirtschaft⁵⁶. Unter Bezugnahme auf Augustinus, Thomas von Aquino und die Physiokraten wird von Eucken dargestellt, wie die Menschen sich schon oft der Aufgabe gegenübersehen, in einer verwirrenden Situation sich auf die richtige Ordnung — den ORDO — zu besinnen. Die „Wettbewerbsordnung“ — entworfen nach dem heuristischen Prinzip der „vollständigen Konkurrenz“ — ist insofern keine natürliche Ordnung (*ordre naturel*), als sie sich nicht völlig von selbst verwirklicht. Sie ist aber nach Euckens Anschauung insoweit natürliche Ordnung, als sie die natürliche Tendenz „der industriellen Wirtschaft zur vollständigen Konkurrenz“ birgt⁵⁷. Eine „gewachsene“ Wirtschaftsordnung enthält Eigenarten, die nur durch institutionelle Vorkehrungen erhalten werden können. Das „Laissez-faire“ sollte erwartungsgemäss in der frei „gewachsenen“ Ordnung die Realisierung des

⁵¹ W. Röpke, *Civitas humana*, 3. A., 1949, S. 18, wo er seinen „liberalen Konservatismus“ als „im Grunde zum selben Ergebnis“ wie die Enzyklika *Quadragesimo anno* (1931) kommend, bezeichnet.

⁵² W. A. Jöhr befasst sich in „Die ständische Ordnung“, Leipzig/Bern 1937, S. 60 mit diesem Punkt der kath. Sozialphilosophie und sagt: „Das Prinzip der Subsidiarität der Gesellschaftstätigkeit ist nur zu verstehen als machtpolitisches Instrument im Kampfe der Kirche gegen den modernen Staat . . .“

⁵³ Walter Weddigen, *Sozialpolitik*, S. 31; s. a. Abschnitt 2 C dieses Kapitels.

⁵⁴ Josef Pieper, *Ordnung und Geheimnis, Ein Brevier der Weltweisheit* aus den Werken des hl. Thomas v. Aquino, Zürich 1946, S. 10.

⁵⁵ Rudolf Eucken, *Thomas v. Aquino und Kant, ein Kampf zweier Welten*, Berlin 1901, S. 40/41.

⁵⁶ Walter Eucken, *Grundsätze . . .*, S. 373.

⁵⁷ W. Eucken, a. a. O., S. 373.

Seinsollenden bringen. Im Gegensatz dazu sind die „Zentralverwaltungs-wirtschaften“ rein „gesetzte“ Ordnungen, die ohne obrigkeitliche Planung nicht entstehen und bestehen können.

„Die ‚Wettbewerbsordnungen‘ nehmen zwischen diesen Extremen eine Mittelstellung ein. Wir erfinden die Wettbewerbsordnung nicht, sondern wir finden ihre Elemente in der konkreten Wirklichkeit vor. Wir erzwingen nichts; sondern wir bringen zur Entfaltung, was — neben anderen Formen — in der Wirklichkeit da ist“⁵⁹. Die zwei grundsätzlich möglichen Lenkungsformen sind — unter Weglassung der Mischformen — die reine Marktwirtschaft (Wettbewerbsordnung) und die Zentralverwaltungs- oder Planwirtschaft. Die eine basiert auf dem Prinzip der Koordination, die andere auf dem Prinzip der Subordination. Oder, wie Miksch es formuliert, das Verhältnis von „äusserer“ und „innerer“ Koordination ist sehr unterschiedlich⁶⁰. Die „Interdependenz der Ordnungen“⁶¹ verlangt, dass die wesensbestimmenden Formen der gesetzten Ordnung eingehalten werden. Der ORDO bestimmt also den „Rahmen“ der Wettbewerbsordnung, deren Kernprozess im Sinne dieser Idee ein „natürlicher“ Vorgang ist.

„Der geordnete Wettbewerb ist wesenhafter Bestandteil einer naturgemässen Verfassung der arbeitsteiligen Volkswirtschaft“⁶². Der Wettbewerb der wirtschaftenden Individuen soll also nicht beseitigt, sondern geordnet werden. Da aber die „freie Konkurrenz“ der Wirtschaft nicht selbst diese Ordnung geben kann, „so muss eine auf sozialer Gerechtigkeit und sozialer Liebe aufbauende Rechts- und Gesellschaftsordnung den festen Rahmen und das Gehäuse dazu schaffen“⁶³. Diese grundlegende Forderung lässt erkennen, dass das „liberalistische Dogma von der Harmonie der Interessen“ von katholischer Seite ganz entschieden abgelehnt wird⁶⁴. Die Ordnungsprinzipien für Wirtschaft und Gesellschaft werden nicht aus einer bestimmten Form des Wettbewerbs abgeleitet, sondern aus sozialer Gerechtigkeit und Liebe, deren ordnende und richtende Träger die Berufsstände sein sollen. Es besteht die Freiheit zu „Zielsetzungen oder Zielwahlen“, da nicht die „Knappheitsverhältnisse und die in ihnen sich ausdrückenden Preise“ letztlich den Wirtschaftsprozess lenken⁶⁵. Es gibt keinen Automatismus.

⁵⁸ W. Eucken, a. a. O., S. 373.

⁵⁹ W. Eucken, a. a. O., S. 374.

⁶⁰ L. Miksch, Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, ORDO-Band III, S. 30.

⁶¹ Eucken, a. a. O., S. 14, 332, 341.

⁶² J. Messner, Die berufständische Ordnung, S. 103. — Für Augustinus war der ‚ordo‘ eine Gut und Böse umfassende monistische Ordnung der Ursachen. Der „Sündenfall“ aber hat die Errichtung der civitate dei vereitelt. Vgl. Luise Manz, Der ORDO-Gedanke, S. 19 f.

⁶³ Paul Jostock, Die sozialen Rundschreiben, Anm. 73, S. 139.

⁶⁴ Messner, a. a. O., S. 103.

⁶⁵ O. von Nell-Breuning, S. J., a. a. O., S. 220.

Dass wirtschaftliches Handeln nach egoistischen oder altruistischen Zwecksetzungen gleicherweise in der Mittelwahl vom wirtschaftlichen Prinzip des geringsten Aufwandes sich leiten lassen muss, betont Eucken und hebt weiter hervor, „dass die Pläne und Handlungen, die aus der individuellen Anwendung des wirtschaftlichen Prinzips hervorgehen, aufeinander abgestimmt werden müssen, damit auch insgesamt nach dem wirtschaftlichen Prinzip gehandelt wird“⁶⁶. Der Gegensatz zwischen „Einzelinteresse“ und „Gesamtinteresse“ kann deutlich werden, wenn „Luxusgüter“ hergestellt werden, bevor alle Menschen ausreichend mit Nahrung und Kleidung versehen sind⁶⁷. Die freie individuelle Entfaltungsmöglichkeit liegt wohl im „Gesamtinteresse“, aber führt nicht zur Interessenharmonie⁶⁸. Beide irren, sowohl der Leugner der Harmonie als auch der Harmoniegläubige⁶⁹. Es „besteht die wesentliche Aufgabe darin, Ordnungsformen zu realisieren, in deren Rahmen sich eine Harmonie einstellt“⁷⁰. Die „vorgefundene“ Wettbewerbsordnung ist insofern „natürliche Ordnung“ oder „Ordo“, als sie die „Tendenz“ zur „vollständigen Konkurrenz“ enthält; die realisierte „vollständige Konkurrenz“, der „ORDO“, erst bedeutet Harmonie: Das Einzelinteresse ist nicht mehr in der Lage, das Gesamtinteresse zu schädigen, weil der Einzelne dann wirtschaftlich weitgehend einflusslos sein soll. Die Gesamtinteressen des (kaufkräftigen) Bedarfs kann dann nur das „neutrale Medium“ des Preismechanismus zur Geltung bringen, kein direkter Befehl darf über die Richtigkeit der „Zielwahl“ entscheiden⁷¹. Der Nachteil ist, wie Eucken schon andeutete, dass auf diese Weise das Angebot nicht vom effektiven Bedarf gelenkt wird⁷².

Der Unterschied zwischen der „prästabilisierten Harmonie“ der Klassiker und dem ORDO bei Eucken liegt in der Verwirklichungsweise. Das Wissen um die Rahmenbedingungen einer harmonischen Ordnung hat sich erweitert, die Möglichkeit auch anderer Ordnungsformen ist erkannt. Die der westlichen Kultur angemessene „Wettbewerbsordnung“ bedarf der zielbewussten Verwirklichung. In einer Umkehr der ursprünglichen liberalen Idee sieht Miksch die Lösung: „Aus der ‚Naturordnung‘ wird eine staatliche Veranstaltung“⁷³. Diese Auffassung wird auch von Böhm vertreten⁷⁴.

⁶⁶ W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 354.

⁶⁷ Eucken, a. a. O., S. 355.

⁶⁸ Eucken, a. a. O., S. 360.

⁶⁹ Eucken, a. a. O., S. 354.

⁷⁰ Eucken, a. a. O., S. 355.

⁷¹ O. von Nell-Breuning, a. a. O., S. 220.

⁷² W. Eucken, a. a. O., S. 355, 365.

⁷³ Leonhard Miksch, Wettbewerb als Aufgabe, 2. Aufl. 1947, S. 12.

⁷⁴ Franz Böhm, Die Ordnung des Wettbewerbs als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, S. 120: „Zu dieser Frage ist zu bemerken, dass der Wettbewerb kein Naturereignis, sondern eine Veranstaltung der Rechtsordnung ist.“ Eine andere Einstellung hat K. F. Goerdeler: „Auch der Wettbewerb ist Kampf und daher nichts, was erst durch eine Gesetzgebung künstlich zu ver-

Immerhin wollten schon die Physiokraten den „aufgeklärten und noch mehr aufzuklärenden Absolutismus . . . dazu bekehren . . ., die grosse Rolle des Verwirklichers dieser naturbefohlenen Ordnung und des Erziehers zu ihr zu übernehmen“. Daran knüpft Rüstow an und folgert daraus für heute: „Wenn wir von den theologischen Gedankenformen des 18. Jahrhunderts absehend die zugrundeliegenden Sachverhalte ins Auge fassen, so würden wir heute für die politisch-soziologischen Randdaten der Marktwirtschaft grundsätzlich den Physiokraten rechtgeben, da sie durchaus etwas aufgegebenes, vom Staat zu verwirklichendes sind, für den innerhalb dieses Rahmens sich vollziehenden Wirtschaftsablauf dagegen Adam Smith“⁷⁵. Der Pessimismus schon eines Ernst Ludwig Carl (1682-1743) bezüglich der Selbstverwirklichung einer in der „Schöpfungsordnung angelegten Harmonie“ war nicht so ungerechtfertigt⁷⁶. Heute werden die „Interessenten-gruppen“ und „Monopole“ als die ernstesten Widersacher der ORDO-Idee erachtet.

Die Stellung der Kirchen zum ORDO-Gedanken ist ungleich aber nicht grundsätzlich ablehnend. Rüstow weist darauf hin, dass schon bei dem katholischen Nationalökonomén Frédéric Bastiat eine Annäherung zwischen aristotelisch-katholischem und stoisch-deistischem Denken stattfand, „Harmoniegläubigkeit und Optimismus verstärken sich dabei wechselseitig.“⁷⁷. Aber wenn auch von Thomas von Aquino her der Ordnungsgedanke im katholischen Denken stark verwurzelt ist, er geht vom gesellschaftlichen Bereich aus und will man heute über die „Entproletarisierung“⁷⁸ und Steigerung natürlicher Reserven dem Machtproblem entgegenwirken. Während v. Nell-Breuning „gegen den ökonomischen Liberalismus, der in merkwürdigem Selbstwiderspruch für den Preis einen naturgesetzlichen Determinismus und einen moralischen Indeterminismus zugleich behauptet“⁷⁹, angeht, sagt Messner: „der gerechte Preis ist nichts anderes als der volkswirtschaftlich richtige Preis“⁸⁰. Hier wird ein Preis gemeint, wie er in einem „richtig funktionierenden Wettbewerb“⁸¹ zustandekommt. Damit ist letzterer sich in der Aufgabe mit dem Ordoliberalismus einig und leugnet bezüglich des Mittels der berufsständischen Lösung die Gefahr der Gruppeninteressen nicht⁸². Die Stellung der protestantischen Kreise zu der

anstellen ist . . .“ vgl. K. F. Goerdeler, Besprechung zu Böhm's obengenanntem Buch, Finanzarchiv, Bd. 5, 1938, S. 492; siehe auch Fritz Haussmann, Die wirtschaftliche Konzentration an ihrer Schicksalswende, Basel 1940, S. 198 u. Anm. 361.

⁷⁵ A. Rüstow, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus . . ., S. 16/17.

⁷⁶ Siehe dazu Hans Ritschl, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Weltw. Archiv, 65. Band, Heft 2, S. 220, dort auch Anm. 2.

⁷⁷ Rüstow, a. a. O., S. 32/33.

⁷⁸ v. Nell-Breuning, a. a. O., S. 229. — Messner, a. a. O., S. 194, 207.

⁷⁹ v. Nell-Breuning, Zur Wirtschaftsordnung, in Wörterbuch d. Politik, Heft Nr. IV, Freiburg (Br.) 1949, Sp. 144.

⁸⁰ Messner, a. a. O., S. 173.

⁸¹ Messner, a. a. O., S. 171.

⁸² Messner, a. a. O., S. 173.

Annahme einer Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft versteht sich aus der Geschichte des Protestantismus, sie muss ablehnend sein. So neigt von Dietze einer „gestalteten freien Marktwirtschaft“ zu, wobei er ein christliches Wirtschaftsverständnis mit der trinitatischen Theologie für vereinbar hält⁸³. Luthers scharfe Trennung von geistlichem und weltlichem Bereich, seine Abkehr vom „Gesellschaftsideal der Scholastik“ und der „Diktatur einer kirchlich gutgeheissenen Sozialordnung“, kennzeichnen seine Stellung zu diesen Fragen⁸⁴. Sein Vernunftbegriff schied ihn vom Naturrecht, die ursprüngliche Identität von Freiheit und Ordnung ist verloren. Die Vernunft mag eine Ordnung bauen, entscheidend bleibt die christliche Liebe. Die heutigen Beiträge, unter welchen der von Emil Brunner hervorragt⁸⁵, bezeugen hohen ethischen Wert, aber mangelndes wirtschaftstheoretisches Verständnis, was Eucken bedauert⁸⁶.

C. Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

Wie aus der Erkenntnis der „Interdependenz der Ordnungen“ hervorgeht, besteht diese nicht nur innerhalb des wirtschaftlichen Bereiches, sondern umfasst die Ordnung des menschlichen Lebens überhaupt. Unter dem extremen „falschen“ Individualismus verschmelzen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung derart, dass es nicht mehr möglich ist, eine begriffliche Trennung vorzunehmen⁸⁷. Ein *wesentlicher Unterschied* liegt in den *Organisationseinheiten* und in den *Organisationsformen*. Es besteht keine Identität zwischen der Einheit, in welcher der Mensch am gesellschaftlichen, politischen Leben teilnimmt und der, in welcher er am Wirtschaftsprozess teilnimmt. Die politische Gemeinde kann demokratisch oder autoritär organisiert sein, die wirtschaftliche Einheit ist zumeist autoritär organisiert⁸⁸. Werden politische und wirtschaftliche Einheiten einer zentralen Leitung unterstellt, verlieren Einzelwirtschaft und Familie an Bedeutung, so verschmelzen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unter der Diktatur, „bis schliesslich fast nur noch die Einzelmenschen und der Staat übrig“ bleiben⁸⁹. Der „oberste sozialphilosophische Grund-

⁸³ Constantin von Dietze, Nationalökonomie und Theologie, Stuttgart 1947.

⁸⁴ H. Bornkamm, Luthers geistige Welt, Lüneburg 1947, S. 246 u. 247.

⁸⁵ Emil Brunner, Gerechtigkeit; eine Lehre von den Grundgesetzen der Gesellschaftsordnung, Zürich 1943.

⁸⁶ Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 349, wo er sich mit der „Frage des Zinses“ bei Brunner auseinandersetzt.

⁸⁷ Messner, a. a. O., S. 1: weil „die wirtschaftlichen Tatsachen . . . die eigentlichen gesellschaftsbildenden Kräfte“ enthalten.

⁸⁸ Goetz Briefs, Das Schlagwort der ‚Wirtschaftsdemokratie‘, in Neue Zürcher Zeitung, Nr. 2113 v. 8. 10. 1950, Blatt 5: Die „Erfahrungen zeigen, dass der moderne industrielle Betrieb kraft seiner Struktur und Funktion demokratischer Willensbildung und Leitung nicht zugänglich ist“.

⁸⁹ Enzyklika Quadr. anno, n. 78, in P. Jostock, Die sozialen Rundschreiben, Seite 132.

satz“ des Katholizismus aber auch des „wahren“ Individualismus ist das Subsidiaritätsprinzip, welches sowohl für die Wirtschafts- wie die Gesellschaftsordnung Geltung hat⁹⁰. Bei letzterer Form der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kommt dem Staat im überwiegenden Masse eine Ordnungsfunktion zu, die im Gemeininteresse liegt. Nach Messner gilt folgendes Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft: „Die *Gesellschaft* ist die Gesamtheit aller Gemeinschaften und Verbände, die auf *Sonderzwecken* beruhen, der *Staat* ist das Gemeinschaftsganze, das auf den *Gemeinzweck* gerichtet ist, d. h. die Voraussetzungen für die Erfüllung aller (irdischen) Lebensaufgaben seiner Glieder in sich schliesst“⁹¹. Im folgenden weist Messner darauf hin, dass er damit nicht den Staat als Verfechter von Sonderinteressen einzelner Verbände verstehen will; „Gruppierungen der Interessen“ ziehen den Staat in die Machtkämpfe hinein, Konkurrenzkampf, Klassenkampf, Parteikampf sind Folgen dieses „individualistischen Freiheitsbegriffes“⁹². Aus der Koalitionsfreiheit kann Koalitionszwang⁹³ entstehen; die Gruppen betrachten den Staat „als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen“⁹⁴. Zur Durchsetzung des Gemeininteresses fordern Ordoliberalen wie Katholiken eine starke Instanz, erstere im Staat, letztere im Berufsstand⁹⁵. Im „*demokratischen Kollektivismus*“, der den „*Staat der Interessentenhaufen*“⁹⁶ hervorbringt, liegt nach Lippmann ein Übel unserer Zeit. Die „seit Rousseaus ‚Contrat Social‘ deutlich genug gewordene Zweideutigkeit der ‚Demokratie‘ klarzumachen“ bemüht sich Röpke unter Hinweis auf die Möglichkeit ‚demokratischer‘ „Selbstversklavung“⁹⁷. Gerade darum geht der Ordoliberalismus gegen Massendasein und Massendenken an, zielt Röpke auf einen „soziologischen Liberalismus“⁹⁸. In der Erkenntnis der Interdependenz zwischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, soll hier eine Gesellschaftsordnung gefördert werden, welcher der wirtschaftliche Liberalismus als einzig vernünftige Zuordnung erscheint. Gegenüber einer solchen Verbindung von „politisch-kulturellem“ Liberalismus (*liberalismo*) und wirtschaftlichem Liberalismus (*liberismo* im Sinne Croces) sollen alle Waffen der Destruktion unwirksam bleiben⁹⁹. Durch eine geeignete „*Strukturpolitik*“ sollen die gesellschaftlichen Vorbedingungen der Marktwirtschaft gesetzt wer-

⁹⁰ Enzyklika Quadr. anno, n. 79, a. a. O., S. 133; Messner, a. a. O., S. 22.

⁹¹ Messner, a. a. O., S. 64.

⁹² Messner, a. a. O., S. 65.

⁹³ Eucken, a. a. O., S. 50.

⁹⁴ Messner, a. a. O., S. 65.

⁹⁵ *Staat*: Eucken, a. a. O., S. 327: „der weitaus wichtigste Wesenszug staatlicher Entwicklung im 20. Jahrhundert ist die Zunahme im Umfange der Staats-tätigkeit und die gleichzeitige Abnahme der staatl. Autorität.“ *Berufsstand*: Messner, a. a. O., S. 65: „Die berufsständische Ordnung soll die Voraussetzungen für einen . . . Aufstand der Gesellschaft wider den Staat beseitigen.“

⁹⁶ Walter Lippmann, *Die Gesellschaft freier Menschen*, S. 165 f.

⁹⁷ W. Röpke, *Mass und Mitte*, S. 43.

⁹⁸ u. ⁹⁹ Röpke, *Civitas humana*, 1944, S. 51 u. Anm. 7 auf S. 91/92.

den ¹⁰⁰. Benedetto Croce hat, wie Röpke bedauert, darin eine „Konzession an die materialistische Geschichtsauffassung“ gefunden, weil Röpke dem ‚liberalismo‘ keine „völlige Autonomie vindiziere“. Von diesem Vorwurf macht sich Röpke frei, indem er auch den „Kollektivismus“ für „geistig-moralischen“ Ursprungs erklärt, der sich seinerseits seine Umwelt schafft. Auf alle Fälle dürfte aber klar sein, dass die heutige „Struktur“ vielerorts die Elastizität, den Mindestbestand an individuellen Reserven, vermissen lässt, die eine liberale Gesellschaftsordnung in einer hochgradig arbeitsteiligen Wirtschaftsordnung benötigt, wenn nicht jede Schwankung der Beschäftigungslage kollektive Eingriffe erfordern soll, die an der Unabhängigkeit und den Reserven zehren.

D. Die „soziale Frage“

Die „soziale Frage“ schlechthin gibt es nicht ¹⁰¹; im Gang der Geschichte wandelt sich der „Widerspruch der Wirklichkeit zu gewissen Idealen“ ¹⁰². Die „soziale Frage“ kann man insofern generell fassen, als die „Zweischichtigkeit“ der Gesellschaft in jeder „Hochkultur“ die Ursache von innenpolitischen Gegensätzen sein kann ¹⁰³.

Für Eucken gibt es drei Typen der „sozialen Frage“: Der *erste* Typus ist gekennzeichnet durch die Unfreiheit des Arbeiters gegenüber dem Unternehmer. Es ist die „soziale Frage“ des 19. Jahrhunderts, die durch Produktivitätssteigerung, bessere Arbeitsordnung und gewerkschaftliche Selbsthilfe der Arbeiter gemildert, aber nicht gelöst wurde ¹⁰⁴. Der *zweite* Typus ist durch die Unsicherheit der Beschäftigungslage gekennzeichnet, die in der Weltwirtschaftskrise gipfelte. In diesem Falle ist keine „punktuelle“ Lösung mehr möglich, der „sozialpolitische Gesichtspunkt“ gewinnt an Boden ¹⁰⁵. Durch die Bildung von sozialen Machtgebilden, durch die umfassende „Vollbeschäftigungspolitik“ wächst der *dritte* Typus heran, der in der Bedrohung der Freiheit schlechthin gipfelt ¹⁰⁶. „Das ganze Leben wird allmählich verstaatlicht“ ¹⁰⁷.

Von einem Typus der „sozialen Frage“ zum folgenden ist das Vordringen des „kollektivistischen“ Prinzips festzustellen. Da sich die Sozialpolitik darstellt als die „auf Eingliederung einer Gesellschaftsgruppe in ein Gesellschaftsganzes gerichtete Politik“ ¹⁰⁸, muss sie zwangsläufig

¹⁰⁰ Röpke, a. a. O., S. 79.

¹⁰¹ K. P. Hensel, ORDO-Bd. II, S. 244.

¹⁰² Erich Preiser, Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung, S. 45.

¹⁰³ A. Rüstow, Revolution zur Freiheit oder Revolution zur Knechtschaft? „DU“, Schweizerische Monatsschrift, Heft 3, 1952, S. 44.

¹⁰⁴ W. Eucken, Grundsätze . . . , S. 185.

¹⁰⁵ W. Eucken, Grundsätze . . . , S. 186.

¹⁰⁶ W. Eucken, Grundsätze . . . , S. 193.

¹⁰⁷ W. Eucken, Grundsätze . . . , S. 187.

¹⁰⁸ Walter Weddigen, Sozialpolitik, S. 3.

„Interessenpolitik“ sein; man kann den einen nur geben, wenn man den anderen nimmt, die im Augenblick mehr haben als sie brauchen, bzw. „gerechterweise“ haben sollten. Wie aber soll diese Verteilungsänderung vollzogen werden? Die „soziale Frage“ des *dritten* Typus ist zum nicht geringen Teil aus der Art der bisherigen Lösungsversuche der vorhergehenden „sozialen Fragen“ entstanden. Wie aber diese Konsequenz vermeiden, ohne die ursprünglichen Probleme wieder verschärft entstehen zu lassen? Das ist für Eucken ein entscheidendes Ordnungsproblem¹⁰⁹. Die „Interessentenhaufen“ müssen gebändigt werden. Bei diesem Vorgehen ist aber wohl zu unterscheiden zwischen den *Konkurrenten*, die um Ausschaltung des Gegners kämpfen, und den grossen *Kontrahenten*, wie Arbeitgeber und Arbeitnehmern, die um ihre Anteile am Sozialprodukt ringen¹¹⁰.

Die Arbeitgeber sind zumeist dadurch im Vorteil, dass es ihnen zum nicht geringen Teil gelingt, die Lohnkonzessionen wieder auf den Konsumenten zu überwälzen und damit den Sinn des Kampfes um die Schmälerung des sog. „Mehrerts“ illusorisch zu machen. Global ist diese Täuschung durch die „Money Illusion“¹¹¹ versucht worden. Auch hier zeigt sich wieder das Problem der ökonomischen Machtwirkung und der Liberale fordert unter diesem Gesichtspunkt mehr Freiheit und Bändigung der Sonderinteressen¹¹². Hier entsteht für den Liberalen eine schwierige Situation, wenn er sehen muss, dass die *wirtschaftliche Freiheit* über die *politische Freiheit* zu demokratischen Entscheiden bedrängt werden kann. Dabei sind die Ansprüche an die Urteilskraft der Wähler, „welche Sondervorrechte der allgemeinen Wohlfahrt dienlich sind und welche nicht“, ausserordentlich hoch¹¹³. Sehr viel schwieriger noch wird das Problem, wenn über sehr langfristige Pläne der Regierung, die durchaus im Sinne der Freiheit und des Gemeinwohls liegen mögen, entschieden werden soll, denn die Unterwerfung unter einer solchen Plan beschränkt die Freiheit zur Änderung.

In vielen Fällen scheint sich zu erweisen, dass die Demokratie der Flut der Sonderinteressen nicht Herr zu werden vermag. Die grossen Machtgruppen der Industrieverbände und Gewerkschaften bestimmen weitgehend die Wirtschaftspolitik, „die verfassungsmässig gesetzten Gewalten — wie

¹⁰⁹ W. Eucken, Grundsätze . . ., S. 312 f.

¹¹⁰ Vgl. W. Weddigen, a. a. O., S. 26.

¹¹¹ Albert Hahn, Die Grundirrtümer in Lord Keynes' General Theory of Employment Interest and Money, in ORDO-Bd. II, S. 170 u. 190. S. 170: „die ‚Money Illusion‘ im Sinne Irving Fishers.“

¹¹² P. Jostock, Soziale Rundschreiben, S. 89, Anm. 9 zu Q. a. n. 10: „Der konsequente Liberalismus sah den Grund der sozialen Reibung und Unzufriedenheit darin, dass immer noch nicht genug Freiheit des einzelnen von allen Bindungen erreicht sei und noch zuviel ausserwirtschaftliche Mächte in wirtschaftliche Dinge hineinredeten; folglich erhoffte er aus der weiteren Entfesselung des Wirtschaftsmenschen die soziale Harmonie und Befriedung. . .“

¹¹³ W. Lippmann, Die Gesellschaft freier Menschen, S. 179.

z. B. das Parlament — werden zugunsten von Mächten entthront, die ausserhalb der Verfassung stehen und ihr Einzelinteresse durchzusetzen suchen. Eine neu feudale Situation ist im Entstehen begriffen“¹¹⁴. So sind die Syndikate längst über die staatliche Satzung der *Gewerbefreiheit* hinweggeschritten und haben von sich aus Neugründungen verhindert. Die dadurch mögliche Verhinderung des Aufstiegs in den selbständigen gewerblichen Mittelstand ist ebenfalls Teil der sozialen Frage, die sich aus Beengung der Freiheit ergibt.

Das neue Feudalsystem, von welchem Eucken spricht, kennt keine moralische Bindung an die höchsten Instanzen, wie der Feudalismus von einst. „Heute ist die Beziehung der Machtgruppen zum Staat meist ein reines Spiel der Macht“¹¹⁵. Das schwierigste und keineswegs gelöste Problem ist das, welche und wie geartete Gegenkraft diese neue „soziale Frage“ lösen soll. Die im Mittelalter zu verzeichnende „Tendenz zum Absolutismus“ im Kampf gegen die „Anarchie, die aus der Selbständigkeit feudaler Gewalten entstand“, könnte heute ihre Übersteigerung in der „Tyrannis“¹¹⁶ finden. Woher sollen die gewaltigen ordnenden Kräfte kommen, die nicht irgendeinem Gruppeninteresse, sondern dem Gesamtinteresse entspringen müssen? Da der Liberalismus keine „Partei der Sonderinteressen“¹¹⁷ ist, müsste das heutige ordoliberalen Wollen Gemeingut werden. Griffe nur eine kleine Gruppe Weitschauender im wohlverstandenen Gesamtinteresse ein, so bliebe die neue Ordnung wenigstens vorläufig eine „Veranstaltung“ von Freiheit. Wie erwähnt, hat Rüstow die Physiokraten insofern nicht ungünstig beurteilt, als sie eine unabhängige Macht für „die grosse Rolle des Verwirklichers“¹¹⁸ suchten. Miksch hat dies weiter getrieben und bei der Verwirklichung der „vollständigen Konkurrenz“ der „Befehlswirtschaft“ gewisse Konzessionen gemacht¹¹⁹. Dass die ordnende Macht bei der „Entmachtung“ der Gruppen keine neue „soziale Frage“ hervorbringe, muss ernstestes Anliegen sein¹²⁰.

¹¹⁴ W. Eucken, Grundsätze d. Wirtschaftspolitik, S. 328.

¹¹⁵ W. Eucken, a. a. O., S. 329.

¹¹⁶ Eucken, a. a. O., S. 335.

¹¹⁷ L. von Mises, Liberalismus, S. 153.

¹¹⁸ A. Rüstow, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus . . ., S. 16/17.

¹¹⁹ L. Miksch, Zur Theorie des Gleichgewichts, ORDO-Bd. I, S. 192: „Es ist eingangs gesagt worden, dass keine absolute Sicherheit dafür besteht, dass die Voraussetzungen der reinen Verkehrswirtschaft sich in der Form der automatischen Koordination überall herstellen lassen. Wo das nicht der Fall ist, kann die Befehlswirtschaft in der Form einer originalgetreuen Nachahmung verkehrswirtschaftlicher Zusammenhänge sogar eine ganz ausserordentliche Bedeutung erlangen. In dieser subsidiären, ergänzenden Rolle ist sie als das entscheidende wirtschaftspolitische Instrument der Zukunft anzusehen.“

¹²⁰ Vgl. dazu W. Eucken, a. a. O., S. 335 f. — ferner Karl Friedrich Maier, Das Verlangen nach sozialer Sicherheit, in ORDO-Bd. III, Seite 24: „Um die Macht der Monopole unschädlich zu machen, bedarf es wieder der Macht, sogar sehr grosser Macht, denn es wird kaum möglich sein, der äusserst vielfältigen Tatbestände Herr zu werden ohne Ermächtigungsgesetze mit tief in die Unterneh-

E. Verbreitung der liberalen Ideen

Da der Liberalismus die Verbindung mit „Sonder-“ oder „Gruppeninteressen“ ablehnt, ja rein grundsätzlich gar nicht durchführen kann, muss er die Verbreitung seiner Ideen anders gestalten. Der bis jetzt letzte grosse Vertreter eines manchesterlichen Liberalismus, Ludwig von Mises, hat sich in seinem Buch „Liberalismus“ dazu wohl allgemeingültig für alle liberalen Richtungen geäussert: „Man kann den Sinn und das Wesen des Liberalismus nicht ärger verkennen, als wenn man meint, es wäre möglich, die liberalen Ideen durch die Mittel zum Siege zu führen, die die anderen politischen Parteien heute anwenden“¹²¹. Da aber Ideen erst ihre konkrete Wirksamkeit entwickeln, wenn sie ihre „politisch-soziologische“¹²² Aktualität erwiesen haben, muss der Liberalismus *seine* Aktualität an Fragen des *Allgemeininteresses*, wie z. B. der bedrängten Freiheit demonstrieren: Der antiliberale Wahlkandidat verspricht Vorteile an Gruppen. „Der liberale Wahlkandidat kann allen Wählern nur sagen, dass die Verfolgung solcher Sonderwünsche antisozial ist“¹²³. Stellt die Mehrzahl der Menschen das Augenblicksinteresse über das dereinst zu erreichende Ideal, so erweist sich der verfehlt Optimismus des liberalen Harmoniegedankens. Da der Liberalismus in dem tagtäglichen wirtschaftlichen Handeln den Menschen nimmt, „wie er nun einmal ist“¹²⁴, kann das unbeirrte Streben zum liberalen Ideal gar nicht verlangt werden. Die politische Wirksamkeit dieser Idee nimmt zu in dem Masse, wie der Mensch sich unerträglich unterdrückt fühlt. Das geradlinige Streben der Summe aller Menschen nach einem Ideal, selbst wenn es voll erkannt ist, ist unwahrscheinlich; gerade auf das freiwillige Streben kommt es aber beim Liberalismus an.

Der Liberalismus hat nicht zuletzt deswegen den Staat möglichst weitgehend vom Wirtschaftlichen fernhalten wollen, weil in Geldangelegenheiten unparteiische Lösungen selten sind¹²⁵. Der Liberalismus ist keine „Partei des Kapitals“¹²⁶, auch wenn er das Sondereigentum an den Pro-

mungen eindringenden und eingreifenden Rechten der Exekutive . . .“ „Die Gefahr, dass unbalancierte Macht, welche die Freiheit und damit die Sicherheit bedroht, durch die Hintertür der Monopolkontrolle sich einschleicht, nachdem sie eben durch die Vordertür der Monopolmacht entfernt worden war, droht auf alle Fälle . . .“; Beachtenswert ferner Wilhelm Grewes Besprechung zu Bertrand de Jouvenels Naturgeschichte der Macht, in ORDO-Bd. III, S. 284. Auf S. 285 folgende Feststellung: „Verfehlt ist die Ansicht, dass die staatliche Macht ihrem Wesen nach sozial-konservativ sei; sie ist in Wirklichkeit sozial-revolutionär, von Natur aus auf Zerstörung der sozialen Ordnung angelegt.“

¹²¹ L. v. Mises, Liberalismus, Jena 1927, S. 138.

¹²² A. Rüstow, Zw. Kapitalismus u. Kommunismus, ORDO-Bd. II, S. 109.

¹²³ v. Mises, a. a. O., S. 156.

¹²⁴ K. P. Hensel, a. a. O., ORDO-Bd. II, S. 257.

¹²⁵ Heinrich Dietzel, Individualismus, in Handwörterbuch der Staatsw., 3. A., 5. Bd., Jena 1910, S. 599.

¹²⁶ v. Mises, a. a. O., S. 159 f.

duktionsmitteln anerkennt; dieses Privateigentum wird als mit den Interessen der Gesellschaft identisch erachtet und es ist „stets auf dem Wege vom weniger tüchtigen zum tüchtigeren Geschäftsmann“. Auch dürfe nicht verkannt werden, dass die Unternehmer alles andere als liberal sind, „wenn ihre unmittelbaren Sonderinteressen in Frage kommen“¹²⁷.

Nun kann man sich gewiss fragen, ob nicht das Interesse, dass die *anderen* keine Sonderinteressen geltend machen können, auch wieder ein Sonderinteresse ist, auf dem eine liberale Partei fussen könnte. Damit könnte man eine Untersuchung beginnen, um die heute auf liberale Ideen reflektierenden Gesellschaftsschichten zu bestimmen. Die ausgeprägten Standesinteressen des selbständigen und unselbständigen Mittelstandes z. B. sind deshalb schwer zu analysieren, weil sich auch hier allgemeine und spezielle Interessen vermischen. Auf die Fragen von Allgemeininteresse aber kommt es dabei entscheidend an.

Neben der Verbreitung der liberalen Ideen durch wirtschaftspolitische Programme in der einschlägigen Fachliteratur muss der Liberalismus wieder die Mittel finden, um sich an alle Schichten des Volkes wenden zu können. Fragen des allgemeinen Interesses müssen behandelt werden, wie „Lösung der sozialen Frage durch Freiheit“ oder „Kampf den Lenkungsgewinnen der Interessenverbände“. So liberal die Grundeinstellung mancher Verbände sein mag, sie stösst sich häufig und leicht an handgreiflichen, oft kurz-sichtig beurteilten augenblicklichen Interessenlagen.

So bleibt noch, dass sich der Liberalismus — eventuell auch nur zeitweilig — mit Institutionen verbündet, die fast vollständig ausserhalb des wirtschaftlichen Erwerbstrebens stehen, den *Kirchen*. Die Grundhaltung des Protestantismus ist wesensgemäss liberal, auch eignet ihm grosse Beweglichkeit. Doch weist vorwiegend die katholische Kirche eine Gliederung, Erfahrung und Unabhängigkeit auf, die für ein gewisses Zusammengehen im Abwehrkampf gegen den historischen und dialektischen Materialismus geeignet erscheint¹²⁸. Das „Wettbewerbsdogma“¹²⁹ müsste dabei an die Stelle der so lange vertretenen berufsständischen Idee treten. Die anfänglichen Bedenken, gewisse Ordoliberale könnten einem „Dogma der Wirtschaftssteuerung“ verfallen¹³⁰, stehen vielleicht auch damit in Zusammenhang.

Die praktische Entwicklung hat gezeigt, dass der in Deutschland ergangene Aufruf zur „Gesamtsentscheidung“ für die „soziale Marktwirt-

¹²⁷ Ludwig v. Mises, *Liberalismus*, S. 162.

¹²⁸ Immerhin ist folgender Satz bei Dietzel zu beachten: „Im Kerne ist die Doktrin der theologischen Widersacher der herrschenden Ordnung anti-individualistisch. Wenn sie den Untertan lossprechen vom Zwange Staates, so nur, um ihn desto fester an die ‚civitas dei‘ zu ketten.“ H. Dietzel, *Individualismus*, Handw.-Buch d. Staatswissenschaften, 3. Aufl., 5. Band, Jena 1910, S. 596.

¹²⁹ Hero Moeller, *Liberalismus*, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Band 162, Heft 3, Mai 1950, S. 227.

¹³⁰ K. F. Goerdeler, *Die Ordnung der Wirtschaft*, W.-politische Bemerkungen zu dem Buch von Franz Böhm, *Finanzarchiv*, Band 5, 1938, S. 494.

schaft“ das gegebene Mittel zur Verbreitung der liberalen Ideen ist, sofern die wirtschaftliche Situation in einem günstigen Stadium ist.

2. Praktische Probleme

A. Die rechtlich-institutionelle Sicherung

Nach Auffassung der Ordoliberalen ist es einer der grössten Fehler des klassischen Liberalismus gewesen, die rechtlichen und institutionellen Bedingungen einer freien Marktwirtschaft, die diese erst zur „Wettbewerbsordnung“ machen, übersehen zu haben. Der Harmoniegläubige schloss die Vorstellung ein, dass auch auf diesem Gebiet sich ein natürliches Gleichgewicht einspielen werde.

Es ist besonders Franz Böhm vorbehalten gewesen, sich seit den ersten Anfängen des Ordoliberalismus mit den juristischen Problemen des Monopolkampfes und der Wettbewerbsbeschränkung zu befassen¹³¹. In neuerer Zeit hat diese Arbeit in den Bestrebungen von Josten und Böhm für ein Gesetz zur Sicherung des Leistungswettbewerbes ihren Ausdruck gefunden¹³². Darin wird mit energischen gesetzgeberischen Eingriffen und deutscher Gründlichkeit das formale Gerüst für eine „Wettbewerbsordnung“ aufgebaut. Während anfangs noch vorgesehen wurde, die unauflösbaren Monopole unter staatliche Kontrolle zu stellen, hat sich Böhm jetzt eher der amerikanischen Ansicht zugewendet, die staatliche Einmischung nicht so weit zu treiben¹³³.

Aus Euckens wirtschaftspolitischem Grundsatz, die *Formen* des Wirtschaftens festzulegen, den eigentlichen *Prozess* aber von staatlicher Lenkung frei zu lassen, geht die Forderung hervor, diese *Formen* keinesfalls von den privaten Marktmächten mitgestalten zu lassen¹³⁴. Der Rechtsstaat muss den Bürger nicht nur vor staatlicher, sondern auch vor privater Willkür schützen; das letztere ist dem Staat auf wirtschaftlichem Gebiet nicht gelungen. Das Rechtliche und das Institutionelle gehört zusammen: „Der Rechtsstaat kann sich nur dort vollständig durchsetzen, wo zugleich mit seiner rechtlich-staatlichen Ordnung eine ‚adäquate‘ Wirtschaftsordnung verwirklicht ist“¹³⁵.

¹³¹ Franz Böhm, Wettbewerb und Monopolkampf, Berlin 1933.

¹³² Zum „Josten-Böhm-Entwurf“ siehe Stellungnahme d. Industrie zum VI. Entwurf des Bundeswirtschaftsministeriums über ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Anhang I zu Fr. Giese u. v. Brunn, Wettbewerb u. Wettbewerbsbeschränkung, Frankfurt a. M. 1950, S. 113.

¹³³ F. Böhm, Das Kartellproblem, Schweiz. Zeitschr. f. Volksw. u. Statistik, 67. Band, 87. Jahrg., 1951, S. 193 ff. — Zum unter Anm. 132 gen. Entwurf siehe auch die Schrift d. Deutschen Gewerkschaftsbundes, Die Illusion des freien Wettbewerbs, Köln 1950, S. 39 ff.

¹³⁴ Walter Eucken, Wettbewerbsordnung, ORDO-Bd. II, S. 93.

¹³⁵ W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 52.

Die Festlegung eines im Grundsätzlichen starren „Rahmens“ ist eine Notwendigkeit, von der auch Röpke und Rüstow überzeugt sind. Innerhalb dieses „Rahmens“ duldet Röpke keine Monopole¹³⁶, und Rüstow beschäftigt sich eingehend mit den „übersehenen institutionellen Randbedingungen“ der Marktwirtschaft¹³⁷. „Die institutionelle Bedingtheit der Konvergenz zwischen Eigennutz und Gemeinnutz war generell bereits vollkommen richtig erkannt worden von Claude-Adrien Helvétius“¹³⁸, diesem bekannten atheistischen „Enzyklopädisten“¹³⁹. Helvétius sagte: „Tout l'art du législateur consiste à forcer les hommes, par le sentiment de l'amour d'eux-mêmes, d'être toujours justes les uns envers les autres.“ Auch Adam Smith habe wohl gewisse Regelungen erwogen, aber keine konkreten Vorschläge hinterlassen. Smith habe wohl an die „conspiracy against the public“ der Unternehmer gedacht, „Gary-Dinners“ seien offenbar nichts Neues¹⁴⁰. Der soziologischen Struktur, einem diese beeinflussenden Erbrecht und der Einrichtung einer starken Marktpolizei misst Rüstow für die institutionelle Sicherung der Marktwirtschaft grosse Bedeutung zu¹⁴¹.

Die wesentlichste Aufgabe des Staates der Wirtschaft gegenüber ist die Durchsetzung und Wahrung dieser Ordnung. Der Staat ist die „ordnende Potenz“¹⁴². Dabei ist wesentlich, das damit sowohl das innere Gleichgewicht der Wirtschaft hergestellt wird, wie dasjenige zwischen der ordnenden Kraft des „Hüters“ Staat und den zur Ordnung zu bringenden Einzelkräften. Wir finden bei Moeller folgende Ansicht: „Allerdings, indem im Sinne des Ordoliberalismus der Staat es ist, welcher den vollständigen Wettbewerb ‚veranstaltet‘ und aus dieser Position alsdann Befugnis zu umfangreichen legislativen und administrativen Massnahmen herleitet, wird nicht nur der Einzelwirt einer grundsätzlichen permanenten und diffizilen Kontrolle unterworfen, sondern er verliert zugleich jene eigentümliche Souveränität für das Gebiet des Wirtschaftens, welche der ältere Liberalismus der ‚Wirtschaft‘ zusprach. Mindestens wird man sagen müssen, dass im System des Ordoliberalismus Wirtschaft und Staat als zwei Kräfte einander gegenüberstehen. Die von sich aus ordnungslosen Einzelwirte sind bestrebt, das gewollte System zu stören, und der Staat ist, um jene ordnungsstörenden Kräfte zu bannen, genötigt, mit entsprechenden eigenen

¹³⁶ W. Röpke, *Civitas humana*, 1. Aufl., 1944, S. 75/76.

¹³⁷ A. Rüstow, *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus* . . ., S. 57: „Nur für denjenigen Bereich des sozialen Feldes, in dem diese Bedingungen erfüllbar und tatsächlich erfüllt sind, gilt jenes Zusammenfallen zwischen Eigennutz und Gemeinnutz, das entdeckt zu haben die grosse Leistung des klassischen Liberalismus ist.“

¹³⁸ A. Rüstow, a. a. O., S. 57/58.

¹³⁹ Durant, *Die grossen Denker*, 8. A., Zürich 1947, S. 224 f.

¹⁴⁰ Rüstow, a. a. O., S. 64; *Smith* sei aber entgegen der üblichen Auffassung nicht für die Navigation Act eingetreten, vgl. S. 63.

¹⁴¹ Rüstow, a. a. O., S. 90 f.

¹⁴² W. Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Seite 330 ff.

Kräften aufzumarschieren. Insofern ergibt sich eine friedliche Lage, eine Ruhelage, nur, wenn eine Art von Gleichgewicht zwischen beiden Fronten hergestellt ist“¹⁴³.

B. Monopolbekämpfung und Dezentralisation

Das „Monopol“ ist für die Ordoliberalen, wie wir bereits gezeigt haben, das zentrale Übel einer „Verkehrswirtschaft“, oder, was für v. Mises noch gleichbedeutend ist, des „Kapitalismus“¹⁴⁴. Als wesentliche Bekämpfungsmittel kommen in Frage:

1. Die Monopolkontrolle durch Monopolamt, fallweise Behandlung.
2. Aufhebung von monopolfördernden staatlichen Schutzbestimmungen
3. Monopolsteuer zuzüglich fallweiser Kontrolle¹⁴⁵
4. Das Monopolverbot, die Abschaffung
5. Weitgehende staatliche Lenkung oder Überführung in Staatseigentum

Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Institution eines *Monopolamtes* zu, und dem Gedanken, durch Begünstigung einer gewissen Betriebsgrösse und Standortverteilung die strukturellen Bedingungen einer „vollständigen Konkurrenz“ zu verbessern. Die gegebenen Betriebsgrössen dürfen für den Wirtschaftspolitiker kein „Datum“ darstellen¹⁴⁶. Die „Dezentralisation“¹⁴⁷ ist wesentlich, und es ist interessant, dass das Standortproblem im rein modellmässigen Sinne mit den „natürlichen“ Standorten kollidiert.

In dieser Hinsicht ist die Untersuchung von Miksch „*Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts*“ von grosser Bedeutung, ja grundlegend¹⁴⁸. Aus dieser Arbeit geht hervor, dass die Struktur der „mittelständischen Sphäre“ in der Form gestreuten Angebots und gestreuter Nachfrage wettbewerbsspolitisch gesehen ungünstig ist. In diesem Falle ist eine Beseitigung des „unvollkommenen Marktes unmöglich“¹⁴⁹, so sehr an sich eine „regionale Wirtschaftspolitik“ erwünscht sein mag, sie ist bedenklich¹⁵⁰. Es können so gebietsweise neue Monopole entstehen: „Bemerkenswert ist nur die Tatsache, dass die einfachste, unter Abstraktion von allen natürlichen, rechtlichen und historischen Daten konstruierte Form der räum-

¹⁴³ Hero Moeller, *Liberalismus*, Jahrb. f. Nationalökonomie u. Statistik, Bd. 162, Heft 3, 1950, S. 226.

¹⁴⁴ L. v. Mises, *Liberalismus*, S. 164.

¹⁴⁵ H. v. Stackelberg, Vorschlag z. einer Monopolsteuer, in ORDO-Bd. II, Seite 205.

¹⁴⁶ W. Eucken, Technik, Konzentration u. Ordnung d. Wirtschaft, ORDO-Bd. II, S. 14/15.

¹⁴⁷ W. Röpke, *Civitas humana*, 1. A., 1944, S. 178 f., 283 f., 378 f.

¹⁴⁸ Leonhard Miksch, *Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts*, in Weltw. Archiv, 1951, I, S. 5 f.

¹⁴⁹ Miksch, a. a. O., S. 15.

¹⁵⁰ Miksch, a. a. O., S. 23.

lichen Anordnung nicht zur vollständigen Konkurrenz, sondern zu monopolistischen Marktformen führt“¹⁵¹. Wir denken hier besonders auch an das regionale Nachfragemonopol nach Arbeitskräften. Die Standorte, welche sich unter dem Laissez-faire rein aus den wirtschaftlichen Prinzipien für die Betriebe ergaben, erscheinen nun in nicht zu schlechtem Licht¹⁵². Die Möglichkeiten zur strukturellen Umgestaltung nehmen in dem Masse ab, als die Menge produzierter Produktionsmittel zunimmt¹⁵³. Dies kommt einer diesbezüglichen Äusserung von Marbach sinngemäss gleich¹⁵⁴.

Die Monopolbekämpfung durch Dezentralisation im räumlichen Sinne stösst theoretisch und praktisch auf Schwierigkeiten; die *Dezentralisation* als „*Entflechtung*“ von Unternehmungen, auf welche auch besonderer Wert gelegt wird, ist allem voran eine *Machtfrage*¹⁵⁵.

C. Träger der Sozialpolitik

Auch die Sozialpolitik steht im Zeichen der Dezentralisation; Weddigen hat die für den Liberalismus charakteristische Sozialpolitik ja „desorganisierende Sozialpolitik“ genannt, die

a) der Verhinderung oder Sprengung

b) der Entmachtung der Organisation

dient und eine „mittelbare oder veranstaltende“ Sozialpolitik ist¹⁵⁶. Da jede Sozialpolitik auf Verringerung der gesellschaftlichen Interessengegensätze gerichtet ist, muss die „Entmachtung“ als eine Rückführung von privaten und gesellschaftlichen Mächten auf ein Mass verstanden werden, welches mit dem Allgemeininteresse noch vereinbar ist.

Eine „vergemeinschaftende Sozialpolitik“ würde versuchen, die gegensätzlichen Interessen von der Spitze der Verbände her oder z. B. von der Betriebsgemeinschaft aus zu überbrücken¹⁵⁷.

Bei einer dezentralistischen Sozialpolitik müssen die weniger mächtigen, den unteren Stufen angehörenden Träger der Sozialpolitik an Bedeutung gewinnen, während der „herkömmlichen Sozialpolitik“ die Rolle einer „kurzfristigen Linderungs politik“¹⁵⁸ zugewiesen wird. Im Zuge der

¹⁵¹ Miksch, a. a. O., S. 15/16.

¹⁵² Miksch, a. a. O., S. 16: „Nur den Standortfaktoren ist es zuzuschreiben, dass es eine natürliche Ordnung der inneren Koordination gibt.“

¹⁵³ Miksch, a. a. O., S. 21.

¹⁵⁴ Marbach, Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention, S. 109: Wir haben „keine Welt einzurichten, sondern eine bereits mehr oder weniger gut eingerichtete zu betreuen . . .“

¹⁵⁵ Eucken, Wettbewerbsordnung, in ORDO-Bd. II, S. 64 f., und ORDO-Band III, S. 10 f.

¹⁵⁶ u. ¹⁵⁷ Walter Weddigen, Sozialpolitik, S. 31.

¹⁵⁸ W. Röpke, Civitas humana, S. 261.

Abwehr der zentralistischen Sozialpolitik kommt es zu einer Neubelebung der betrieblichen Sozialpolitik (managerial social policy), insbesondere unter angelsächsischem Einfluss. Da auch für die Sozialpolitik das Subsidiaritätsprinzip seine volle Bedeutung hat, ist eine klare Stufung nach Aufgaben und Möglichkeiten notwendig:

Eucken gliedert die „Spezielle Sozialpolitik“ nach ¹⁵⁹:

1. Haushaltverfassung (teilweise individuelle Sicherung)
2. Betriebsverfassung (auf betriebsinterne Fragen begrenzte Mitsprache der Arbeiter)
3. Arbeitsmarktverfassung (Ordnung des Leistungsangebotes der Arbeiter, staatliche Schutzbestimmungen, Gewerkschaften, Antimonopolismus)

Die „vergemeinschaftende“ ¹⁶⁰ Sozialpolitik will der Ordoliberalismus im Betriebe fördern; wenn er auch nicht zum Patriarchalismus ¹⁶¹ tendiert, so doch zu einer Zurückdrängung des gewerkschaftlichen Einflusses auf die Betriebsgemeinschaft. Das ist aber nicht eine reine Formsache. So wichtig die menschlichen Beziehungen im Betrieb (human relations) sind, die materiellen Möglichkeiten zu betrieblicher Sozialpolitik schwinden mit zunehmender Konkurrenz. Besonders dann, wenn es „den bösen Nachbarn nicht gefällt“ (d. h. den anderen Konkurrenten) ¹⁶². Da der Neoliberalismus allgemein dagegen ist, Sozialpolitik auf Kosten der Konsumenten treiben zu lassen ¹⁶³, wird sich der Erweiterung der betrieblichen Sozialpolitik schon rein materiell manche Schwierigkeit entgegenstellen ¹⁶⁴.

D. Sozialpolitik als Teil der Ordnungspolitik

Die Sozialpolitik soll ein Teil der „Politik zur Ordnung der Wirtschaft“ sein, in der „Wirtschaftsverfassungspolitik“ aufgehen ¹⁶⁵. Dies verlangt eine normative Behandlung der Sozialpolitik, was durchaus nicht einfach ist.

H. von Stackelberg sagt, dass das System der „vollständigen Konkurrenz“ ... „zu ganz verschiedenen Ergebnissen führen kann, die von

¹⁵⁹ W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 318 f.

¹⁶⁰ Weddigen, a. a. O., S. 31.

¹⁶¹ Siehe P. Jostock, Die sozialen Rundschreiben, Seite 27, Anm. 29 zu *Enzyklika Rerum Novarum*, n. 13: „Also sollen die Arbeiter nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt der Sozialreform sein, d. h. diese soll nicht einfach über ihre Köpfe hinweg von anderen beschlossen oder angeordnet werden, so wie es die patriarchalische Gesellschaftsauffassung will ...“

¹⁶² W. Eucken, Grundsätze, Seiten 367 u. insbes. 316/17.

¹⁶³ F. Böhm, Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht, ORDO-Bd. IV, S. 212 f. — Dass der Arbeiter mit Lohnforderungen sich nicht immer als Konsument schadet, dürfte an der Luxusgüterproduktion deutlich werden, auch an der Waffenfabrikation.

¹⁶⁴ L. Miksch, ORDO-Bd. III, S. 69: „Kein einzelner Unternehmer, der in vollständiger Konkurrenz steht, kann kostspielige Arbeiterschutzmassnahmen durchführen oder die Arbeitszeit herabsetzen, wenn es nicht allgemein geschieht.“

¹⁶⁵ W. Eucken, Grundsätze . . . , S. 313.

der Verteilungstransformation abhängig sind. Die finale Beurteilung dieses Systems bleibt also unbestimmt¹⁶⁶. Der Sozialpolitik würde also die Aufgabe obliegen, im Rahmen der „vollständigen Konkurrenz“ die optimale „Verteilungstransformation“ herzustellen. Dabei darf keine sozialpolitische Massnahme „die übrige Ordnungspolitik durchkreuzen“¹⁶⁷. Das schwere Problem, das sich hierbei stellt, ist, ob die „Marktkonformität“ die Grenze sozialethischen Handelns darstellt.

Müller-Armack, der einen Unterschied zwischen „Antimarktwirtschaftlichkeit und völliger Marktkonformität“ macht, betont die Wichtigkeit des Nachweises, „dass es für alle vernünftigen sozialen Ziele neben dem antimarktwirtschaftlichen Weg eine besondere marktwirtschaftliche Lösungsmöglichkeit in den Bedingungen einer freien Organisation gibt“¹⁶⁸. Wie oben ausgeführt, hat aber Miksch betont, dass der Unternehmer in „vollständiger Konkurrenz“ von sich aus keine zusätzlichen sozialen Massnahmen einführen kann¹⁶⁹. Um Schrittmacher zu sein, bedarf er einer besonders günstigen Marktposition. Da es aber „Sittlichkeit . . . nur bei der menschlichen Persönlichkeit“ gibt, „ein Kollektiv als solches keine sittlichen Verpflichtungen haben kann“¹⁷⁰, muss mit allen Mitteln verhindert werden, dass in der „vollständigen Konkurrenz“ das Niveau der betrieblichen Sozialpolitik auf das der sogenannten „Grenzmoral“ absinkt. Abgesehen davon, dass das individualistische Konkurrenzsystem sich nicht selbst das „soziale Apriori“ (Goetz Briefs) geben kann¹⁷¹, erscheint die Normierung einer „gerechten“ Verteilung fast unmöglich. Gewiss kann das *Sozialrecht*, die Haushalts-, Betriebs- und Arbeitsmarktverfassung, im Rahmen der „Ordnungspolitik“ ausgestaltet werden. Die Normung der „gerechten“ Verteilung aber würde Sinn und Funktion des „Leistungswettbewerbes“ durch Fixierung eines gewünschten Ergebnisses verfälschen. Die „Marktkonformität“ ihrerseits kann nichts aussagen über den *Grad der Erfüllung* sozialpolitischer Erfordernisse.

¹⁶⁶ H. v. Stackelberg, Grdlg. d. theor. Volksw.-Lehre, Bern 1951, S. 350.

¹⁶⁷ W. Eucken, a. a. O., S. 314.

¹⁶⁸ A. Müller-Armack, ORDO-Bd. III, S. 266.

¹⁶⁹ L. Miksch, ORDO-Bd. III, S. 69.

¹⁷⁰ Miksch, ORDO-Bd. III, S. 60.

¹⁷¹ G. Briefs, Sozialform u. Sozialgeist d. Gegenwart, Handwörterbuch der Soziologie, S. 170 f.

4. Kapitel

DIE ORDNUNGSFORMEN

1. Die Antinomie und deren Überwindung

„Eine Antinomie ist ein unlösbares Dilemma, das aus einer Wissenschaft entsteht, die die Erfahrung zu überspringen sucht“¹. So sagt Durant bei Besprechung der „transzendentalen Dialektik“ in Kants „Kritik der reinen Vernunft“.

Nach Eucken ergibt sich die Antinomie in der sozialökonomischen Geisteswissenschaft dadurch, dass „Definitionen“ nicht die „Ergebnisse von Sach-Untersuchungen“ sind². „Wenn aber Definitionen in einer Erfahrungswissenschaft, wie der Nationalökonomie, an den Anfang gerückt werden, sind sie in der Tat Axiome. Richtiger: Pseudo-Axiome. Denn sie treten mit dem Anspruch auf, evident zu sein und keines Beweises zu bedürfen, während sie in Wahrheit nicht evident und zugleich unbewiesen sind. Solche subjektiven Definitionen werden als Prämissen in Deduktionen verwandt, und die Korrektheit der Schlüsse täuscht darüber hinweg, dass wegen der willkürlich gesetzten Prämissen das ganze Schlussverfahren nichts taugt“³. So bezichtigt Eucken die „*Begriffsnationalökonomien*“ eines „Missbrauchs der Vernunft“, wovon schon Kant in seiner „Kritik der reinen Vernunft“ gewarnt hat⁴. Die Spaltung in theoretische und historische Forschung, der „Dualismus“ von „individueller“ und „genereller“ „wissenschaftlicher Erkenntnis“ (Carl Menger) ist schädlich gewesen und die „neuere Wissenschaftstheorie ist bekanntlich den Spuren Mengers, Rickerts und Windelbands nicht gefolgt; sie erkennt die Spaltung der Wissenschaft mit angeblich verschiedenen Erkenntniszielen nicht an. Denn es gibt nur *eine* reale Welt“⁵. „Es gibt keine Erkenntnis des wirtschaftlichen Alltags, wenn nicht geschichtliche Anschauung und theoretisches Denken ineinandergreifen“⁶.

Über die „*Begriffsnationalökonomien*“ sagt Eucken noch: „Weil sie das Wesen der Dinge hinter den Dingen suchen, entgleiten ihnen die Dinge selbst, und am Schluss bleiben nur leere Worte“⁶.

¹ W. Durant, Die grossen Denker, 8. Auflage, Zürich 1947, S. 264; Hinweis auf Immanuel Kant, Kritik der reinen Vernunft, in der Ausgabe der „Philosophischen Bibliothek“, S. 296, auf S. 509, Anm. 25.

² Walter Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie; Dritte, erneut durchgearbeitete Auflage, Jena 1943, S. 34.

³ Eucken, a. a. O., S. 35.

⁴ Eucken, a. a. O., S. 38/39.

⁵ Eucken, a. a. O., S. 40.

⁶ Eucken, a. a. O., S. 36.

Nun sagt Kant „Wahrnehmungen ohne Begriffe sind blind“⁷, oder sinngemäss ist der „Begriff geordnete Wahrnehmung“, was vom ordnenden Denken abhängig ist, dessen Gesetze auch „die Gesetze der Dinge“ sind⁸. Das „Ding an sich“ kann nicht Erfahrungsgegenstand sein, weil es „beim Eingehen in die Erfahrung... durch die Sinne und das Denken Veränderung...“ erfahren würde⁹. Da die Dinge sich uns als eine Summe von Wahrnehmungen darstellen und auch nur so für uns fassbar sind, ist eine Wirklichkeitserkenntnis unmöglich, da „der Verstand die Schranken der Sinnlichkeit . . . niemals überschreiten könne“¹⁰. Wissenschaft bedarf der Erfahrung, und zwar der Erfahrung, die im Kausalgesetz mündet, was bedeutet, dass im gleichen Bereich „keine zukünftige Erfahrung denkbar ist, die ihm widersprechen und seiner Geltung ent-rinnen könnte“¹¹. Nur der Fragende, und zwar der problembewusst Fragende kann Auskunft erhalten:

So lehnt Eucken das anscheinend wahllose empirische Sammeln von Wahrnehmungen ab, weil nicht das Problem an den Anfang gestellt wird¹². Ebenso aber auch das Deduzieren aus Begriffen ohne Befragung der Wahrnehmung aus den Zusammenhängen. „Echte Theorie steht weder am Anfang der Untersuchung wirklicher Wirtschaft, wie die Begriffsnational-ökonomen glauben, noch am Ende, wie der Empirismus meint, noch neben der Untersuchung der Tatsachen, wie es die extremen ‚Dualisten‘ wollen, sondern sie steht in der Mitte des Erkenntnisprozesses, als ein Werkzeug, das geschaffen wird, um wissenschaftliche Erfahrung zu ermöglichen“¹³.

Da das wiederholte Experiment als Methode der Beschaffung von Erfahrungen sich der Nationalökonomie verbietet, müssen die Antworten auf die „Hauptprobleme“ solange zurückgestellt werden, bis die Theorie sich wiederholende Vorgänge herauszuheben imstande ist¹⁴.

Nun hat „die physikalisch-chemische Natur... nach einer sehr prägnanten Formulierung einen ‚invarianten Gesamtstil‘“, aber „die Wirtschaft scheint einen ‚varianten Gesamtstil‘ zu haben. Ihr scheint jede Gleichförmigkeit zu fehlen“¹⁵. Die Antinomie ist dann überwunden, wenn die „Mannigfaltigkeit der Wirtschaftsordnungen auf einheitliche Formen reduziert werden kann“¹⁶.

Zur Überwindung der Antinomie, zur Erkundung einer „Invarianz des Gesamtstils“ der Wirtschaft“¹⁷ dient Eucken nach der Darstellung

⁷ Durant, a. a. O., S. 262.

⁸ Durant, a. a. O., S. 261.

⁹ Durant, a. a. O., S. 263.

¹⁰ Durant, a. a. O., S. 263.

¹¹ Durant, a. a. O., S. 260/61.

¹² Eucken, a. a. O., S. 43.

¹³ Eucken, a. a. O., S. 274.

¹⁴ Eucken, a. a. O., S. 1 f. und S. 51 f.

¹⁵ Eucken, a. a. O., S. 27.

¹⁶ Eucken, a. a. O., S. 216.

¹⁷ Eucken, a. a. O., S. 216.

v. Stackelbergs folgende „heuristische Idee“¹⁸: Es ist die „zentrale Bedeutung“ des „*Wirtschaftsplans*“. „Ob es sich um die Wirtschaft im alten Ägypten oder im augusteischen Rom oder im hochmittelalterlichen Frankreich oder im heutigen Deutschland oder sonstwo und sonstwann handelt — stets entsteht jeder Wirtschaftsplan und jede wirtschaftliche Handlung eines jeden Bauern oder Grundherrn oder Händlers oder Handwerkers oder Arbeiters und aller anderen Menschen im Rahmen irgendeiner „*Wirtschaftsordnung*“ und hat nur im Rahmen dieser jeweiligen Ordnung einen Sinn. Der Wirtschaftsprozess läuft stets und überall innerhalb einer geschichtlich gegebenen Wirtschaftsordnung ab. Die geschichtlich gegebenen, positiven Ordnungen mögen schlecht sein; aber *ohne* Ordnung ist überhaupt ein Wirtschaften undurchführbar“¹⁹. Dabei ist zwischen „gewachsenen“ und „gesetzten“ Ordnungen zu unterscheiden²⁰. Da jeder einzelne „Wirtschaftsplan“ in den zu erklärenden „Zusammenhängen des wirtschaftlichen Alltags“ steht (*1. Hauptproblem*), diese aber von der „vorhandenen Wirtschaftsordnung“ abhängen, „ist die Erkenntnis der Wirtschaftsordnungen“ (*2. Hauptproblem*) „sogar der erste Schritt zur Erkenntnis wirtschaftlicher Wirklichkeit“²¹.

Durch die „pointierend hervorhebende“ oder „isolierende“ Abstraktion“²² findet Eucken in *einem* Haushalt „zwei konstituierende Elemente“, von denen eines auf die „*Verkehrswirtschaft*“, das andere auf die „*zentralgeleitete Wirtschaft*“ deutet. („Abstrakt-isolierende“ Methode ist nach Spann die richtigere Bezeichnung für das sonst „deduktiv“ genannte „Verfahren der Klassiker . . . , weil es nur auf das Bestreben, die wirtschaftlichen Vorgänge *rein* (d. h. abstrakt, isoliert) zu betrachten ankommt, nicht auf den grösseren oder geringeren Reichtum induktiver und deduktiver Bestandteile. Denn ohne Gebrauch beider logischer Methoden ist keines der klassischen Lehrgebäude zustande gekommen“. Neubegründer ist Carl Menger)²³. Durch die individualisierende, „isolierende“ Abstraktion gelingt die Heraushebung zweier „Idealtypen“, die, wie die Erfahrung zeigt, immer wieder nachweisbar sind. Man begnügt sich dabei mit „geordneten Wahrnehmungen“ bezüglich des Gesamtzusammenhanges, versucht nicht, das „Ding an sich“ zu erklären. Die „Zentralverwaltungs-

¹⁸ H. v. Stackelberg, Die Grundlagen d. Nationalökonomie, zu Walter Euckens gleichn. Werk, in Weltw. Archiv, 51. Bd., 1940, S. 248.

¹⁹ Eucken, a. a. O., S. 61/62.

²⁰ Eucken, a. a. O., S. 65.

²¹ Eucken, a. a. O., S. 71; zu den Hauptproblemen, S. 1 f. u. S. 51 f.

²² Eucken, a. a. O., S. 86.

²³ O. Spann, Die Haupttheorien d. Volkswirtschaftslehre, 4. Aufl., Leipzig 1918, S. 123/125. In der 6. Aufl. 1920, S. 69 spricht Spann betonter von „*abstrakt isolierter*“ Methode. „Die abstrakte Auffassung der Wirtschaft ist damit gegeben, dass die Volkswirtschaft anderen Teilinhalten der Gesellschaft u. d. menschl. Lebens: Staat, Politik, Moral, Religion usw. streng isoliert gegenübergestellt wird — d. h. eben *abstrakt* isoliert . . .“

wirtschaft“, häufig auch „Gemeinwirtschaft“²⁴ genannt, ist in der Miniaturform der „Einfachen zentralgeleiteten Wirtschaft“²⁵ — wie die untersuchte Haushaltung zeigt — nicht selten. Die vier Formen der „zentralgeleiteten Wirtschaft“ erläutert Eucken „idealtypisch“ an angenommenen Beispielen²⁶. In der auf dem Zusammenspiel einer grossen Zahl von individuellen Wirtschaftsplanen beruhenden „Verkehrswirtschaft“ hat die „geordnete Wahrnehmung“ gezeigt, dass sie nicht auf einem idealtypischen Modell beruht, sondern dass die Wirtschaftspläne auf sehr verschiedene Weise zustandekommen. Wie vollzieht sich die „Koordination der Einzelpläne“? fragt Eucken zuerst²⁷. Die Antwort ist: Über eine gemeinsame „Rechnungsskala“ und den Tauschvorgang nach Angebot und Nachfrage; der Tauschvorgang ist „offen“, wenn jeder sich beteiligen kann; „geschlossen“, wenn nicht jeder Mensch als Anbieter oder Nachfrager auf dem Markt erscheinen darf“²⁸. Aus den Kriterien der Gestaltung des Wirtschaftsplanes und der Zahl und Grösse der Marktteilnehmer im Verhältnis zum Marktumfang ergeben sich je „fünf Formen des Angebots (nämlich Konkurrenz, Teiloligopol, Oligopol, Teilmonopol und Monopol)“ und der Nachfrage²⁹.

Man findet in der Wirklichkeit auf einem Markt, wo ein bestimmtes Gut getauscht wird, viele kleine, viele kleine und wenige grosse, viele kleine und einen grossen, wenige grosse, einen grossen Anbieter oder Nachfrager, was der obigen Fünfteilung entspricht. Entgegen gewisser Auffassung verwendet Eucken auch das objektive, zahlenmässige Kriterium zur Deutung der Wirklichkeit³⁰; an erster Stelle aber steht die Plangestaltung des Einzelwirtes, das Kriterium, ob dieser mit *Reaktionen* auf sein Verhalten *rechnet* oder nicht³¹.

Aus der Kombination der fünf Grundformen der Verkehrswirtschaft auf der Angebots- und Nachfrageseite ergibt sich ein Schema von 25 „objektiv“ gegebenen Ordnungsformen, die sich in der wirklichen Wirtschaft (vielfältig miteinander und mit Formen zentralgeleiteter Wirtschaft verschmolzen) vorfinden und vorfinden. Festgestellt werden sie und ihre unterscheidenden Merkmale durch Untersuchung der verkehrswirtschaftlichen Plandaten von Marktbeteiligten³². Durch Berücksichtigung der vier mög-

²⁴ Zentralverw., siehe Eucken, a. a. O., S. 86. „Gemeinw.“ siehe Hans Ritschl, Wirtschaftsordnung u. W.-Politik, Weltw. Archiv, 65. Bd., Heft 2, 1950. S. 234 u. Anm. 5 daselbst.

²⁵ Eucken, a. a. O., S. 97.

²⁶ Eucken, a. a. O., S. 97—106.

²⁷ Eucken, a. a. O., S. 108 f.

²⁸ Eucken, a. a. O., S. 111.

²⁹ Eucken, a. a. O., S. 134.

³⁰ Eucken, a. a. O., S. 118—129: Viele Teilnehmer bei „Konkurrenz“ (S. 118); ein (Grosser) bei Monopol (S. 119); wenige (Grosse) bei Oligopol (S. 124); ein Grosser u. einige kleine Marktteilnehmer beim „Teilmonopol“ (S. 126); zwei (oder mehr) Grosse und Kleine bei „Teiloligopol“ (S. 126).

³¹ Eucken, a. a. O., S. 117 u. 118/119.

³² Eucken, a. a. O., S. 135.

lichen Formen von Angebot und Nachfrage ergeben sich schliesslich hundert Marktformen³³. Wie v. Stackelberg zeigt, lässt sich durch Kombination von weiteren Zwischenformen diese Zahl auf 225, 324, ja 900 „Elementarformen“ erweitern³⁴.

Die Analyse der Wirklichkeit hat ein erstaunliches Ergebnis gezeitigt, es gibt keine generelle, „monistische“ Theorie; die „klassische Nationalökonomie“ scheiterte „nicht nur deshalb, weil ihr theoretisches System in sich Fehler aufwies. Sie scheiterte hauptsächlich daran, dass ihre theoretische Lösung der Mannigfaltigkeit geschichtlichen Lebens nicht entsprach“³⁵. Und zu dem Ergebnis sagt Eucken: „Wer aber über den ‚Pluralismus‘ klagt, der nicht nur in den Marktformen, sondern im ganzen morphologischen System — einschliesslich der zentralgeleiteten Wirtschaft mit ihren Ausprägungen — zum Ausdruck kommt, muss gebeten werden, sich die konkrete Wirtschaft anzusehen“³⁶. Aber „... die Wissenschaft anzuklagen, welche die Mannigfaltigkeit erfasst, ist nicht sinnvoll“³⁷.

So können wir sagen, dass mit der Bestrebung zur Überwindung der Antinomie in der nationalökonomischen Wissenschaft auch die „klassische“ Theorie insofern dahinfällt, als sie allgemeingültig sein wollte. Die Bedingungen der Gültigkeit sind erkannt, was nach Eucken nicht heisst, dass es „zeitgebundene Theorien“ gäbe³⁸; es gibt aktuelle und nicht aktuelle Marktformen³⁹.

Es gibt aber — und hier setzt die Wertung notwendigerweise ein — wünschenswerte und unerwünschte Marktformen; solche, in denen die Willkür einzelner Menschen vielen Menschen zum Schaden gereichen kann, und solche, wo die Einflussmöglichkeit jedes einzelnen gering ist.

Ferner erscheint es fast unmöglich, soviele Theorien wie mögliche Marktformen aufzustellen und ferner in Ansehung der „Interdependenz“ der Marktformen auch noch die gegenseitigen Störungen von Form zu Form zu untersuchen. Eine Vereinfachung ist nötig⁴⁰ und offenbar auch möglich⁴¹.

³³ Eucken, a. a. O., S. 136.

³⁴ H. v. Stackelberg, a. a. O., S. 269—274.

³⁵ Eucken, a. a. O., S. 31.

³⁶ Eucken, a. a. O., S. 134.

³⁷ Eucken, a. a. O., S. 135.

³⁸ W. Eucken, a. a. O., S. 79 f.

³⁹ Eucken, a. a. O., S. 210, dort auch über „Wahrheit“ und „Aktualität“: „Zeitbedingt sind die theoretischen Sätze in ihrer Aktualität, nicht zeitbedingt sind sie in ihrem Wahrheitsgehalt.“

⁴⁰ siehe v. Stackelberg, a. a. O., S. 271.

⁴¹ So z. B. Triffin, welcher ähnlich wie Eucken auf die Verhaltensweise der Einzelwirte abstellt und versucht, „die Materie des monopolistischen oder imperfekten Wettbewerbes aus der Methode des partiellen Gleichgewichts zu emanzipieren und in die Methode des totalen Gleichgewichts zu überführen.“ nach K. Steinbrück, Vom unvollkommenen Markt z. heterogenen Konkurrenz, Frankfurt 1951, S. 104.

Aus welchen Gründen Eucken der Marktform der „vollständigen Konkurrenz“ als seinsollender vorherrschender Form der Wirtschaftsordnung den Vorzug gibt, wird noch deutlich werden. Auch der Theorie der „Zentralverwaltungswirtschaft“ — als einer der „Wettbewerbsordnung“ entgegengesetzte Ordnung — widmet sich Eucken ausführlich⁴². Die in den heutigen Industriestaaten vorherrschende Marktform des „Teiloligopols“⁴³ wird von Eucken, weil ungleichgewichtig, abgelehnt. Zur Lösung von praktischen Aufgaben der wirtschaftlichen Wirklichkeit von heute kommt aber der Oligopol-Theorie sicher grosse Bedeutung zu⁴⁴.

Die Aufgabe, zur Überwindung der „grossen Antinomie“ beizutragen, erfüllt Euckens ganzes Werk⁴⁵. Es ist nach v. Stackelberg Fortsetzung, vielleicht Vollendung der Bemühungen Sombarts und Spiethoffs um die „Erkenntnis der Wirtschaftsstile“ und zugleich mehr, weil es „Ansatzpunkte für die Anwendung theoretischer Erkenntnisse“ bietet⁴⁶. Die „geordnete Wahrnehmung“ ist im Sinne Kants zur „geordneten Erkenntnis“⁴⁷ reif, aber noch nicht im Sinne theoretisch-funktioneller Erfassung geerntet. Die Marktform der „vollständigen Konkurrenz“ allerdings ist theoretisch gründlich erfasst; die diesbezüglichen Resultate finden sich im 3. Abschnitt dieses Kapitels.

Über die Eigenart der zu findenden „Urformen“⁴⁸ des Wirtschaftens gibt Eucken deutlich Auskunft: „Bach und Mozart und andere Meister haben ihre Werke in Kombination einer begrenzten Zahl von Tönen, die alle brauchen, geschaffen. In der Besonderheit der Kombination besteht auch die Besonderheit des Meisters oder des einzelnen Werkes, nicht etwa in der Neuschaffung von Tönen. Ebenso steht es mit den Wirtschaftsordnungen. Jede ist eine Individualität. Ihre Mannigfaltigkeit ist geradezu grossartig! Aber diese Individualität jeder einzelnen Wirtschaftsordnung beruht nicht darin, dass jeweils ganz neue reine Formen verwirklicht sind, sondern sie ergibt sich aus der Auslese der verwirklichten reinen Formen, deren Zahl begrenzt und übersehbar ist, und aus der besonderen Art ihrer Verschmelzung. — *So allein können sie auch verstanden werden* und so lassen sich auch die geschichtlichen Veränderungen der wirklichen Wirtschaft genau bestimmen“⁴⁹. Daraus geht deutlich hervor, dass zur Durchforschung der Wirklichkeit hier ein „morphologisches System“ geschaffen wird⁵⁰. Die geschichtlich-einzigartige Situation, er-

⁴² W. Eucken, Grundsätze d. Wirtschaftspolitik, S. 61 f.

⁴³ Eucken, Grundlagen..., S. 129.

⁴⁴ K. Steinbrück, a. a. O., S. 46 u. 69.

⁴⁵ Eucken, a. a. O., S. 26.

⁴⁶ v. Stackelberg, a. a. O., S. 256.

⁴⁷ W. Durant, a. a. O., S. 261.

⁴⁸ Walter Eucken, Grundlagen der Nationalökonomie, 3. Auflage, Jena 1943, S. 199: „Diese Typen sind gleichsam die ‚Urformen‘, die in der wirtschaftlichen Wirklichkeit vorgefunden werden.“

⁴⁹ W. Eucken, a. a. O., S. 202.

⁵⁰ W. Eucken, a. a. O., S. 198.

fassbar mit diesem System, kann aber doch sicher nicht zu Unrecht als „Stil“ aufgefasst werden, zumal die Formenlehre keine Aussagen macht, wie die Kombinationen jeweils zustandegekommen sind: „Die geschichtliche Wirklichkeit zerfällt so letzten Endes in zahllose Raum- und Zeitpunkte, in eine Unzahl von Kombinationen äusserer Formelemente“⁵¹. Sehr schön geht aber aus dem Vergleich mit der Tonwelt hervor, dass nicht alle Kombinationen der Formelemente harmonisch sein müssen. Derjenigen „Urform“, welcher gemäs einer „Erfahrungsregel“⁵² die „Tendenz“ zur Harmonie, zum inneren Gleichgewicht eigen sein soll, ist die „vollständige Konkurrenz“. Ob der Wirtschaftspolitik auch die Gestaltung günstiger Kombinationen verschiedener Marktformen möglich ist, hängt wohl von der Virtuosität der Gestalter ab, kann aber grundsätzlich nur durch exakte theoretische Untersuchung beantwortet werden.

2. Der Konkurrenzbegriff und die „vollständige Konkurrenz“

Es gibt verschiedene Formen der Konkurrenz, von denen man eine ganz bestimmte Vorstellung hat; die Zusammenfassung der Ziele und Wirkungen in einem Begriff „Konkurrenz“, was eigentlich logische Voraussetzung wäre, will nicht recht gelingen⁵³.

Der *Antrieb* zum einander Übertreffen liegt in der menschlichen Natur, das *Ziel* liegt im Erfolg, die tatsächliche *Wirkung* ist nicht nur von individuellem Antrieb und Ziel, sondern auch von der Reaktion der Umwelt, resp. des mit gleichem Antrieb zum gleichem Ziel strebenden Konkurrenten abhängig. Vom offenen Kampf unterscheidet sich die zu definierende Konkurrenz und ähnelt darin dem Spiel, dass eine bestimmte Fähigkeit, die verschieden intensiv entwickelt ist, zum persönlichen Erfolg verhilft, ohne dass der oder die Gegner durch Gewalt Schaden nehmen, was eine Frage der rechtlichen Ordnung ist.

Franz Böhm unterscheidet das „*Ordnungselement*“, das „*Leistungselement*“ und das „*Wettelement*“. Ordnungs- und Leistungselement lassen in Kombination den Zweikampf oder den „*Parallelkampf*“ zu. Dieser „Parallelkampf“ geht um einen „neutralen Tatbestand: „Der Sieg wird bei dieser Kampfform entweder dadurch erzielt, dass jeder Beteiligte die gestellte Aufgabe in vollem Umfange löst oder dass eine dritte, ausserhalb des Kampfes stehende Instanz die vorliegenden Lösungen miteinander vergleicht und die beste mit dem Prädikat des Siegers auszeichnet“⁵⁴.

⁵¹ Theodor Pütz, *Theorie der allgemeinen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung*, Wien 1949, S. 64, Anm. 1.

⁵² Franz Böhm, *Wettbewerb und Monopolkampf*, Berlin 1933, S. 232: Die „These“ von der Harmonie wird dort als eine „Erfahrungsregel“ bezeichnet, die noch nicht durch besseres ersetzt wurde.

⁵³ Vgl. C. Recktenwald, *Zur Lehre von den Marktformen*, *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 67, Heft 2, 1951, S. 300.

⁵⁴ Franz Böhm, *Wettbewerb und Monopolkampf*, Berlin 1933, S. 213.

Aus den Möglichkeiten:

- a) viele gleiche Lösungen einer bestimmten Aufgabe
- b) eine prämierte, zeitweilig dominierende Lösung

lässt sich schon die Spaltung ersehen in eine Wettbewerbsform, wo

- a) viele gleichzeitig auf gleiche Weise zu einem Standarderfolg kommen,
- b) einer der Wettbewerber auf einem speziellen Gebiet so lange führt, bis er übertroffen oder zumindest erfolgreich nachgeahmt wird.

Die Ansprüche an die Fähigkeiten sind im Falle b) u. U. erheblich grösser, sie begründen gleichsam ein „Leistungsmonopol“⁵⁵, das durch jeden Fähigen jederzeit gebrochen, bzw. übertroffen werden kann.

Zur Erläuterung des Wettbewerbes in der „vollständigen Konkurrenz“, der ein „Parallelkampf“ nach Fall a) ist, wurde ein Vergleich mit dem „fairen“ Sport gezogen⁵⁶. Auch beim Sport kann unterschieden werden zwischen:

- a) durchschnittlicher Gruppenleistung
- b) hervorragender Einzelleistung.

Entweder wird eine bestimmte Aufgabe („Datum“) erfüllt oder eine Bestleistung. Letztere stellt dann ein „Leistungsmonopol“ (Marbach) dar, das überboten oder im Laufe der Zeit von vielen erreicht werden kann. Im Gegensatz zum „fairen“ Sport kann aber im wirtschaftlichen Bereich ein „Leistungsmonopol“ durch künstliche Verknappung eines speziellen Angebotes zur Überforderung missbraucht werden; ferner sind die „Startbedingungen“ (Rüstow) keineswegs so ausgeglichen. Die komplexe Eigenart des wirtschaftlichen Wettbewerbes — darüber sind wir uns klar — wird durch den Vergleich zum Sport keineswegs erfasst. Als wesentlich können wir aber doch daraus entnehmen, dass im Falle a) das „Wett-element“ (Böhm) nur schwach zum Ausdruck kommt, weil alle Teilnehmer der gleichen Aufgabe gegenüberstehen. Aus der Gegenüberstellung der zwei Fälle geht weiter hervor, dass mit der Zahl der Wettbewerber Art und Ergebnis des Wettbewerbes sich ändern können.

Es besteht also „vollständige Konkurrenz“ für den sehr abstrakten Fall, dass für alle Teilnehmer eines bestimmten Marktes die gleichen „Daten“ gelten, womit eine grosse Zahl von Wettbewerbern angesichts der gleichen Aufgabe zum Erfolg kommen⁵⁷.

Unter der Annahme der „vollständigen Konkurrenz“ besteht für jeden der Teilnehmer (Einzelwirte) die Aufgabe darin, eine bestimmte (homogene)

⁵⁵ Sinngemäss nach folgendem Satz bei F. Marbach, Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention, S. 112: „... müsste man das Wort ‚leistungsmonopolistisch‘ prägen und das hiesse eben Wettbewerb, weil eine auf Leistung begründete ‚Machtstellung‘... jederzeit gebrochen werden kann“. — Siehe ferner auch: Helmut Arndt, Schöpferischer Wettbewerb und klassenlose Gesellschaft, Berlin 1952, S. 40 f.

⁵⁶ A. Rüstow, ORDO-Bd. II, S. 153; Eucken, ORDO-Bd. II, S. 24.

⁵⁷ H. v. Stackelberg, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern-Tübingen 1951, S. 236; L. Miksch, Wettbewerb als Aufgabe, 2. Aufl., S. 65.

Ware zum jeweils geltenden Preis, der vom einzelnen unbeeinflussbar ist, anzubieten. Die von den Einzelnen angebotene Menge bestimmt sich dann nach dem „Gesetz des erwerbswirtschaftlichen Angebots“⁵⁸. In diesem Fall ist ferner die Nachfrageelastizität theoretisch unendlich, d. h. in der graphischen Darstellung verläuft die Nachfragekurve parallel zur Mengenachse; jedes Angebot ist sofort absetzbar.

Eucken lehnt sowohl die horizontale Nachfragekurve wie das Angebot völlig homogener Güter als unrealistische Bedingungen ab⁵⁹. Die Nachfragekurve ist in Wirklichkeit negativ geneigt⁶⁰. Deshalb setzt Eucken als wesentliche Bedingung der „vollständigen Konkurrenz“ die Tatsache, dass die Anbieter „mit einer völlig elastischen Nachfrage rechnen“⁶¹. Das ideale Verhalten entspricht der Anerkennung des Preises als „Datum“ des einzelnen Wirtschaftsplanes⁶².

Bei v. Stackelberg und Küng finden wir davon abweichende Darstellungen. Diese Theoretiker haben Voraussetzungen aufgefunden, die niemals gleichzeitig in der Wirklichkeit vorkommen können. Eucken, Maier und Röpke haben sich gegen die zu strenge Fassung des Konkurrenzbegriffs gewandt⁶³.

Nach v. Stackelberg gelten für die modellgemässe „vollständige Konkurrenz“ folgende Voraussetzungen⁶⁴:

- a) Unabhängigkeit des Preises
- b) Unterschiedslosigkeit der Ware
- c) Tauschfreiheit
- d) „viele kleine Produzenten“ und Nachfrager.

Zu diesem Modell gehören gemäss Küng eine „atomistische Marktstruktur“ ... „auf beiden Marktseiten“, die Einflusslosigkeit der Marktteilnehmer „auf Preis und Absatzmenge des betreffenden Elementarmarktes“, auf welchem homogene, voll substituierbare Güter gehandelt werden⁶⁵.

⁵⁸ H. v. Stackelberg, a. a. O., S. 186: „Der Produzent setzt zur Erzielung des Gewinnmaximums die Gutsmenge ab, deren Grenzkosten ihrem Grenzerlös gleich sind“.

⁵⁹ W. Eucken, Grundlagen der Nationalökonomie, 3. Aufl., S. 118 u. 307.

⁶⁰ Sinngem. n. Eucken, a. a. O., S. 118 u. 244; v. Stackelberg, a. a. O., S. 164.

⁶¹ Eucken, a. a. O., S. 118.

⁶² Eucken, a. a. O., S. 119. Es entscheidet also die „individuelle Absatzkurve“ (sellers demand curve), obwohl Eucken die „Verhaltensweisen“ (a. a. O., S. 307) an sich ablehnt. Vgl. auch C. Recktenwald, a. a. O., S. 305.

⁶³ Eucken, Grundlagen ..., S. 123, Kritik an Sraffa: „... wenn man meint, Konkurrenz setze vollständige Homogenität der Ware voraus, so sagt man implizite, dass es kaum Konkurrenz gibt. Das Ergebnis, dass es eigentlich kaum Konkurrenz gibt, liegt schon in der Wahl des falschen Kriteriums beschlossen und bedeutet nichts.“ Mit dem Eucken'schen Kriterium der Einflusslosigkeit könnte man zu demselben Ergebnis kommen. Sraffa bezweifelte nicht die Existenz des Wettbewerbes, sondern die Neigung zur „vollständigen Konkurrenz.“ — Ferner Röpke, Mass u. Mitte, S. 148; K. F. Maier, ORDO-Bd. III, S. 25.

⁶⁴ v. Stackelberg, a. a. O., für a-c siehe S. 219; d: S. 190, 235.

⁶⁵ E. Küng, Die Lehre von den Marktformen u. Marktbeziehungen, in „Konkurrenz u. Planwirtschaft“, Bern 1946, S. 83/84.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen v. Stackelberg und Küng ist zu finden bezüglich des „Elementarmarktes“. Während v. Stackelberg den „Elementarmarkt“ als „vollkommenen Teilmarkt“ eines „unvollkommenen Gesamtmarktes“ (wo nur die Tauschfreiheit gilt) darstellt⁶⁶, geht Küng von den „Elementarmärkten“ aus, weil diese „die ursprünglichen Erkenntniseinheiten“ sind⁶⁷. Ein unvollkommener Gesamtmarkt ist nicht so sauber abgrenzbar, dass in diesem die Elementarmärkte aufgehen.

Während Eucken mit den Punkten a) und c) v. Stackelbergs als Konkurrenzbedingungen zweifellos übereinstimmt, lehnt er die Homogenität der Ware und die Zahl der Teilnehmer als Kriterium in der Festlegung der Marktform ab; jedenfalls in der strengen Fassung, dass schon z. B. rein subjektive Momente der „Unterschiedslosigkeit der Ware“ (v. Stackelberg, Punkt b)) entgegenwirken können, ferner die theoretisch angenommene horizontale Nachfragekurve, die eigentlich unendlich viele Anbieter der gleichen Ware voraussetzt⁶⁸. Die Art der Nachfragebeziehungen ist Eucken in bezug auf seine freiheitlichen Ideale ein wesentliches Anliegen: „Je grösser die Elastizität der Nachfrage ist, umso geringer ist die Machtstellung des Anbieters“⁶⁹. Der *Plan*, der allem Wirtschaften zugeordnet ist, in dem die Absichten und die Umweltbedingungen des Wirtschaftenden zum Ausdruck kommen, spielt in der Euckenschen Theorie die entscheidende Rolle. Für den Anbieter bzw. Nachfrager hat in „vollständiger Konkurrenz“ der Preis ein „Plandatum“ zu sein, durch welches die Einzelwirtschaft mit den anderen Plänen koordiniert wird⁷⁰. Diese Preise werden genommen⁷¹:

- a) von Grossbetrieben oder Kollektivmonopolen, wenn die „Kleinen“ unbeachtet bleiben,
- b) gemäss der „Preisbindung zweiter Hand“,
- c) entsprechend „öffentlich-rechtlicher Preisfestsetzung“
- d) vom „anonymen Markt“.

Im Falle d) haben wir „einen Zustand von Angebot und Nachfrage vor uns, der in Gegenwart und Vergangenheit auf vielen Märkten verwirklicht war und ist und den wir ‚Konkurrenz‘ nennen“⁷². Die „vollständige Konkurrenz“ ist dann zu verzeichnen, wenn *beide Marktseiten* den Preis vom „anonymen Markt“ nehmen und als „Plandatum“ betrachten⁷³.

Warum setzt der Einzelwirt in Konkurrenz die Preise als „Plandaten“ ein? *Weil er seine Marktoperation für bedeutungslos hält und somit nicht*

⁶⁶ v. Stackelberg, a. a. O., S. 221.

⁶⁷ Küng, a. a. O., S. 81.

⁶⁸ Eucken, a. a. O., S. 123 und 307.

⁶⁹ Eucken, a. a. O., S. 244.

⁷⁰ Eucken, a. a. O., S. 115 u. 275.

⁷¹ Eucken, a. a. O., S. 115/117.

⁷² Eucken, a. a. O., S. 117.

⁷³ Gemäss dem Schema der Marktformen, a. a. O., S. 135; s. a. ORDO-Bd. II, Seite 26.

mit der *tatsächlich*⁷⁴ bewirkten Veränderung „in seinem Wirtschaftsplan rechnet“⁷⁵. Wenn die Vorstellung der Einflusslosigkeit besteht, oder *so lange* diese besteht, ist es an sich gleich, *woher* der Preis genommen wird; es ist aber nicht gleich, *wie* der Preis sich gebildet hat: Nur wenn z. B. ein Konkurrenzpreis zum staatlichen Festpreis wird, ändert sich vorläufig nichts⁷⁶. Sicher wird dem Einzelwirt seine Einflusslosigkeit sehr deutlich demonstriert, wenn er einer unter vielen ist⁷⁷. Diese Konstellation wäre ein objektiver Beweis, dass die Vorstellung der Einflusslosigkeit nicht einem Fatalismus des Einzelwirtes entspringt. Will er nicht „Mitläufer“ bleiben in einer scheinbar festgelegten Marschrichtung, in der allen, die durchhalten, ein durchschnittlicher Erfolg winkt, so kann er den Weg der Substitutionskonkurrenz gehen.

Entscheidet die Art der „Wirtschaftspläne“ und das Verhältnis von Marktumfang zu Einzelangebot⁷⁸ über die „Konkurrenz“, so in der „Substitutionskonkurrenz“ der „Substitutionskoeffizient“ (Triffin)⁷⁹ und gewiss auch der Wirtschaftsplan über die Nachfrageelastizität und damit den Grad des Einflusses. Dabei muss jedoch bedacht werden, dass die „Substitutionskonkurrenz“ wohl einen energischen Wettbewerb darstellt, aber zwischen verschiedenen Märkten; dies ist ein monopolistischer, zu meist „perfekter“⁸⁰ Wettbewerb, was v. Stackelberg als „polypolistische Konkurrenz“⁸¹ bezeichnet. Die „polypolistische Konkurrenz“ ist ein Grenzfall des „unvollkommenen Marktes“, die gegenseitige Störung der „Elementarmärkte“ wird durch die Vielzahl der Beziehungen schwächer, ein Gleichgewicht ist hier ebenso denkbar wie bei „vollständiger Konkurrenz“⁸². Wir finden in der „polypolistischen Konkurrenz“ Monopolisten unter Konkurrenzdruck von anderen Märkten; diese können aber nicht mehr den maximalen Gewinn zwischen degressiven Kosten und Absatz ermitteln, ohne auf die Substitute Rücksicht zu nehmen, die den Monopolgewinn genau so schmälern wie die „Grenzunternehmer“, die bei freiem Zugang zum „Elementarmarkt“ auftauchen, sobald die Gewinne hoch sind⁸³.

⁷⁴ Eucken, a. a. O., S. 117.

⁷⁵ Eucken, a. a. O., S. 117.

⁷⁶ Eucken, a. a. O., S. 127; siehe auch v. Stackelberg, a. a. O., S. 226 f. bez. „Staatl. Preisregelung“: danach kann der staatl. Festpreis, der auf dem konkurrenzw. „Normalpreisniveau“ beruht, sowohl als Höchst- wie als Mindestpreis wirken, wenn der „langfristige Normalpreis“ angenommen wurde.

⁷⁷ L. Miksch, Wettbewerb als Aufgabe, S. 65; Eucken, a. a. O., S. 118.

⁷⁸ Eucken, a. a. O., S. 118.

⁷⁹ Siehe K. Steinbrück, Vom unvollkommenen Markt zur heterogenen Konkurrenz, Frankfurt, 1951, S. 15, 107.

⁸⁰ Steinbrück, a. a. O., S. 67: Kennzeichen ist, dass die Durchschnittskostenkurve tangiert wird von der negativ fallenden Nachfragekurve; vergl. auch v. Stackelberg, a. a. O., S. 330, Abbildung 47 — Steinbrück stellt dar aus: F. Machlup, Monopoly and Competition, American Economic Review 1937.

⁸¹ v. Stackelberg, a. a. O., S. 329 f.

⁸² v. Stackelberg, a. a. O., S. 245.

⁸³ v. Stackelberg, a. a. O., S. 329.

Eucken stellt ferner fest, dass die moderne Technik es in manchen Fällen ermöglicht, in einem Betriebe den Bedarf an einem bestimmten Gute für einen ganzen Markt zu erzeugen⁸⁴. Wäre dieser Betrieb in „vollständiger Konkurrenz“ mit veralteten Betrieben, so würde er bei fixem Preis und fallender Kostenkurve die Produktion rasch so ausdehnen, dass das Gleichgewicht verloren geht, die Preise würden sinken und die anderen Konkurrenten wären ausgeschaltet. In diesem Augenblick muss dieser moderne Betrieb im eigenen Interesse zu einer monopolistischen Praktik greifen. Diese Fälle sind jedoch nicht zu häufig. Die Substitutionskonkurrenz kann sich mildernd auswirken⁸⁵.

Eine Schwierigkeit ist noch zu lösen insofern, als Eucken sagt, dass die „vollständige Konkurrenz“ in der „Wettbewerbsordnung“ vorherrsche⁸⁶.

Des weiteren weist aber Eucken nach, dass die Konkurrenz im eigentlichen Sinne — die fortlaufende Brechung von Leistungsmonopolen (Marbach)⁸⁷ durch die moderne Technik eine Verstärkung erfahren habe, eben in Form der „Substitutionskonkurrenz“⁸⁸. Während nun die „vollständige Konkurrenz“ in der herkömmlichen Auffassung sich auf homogenen, „vollkommenen Märkten“⁸⁹ abspielt, trifft man bei der an Bedeutung immer noch zunehmenden „Substitutionskonkurrenz“ auf „unvollkommene Märkte“⁹⁰ oder auf eine „heterogene Konkurrenz“⁹¹ zwischen „vollkommenen Teilmärkten (Elementarmärkten)“⁹².

Damit stehen sich zwei funktionale Konkurrenzbegriffe gegenüber und es gilt, das Gemeinsame zu finden. Während die „vollständige Konkurrenz“ weitgehend als „Ein-Waren- und Ein-Marktkonkurrenz“ bezeichnet werden kann, ist die „Substitutionskonkurrenz“ eigentlich „die Konkurrenz zwischen *verschiedenen* Märkten um die *Gunst des Käufers*“⁹³. In beiden Fällen herrscht Konkurrenz, wobei die Intensität im letzteren Falle wohl überwiegen dürfte. Sagt doch Eucken bei Beurteilung der modernen Technik: „Gerade im 20. Jahrhundert hat die moderne Technik das Element der Konkurrenz ausserordentlich verstärkt“⁹⁴. Wenn Eucken von „Tendenz zur vollständigen Konkurrenz“⁹⁵ spricht und Miksch ein-

⁸⁴ Eucken, Technik, Konzentration und Ordnung der Wirtschaft, in ORDO-Bd. III, S. 11.

⁸⁵ Eucken, a. a. O., S. 11.

⁸⁶ Eucken, Wettbewerbsordnung, ORDO-Bd. II, S. 23.

⁸⁷ vergl. F. Marbach, a. a. O., S. 112.

⁸⁸ W. Eucken, Technik, Konzentration und Ordnung der Wirtschaft, in ORDO-Bd. III, S. 6.

⁸⁹ v. Stackelberg, a. a. O., S. 221 u. 231.

⁹⁰ v. Stackelberg, a. a. O., S. 221 f.

⁹¹ K. Steinbrück, a. a. O., S. 119; St. unterscheidet 1. polypolistische (atomistische) u. 2. oligopolistische heterogene Konkurrenz.

⁹² v. Stackelberg, a. a. O., S. 221, insbes. 240 f.

⁹³ K. Brandt, Einführung zu K. Steinbrück, a. a. O., S. 15.

⁹⁴ Eucken, a. a. O., S. 15.

⁹⁵ Eucken, a. a. O., S. 16.

mal „möglichst weitgehenden“⁹⁶ Wettbewerb fordert, so möchten wir aufgrund des vorher gesagten annehmen, dass die Ordoliberalen insoweit mit Robinson übereinstimmen, als sie die Elastizität der Nachfragekurve als wesentlichen Indikator des Wettbewerbes betrachten⁹⁷ und deshalb die wirtschaftliche Wirklichkeit nach allen Mitteln befragen, welche diese zu steigern vermag. Da die rein quantitativen Aussagen über die Marktstruktur keine sicheren Schlüsse auf das Verhalten zulassen und umgekehrt ein bestimmtes Verhalten nicht durch eine bestimmte Struktur erzwungen werden kann, gewinnt die Analyse des gegenseitigen Verhaltens an Bedeutung, die Triffin nun wesentlich vorangetrieben hat⁹⁸.

Steigerung der Angebots- und Nachfrageelastizität, jedoch nicht zur lähmenden ‚Vollkommenheit‘ ist die wirtschaftspolitische Konsequenz.

Da „vollständige Konkurrenz“ im Sinne des aufgezeigten Modells das „Leistungsmonopol“ (Marbach) unterbindet, kann dort gar kein Wettbewerb von einer Intensität herrschen, wie Eucken sie in der heutigen Wirklichkeit erkennt. *Die Einflusslosigkeit entspricht gerade nicht dem Sinn des Wettbewerbes.* So betrachtet Marbach als Konkurrenzen den Wettbewerber..., der den Preis nicht als gegebenes ‚Datum‘ hinnimmt, sondern ihn mit dem Zweck der Marktausweitung und damit der Ertragssteigerung autonom zu beeinflussen sucht...“⁹⁹. Eucken lässt in seiner Theorie die „unvollkommenen“ Märkte aus und stellt sein wirtschaftspolitisches System auf die „exakt definierbare Marktform“ der „vollständigen Konkurrenz“, weil dort der Preis einzelwirtschaftliches „Plandatum“ ist¹⁰⁰. Die wesentlichen Fragen sind, welche praktischen Resultate sich ergeben würden, bzw. wie sie künstlich hergestellt werden könnten.

3. Die theoretischen Resultate der „vollständigen Konkurrenz“

Wie W. A. Jöhr betont, dürfen die theoretischen Ergebnisse der Marktform der „vollständigen Konkurrenz“ in der Wirklichkeit nicht erwartet werden, so lange die realen Verhältnisse mehr oder weniger davon abweichen¹⁰¹. Diese Vorbemerkung gilt auch für den Fall, dass eine Begriffsänderung und damit eine Änderung der institutionellen Voraussetzungen vorgenommen wird¹⁰².

Da die abstrakt gewonnenen Bedingungen dieser Marktform von Eucken für den praktischen Gebrauch als unbefriedigend angesehen werden,

⁹⁶ L. Miksch, a. a. O., Vorwort.

⁹⁷ Steinbrück, a. a. O., S. 36.

⁹⁸ Steinbrück, a. a. O., S. 104 f.; R. Triffin, *Monolistic Competition and General Equilibrium Theory*, Cambridge 1941.

⁹⁹ F. Marbach, *Z. Frage d. wirtschaftl. Staatsintervention*, S. 115.

¹⁰⁰ W. Eucken, *Grundlagen...*, 3. Aufl., S. 119.

¹⁰¹ W. A. Jöhr, *Die Renaissance der Konkurrenzidee im Urteil der Theorie*, Istanbul 1943, Seite 18/19.

¹⁰² Siehe oben, Abschnitt 2 dieses Kapitels

hat er ihm angemessener erscheinende Bedingungen aufgestellt, ohne das gleiche Ziel zu leugnen. Dort, wo die Struktur eine Selbstverwirklichung unmöglich gemacht und auch mit rechtlichen Regelungen nichts zu erreichen ist, muss nach Jöhr eine Wirtschaftspolitik einsetzen, deren Ziel es ist, die „*Ergebnisse* der vollkommenen Konkurrenz“ durch verschiedene Methoden zu erwirken¹⁰³. Solche Massnahmen finden sich z. B. bei der „organisierten Konkurrenzpreisbildung“ nach Elisabeth Liefmann-Keil und generell in der „Wirtschaftspolitik des Als Ob“ nach L. Miksch¹⁰⁴.

Für den Fall, dass die „vollständige Konkurrenz“ besteht, bzw. hergestellt ist, gilt eine Reihe von Erwartungen, die in der Wirklichkeit eher als „Tendenzen“ zu bezeichnen sind:

Die von Jöhr genannten Vorteile des „*Gleichgewichts*“, der „*optimalen Bedürfnisbefriedigung*“, der „*Einkommensverteilung*“ gemäss den „*produktiven Beiträgen*“ und die „*Vollbeschäftigung*“¹⁰⁵ werden von den Ordoliberalen hervorgehoben¹⁰⁶.

¹⁰³ Jöhr, a. a. O., S. 28.

¹⁰⁴ E. Liefmann-Keil, *Organisierte Konkurrenzpreisbildung*, Leipzig 1936, insbes. S. 108 ff. betr. „organisierte Märkte“, wie Auktionen u. Terminmärkte. — L. Miksch, *Die Weltpolitik des Als Ob*, in *Zeitschrift für das ges. Staatsw.*, Band 105, 1949.

¹⁰⁵ Walter A. Jöhr, a. a. O., S. 18.

¹⁰⁶ Betreffend *Gleichgewicht*: Nach Miksch besteht bei „vollkommener Konkurrenz“ nur eine „Gleichgewichtstendenz“. Für die Betrachtung der Wirklichkeit muss aber, wie bereits bemerkt, berücksichtigt werden, dass es in ihr einen Gleichgewichtszustand weder als Ausgangspunkt noch als Endpunkt gibt“. Seite 53, Wettbewerb als Aufgabe. Ferner: Leonhard Miksch: *Zur Theorie des Gleichgewichts*, O. I, Seite 177/179, wo Miksch sagt, dass bezüglich der „Gleichgewichtstendenz“ wohl eine erhebliche Diskrepanz zwischen Theorie und Wirklichkeit bestehe, dass aber die Verkehrswirtschaft zufolge „innerer Koordination“ als einzige überhaupt die Tendenz zum Marktgleichgewicht eigne. Eine wichtige Rolle bezüglich der Minderung des „individuellen Markteinflusses“ und des gleichbleibenden Verhaltens der Marktteilnehmer spielt das „Gesetz der grossen Zahl“ (L. Miksch, *Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination*, ORDO-Bd. III, S. 38/39), womit wir auf das umstrittene Gesamtgrössenproblem stossen. Würde hier Zutreffendes ausgesagt werden können, so wären die Perspektiven für die „Planwirtschaft“ wohl mindestens genau so günstig. Miksch baut auf die „Wahrscheinlichkeitsaussagen“ und den Wert der „*Ophelimitätsindexfunktionen*“, — „*Ophelimität*“ (Pareto) ist gleich „Nutzen“ — auf, warnt aber, „*die maximale Ophelimität in abstracto mit der Harmonie der sozialen Interessen in concreto*“ (Miksch, *Zur Theorie des Gleichgewichts*, O. I, S. 178) gleichzusetzen. Die „optimale Bedürfnisbefriedigung“ ist an Voraussetzungen gebunden, die für die Wirklichkeit wohl nur bedingt zutreffen. — Der „Einkommensverteilung“ nach „produktiven Beiträgen“ entspricht die ordoliberale Forderung nach dem „Leistungswettbewerb“, und einer „Verteilung des Sozialproduktes durch die Preismechanik der vollständigen Konkurrenz“ (Eucken, *Wettbewerbsordnung*, Seite 72). Unter dieser Voraussetzung ist dann auch „Vollbeschäftigung“ möglich, oder besser theoretisch denkbar, sofern nur der Lohnbestimmungsfaktor „Grenzproduktivität“ ausschlaggebend ist. Rüstow tritt energisch gegen Mindestlöhne auf, (Alexander Rüstow, *Zwischen Kapitalismus und Kommunismus*, O. II, Seite 136/137), Eucken zieht diese in Erwägung (Wettbewerbsordnung, O. II, Seite 76). Bresciani-Turroni, der zur „kontinentalen Gruppe“ der Neoliberalen gezählt wird, erinnert an die

Die ethischen und technischen Unvollkommenheiten des Konkurrenzmechanismus gedenkt der Sozialliberalismus, dessen Ideengut der Ordokreis hier vertritt, durch die Verteilungskorrektur zu beheben. Die verteilungspolitische Intervention der „staatlichen Finanzpolitik“ wirkt sich „zufolge der Interdependenz des wirtschaftlichen Geschehens“ auch auf die *Produktion* aus, wie Marbach feststellt ¹⁰⁷. Es ist demzufolge nicht denkbar, dass die *Distribution nach* erfolgter Einkommensbildung im Konkurrenzmechanismus keinen Einfluss auf die Produktion hätte. In diesem Zusammenhang sind die Fragen nach den Mitteln und dem „gerechten“ Mass akut, auf die wir noch zurückkommen werden ¹⁰⁸.

Die Annahme der *Lausanner Schule*, dass der „statische Zustand... stets ein allgemeiner vollkommener Gleichgewichtszustand“ sei, kann nach Eucken „nicht begründet werden“. Dieser Zustand ist nur denkbar „bei vollständiger Konkurrenz auf sämtlichen Märkten“ ¹⁰⁹, er ist ein „wichtiges Erkenntnismittel“, aber nicht dazu da, „um ökonomische Probleme, welche die Wirklichkeit bietet, zum Verschwinden zu bringen“ ¹¹⁰.

Allgemeingültig zu den obengenannten Erwartungen kann gesagt werden, dass diese sich nur bei wohl „geordneten“, aber völlig von Interventionen freien Verkehrswirtschaft angenähert einzustellen versprechen. Ausser den mannigfachen Interventionen sind die Monopole und monopolartigen Institutionen die wesentlichsten „Störungsfaktoren“.

Worte John Stuart Mills, dass die Gesetze der Produktion unerbittlich seien, dagegen die Verteilung des Sozialproduktes dem menschlichen Willen freistehe. (Vergl. Constantino Bresciani-Turroni, Einführung in die Wirtschaftspolitik, deutsch von Anton Zahorsky, Bern 1948, S. 280). Diesem Grundsatz: Bildung der Einkommen nach dem Konkurrenzprinzip, dann Korrektur der Verteilung, wird im Ordoliberalismus nachgelebt. (Siehe z. B. Eucken, a. a. O., S. 73: „Die Progression der Einkommensteuer in der Wettbewerbsordnung hat... einen sozialen Sinn. Sie soll den Verteilungsprozess im Rahmen der Wettbewerbsordnung korrigieren“. Siehe auch Wilhelm Röpke, Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?, Stuttgart u. Köln 1950, S. 64-67, dort bringt Röpke auch zum Ausdruck, dass die Verteilungskorrektur die Aufgabe „einer spezifischen Sozialpolitik“ sei. (S. 64). In der Bereitschaft, die Notwendigkeit der Verteilungskorrektur anzuerkennen, sehen wir ein wesentliches Merkmal des heutigen Sozialliberalismus. Die Ansicht der „alten“ Liberalen, wie von Mises, dass die Produktivitätssteigerung alle sozialen Probleme löse, ist hier im obigen Sinne ergänzt. — Über die Verteilung: Otto von Mering, Steuerpolitik und Vollbeschäftigungspolitik, Abschnitt I, Steuerpolitik im ‚liberalen‘ und im ‚sozial-liberalen‘ Staate, O. III, S. 104: „Im Gegensatz zum ‚Liberalismus‘ steht der ‚Sozialliberalismus‘, d. h. diejenige wirtschaftliche Bewegung, die unter Aufrechterhaltung des Prinzips des individuellen Unternehmertums den Standpunkt vertritt, dass die Regierung das Recht und die Pflicht habe, die individuelle Betätigung in allen Fällen einzuschränken, in denen das „Interesse der Allgemeinheit“ es erfordert“. — Rüstow weist deutlich auf die Ungeeignetheit der Steuern für die Verteilungsaufgabe hin, siehe: Zwischen Kapitalismus u. Kommunismus, O. II, S. 136.

¹⁰⁷ Fritz Marbach, Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention, Bern 1950, S. 22/23.

¹⁰⁸ Siehe unten, 7. Kapitel, Abschnitt 3.

¹⁰⁹ W. Eucken, Grundlagen..., 3. Aufl., S. 181.

¹¹⁰ Eucken, a. a. O., S. 180.

4. Monopol und Konkurrenz

Während Eucken in seinen „Grundlagen der Nationalökonomie“¹¹¹ die Schwächung der Monopolmacht durch Substitution nur andeutet, hat er später die Wichtigkeit der sogenannten „Substitutionskonkurrenz“ stark betont¹¹². Dadurch wird die *Trennung* von „Konkurrenz“ und „Monopol“, die Eucken in Ablehnung der Theorie von Chamberlin und Robinson betreffend eine „monopolistische Konkurrenz“ vollzog, *begrifflich erschwert*. Denn Eucken sagt nun bezüglich der „Substitutionskonkurrenz“, dass durch diese die „Elastizität der Nachfrage nach der einzelnen Ware“ wächst und die Marktform sich der „vollständigen Konkurrenz“ *annähert*, „auch wenn der Anbieter der einzelnen Warenart Monopolist ist“¹¹³. Da aber der Monopolist sich in seiner Handlungsweise vom Unternehmer in „vollständiger Konkurrenz“ streng dadurch unterscheidet, dass für ihn der Preis „kein Datum ist“¹¹⁴, kann nach *diesem Kriterium* eine Annäherung an die „vollständige Konkurrenz“ gar nicht möglich sein. Das Kriterium versagt für die so bedeutsamen und in der Wirklichkeit vorherrschenden Zwischenformen, die Sraffa aufdeckte¹¹⁵. Wenn auch jede Entfernung von der Marktform des Monopols weg als eine „Annäherung“ an die „vollständige Konkurrenz“ bezeichnet werden mag, so ist doch gerade die theoretische Beherrschung der nach Eucken so mannigfachen „Zwischenformen“ von entscheidender Bedeutung, deren „Gleichgewichtslosigkeit“ nach Auffassung der Ordoliberalen durch „Veranstellung“ der „vollständigen Konkurrenz“ überwunden werden soll.

5. Zentralverwaltungswirtschaft in der Theorie

Monopol und „Zentralverwaltungswirtschaft“ (untenstehend kurz ZVW bezeichnet) sind verwandte „Lenkungsinstrumente“ der Wirtschaft¹¹⁶, was auch in der Bezeichnung „Staatsmonopolkapitalismus“¹¹⁷ für die ZVW zum Ausdruck kommt. Die Wirtschaftsrechnung eines grossen Konzerns nähert sich der in der ZVW, die Bedeutung der Statistik wächst, die Kostenrechnung steht vor besonderen Problemen¹¹⁸. Beim Monopol wie bei der ZVW ist die Zahl der Planenden verringert, der Umfang des

¹¹¹ 3. Auflage, Jena 1943, S. 244.

¹¹² W. Eucken, Grundsätze..., S. 228 f.

¹¹³ W. Eucken, a. a. O., S. 228.

¹¹⁴ W. Eucken, Grundlagen..., 3. Aufl., S. 115.

¹¹⁵ Piero Sraffa, The Laws of Returns under Competitive Conditions, in Economic Journal, Volume XXXVI, London Dezember 1926, p. 535.

¹¹⁶ W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1951, S. 93.

¹¹⁷ H. v. Stackelberg, Grundlagen der Theoretischen Volkswirtschaftslehre, 2. Auflage 1951, S. 337.

¹¹⁸ W. Eucken, a. a. O., S. 93.

Planes entsprechend weiter gezogen¹¹⁹. Der erste wesentliche Unterschied besteht darin, dass die *Zuteilung* den *Tausch verdrängt*¹²⁰. Entgegen der Auffassung von Miksch, dass in der ZVW das Willkürmoment jede theoretische Behandlung erschwere¹²¹, vertritt Eucken die Auffassung, dass eine Theorie der ZVW möglich ist¹²².

Wie ein Monopolist „höchstmögliche Reineinnahmen“ oder aber die „bestmögliche Versorgung“ des Konsumenten anstreben kann, so kann die Leitung der ZVW ein „Maximum an Macht durch Investitionen“, oder, was weniger wahrscheinlich ist, ein „Maximum an Konsumgutversorgung“ erzielen wollen¹²³. Diese Erwägungen sind der theoretischen Untersuchung zugänglich. Die Fähigkeit der ZVW zu stark konzentrierten Investitionen, die Mängel unproportionalen Wachsens, untersucht Eucken eingehend¹²⁴.

Es sind vier Hauptformen der ZVW zu unterscheiden¹²⁵:

- I. Total zentralgeleitete Wirtschaft
- II. Zentralgeleitete Wirtschaft mit freiem Kosumguttausch
- III. Zentralgeleitete Wirtschaft mit freier Kosumwahl
- IV. Zentralgeleitete Wirtschaft mit freier Wahl des Berufs und des Arbeitsplatzes.

Die wesentlichen Aufgaben sind¹²⁶:

- A. Ausbau der *Statistik* als Grundlage der Globalbewertungen
- B. Planung des Bedarfes, des Aufkommens, des Ausgleichs von Bedarf und Aufkommen
- C. Erlass der Produktionsanweisungen
- D. Die Plankontrolle

Die *Planung* erfolgt nach Orientierung an sechs Plandaten¹²⁷:

1. *Bedürfnisse*, nach Art und Zeit geordnet
2. *Bestand* an früher produzierten Gütern
3. *Natur*, d. h. die Möglichkeiten zu div. nat. Leistungen
4. *Arbeit*, die Arten des Einsatzes
5. *Technisches Wissen* i. w. S., das kaufmännische Wissen
6. *Rechtliche und soziale Organisation*, Tradition, Gesetz, Sitten, „Wirtschaftsgesinnung“.

Mit dem „*Datum*“ verbindet sich das „*Problem*“, wie z. B. der *Bestand* in Zukunft aussehen soll, *welche* Leistung der Natur oder der mensch-

¹¹⁹ Vergl. Hans Ritschl, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, in Weltw. Archiv 65. Bd., Heft II, S. 234.

¹²⁰ W. Eucken, a. a. O., S. 94.

¹²¹ W. Eucken, a. a. O., S. 61; dort cit.: L. Miksch, Die Wirtschaftspolitik des Als Ob, in Zeitschrift für die gesamte Staatsw., 105. Bd., 1949.

¹²² W. Eucken, a. a. O., S. 62 und „Grundlagen der Nationalökonomie“, 3. Auflage, S. 311, Anm. 40 zu S. 154.

¹²³ Eucken, Grundsätze d. Wirtschaftspolitik, S. 62.

¹²⁴ Eucken, a. a. O., S. 84 f.

¹²⁵ Eucken, Grundlagen ..., S. 97 f.

¹²⁶ Eucken, Grundsätze ..., S. 63 f.

¹²⁷ Eucken, Grundlagen d. Nationalökonomie, 3. Aufl., S. 156 f.

lichen Arbeitskraft in Anspruch genommen werden soll¹²⁸. Ferner bedient sich die Planbehörde dreier „Erfahrungsregeln“¹²⁹, die immer beachtet werden:

1. Das „Erste Gossensche Gesetz“¹³⁰ oder „Gesetz des abnehmenden Grenznutzens“¹³¹
2. Das „Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs“
3. Steigerung der Ergiebigkeit durch Verlängerung der „Ausreifungszeit“ oder „Gesetz der Mehreergiebigkeit längerer Produktionswege“¹³².

Das „Lenkungssystem“ der ZVW trägt als zwei besondere Kennzeichen, dass erstens gearbeitet wird „mit globalen Bewertungen unter Heranziehung von Mengen-Rechnungen, die auf der Statistik“¹³³ basieren; zweitens kann die Produktion unabhängig vom „kaufkräftigen Bedarf“ gelenkt werden, es hat „die Wirtschaftsrechnung keine zwingende Kraft“, denn die „Produktionsprozesse“ werden vom kaufkräftigen Bedarf nicht „mit Hilfe der Kostenrechnung“ kontrolliert. „Die Spannung zwischen“ Bedarf und Deckung „wird nicht auf Märkten wirksam“¹³⁴. Die Preise sind nicht mehr zuverlässige Indikatoren der Knappheit¹³⁵. In einer ZVW vom Typus I spielt das Geld keine Rolle, in den Formen gemäss obigem Typus III ist das Geld wie in der Verkehrswirtschaft Mittel „der Freiheit der Konsumwahl“ (Lutz)¹³⁶, die Preise aber werden zentral gesteuert¹³⁷.

Ein *Gleichgewicht* der Haushaltungen in der ZVW ist nicht denkbar, es findet kein „Ausgleich der Bedürfnisbefriedigung“ statt, „das 2. Gossensche Gesetz gilt nicht“¹³⁸.

Das „*partielle Gleichgewicht einzelner Märkte*“¹³⁹ ist für die ZVW unanwendbar, weil die Verteilung als „Zuweisung“ erfolgt, und nicht Angebot und Nachfrage sich auf ein „Gleichgewicht“ einzuspielen haben. Das „*gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht*“ zwischen Produktion und „Planbedarf“¹⁴⁰ ist auf die ZVW logisch anwendbar. Ob sich dieses Gleich-

¹²⁸ Eucken, a. a. O., S. 157 f.

¹²⁹ Eucken, a. a. O., S. 162 f.

¹³⁰ Eucken, a. a. O., S. 162; dort nach der Wieser'schen Formulierung.

¹³¹ Nach Hermann Heinrich Gossen, Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, 1854, 3. Aufl., Berlin 1927; cit. n. v. Stackelberg, a. a. O., S. 115.

¹³² Erste Formulierung sinngemäss n. Eucken, a. a. O., S. 166; zweite Formulierung der dritten Erfahrungsregel bei H. v. Stackelberg, a. a. O., S. 86, daselbst das bekannte Beispiel von E. v. Böhm-Bawerk betr. die Wasserversorgung eines Landmannes

¹³³ Eucken, Grundsätze..., S. 67.

¹³⁴ Eucken, a. a. O., S. 71.

¹³⁵ Eucken, a. a. O., S. 73.

¹³⁶ F. A. Lutz, ORDO-Bd. II, S. 216.

¹³⁷ Eucken, a. a. O., S. 76.

¹³⁸ Eucken, a. a. O., S. 80.

¹³⁹ W. Eucken, Grundsätze d. Wirtschaftspolitik, S. 81.

¹⁴⁰ Eucken, a. a. O., S. 81.

gewicht allerdings einstellt, ist zweifelhaft, weil die „Lenkungsmechanik“ im Hinblick auf die „Proportionierung aller Produktionsprozesse“ mangelhaft sein muss, globale Bewertungen und Mengenrechnung sind unzureichend ¹⁴¹.

Die ZVW ist als eine für sich bestehen könnende Wirtschaftsordnung zu betrachten ¹⁴², deren Theorie und Praxis auch bezüglich der konsequenten „Veranstaltung“ einer Verkehrswirtschaft wertvolle Lehren erteilt ¹⁴³.

6. Die Wettbewerbsordnung

Wenn auch in der „Wettbewerbsordnung“ die Marktform der „vollständigen Konkurrenz“ vorherrschen soll, so ist doch die Annahme irrig, der Ordoliberalismus erstrebe „die Übertragung eines gedanklichen Modells in die Wirklichkeit“. Die damit verbundene „Gleichgewichtstheorie“ ist „heuristisches Prinzip“ (Miksch) ¹⁴⁴.

Euckens Grundsatz für die Verwirklichung ist, den „historischen Moment“ in aller Realität zu erfassen, ohne sich dadurch vom gewählten „Prinzip“ abbringen zu lassen ¹⁴⁵. Das „wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip“ ist, „die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz zum wesentlichen Kriterium jeder wirtschaftspolitischen Massnahme...“ ¹⁴⁶ zu machen, „die Marktform der vollständigen Konkurrenz zur Entwicklung zu bringen...“ ¹⁴⁷. Das „natürliche“ Hilfsmittel dabei ist die Veranlagung des Menschen zum Wettbewerb, dessen Unterbindung zu verhindern ist. Die Ordnung des Wettbewerbes soll jedem freie und ungehinderte Beteiligung sichern.

A. Die Grundprinzipien

Die Wirtschaftspläne der verkehrswirtschaftlichen Haushalte und Betriebe sind *Teilpläne* ¹⁴⁸. Die oben genannten sechs „gesamtwirtschaftlichen

¹⁴¹ Eucken, a. a. O., S. 81.

¹⁴² W. Eucken, Wettbewerbsordnung, ORDO-Bd. II, Seite 19 — — F. A. Hayek hält die ZVW wegen der Mängel der Wirtschaftsrechnung für unrealisierbar, siehe „Individualism and Economic Order“ Univ. of Chicago Press 1948; siehe ferner ORDO-Bd. I, S. 122, 132, 279, 309 und in ORDO-Bd. II: H. v. Stackelberg, Möglichkeiten u. Grenzen der Wirtschaftslenkung, S. 193 f., wo auf S. 196 die Schwierigkeiten einer gesamtwirtschaftlichen Grenztragsrechnung demonstriert werden.

¹⁴³ Forderung der konsequenten Handlungsweise: W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 380.

¹⁴⁴ ORDO-Bd. IV, S. 414.

¹⁴⁵ Eucken, Wettbewerbsordnung, in ORDO-Bd. II, S. 28 f.

¹⁴⁶ Eucken, a. a. O., S. 33.

¹⁴⁷ Eucken, a. a. O., S. 34; Hervorhebung von uns, W. D.

¹⁴⁸ W. Eucken, Grundlagen d. Nationalökonomie, 3. Aufl., 1943, S. 107 u. 174.

Daten“ sind in der *Verkehrswirtschaft* „gesamtwirtschaftliche *faktische* Daten“, weil es keine *gesamtwirtschaftlichen Plandaten* gibt ¹⁴⁹. Die einzelwirtschaftlichen *Teilpläne*, „in denen je nur ein Stückchen des Gesamtprozesses abläuft, sind unvollständig und stossen nur an einzelnen Stellen an gesamtwirtschaftliche Daten“ ¹⁵⁰. Diese sind: Natur, Arbeit, technisches Wissen, Gütervorräte und rechtliche und soziale Organisation. Für den Fall „vollständiger Konkurrenz“ ist der *Preis* einzelwirtschaftliches faktisches Datum und gibt mittelbar vom gesamtwirtschaftlichen Datum „Bedürfnisse“ kund ¹⁵¹. In der Einzelwirtschaft stellt mangelnde Übereinstimmung von „Plandaten“ und „faktischen Daten“ das *Risiko* dar ¹⁵². Das Datum „rechtliche und soziale Organisation“ schliesst Geldsystem, Geldpolitik und bestehende Marktformen mit ein ¹⁵³; die Variation dieses „sechsten Datums“ zwecks mittelbarer Lenkung der Einzelwirtschaften ist wesentliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik ¹⁵⁴.

Um diese Vorgänge in den Einzelwirtschaften zu gewährleisten, werden folgende „konstituierende Prinzipien“ aufgestellt:

1. Das *Preissystem* der „vollständigen Konkurrenz“ ist funktionsfähig herzustellen ¹⁵⁵.
2. Die *Stabilität der Währung* als Voraussetzung eines funktionsfähigen Preissystems muss gesichert sein (Graham-Plan) ¹⁵⁶.
3. *Freier Zugang zu den Märkten* ist zu gewährleisten ¹⁵⁷.
4. Die „*Konstanz der Wirtschaftspolitik*“ soll das einzelwirtschaftliche Risiko (s. o.) mindern helfen ¹⁵⁸.
5. Das *Privateigentum* an den Produktionsmitteln gilt; nur im Rahmen der neuen Gesamtordnung werden „soziale Missstände“ aus Privatbesitz verhindert, es herrscht die „*Kontrolle durch die Konkurrenz*“ ¹⁵⁹.
6. *Vertragsfreiheit* soll im *realen*, nicht rein *formalen* Sinn verwirklicht sein, sie darf nicht zur Ausschaltung künftiger Vertragsfreiheit führen ¹⁶⁰.

¹⁴⁹ Eucken, a. a. O., S. 179. Unter den 6 Daten enthält das zweite „Bestand“ zugleich das unveränderliche Datum Vergangenheit: „Das jeweils vorhandene Kapital ist Datum für den Wirtschaftsplan, da an der Vergangenheit nichts mehr zu ändern ist.“ H. v. Stackelberg, Grundlagen, S. 12.

¹⁵⁰ Eucken, a. a. O., S. 174.

¹⁵¹ Eucken, a. a. O., S. 175.

¹⁵² Eucken, a. a. O., S. 168.

¹⁵³ Eucken, a. a. O., S. 179.

¹⁵⁴ Eucken, Grundsätze..., S. 378.

¹⁵⁵ Eucken, Grundsätze..., S. 254 (1. Prinzip). Die Reihenfolge der Prinzipien in obiger Darstellung entspricht derjenigen, die Eucken im ORDO-Bd. II, Seiten 32-64 diesen gegeben hat. In den folgenden Anmerkungen 156-161 ist angegeben, wo und in welcher Reihenfolge die Prinzipien in den Grundsätzen der Wirtschaftspolitik stehen.

¹⁵⁶ Eucken, Grundsätze, S. 255-264 (Hier auch 2. Prinzip)

¹⁵⁷ Eucken, Grundsätze, S. 264-270 (Hier auch 3. Prinzip)

¹⁵⁸ Eucken, Grundsätze, S. 285-289 (Hier als 7. Prinzip)

¹⁵⁹ Eucken, Grundsätze, S. 270-275 (Hier als 4. Prinzip)

¹⁶⁰ Eucken, Grundsätze, S. 275-279 (Hier als 5. Prinzip)

7. *Volle Haftung* muss bestehen, damit der „Weg zur Rentabilität nur über eine äquivalente Leistung führt“. Wer voll verantwortlich ist, soll auch voll haften¹⁶¹.

Diese genannten Prinzipien dienen der Errichtung einer „gewissen, gewollten Wirtschaftsordnung“ und dienen „einer wirtschaftspolitischen Gesamtentscheidung“. Die Ableitung dieser Prinzipien erfolgte nach Eucken weder rechtsdogmatisch noch auf Basis des Naturrechts, sondern aus den Bedingungen der gewollten „Wettbewerbsordnung“ heraus. „Auf dem positiven Zweck liegt bei allen diesen Prinzipien der Nachdruck“¹⁶².

B. Die notwendigen Interventionen

Selbst wenn die sieben obengenannten Grundsätze in einer Wirtschaftsverfassung enthalten sind und in der Wirklichkeit befolgt werden, sind verschiedene Gruppen von Interventionen notwendig, die Eucken als die vier „regulierenden Prinzipien“ bezeichnet. Auch wenn die „vollständige Konkurrenz“ verwirklicht wäre, müsste ein interventionistischer Apparat für folgende vier Aufgabengruppen vorhanden sein:

1. *Monopolkontrolle*: Das „Monopolamt“ hat die Aufgabe, vermeidbare Monopole aufzulösen, unvermeidbare Monopole „wettbewerbsanalog“ zu steuern, die Neuentstehung von Monopolen zu verhindern. Zur vollständigen Verwirklichung des Preissystems der vollständigen Konkurrenz müssen die Preise der unauflösbaren Monopole manipuliert werden, „als ob“ Wettbewerb bestünde¹⁶³. Für oligopolistische Marktformen die „gebundene Konkurrenz“¹⁶⁴.

2. *Intervention in die Einkommensverteilung*:

Der ethisch gleichgültige Automatismus der „vollständigen Konkurrenz“ lässt sozialpolitische Fragen der „Verteilungstransformation“ (H. v. Stackelberg) offen. Es besteht sowohl die Notwendigkeit der Hinlenkung der Konsumgüterproduktion auf die dringenden Bedarfe als auch einer nach sozialen Gesichtspunkten bemessenen Einkommenssteuer-Progression. Die Progression ist so zu begrenzen, dass die Investitions-Chancen noch interessant bleiben¹⁶⁵.

3. *Interventionen zur Korrektur des einzelwirtschaftlichen Handelns*: Da der Unternehmer in vollständiger Konkurrenz bei der Aufstellung seines Wirtschaftsplanes sozialpolitische Massnahmen nicht berücksichtigen muss, ja dies auch nicht kann, wenn es nicht alle tun, sind Regelungen notwendig. Bestimmungen über Arbeitszeit, Frauen- und Kinderarbeit, Berücksichtigung allgemeiner Arbeiter-

¹⁶¹ Eucken, Grundsätze, S. 279-285 (Hier als 6. Prinzip)

¹⁶² Eucken, Grundsätze, S. 289 f.

¹⁶³ W. Eucken, Grundsätze d. Wirtschaftspolitik, S. 291 ff., insbes. 295/97.

¹⁶⁴ Eucken, a. a. O., S. 295, entsprechend einem Vorschlag von Miksch.

¹⁶⁵ Eucken, a. a. O., S. 300 f.

interessen, Unterbindung des unternehmerischen Nachfragemonopols sind unerlässlich. Auch sind Schäden aus kurzsichtiger Einzelplanung (Raubbau etc.) durch geeignete Interventionen zu vermeiden¹⁶⁶.

4. Interventionen bei „antikonjunkturellem Verhalten“:

Das anormale Verhalten des Arbeitsangebots bei sinkenden Löhnen ist durch evtl. Festsetzung von Minimallöhnen aufzufangen¹⁶⁷.

Die Interventionen der Gruppe 4 sollen nach Eucken selten notwendig werden, wenn auf den Arbeitsmärkten ein Zustand herrscht, „welcher der vollständigen Konkurrenz entspricht“¹⁶⁸. — Der Einsatz dieser Interventionen hat „marktkonform“ zu erfolgen. Die Massnahmen dürfen die „Selbststeuerung des Marktes nicht aufheben, sondern sich ihr als neue ‚Daten‘ einordnen...“¹⁶⁹. Unter diesem Gesichtspunkt hat Rüstow die Minimallöhne — „gleich gesetzlich erzwungene Arbeitslosigkeit“ — als der „sozialpolitischen Weisheit letzten Schluss“ bezeichnet¹⁷⁰.

Von erstrangiger Stellung ist das Monopolproblem und ferner die Frage des Geldsystems in der „Wettbewerbsordnung“.

C. Das Geldsystem

Eine stabile Währung ist für den Bestand der „Wettbewerbsordnung“ von entscheidender Bedeutung. Das Lenkungssystem durch die Preise wird gestört, wenn der Geldwert erheblichen Schwankungen unterliegt, oder durch inflatorische Prozesse dezimiert wird. In diesem Zusammenhang führt Eucken einen Satz Lenins an, der „in seiner demagogischen Hülle einen richtigen Kern“ birgt: „Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, muss man ihr Geldwesen verwüsten“¹⁷¹. Nicht nur die Produktionslenkung versagt dann, das gesamte Kreditwesen wird erschüttert, der Tauschwert der Ersparnisse schwindet.

Eucken unterscheidet zwei „Hauptformen der Geldwirtschaft“ und drei „Geldsysteme“:

Hauptformen¹⁷²:

A. Das Geld ist Tauschmittel *und* Recheneinheit

B. Das Geld ist Tauschmittel ohne zugleich Wertmass (Recheneinheit) zu sein.

¹⁶⁶ Eucken, a. a. O., S. 301 f.

¹⁶⁷ Eucken, a. a. O., S. 303.

¹⁶⁸ Eucken, a. a. O., S. 304; da der sog. „Arbeitsmarkt“ ein „typisch unvollkommener Markt“ ist, kann sich kein „Gleichgewichtslohn“ frei einspielen. In Euckens System fehlen die unvollkommenen Märkte. Siehe v. Stackelberg, a. a. O., Seiten 278, 284.

¹⁶⁹ Wilhelm Röpke, Die Gesellschaftskrisis d. Gegenwart, 1942, S. 253.

¹⁷⁰ Alexander Rüstow, Zwischen Kapitalismus u. Kommunismus, in ORDO-Bd. II, Seiten 136/137.

¹⁷¹ Walter Eucken, Wettbewerbsordnung, in ORDO-Bd. II, S. 34.

¹⁷² W. Eucken, Grundlagen der Nationalökonomie, 3. Aufl. 1943, S. 138—141.

*Drei „reine Geldsysteme“*¹⁷³:

1. Ein Sachgut wird zu Geld¹⁷⁴

2. „Geld entsteht bei Lieferung einer Ware oder bei Leistung von Arbeit als Gegenleistung.“ (Banknoten, Giralgeld, private „Schuld-
anerkennnis“, z. B. Wechsel)¹⁷⁵

3. (dem 2. verwandt) „Der Kreditgeber — nicht der Kreditnehmer
schafft hier Geld.“ Der Kreditgeber gibt hier einen „Schuldschein
auf sich selbst aus“¹⁷⁶.

Das dritte Geldsystem hat sich seit dem 19. Jahrhundert immer mehr
in den Vordergrund geschoben, die Industrialisierung wäre anders nicht so
rasch vorangekommen. „Aber zugleich liegt hier der Ursprung der Un-
stabilität des Geldes, der Tendenz inflationistischer Ausdehnung und de-
flationistischer Zusammenziehung der Geldmenge. Die Geldversorgung
wurde von der jeweiligen Liquidität und Kreditbereitschaft der Banken
und zugleich auch von der Kreditnachfrage, also von der Investitions-
neigung der Unternehmer, abhängig. Sparen führt im Rahmen dieser Geld-
ordnung nicht in allen Formen zu einer entsprechenden Ausdehnung der
Kreditgewährung der Banken“¹⁷⁷.

Da mit dem Einsatz „einer autonomen nationalen Geldpolitik“¹⁷⁸ die
Goldwährung aufgegeben wurde und ihrer allgemeinen Wiedereinführung
die grössten Schwierigkeiten entgegenstehen, wurde nach einem ähnlichen
„automatischen Mechanismus“ gesucht. Im „*Graham-Plan*“, dem Vorschlag
einer „*Waren-Reserve-Währung*“¹⁷⁹, sehen Eucken und Hayek ein zu-
verlässiges Instrument¹⁸⁰. K. F. Maier und Friedrich Lutz stimmen unter
gewissen Vorbehalten zu¹⁸¹. Der wesentliche Unterschied zur Goldumlaufs-
währung ist, dass nicht ein „Sachgut... zu Geld“ wird — gemäss dem
ersten „reinen Geldsystem“ Euckens —, sondern Geld entsteht durch An-
kauf bestimmter Waren-Bündel durch ein staatliches Lagerhaus¹⁸². „Die
Waren-Reserve-Währung erinnert an die Goldwährung, soweit in ihr Geld
durch Goldkauf der Zentralbank entstand und durch Verkauf von Gold
durch die Zentralbank verschwand. Aber der Wert des Geldes soll nicht
mit dem Wert *einer* Ware — also des Goldes —, sondern mit dem Wert

¹⁷³ Eucken, a. a. O., S. 143.

¹⁷⁴ Eucken, a. a. O., S. 143.

¹⁷⁵ Eucken, a. a. O., S. 144—146.

¹⁷⁶ Eucken, a. a. O., S. 146/147.

¹⁷⁷ W. Eucken, Wettbewerbsordnung, in ORDO-Bd. II, S. 77.

¹⁷⁸ Friedrich A. Lutz, Geldpolitik u. Wirtschaftsordnung, ORDO-Bd. II,
S. 208, zum Graham-Plan s. dort S. 226; Vorbehalte bez. Wechselkursen, Lager-
haltung u. Produktionskosten auf S. 228.

¹⁷⁹ Eucken, a. a. O., S. 80 ff.; S. 98 Anm. 50: Benjamin Graham, *Storage
and Stability*, 1937 und „*World Commodities and World Currency*, 1944.

¹⁸⁰ Eucken zitiert: F. A. Hayek, *A Commodity Reserve Currency*, *Economic
Journal* 1943, Bd. 53; ORDO-Bd. II, S. 98, Anm. 50.

¹⁸¹ F. A. Lutz, a. a. O., S. 228: Grundgedanke richtig, aber Plan nur unter
gleichartigen W.-Systemen möglich. — K. F. Maier, in ORDO-Bd. IV, S. 258.

¹⁸² W. Eucken, Grundsätze d. Wirtschaftspolitik, S. 261.

vieler Waren verbunden sein. Nicht von der Zufälligkeit der Goldproduktion, sondern von der durchschnittlichen Knappheit der Waren dieses Bündels ist der Wert der Geldeinheit abhängig¹⁸³. Der Ankauf der auf 100 fixierten Bündel soll bei ca. 95, der Verkauf bei 105 erfolgen. Die Zusammensetzung der Bündel soll für alle Länder gleich sein, es müssten sich auch möglichst alle Länder beteiligen. Die Zentralbankkredite müssen vom Lagerbestand abhängig gemacht werden, damit allfällige inflatorische Erscheinungen durch Warenverkauf aufgehalten werden können. Zur *Bündel-Währung* ist zu sagen:

1. Sie würde keine Rationierung, bzw. keinen Krieg überleben
2. Die Fähigkeit, inflationistische Entwicklung aufzuhalten, ist begrenzt¹⁸⁴
3. Bei Inflation in einem Land und freiem Devisenmarkt würde die Ware sehr rasch vom verkaufenden Land abströmen, ohne dass eine nennenswerte deflatorische Wirkung auf dem inländischen Geldmarkt erfolgt.
4. Gleiche Warenbündel sind nicht für jedes Land gleich günstig.

Wird die Zentralbankpolitik vom Lagerbestand an Waren-Bündeln abhängig gemacht, so gilt es auch, die Privatbanken an der Möglichkeit zur Geldschaffung zu hindern. Hier ist nach Euckens Auffassung der „*Chicago-Plan*“ bestens geeignet¹⁸⁵. Dieser Plan, auch „100-Prozent-Plan“ genannt, wurde durch eine Gruppe von Chicagoer Nationalökonomien entwickelt, „unter denen Henry C. Simons führend war“¹⁸⁶. Das Vorgehen nach diesem Plan ist wie folgt gedacht: „Jede private Bank würde in zwei Abteilungen zerlegt: In eine Giralgeldabteilung und eine Bankabteilung. Die Giralgelder (die täglich fälligen Kreditoren) sollen zu 100 Prozent in Zentralbankgeld, also in Noten oder Guthaben, bei der Zentralbank gedeckt werden. Die Bankabteilungen würden auf ihrer Passivseite u. a. die Sparkreditoren, auf ihrer Aktivseite u. a. Forderungen an Handel und Industrie führen. Die Kreditgeschäfte und Geldschaffung wären also — in konsequenter Fortführung eines Gedankens *Ricardos* — getrennt. Nur die Bankabteilung könnte Kredit gewähren, nicht aber die Giralgeldabteilung“¹⁸⁷. Die Kombination von „*Graham-Plan*“ und „*Chicago-Plan*“ ergibt eine interessante theoretische Grundlage beim Entwurf eines stabilen Währungsmechanismus. Die Neigung, „bei steigendem Preisniveau die Geldversorgung zu vergrößern und sie bei sinkendem Preisniveau zu verringern“, wie sie heute nach dem „*dritten Geldsystem*“ noch besteht, würde schwinden und die „Geldversorgung würde sich jeweils umgekehrt entwickeln und *gegen* eine Entfernung vom Gleichgewicht wirken“¹⁸⁸.

¹⁸³ W. Eucken, Wettbewerbsordnung, ORDO-Bd. II, S. 80/81.

¹⁸⁴ W. Eucken, a. a. O., S. 81.

¹⁸⁵ Eucken, Grundsätze . . ., S. 263.

¹⁸⁶ Eucken, a. a. O., S. 260. u. Anm. 1 daselbst.

¹⁸⁷ Eucken, a. a. O., S. 260.

¹⁸⁸ Eucken, a. a. O., S. 262 u. ORDO-Bd. II, S. 81.

Röpke weist darauf hin, dass der sogenannte „automatische“ Charakter der Goldwährung von dem fortgesetzten Willen aller Regierungen und Notenbanken, diesen Charakter aufrechtzuerhalten, und überdies von einem bestimmten Mass an bewusster Lenkung abhängig war“¹⁸⁹. Die alte *Goldwährung*, der geistreiche „Ersatzplan“ der *Keynesschen* „Welt-Clearing-Union“, der „Graham-Plan“ und auch die „Europäische Zahlungsunion“ stehen unter der *elementaren philosophischen Erkenntnis*, dass *internationale Ordnung und Gleichgewicht ihre wesentlichsten Bedingungen sind*¹⁹⁰. So ist nicht nur die Beachtung der Interdependenz innerhalb einer nationalen Wirtschaftsordnung von Bedeutung, sondern auch die „strukturelle Gleichartigkeit der nationalen Systeme“ der Geldordnung¹⁹¹.

Die „Devisenzwangswirtschaft“ geht mit dem modernen „Wohlfahrtsstaat“ einher, die „Nationalisierung“ wirtschaftlicher Prozesse steigert die „nationale Integration auf Kosten der internationalen“¹⁹². So wird auch die internationale Geldordnung schwer erschüttert. In vielen Fällen sollte das Adjektiv „sozial“ besser durch „national“ ersetzt werden, meint Röpke, weil dadurch die Eigenart des geschlossenen Wohlfahrtssystems besser zum Ausdruck kommt¹⁹³. Wie die gesamte Gesellschaftsordnung vom Druck des mechanistischen „Fiskalstaates“ und der Überbetonung des wirtschaftlichen Bereiches durch Konstituierung einer „natürlichen“ Ordnung befreit werden soll, soll in den folgenden zwei Kapiteln umrissen werden.

¹⁸⁹ Wilhelm Röpke, *Internationale Ordnung*, 1945, S. 168.

¹⁹⁰ Röpke, *Wirtschaftssystem und internationale Ordnung*, in *ORDO*-Bd. IV, Seiten 280 und 295, Anm. 22.

¹⁹¹ Röpke, a. a. O., S. 274 und S. 294, Anm. 13.

¹⁹² Wilhelm Röpke, *Wirtschaftssystem u. intern. Ordnung*, *ORDO*-Bd. IV, Seiten 279 und 285.

¹⁹³ Röpke, a. a. O., S. 279 und 280.

5. Kapitel

DIE FUNKTIONSGESTALTUNG DER WETTBEWERBSORDNUNG

Vor dem Einsatz wirtschaftspolitischer Massnahmen hält Eucken folgende Besinnung für notwendig:

„Die ordnungspolitische Gesamtentscheidung hat vor den einzelnen wirtschaftspolitischen Handlungen zu stehen — wenn überhaupt sinnvolle Wirtschaftspolitik getrieben werden soll“¹. Ist die Entscheidung zugunsten der „Wettbewerbsordnung“ gefallen, so muss man sich über folgendes ganz klar sein: „Die Wirtschaftspolitik kann nicht von der jeweiligen geschichtlichen Situation der einzelnen Länder losgelöst werden. Man kann nicht ein umfassendes wirtschaftspolitisches Gesetzbuch aufstellen, das für alle Länder Geltung gewinnen könnte. Wenn man versuchen würde, die Geschichte auszustreichen — wie *Rousseau* es wollte —, so würde man an den Tatsachen selbst scheitern. Die Verwirklichung und Erhaltung der Wettbewerbsordnung verlangt also je nach dem historischen ‚Moment‘ verschieden geartete wirtschaftspolitische Massnahmen“². Zwei eigenartige Fehler zeigen sich immer wieder: „Die Wirtschaftspolitik hat die Neigung, entweder in einen unrealistischen Doktrinarismus zu verfallen, welcher die jeweilige historische Situation nicht berücksichtigt, oder in einem ungrundsätzlichen Punktualismus, welcher die Wirtschaftspolitik zu einem Chaos unzusammenhängender oder widerspruchsvoller Massnahmen macht. In jedem Falle wird das Ziel verfehlt“³.

„Wie ist dieses Dilemma zu überwinden? — Kurz gesagt: indem man das *Prinzip* und seine Anwendung im historischen *Moment* unterscheidet“⁴. Die „konstituierenden“ und „regulierenden“ Prinzipien sind nicht schematisch in jeder Ausgangslage anwendbar⁵.

Die Aufgabe ist nach Miksch — und dies gilt für viele hochentwickelte Volkswirtschaften —, „eine Wirtschaftsverfassung zu entwerfen, in welcher trotz der historisch entstandenen monopolistischen Marktformen und trotz der nur beschränkten Gültigkeit der vom klassischen Liberalismus behaupteten Harmonie, das Prinzip des Wettbewerbes eine möglichst weitgehende Anwendung findet“⁶. Man muss sich ferner darüber klar sein, dass

¹ Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1952, S. 250.

² Eucken, a. a. O., S. 251.

³ Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1951, S. 251.

⁴ Eucken, a. a. O., S. 252.

⁵ Eucken, a. a. O., S. 254 u. 291.

⁶ Leonhard Miksch, Wettbewerb als Aufgabe, 2. Auflage, Godesberg 1947, Vorwort.

die „vollkommene Marktwirtschaft“ ein „heuristisches Mittel“⁷ ist, welches die wirtschaftspolitischen Überlegungen an die „notwendigen Ansatzpunkte staatlicher Lenkung“⁸ führt, nicht aber bestimmt, rein in die Wirklichkeit übertragen zu werden. Bei allgemeiner Anerkennung des marktwirtschaftlichen Prinzips erwachsen der „Politik der Wettbewerbsordnung“⁹ wie erwähnt „konstituierende“ und „regulierende“ Aufgaben. Das Ziel ist die Förderung bzw. Erhaltung des konkurrenzwirtschaftlichen Systems durch Anwendung „systemgerechter“ Mittel einer mit „regulierenden“ und eventuell „dirigierenden“ Massnahmen betriebenen Wirtschaftspolitik¹⁰.

Während das „wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip“¹¹ und die damit verbundenen „konstituierenden Prinzipien“ beharrenden, konservativen Charakters sind, kommt den „regulierenden Massnahmen“ eine grössere Beweglichkeit zu, die nur durch die „Systemgerechtigkeit“ begrenzt wird.

Die Einteilung der wirtschaftspolitischen Massnahmen nach der Art der gewünschten Ergebnisse ist nicht bei allen Autoren gleich, zumindest nicht gleich bezeichnet.

Eine Einteilung in zwei grosse Gruppen lässt sich aber u. E. durchführen, wenn wir zwischen den grundlegend *funktionsgestaltenden* Massnahmen und Einrichtungen und den *korrigierenden* Eingriffen und Gestaltungen unterscheiden.

Die *grundlegend funktionsgestaltende Wirtschaftspolitik* im Hinblick auf das Ziel einer „Wettbewerbsordnung“ dient der Förderung und Erhaltung der Funktionen des marktwirtschaftlichen Systems durch den Ausbau des Steuerungsbereiches eines Preismechanismus nach dem heuristischen Vorbild der „vollständigen Konkurrenz“. Einhaltung der Grundprinzipien, Antimonopolpolitik (Röpke), das System des „liberalen Interventionismus“ ist hier vonnöten.

Zu den *korrigierenden* Eingriffen und Gestaltungen rechnen wir an erster Stelle die staatliche „Struktur-“ und „Gesellschaftspolitik“ nach Röpkes Konzeption, weil diese dazu bestimmt ist, das ausgleichende Gegengewicht zum individualistischen Marktvorgang abzugeben. Da für diesen „Rahmen“ keine starren Normen gelten können, besonders was die „Gesellschaftspolitik“ anbelangt, tritt der ausgleichende, korrigierende Charakter stärker hervor. Weitere sozialpolitische Massnahmen betreffend die Einkommensverteilung, die Begrenzung der einzelwirtschaftlichen Planungsfreiheit im Interesse des Arbeiterschutzes, die Konjunkturpolitik und

⁷ L. Miksch, Die Verstaatlichung der Produktionsmittel in der Morphologie der Wirtschaftsordnungen, in Schriften des Vereins f. Sozialpolitik, Neue Folge, Bd. 2, Berlin 1950, Seite 85 f., S. 124.

⁸ E. Achterberg u. V. Muthesius, „Leonhard Miksch“, in ORDO-Bd. IV, Seite 414.

⁹ W. Eucken, a. a. O., S. 254.

¹⁰ H. v. Stackelberg, Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftslenkung, in ORDO-Bd. II, S. 200.

¹¹ W. Eucken, a. a. O., S. 254.

die betriebliche Sozialpolitik fügen sich hier ein. Da die korrigierenden Kräfte nicht aus dem individualistischen Marktvorgang selbst kommen können, müssen hier das Sozialprinzip wahrende Kräfte vermittelnd wirksam werden. Über die wirtschaftliche Sicherung aus kleiner und kleinster Gemeinschaft heraus, durch Förderung subsidiärer Gliederung, sollen Ansätze gewonnen werden zu einer „marktkonformen Sozialpolitik“¹², die sich vor allem der „Entproletarisierung“ widmet. Gerade an diesem Gedanken der Entproletarisierung wird klar, dass Sozialpolitik kein Luxus ist, den man sich in guten Jahren gestatten kann, sondern einer Gestaltungs- und Vermittlungsaufgabe dienen soll, die auf die Dauer wirkt und das herbeiführt, was hier das Ziel ist: die wirklich „soziale“ Marktwirtschaft. Damit verbunden ist die Funktionsgestaltung durch eine konsequente Wirtschaftspolitik, deren Grundprinzipien die folgenden sind.

1. Die Grundprinzipien der Verwirklichung

Die sieben, voneinander nicht trennbaren, „interdependenten“, „konstituierenden Prinzipien“ haben wir oben im Zusammenhang mit der Erläuterung der „Wettbewerbsordnung“ bereits aufgezählt¹³. Um die „Wettbewerbsordnung“ zu realisieren, müssen diese Prinzipien, gleichviel aus welchem historischen „Moment“ heraus, Eingang finden in die Wirtschaftsverfassung und die Grundsätze wirtschaftspolitischen Handelns.

Über diesen Prinzipien steht, besonders für Böhm und Miksch das, was wir das „Veranstaltungs“-Prinzip nennen wollen¹⁴. Da der „Leistungswettbewerb“ nicht als ein „natürlicher“, sondern als ein staatlich zu „veranstaltender“ Vorgang gesehen wird, tritt die Frage nach dem Mittel und dem Träger auf.

Das Mittel ist die „Wirtschaftsverfassung“, ein rechtlich-institutionelles Gebäude, dessen Errichtung sich Böhm schon seit langem widmet. Böhm betont die rechtlichen Aufgaben ausserordentlich, so, dass jedenfalls in seinen früheren Arbeiten zu bemerken ist, dass er „fast unmerklich, aber radikal aus einem liberalen in ein völlig totalitäres „Verfassungsdenken“ hinüberwechselte, so dass... in Wahrheit also Wirtschaftsverfassung mit totalitärer Wirtschaftsumfassung gleichbedeutend wird“¹⁵.

Träger der „Veranstaltungs“-Aufgabe sind die staatlichen Instanzen, insbesondere auch „eine neue, nur dem Gesetz unterworfenen Bundesbe-

¹² Alfred Müller-Armack, Die Wirtschaftsordnungen, sozial gesehen, in ORDO-Bd. I, S. 128, 147, 148.

¹³ Siehe oben, 4. Kapitel, Abschnitt 6, A.

¹⁴ Siehe oben, 3. Kapitel, Abschnitt 1, B.

¹⁵ Fritz Haussmann, Die wirtschaftliche Konzentration an ihrer Schicksalswende, Basel 1940, S. 219.

hörde — die Monopolkommission —“, die sich nach einem Entwurf aus einem Präsidenten und fünfzehn Mitgliedern auf Lebenszeit zusammensetzen soll¹⁶. Rüstow hat ein „Bekenntnis zum starken Staat“ schon früh abgelegt¹⁷ und Miksch hat für die Bereiche an „Befehlswirtschaft“ gedacht, denen die Angleichung an das Preissystem der vollständigen Konkurrenz aufgezwungen werden muss¹⁸. Die Suche nach der Macht, die „die grosse Rolle des Verwirklichers“ übernimmt, hat schon die Physiokraten beschäftigt.

Böhm macht eine Unterscheidung zwischen der „politischen Gesamtverfassung“ und der „Wirtschaftsverfassung“. Während die politische Gesamtverfassung nicht „gegen die besonderen Eigenarten des sittlichen Volksempfindens“ autokratisch aufgezwungen werden kann, liegt es bei der Wirtschaftsverfassung anders. Letztere ist vorwiegend nach „Zweckmässigkeitsgesichtspunkten“ aufzustellen, „das Ganze muss ein ‚System‘ haben“. *Die sittlichen Ideale des Volkes bestimmen die Wahl unter den möglichen Wirtschaftsordnungen.* Die Ausgestaltung ist dann dem „Sachverstand“ und der „theoretischen Denkarbeit geschulter Geister“ zu überlassen¹⁹. Eine straffe, mit grosser Autorität durchgesetzte Wirtschaftspolitik im Sinne einer einmal getroffenen „Gesamtentscheidung“ ist durchaus mit liberalen Grundsätzen vereinbar: „Im Widerspruch zu heute allgemein verbreiteten Ansichten folgt, dass eine absolutistisch-autokratische Regierungsform einer liberalen Wirtschaftspolitik keineswegs widerspricht, sondern dieser — wenn sie überhaupt einmal beschlossen ist — viel grössere Möglichkeiten einräumt, als sonst der Fall ist.“ Dieser Formulierung Morgensterns ist nach Haussmann „insofern zuzustimmen, als eine *autoritäre* (nicht aber eine *totalitäre*) Staatsführung mit einem liberalen Wirtschaftssystem vereinbar ist“²⁰.

Einer „dynamischen Wirtschaftsverfassung“, wie sie im „Dritten Reich“ ausgebaut werden sollte, standen zwei Steuerungsprinzipien zur Verfügung:

1. Die Methode der *mittelbaren Marktleitung* durch ein rechtlich geordnetes *Tausch- und Wettbewerbsverfahren* und

¹⁶ Entwurf des Bundeswirtschaftsministeriums betr. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (Januar-Februar 1950), nach: Die Illusion des freien Wettbewerbs, Schrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1950, S. 41 u. 48.

¹⁷ Siehe oben, 1. Kapitel, Abschnitt 3 u. 3. Kapitel, Abschnitt 1, D.

¹⁸ Siehe oben, 3. Kapitel, Abschnitt 1, D; dort auch Anm. 119.

¹⁹ Franz Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, Heft 1 der Reihe Ordnung der Wirtschaft, Stuttgart 1937, S. 58 f.: Wirtschaftsverfassung und politische Verfassung.

²⁰ Friedrich Haussmann, a. a. O., S. 218, insbesondere dort Anm. 388, wo auch obiges Zitat aus Oskar Morgenstern, Die Grenzen der Wirtschaftspolitik, Wien 1934, S. 130 zu finden ist. — Dieser Gedanke wird ähnlich auch von Sozialisten vertreten. So sagt Hendrik de Man in seinen Memoiren: „Die wirtschaftlichen Strukturreformen setzen eine Reform des Staates voraus. Um ihn seinen neuen wirtschaftlichen Aufgaben anzupassen, sollte die Exekutivgewalt gestärkt und stabilisiert werden.“ H. de Man, Gegen den Strom, Stuttgart 1953, S. 212.

2. die Methode der *unmittelbaren staatlichen Marktlenkung* im Wege methodischer Befehlerteilung²¹.

Die erste Methode ist die der „Wettbewerbsordnung“ grundsätzlich angemessene, die zweite Methode kommt nur für die monopolistischen Abweichungen in Frage.

2. Der „Antimonopolismus“

Soll die „Wettbewerbsordnung“ realisiert werden, so müssen die Monopole bekämpft werden, d. h. diejenigen einzelwirtschaftlichen Marktpositionen, für welche der Preis kein Datum ist²². In der ordoliberalen Literatur finden wir Massnahmen von der Monopolkontrolle bis zur „Auflösung“²³ oder zum Verbot, in einem Fall die Forderung der Verstaatlichung gewisser Monopolstellungen. Dass der „Antimonopolismus“ zentral in jedem der ordoliberalen Programmentwürfe steht, entspricht zuerst der liberalen Tradition, ferner aber der fortgeschrittenen Erkenntnis dieser Störungs- und insbesondere auch „Ausbeutungs“-Tätigkeit des Monopolisten²⁴. Hat doch, wie erinnerlich²⁵, Oppenheimer in seiner Kontroverse mit Kautsky letzterem folgenden Satz zugunsten der „befreiten vollkommenen Konkurrenz“ ausgelegt: „Genau genommen ist nicht der Kollektivismus unser Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung... Würde uns nachgewiesen, dass wir darin irren, dass etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln allein oder am zweckmässigsten zu erreichen sei... dann müssten wir den Kollektivismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im Geringsten aufzugeben. Ja, wir müssten es tun, gerade im Interesse dieses Endziels“²⁶. Der „*Antimonopolismus*“ kennzeichnet nicht allein liberale Strömungen, sondern ebenso christlich-konservative wie auch sozialistische Richtungen. So sagt von Mises: „All contemporary socialist manifestoes expatiate on monopoly power. Statesmen and professors try to outdo one

²¹ F. Böhm, a. a. O., S. 61; vgl. auch Günter Schmolders, Wirtschaftslenkung als angewandte Wirtschaftswissenschaft, Kölner Universitätsreden Nr. 39 vom 29. 1. 1941. Dort wird betont, dass nicht das Ordnungsprinzip allein genüge. Wirtschaftsordnung sei Fundament, Wirtschaftslenkung aber täglich neue Aufgabe.

²² W. Eucken, Grundlagen d. Nationalökonomie. 3. Aufl., S. 119.

²³ W. Eucken, Grundsätze d. Wirtschaftspolitik, S. 290.

²⁴ W. Röpke, Civitas humana, S. 75 u. 100 zur „*Antimonopolpolitik*“.

²⁵ Siehe oben, 1. Kap., Anm. 12, betreffend Oppenheimers Liberalsozialismus.

²⁶ Zit. nach Franz Oppenheimer, Kapitalismus, Kommunismus, Wissenschaftlicher Sozialismus, Berlin u. Leipzig 1919, S. 8, Karl Kautsky, Die Diktatur des Proletariats, 2. Aufl., S. 4. Dazu sagt Oppenheimer: „Klarer kann nicht zwischen Ziel und Mittel unterschieden, kann nicht ausgesprochen werden, dass das Mittel nur im Hinblick auf das Ziel überhaupt von Gewicht ist.“ Ebenda, S. 8.

another in depicting the evils of monopoly“²⁷. Sieht von Mises das Kennzeichen des wirtschaftlichen Liberalismus allein im „Sondereigentum an den Produktionsmitteln“, so ist eben nach Euckens und seiner Schule Auffassung nicht gleichgültig, in welcher Ordnung es funktioniert.

A. Die Auflösung von Monopolen

Die grundsätzliche Auflösung von Monopolen scheint nach Euckens Ansicht weitgehend nur dort möglich zu sein, wo es sich um sogenannte „Kollektivmonopole“ handelt in Form der Preis-, Gebiets- oder „Quotenkartelle“²⁸. Es sind in solchem Falle viele kleine und mittlere Betriebe vorhanden, die sich zusammenschliessen oder unter „einheitliche Leitung geraten“²⁹. Die Rückführung in den Zustand von vor dem Zusammenschluss hat aber zur erfolversprechenden Bedingung, dass nicht nur die *Möglichkeiten* neuen Zusammenschlusses verhindert, sondern auch die *Ursachen* der Entstehung von Kartellen beseitigt werden, die zum nicht geringen Teil in der Handelspolitik, der Steuerpolitik als exogenen Faktoren begründet sind. Die endogenen Faktoren erklärt die moderne Theorie an den Fällen, wo „reine Konkurrenz“ unmöglich ist³⁰.

Wenn auch Röpke für eine „Antimonopolpolitik“ ist, die sich *nicht mit der Überwachung begnügt*, sondern zur Realisierung der „Wettbewerbsordnung“ die *Abschaffung*³¹ anstrebt, so sagt er doch bezüglich des Konkurrenzprinzips, dass es „keineswegs auf allen Gebieten der Produktion anwendbar ist, ohne zu schweren Unzuträglichkeiten zu führen, dass es gewisse Märkte gibt, die nur mehr oder weniger unvollkommen funktionieren, dass sich überall Auswüchse der Konkurrenz zeigen, die beschnitten, und Teile des Marktmechanismus, die von der Obrigkeit geregelt werden müssen“³².

Für eine auf der Basis der „konstituierenden Prinzipien“ geführte „monopolprohibitive“ Politik bedarf es einer grossen staatlichen Macht-

²⁷ Ludwig von Mises, *Human action*, New York - London 1949, p. 676, vgl. auch L. v. Mises, *Kritik des Interventionismus*, Jena 1929, S. 44 bez. des „Sondereigentums“ und des „Wettbewerbs“, der für sich kein Kennzeichen kapitalistischer Wirtschaftsordnung ist. Ferner Josef Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus u. Demokratie*, S. 228.

²⁸ Eucken, *Grundsätze . . .*, S. 35/36.

²⁹ Eucken, *a. a. O.*, S. 232.

³⁰ Z. B. wenn die optimale Betriebsgrösse so erheblich ist, dass der gesamte Markt von einem „Grossen“ beliefert werden kann, der unter sinkenden variablen (Stück)-Kosten produziert, so dass für ihn ein „echter Kostenvorteil“ besteht. Vgl. W. Eucken, *Grundsätze . . .*, S. 292. Die „reine Konkurrenz“ erfordert *konstante* Kosten, damit jeder Produktionsbeitrag zum gleichen Grenzkosten-Preis abgesetzt werden kann. Es ist nun bei „langfristigen Anpassungen“ so, dass *alle* Kosten *variabel* werden. Vgl. H. v. Stackelberg, *Grundlagen d. Theor. Volkswirtschaftslehre*, 2. A., S. 61. Die „reine Konkurrenz“ ist nur statisch denkbar.

³¹ W. Röpke, *Civitas humana*, S. 75.

³² Röpke, *Gesellschaftskrisis*, S. 190.

fülle³³. Bisher hat die Erfahrung gezeigt, dass der „politische Einfluss der Interessentengruppen“ stärker war. Deshalb hält es Eucken für wesentlich, mit dem Mittel der „Wirtschafts- und Rechtspolitik“ gegen Neuentstehungen vorzugehen³⁴. Rüstow ist der einzige Ordoliberal, bei dem wir ausgesprochen fanden, „unvermeidliche“ Monopole (Rüstung, public utilities) seien zu verstaatlichen, und die Staatsaufsicht „mit Preisgenehmigung und Lieferungszwang“ über „private Monopole“ und „insbesondere Trusts“ zu verhängen³⁵. Die Fähigkeit des Monopolisten, Preis und Menge im Interesse der „höchstöglichen Reineinnahmen“ zu variieren, um Grenzkosten und Grenzerlös gleich zu machen und die Grenzkosten unter dem Preis zu halten³⁶, kann durch den Eingriff der „Marktpolizei“³⁷ oder des „Monopolamtes“³⁸ unterbunden werden.

B. Die Monopolkontrolle

Das „Ziel der Monopolgesetzgebung und der Monopolaufsicht ist . . . , die Träger der wirtschaftlichen Macht zu einem Verhalten zu veranlassen, als ob vollständige Konkurrenz bestünde“³⁹.

Die Festlegung der Höhe des Gleichgewichts-Preises ist bei Vorräten eines Handels-Monopols noch verhältnismässig einfach⁴⁰. Sehr schwer aber ist die „wettbewerbsanaloge Feststellung der Preise, wenn es sich um laufende Produktion bei gegebenem Produktionsapparat handelt.“ Der Preis ist prinzipiell so zu bestimmen, „dass Angebot und Nachfrage bei diesem Preis ins Gleichgewicht kommen und er zugleich die Grenzkosten deckt“. . . . „Schwierigkeiten erstehen hier aus der Ermittlung der Kosten. Besonders schwierig ist die Ermittlung der Grenzkosten. — Deshalb dürfte es sich in solchen Fällen, in denen die Grenzkosten höher sind als die Durchschnittskosten, empfehlen, den Schnittpunkt von Durchschnittskosten und Nachfragekurve zu wählen. Zwar ist dieser Preis nicht ganz systemgerecht, aber er ist leichter feststellbar“⁴¹. Damit würden künstlich die Resultate der vollständigen Konkurrenz hergestellt⁴², man ginge an die „Erzeugung einer künstlichen vollständigen Konkurrenz dort . . . , wo sie nicht von selbst zustandekommt“⁴³. Allerdings wäre die „vollständige

³³ F. Marbach, Z. Frage d. wirtschaftl. Staatsintervention, 1950, S. 121.

³⁴ W. Eucken, Grundsätze . . . , S. 292.

³⁵ Alexander Rüstow, a. a. O., S. 134 und S. 162, Anm. 34.

³⁶ W. Eucken, Grundsätze . . . , S. 34.

³⁷ A. Rüstow, a. a. O., 133/134.

³⁸ W. Eucken, a. a. O., S. 294.

³⁹ Eucken, a. a. O., S. 295.

⁴⁰ Eucken, a. a. O., S. 296.

⁴¹ Eucken, a. a. O., S. 297.

⁴² Vgl. W. A. Jöhr, Die Renaissance d. Konkurrenzidee im Urteil der Theorie, Istanbul 1943, S. 28 f.

⁴³ H. v. Stackelberg, Möglichkeiten u. Grenzen der Wirtschaftslenkung, ORDO-Bd. II, S. 200.

Konkurrenz“ ja generell eine „Veranstaltung“. Es gibt aber Bereiche, wo diese Marktform dann „von selbst zustandekommt“ und solche, wo man sich nur bemühen kann um die Erzielung des Ergebnisses, dass der „Gleichgewichtspreis“ die Grenzkosten deckt, also kein Übergewinn entsteht.

Miksch und Maier teilen die Skepsis Rüstows bezüglich einer wirklichen Monopolkontrolle. Obwohl Miksch selbst die Anti-Monopolpolitik des „Als-ob“ vorgeschlagen hat, sieht er für die *Dynamik* grosse Schwierigkeiten, denn „es bleibt Raum für willkürliche Entscheidungen“⁴⁴. Auch Maier findet die Möglichkeit der Verlagerung des Willkürelements vom privaten Monopolisten zur staatlichen Monopolaufsicht für durchaus gegeben und daher bedenklich⁴⁵.

Wie ein bestehendes Nachfragemonopol auf dem „Arbeitsmarkt“ gelenkt werden kann, „Als-ob“ vollständige Konkurrenz bestünde, wird, soviel wir sehen, nicht behandelt. Da die „Grenzproduktivität des Lohnes“ nicht der einzige lohnbestimmende Faktor ist⁴⁶, dürfte hier eine theoretische Festlegung des Lohnes, wie er sich ergeben haben würde, wenn vollständige Konkurrenz bestünde, sehr wenig zuverlässig sein. Vom berufsständisch orientierten Mitarbeiter im ORDO-Jahrbuch, O. v. Nell-Breuning S. J., wird gefordert, dass die „Überwindung des Monopolismus... zentral am heute vermachteten Arbeitsmarkt“⁴⁷ zu beginnen habe. In Übereinstimmung mit der „Freiburger Schule“ anerkennt die Enzyklika *Quadragesimo anno* (n. 74) wohl die „Interdependenz der Löhne und Preise“, doch ist es „mit der Subjektstellung des Menschen in der Wirtschaft“ nicht zu vereinen, dass diese Interdependenz „indifferent“ ist, d. h. es möglich ist, „dass jede Variable ebenso gut als abhängige wie als unabhängige Variable fungieren kann; die Interdependenz zwischen Löhnen und Preisen ist vielmehr eine durch Kausalität und Finalität eindeutig bestimmt *gerichtete* Interdependenz“⁴⁸. Damit wird der Lohn zur *unabhängigen* Variablen erklärt und jede Ableitung aus rein funktionellen Bedingungen zurückgewiesen. Der Gedanke, dass ein einziger Massstab zur Lohnbemessung genüge, wird abgelehnt. Es sind „ausreichender Lohn“ (Familienlohn), „Lage des Unternehmens“ und die Gesichtspunkte der „allgemeinen Wohlfahrt“ in Übereinstimmung zu bringen⁴⁹. Die „Grenz-

⁴⁴ Leonhard Miksch, Wettbewerb als Aufgabe, 2. Aufl. 1947, S. 103.

⁴⁵ K. F. Maier, Das Verlangen nach sozialer Sicherheit, ORDO-Bd. III, S. 25.

⁴⁶ Die „Grenzproduktivität“ ergibt theoretisch die *Nachfragekurve* gemäss dem „Grenzertrag“ der Arbeit. Siehe H. v. Stackelberg, a. a. O., S. 278. Um zu einem „Gleichgewicht“ zu kommen, muss auch die Angebotskurve bekannt sein, die aber wegen der persönlichen und räumlichen Differenzierungen (s. v. Stackelberg, a. a. O.) keine „einheitliche Grösse“ des Lohnes enthalten kann. „Der ‚Arbeitsmarkt‘ ist ein typisch unvollkommener Markt.“ (v. Stackelberg).

⁴⁷ O. v. Nell-Breuning, S. J., Berufsständische Ordnung und Monopolismus, in ORDO-Bd. III, S. 214.

⁴⁸ v. Nell-Breuning, a. a. O., S. 215.

⁴⁹ Siehe P. Jostock, Die sozialen Rundschreiben, S. 126/130, insbes. Quadr. anno, n. 67, 68, 70—74.

produktivitätstheorie“ kann nach v. Stackelberg nur einen „theoretischen Normallohn“ ergeben, „eine Vergleichsgrösse, deren auch die Politik nicht entraten kann“⁵⁰. Das zweiseitige Monopol am „Arbeitsmarkt“ mit Gewerkschaften auf der Angebots- und Unternehmern auf der Nachfrageseite ruft zufolge seiner „Gleichgewichtslosigkeit“ die Staatsintervention herbei.

Als einen „Arbeitsmarkt“ mit „vollständiger Konkurrenz“ nennt Eucken den „Berliner Arbeitsmarkt für häusliche Dienstboten 1924. Kein Arbeitnehmer war auf einen Arbeitgeber oder auf einen Verband von Arbeitgebern angewiesen und umgekehrt“⁵¹. Allerdings hat dieser „Arbeitsmarkt“ auch kein eigentliches „Produktionsmittelmonopol“ und die Zahl der Anbieter und Nachfrager, insbesondere der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geht nicht stark auseinander. Um auch die „Arbeitsmärkte“ „wettbewerbsanalog“ zu gestalten, sollte die „closed shop“-Politik der Gewerkschaften verboten werden⁵². Das Nachfragemonopol nach Arbeitskräften wurde vielfach durch die Vergrösserung der „Einzugsgebiete“, durch den heute technisch möglichen täglichen „Massentransport von Arbeitern“ durchbrochen⁵³. Das *entscheidende Problem* bleibt das des *Gleichgewichts* „zwischen den Partnern“⁵⁴. Die Gewerkschaften haben viel getan, die Elastizität des Arbeitsangebotes zu vergrössern und haben „gewisse strukturelle Nachteile wie fehlende untere Kostengrenze des Lohnes und anomale Reaktion des Angebotes von Arbeit beseitigt oder doch wenigstens abgeschwächt“⁵⁵.

Um die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, um Ausbeutung zu verhindern, ist die *Elastizität des Arbeitsangebotes* von entscheidender Bedeutung. Das Elastizitätsproblem steht im Mittelpunkt der Sozialpolitik⁵⁶. Können auch hier die Gewerkschaften sehr viel leisten, so wäre zur Durchführung der „Entmachtung“ die Elastizität des individuellen Angebotes erwünscht. Röpke und Rüstow legen in ihren Programmen grossen Wert auf Massnahmen, welche in dieser Richtung liegen⁵⁷. Wichtige Aufgaben der Monopolkontrolle sind nicht nur die Überwachung von Verträgen des Patent- und Markenrechts, sondern auch der *Reklame*. In der „vollständigen Konkurrenz“ ist theoretisch jede Reklame sinnlos, weil die individuelle Absatzkurve voll elastisch ist und

⁵⁰ H. v. Stackelberg, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern-Tübingen 1951, S. 277: „Dieser Lohn wird nicht etwa deswegen als normal bezeichnet, weil er politisch richtig oder erwünscht wäre; die Theorie kann niemals der Politik vorschreiben, was sie wünschen oder für richtig halten soll.“

⁵¹ W. Eucken, Grundlagen . . . , 3. Aufl. 1943, S. 243.

⁵² W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1951, S. 295.

⁵³ W. Eucken, a. a. O., S. 228.

⁵⁴ W. Eucken, a. a. O., S. 322.

⁵⁵ W. Eucken, a. a. O., S. 322.

⁵⁶ Vgl. W. Weddigen, Sozialpolitik, S. 43.

⁵⁷ Siehe W. Röpke, Civitas humana, S. 86; A. Rüstow, Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, ORDO-Bd. II, S. 145, wo allerdings auch auf die „Antinomie zwischen dem Ideal der Sesshaftigkeit und der Forderung grösstmöglicher Umstellungsbeweglichkeit . . .“ hingewiesen wird.

auch die Annahme vollständiger Marktübersicht gemacht werden muss. Die Befreiung von einem „*Meinungsmonopol*“ ist durch Aufklärung und Ernüchterung aus individueller Erfahrung sehr wohl möglich⁵⁸. „Reklame“ oder „Suggestioniskonkurrenz“ (Sombart)⁵⁹ bedeutet immer, dass eine „Spezialität“ oder eine als „Spezialität“ gelten sollende Ware angepriesen wird. Der Grundsatz der Warenhomogenität, den Eucken für die „vollständige Konkurrenz“ allerdings nicht fordert, wird durchbrochen⁶⁰. Röpke und Rüstow haben sich gegen die bedenkenlose Reklame der Grossfirmen ausgesprochen⁶¹.

Der staatlichen Preispolitik des „*Als-ob*“ messen die ordoliberalen Theoretiker grosse Bedeutung bei: „Immer mehr hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, die Preispolitik auf dem Gebiete des Arbeitslohnes und auf den Gebieten der staatlichen und öffentlichen Regiebetriebe wie der privatmonopolistisch organisierten Wirtschaftszweige in Einklang zu bringen mit den Bewegungen der Preise auf den freien Warenmärkten, d. h. aber die Notwendigkeit, den Masstab für den sachlichen Inhalt aller wichtigeren planmässigen Wirtschaftsdispositionen demjenigen Wirtschaftsbereich zu entnehmen, innerhalb dessen sich die Gestaltung der Dinge ohne befehlsmässigen Plan vollzieht. Hier hat sich bisher in der Tat diejenige Politik als die zweckmässigste bewährt, die man als die Politik des „*Als ob*“ bezeichnen könnte, d. h. eine Politik, die den Versuch macht, den Verlauf des Wirtschaftsgeschehens zu rekonstruieren, wie er sich bei freier Verfassung des Marktes unter der Voraussetzung des natürlichen Einspiels vieler ohnmächtiger Einheiten auf beiden Marktseiten aufeinander vermutlich entwickeln würde, und die bestrebt ist, die Gestaltung dieses gebundenen Marktprozesses mit dem Bilde dieses rekonstruierten Verlaufes nach Möglichkeit in Übereinstimmung zu bringen und bei der Vornahme etwa notwendiger oder wünschenswerter Korrekturen und Abweichungen mit der allergrössten Vorsicht und Behutsamkeit zu verfahren“⁶².

Einen weiteren Schritt zur Realisierung der „Wettbewerbsordnung“

⁵⁸ Vgl. dazu Enzyklika *Quadragesimo anno* n. 132 und dazu weiter die Anmerkung 109 von P. Jostock, *Die sozialen Rundschreiben*, S. 163 f.

⁵⁹ Werner Sombart, *Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus*, 2. Halbband, S. 557.

⁶⁰ Betreffend die „Unterschiedslosigkeit“ der Ware als Konkurrenzbedingung siehe H. v. Stackelberg, *Grundlagen d. Theor. Volkswirtschaftslehre*, 2. Aufl. 1951, Seite 219.

⁶¹ Wilhelm Röpke, *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart*, S. 227, Anm. 2 und insbesondere vom gleichen Autor: *Mass und Mitte*, 1950, S. 200 ff. Alexander Rüstow, *Zwischen Kapitalismus und Kommunismus*, in *ORDO*-Bd. II, S. 135/136.

Über den zulässigen Grad der „Werbung“ in der „Wettbewerbsordnung“ siehe Franz Böhm, *Wettbewerb und Monopolkampf*, Berlin 1933, Seite 250 ff.: Als wichtigste Bedingungen gelten, dass Leistungsangebot und „Leistungskraft“ wirklich übereinstimmen und „der freie Abschlusswille des Kunden“ nicht beeinträchtigt wird (S. 251). Siehe auch daselbst, S. 274 ff. über „die Fiktion der Urteilsfähigkeit des freien Kunden“.

⁶² Franz Böhm, *Wettbewerb und Monopolkampf*, Berlin 1933, S. 233.

und auch in der gedanklichen Richtung der „systemgerechten“⁶³ Politik des „Als ob“ stellt die „Marktpolitik“ mit „konformen“ Interventionen dar.

3. Der liberale Interventionismus

Die Idee des „liberalen Interventionismus“ stammt von Alexander Rüstow, welche dieser an der Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Herbst 1932 vortrug⁶⁴. Damit wird an wirtschaftliche Interventionen des starken, von „Interessengruppen“ unabhängigen Staates gedacht, die „als konforme Anpassungsinterventionen in der Wirkungsrichtung der Marktgesetze“ liegen⁶⁵. Dieser Grundsatz wurde von Leonhard Miksch in seinen Vorschlägen zur Organisation des „Als ob“ angewandt⁶⁶.

Der Begriff der „konformen“ Intervention stammt von Wilhelm Röpke. Er unterscheidet dabei zwischen „konformen“ und „nichtkonformen“ Interventionen und zwischen „Erhaltungs-“ und „Anpassungsintervention“⁶⁷. Die „konforme“ oder „systemgerechte“ (v. Stackelberg)⁶⁸ oder „wettbewerbsanaloge“ (Eucken)⁶⁹ Intervention ist eine solche, welche „die Preismechanik und die dadurch bewirkte Selbststeuerung des Marktes nicht aufhebt“⁷⁰, sagt Röpke; oder in der v. Stackelbergschen Formulierung: „Systemgerecht für die Verkehrswirtschaft sind . . . alle Mittel und Massnahmen, die das Rechnungsgefüge der Normalpreise nicht stören“⁷¹.

Der „liberale Interventionismus“ bekundet die Einstellung, dass das verkehrswirtschaftliche System durchaus mit „systemgerechten“, „konformen“ staatlichen Eingriffen vereinbar sei⁷². Unter Hinweis darauf, dass Interventionen zumeist „punktuell“ sind, dass die „Interdependenz“ keine Beachtung findet, sähen es Eucken und Böhm am liebsten, wenn eine „völlig interventionslose Verkehrswirtschaft“⁷³ möglich wäre. Wenn Interventionen, dann *nur solche*, welche zur *Realisierung der „Marktform der vollständigen Konkurrenz“* notwendig sind⁷⁴! Es soll *nicht gestört werden*:

⁶³ Die Unterscheidung zwischen „systemgerechten“ und „systemwidrigen“ Mitteln der „theoretischen Volkswirtschaftspolitik“ schlägt H. v. Stackelberg vor. Siehe Möglichkeiten u. Grenzen, ORDO-Bd. II, S. 200.

⁶⁴ Siehe oben, 1. Kapitel, Abschnitt 3.

⁶⁵ A. Rüstow, Zwischen Kapitalismus u. Kommunismus, ORDO-Bd. II, S. 132.

⁶⁶ Rüstow, a. a. O., S. 161, Anm. 32; Leonhard Miksch, Wettbewerb als Aufgabe, 2. Aufl., Godesberg 1947, S. 111 ff.

⁶⁷ W. Röpke, *Civitas humana*, 1. Auflage 1944, S. 78 f.

⁶⁸ Siehe oben, Anm. 63.

⁶⁹ Walter Eucken, Grundsätze . . ., S. 295.

⁷⁰ W. Röpke, Gesellschaftskrisis d. Gegenwart. 1. Aufl. 1942, S. 253.

⁷¹ H. v. Stackelberg, a. a. O., S. 201; vgl. auch die Formulierung von Manuel Saitzew, oben 2. Kapitel, Anm. 60 u. 64.

⁷² So Röpke und Rüstow, wie erwähnt, ferner auch H. v. Stackelberg, siehe ORDO-Bd. II, S. 199 f.

⁷³ Franz Böhm, Die Idee des Ordo . . ., in ORDO-Bd. III, S. XXXII.

⁷⁴ Böhm, a. a. O., S. XXXIII.

1. die „Tendenz zur Minimalisierung der Kosten“
2. die „Tendenz zur allmählichen Aufzehrung der Unternehmergewinne“
3. die „Tendenz zur vorübergehenden Erhöhung der Unternehmergewinne bei zunächst noch gleichbleibenden Preisen im Fall entscheidender Kostensenkungen und Produktionsverbesserungen“⁷⁵.

Da die Elastizität der „vollkommenen Konkurrenz“ eine „volle Beweglichkeit“⁷⁶ voraussetzt, hält Röpke die „Anpassungsintervention“ für notwendig. Unter „Anpassungsintervention“ versteht Röpke „konstruktive Umstellungspläne“ in Richtung der angenommenen freien Entwicklung zwecks Verringerung der Umstellungszeiten. Er folgt dem Gedanken von Rüstow: „Insbesondere ist es Sache des Staates, marktwirtschaftliche Verschiebungen grossen Massstabes, die sich automatisch nur à la longue und unter schweren menschlichen Reibungsverlusten durchsetzen würden, kurzfristig unter Ersparung dieser Verluste und Leiden unter *Vorwegnahme des Endergebnisses* (Hervorhebung von uns, WD) durchzuführen.“ Diesen Gedanken hat Röpke auf die „Marktpolitik“ eingeschränkt unter Rüstows Zustimmung⁷⁷. Warum dies geschah, werden wir im nächsten Kapitel zeigen⁷⁸.

Das Gegenstück zur „Anpassungsintervention“ ist die „Erhaltungsintervention“. Die „Erhaltungsintervention“ ist eine „gegensinnige“⁷⁹, gegen die der Marktwirtschaft innewohnende Dynamik gerichtete Intervention; sie ist „reaktionär, gefährlich und irrationell“⁸⁰ und daher auch „nichtkonform“. Ob dies immer zutrifft, werden wir noch sehen. Röpke fasst die Grundsätze des „*liberalen Interventionismus*“ wie folgt zusammen:

a) Anpassungsinterventionen contra Erhaltungsinterventionen.

b) Konforme Interventionen contra nichtkonforme Interventionen“⁸¹.

Die Unterscheidung zwischen „konformen“ und „nichtkonformen“ Interventionen kann man eigentlich schon aus dem allgemein gefassten Begriff herauslesen, den Röpke von der Intervention gibt. Interventionen sind „alle jene wirtschaftspolitischen Massnahmen, die sich zweifach dadurch auszeichnen, dass sie die Produktion und Distribution der Volkswirtschaft zu verändern suchen, ohne wie der Sozialismus das auf dem Privateigen-

⁷⁵ Böhm, a. a. O., S. XXXIII.

⁷⁶ Vgl. dazu Hans Peter, Sozialpolitik u. freier Wettbewerb, in Schriften der Akademie f. deutsches Recht, Gruppe Wirtschaftsw., Heft 6, 1942, S. 207.

⁷⁷ A. Rüstow, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus . . ., S. 95, Anm. 2.

⁷⁸ Siehe unten, 6. Kapitel, Abschnitt 1.

⁷⁹ W. Röpke, Gesellschaftskrisis, S. 295.

⁸⁰ W. Röpke, Civitas humana, S. 77 — zur „Anpassungsintervention“ siehe noch „Gesellschaftskrisis . . .“, S. 296/97.

⁸¹ Wilhelm Röpke, Civitas humana, S. 79; zur „Anpassungsintervention“ sagt Röpke noch: „Das Endziel hat die Anpassungsintervention mit dem Laissez-faire-Prinzip gemeinsam . . .“, es gilt, vom „alten Zustand“ „zum neuen Gleichgewicht“ zu gelangen; Gesellschaftskrisis . . ., S. 296.

tum an den Produktionsmitteln mit allen seinen Folgerungen beruhende System der Marktwirtschaft aufzugeben“⁸². Da nun die „nichtkonformen“ Interventionen solche sind, „die die Preismechanik lahmlegen und daher durch planwirtschaftliche (kollektivistische) Ordnung ersetzen...“⁸³, gibt es also Interventionen, die tendenziell zur Aufhebung der marktwirtschaftlichen Ordnung führen, die autonomen Handlungen des privaten Produktionsmittelbesitzes durch Anweisungen teilweise oder völlig aufheben. Die Summe „nichtkonformer“ Interventionen kann also systemwandelnd, ordnungswandelnd sein; wenn das nicht der Fall sein soll, wie in der obigen Fassung ausdrücklich gesagt, dann müssen *alle* Interventionen „konforme“ Interventionen sein.

Neben dem *wertenden Prinzip*, ob „systemgerecht“ oder „systemwidrig“, muss insbesondere auch das *Prinzip der zahlenmässigen Beschränkung* gelten, denn gerade die Fülle der gleichzeitigen Interventionen erschwert jede theoretische Voraussage. Gerade dadurch wird das „Interventionssystem“ die „spezifische Krankheit der Verkehrswirtschaft“⁸⁴. Die Fülle der notwendigen „konformen“ Interventionen vorausschauend, hatte Miksch folgenden Gedanken: „Auch wenn die Zahl der auf diese Weise als notwendig nachgewiesenen Lenkungskorrekturen so gross sein sollte, dass in dieser Hinsicht gegenüber den Wünschen grundsätzlicher Vertreter der Planwirtschaft kein quantitativer Unterschied bestünde, würde das Prinzip dadurch nichts von seinem Wert verlieren...“⁸⁵. Die zu erwartende Vielzahl der notwendigen „konformen“ Interventionen, die sich aus den Abweichungen vom System der „vollständigen Konkurrenz“ erkennen lässt, verlangt danach, einen *Katalog der „konformen“ Massnahmen* aufzustellen. Hier werden z. B. als charakteristisch genannt:

I. „Konforme“ Interventionen sind⁸⁶:

1. Die Währungsabwertung.
2. Die Schutzzölle.
3. Ladenschlussbestimmungen, Sonntagsruhe.
4. Die Preisregelung zum „Normalpreis“ hin⁸⁷.
5. Die Goldpreisstabilisierung.
6. Die Rationierung (als „Mittel 2. Sorte“), gleich einer „indirekten Einkommensverteilung“, einer „künstlichen“ Datenänderung.

⁸² W. Röpke, Staatsinterventionismus, in Handwörterb. d. Staatsw., Ergänzungsband d. IV. Auflage, Jena 1929, S. 861 f.; vgl. auch F. Marbach, Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention, Bern 1950, S. 21.

⁸³ W. Röpke, Gesellschaftskrisis . . ., S. 253.

⁸⁴ Franz Böhm, Die Idee des Ordo . . ., in ORDO-Bd. III, S. XXXVI f.

⁸⁵ Erich Achterberg und Volkmar Muthesius, Leonhard Miksch (1901—1950), in ORDO-Bd. IV, S. 414.

⁸⁶ Zu I, Punkt 1—3 siehe bez. „konformen“ Interv. W. Röpke, Gesellschaftskrisis d. Gegenwart, Erlenbach-Zürich 1942, S. 252—258. — Zu II, Punkt 1—4 bez. „nichtkonforme“ Intervention siehe ebenda.

⁸⁷ Zu I, Punkt 4—7 und zu II, Punkt 5 u. 6 siehe H. v. Stackelberg, Möglichkeiten und Grenzen . . ., in ORDO-Bd. II, S. 200—205.

7. Die „direkte Einkommensverteilung“ durch Einkommensbesteuerung, die nicht „zur Erzielung von Mindesteinkommen“ ausgefolgten „Einkommenszuschüsse“.

II. „Nichtkonforme“ Interventionen sind ⁸⁶:

1. Die „Devisenzwangswirtschaft“.
2. Die „Kontingents- und Clearingpolitik“.
3. Die Investitionsverbote“.
4. Die „Höchstmieten“, der Preisstop allgemein.
5. Die „Geldwertpolitik“, die „Festlegung der Preise“ ⁸⁷.
6. Die „Mindestlöhne“ ⁸⁸.
7. Die Subventionen ⁸⁹.

Zum *wertenden Prinzip* stellen sich hier Röpke und v. Stackelberg sehr positiv ⁹⁰. Vom *Prinzip der zahlenmässigen Beschränkung* der Interventionen spricht Röpke auch, betont die daraus ableitbaren Mahnungen, hält es aber für wichtig, „über das blosses Kriterium des Masses hinauszukommen und die Scheidelinie in der *Qualität* der Interventionen selbst zu suchen“ ⁹⁰. Durch Gliederung nach Vorhandensein und Qualität der Interventionen kommt Röpke zu folgenden drei wirtschaftspolitischen Handlungsweisen: „Laissez-faire, konforme Staatseingriffe und nichtkonforme Staatseingriffe (Planwirtschaft)“ ⁹¹. Die „nichtkonforme“ Intervention ist eine „planwirtschaftliche“ Intervention ⁹². Diese Folgerung hatte Röpke in seiner 1929 gegebenen Definition noch nicht einbezogen, stammt doch der Gedanke der „systemgerechten“, hier „liberalen Intervention“ von Rüstow und wurde 1932 vorgetragen ⁹³. Wenn die „Konformität“ zum marktwirtschaftlichen System auch eine sehr wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass eine Intervention vorgenommen werden kann, so darf nicht vergessen werden, dass sie Auslesekriterium ist, aber „nicht das Ziel selbst“ ⁹⁴. Das Ziel ist ein „menschwürdiges und wirtschaftlich erfolgreiches Leben...“ ⁹⁵.

In einer Schrift aus dem Jahre 1943 hat W. A. Jöhr darauf hingewiesen, dass M. St. Braun in 1929 und E. Küng in 1941 auch das quali-

⁸⁶ Siehe A. Rüstow, in ORDO-Bd. II, S. 136/137.

⁸⁷ Sinngem. nach W. Röpke, Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Punkt 15, Seite 21.

⁹⁰ Von Stackelberg, a. a. O., S. 200; W. Röpke, Gesellschaftskrisis, S. 253.

⁹¹ W. Röpke, a. a. O., S. 258.

⁹² W. Röpke, a. a. O., S. 257.

⁹³ Siehe oben, 1. Kapitel, Anm. 44. — „In Anlehnung an Röpke und Küng“ hat Fritz Marbach (a. a. O., S. 37) eine Definition der Intervention gegeben, welche obgenannte Folgerung mit einbezieht: „Als Staatsinterventionen bezeichnen wir jene Massnahmen des Staates sowie von ihm beauftragter Verwaltungsstellen und Organisationen, welche in das freie Spiel der Marktkräfte, diese teilweise korrigierend, eingreifen und dadurch Produktion oder Verteilung oder beides zusammen verändern, die aber nicht von jenem Ausmass und jener Grundsätzlichkeit sind, wie es notwendig wäre, um an Stelle der privaten Unternehmerdisposition staatliche oder staatsbedingte, umfassende Planwirtschaft und an Stelle des Privateigentums grundsätzlich Kollektiveigentum zu setzen. Die bewusste, wiederholte Anwendung dieses wirtschaftspolitischen Mittels nennen wir Interventionismus.“

tative Problem der Intervention behandelt haben. Des weiteren nimmt Jöhr am gleichen Ort eine *Aufgliederung der Interventionsarten* vor und erhält acht Gruppen:

1. „Keine Beeinflussung der Konkurrenz“ (z. B. Ladenschlusszeiten)
2. „Erschaffung der Konkurrenz“ (also der „rechtlich-institutionelle Dauerrahmen“ [Röpke])
3. „Verbesserung der Konkurrenz“ (z. B. Arbeitsnachweise)
4. „Steuerung der Konkurrenz“ (Zölle, Prämien, Währungsrelationen)
5. „Teilnahme des Staates an der Konkurrenz“ (Post, Gas, Elektrizität)
6. „Beschränkung der Konkurrenz“ (Höchstpreise, Mindestlöhne)
7. „Ausschaltung der Konkurrenz“ (Staatsbetrieb, Rüstung)
8. „Nachträgliche Korrektur der Konkurrenz“ (insbesondere staatliche Distributionspolitik: „Die Eigentümlichkeit . . ., dass man zunächst die Konkurrenz sich auswirken lässt und erst nachher die von den einzelnen Wirtschaftssubjekten erzielten Einkommen teilweise umleitet.“ Hierhin gehören auch Fürsorge, Sozialversicherung, Familienlöhne).

Die Gruppen 1—3 hält Jöhr für neutral gegenüber dem Preismechanismus, ja bis Gruppe 4 wird trotz staatlicher Intervention die Bildung der Preise und „die Festsetzung der getauschten Mengen völlig dem ‚Mechanismus‘ des Marktes“ überlassen. Ausgesprochen sozialpolitischer Natur sind die Massnahmen der Gruppen 1, 3, 6 und 8, wobei die Interventionen der Gruppe 8 bei Übersteigerung der Steuersätze der Konkurrenz ausgesprochen schädlich werden können⁹⁶. Wenn Röpke auch sage, dass Lahmlegung der „Preismechanik“ „nichtkonform“ sei, so sei doch die „Annäherung an den Preis, wie er sich bei vollkommener Konkurrenz bilden müsste“⁹⁷ vom ordoliberalen Standpunkt aus sogar notwendig und erwünscht. Damit müsse festgestellt werden, dass „nicht jede Preisfestsetzung“ . . . „nichtkonform“ sei⁹⁸. Eine Korrektur zur „vollkommenen Konkurrenz“ hin sollte eigentlich nicht „systemwidrig“ (v. Stackelberg) sein⁹⁹. Gerade die sehr zahlreichen notwendigen Korrekturen zeigen, dass ein „Betätigungsfeld der Macht“¹⁰⁰ bestehen bleibt; die Politik des „Als-ob“ erfordert für das „Monopolamt“ eine ganz erhebliche Machtfülle, um die Funktion des idealen Preismechanismus auszubilden.

Mit anderen korrigierenden Massnahmen treten wir ein in die „nicht-marktwirtschaftliche Bereiche“ (Röpke)¹⁰¹, finden Aufgaben vor, die die Marktwirtschaft nur unvollkommen oder aus sich heraus gar nicht zu lösen vermag.

⁹⁴ W. Röpke, *Civitas humana*, S. 78.

⁹⁵ ORDO-Bd. I, 1948, Vorwort, S. VII.

⁹⁶ W. A. Jöhr, *Die Renaissance der Konkurrenzidee* . . ., Istanbul 1943, Seiten 36—39.

⁹⁷ W. A. Jöhr, a. a. O., S. 43.

⁹⁸ Jöhr, a. a. O., S. 44.

⁹⁹ Siehe oben, Anm. 63.

¹⁰⁰ Jöhr, a. a. O., S. 44.

¹⁰¹ W. Röpke, *Ist die deutsche W.-Politik richtig?* S. 26 ff.

6. Kapitel

DIE KORRIGIERENDE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die hier zu besprechenden sozial- und „struktur“¹-politischen Massnahmen sollen gemäss der ordoliberalen Konzeption, was auch das Ziel der einzelnen Interventionen sein mag, der „Marktkonformität“ genügen. Es soll ganz allgemein gelten, was Röpke betreffend die „Agrarpolitik in einem Industriestaat“ fordert: Es soll „die *Homogenität* einer *marktwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik* nicht durch die überwuchernde gegensätzliche Politik auf einem Spezialgebiet bis zur Unkenntlichkeit verzerrt werden...“². Für die Sozialpolitik macht Müller-Armack gleicherweise geltend, dass es erforderlich sei, „an jene frühe Sozialpolitik anzuknüpfen, deren Weg nicht sinngemäss fortgesetzt wurde...“³, an jene „*marktkonforme Sozialpolitik*... von sozialen Ideen getragen, die sich mit den liberalen Überzeugungen verbanden und sich in ihren konstruktiven Vorschlägen in den Bahnen dieser Lebensordnung zu bewegen suchten“⁴.

Wir haben schon oben die Frage aufgeworfen, ob die Grenze sozialpolitischen Handelns durch die „Marktkonformität“ gezogen werden kann. Wir sind zu keinem günstigen, aber auch nicht eindeutigen Resultat in dieser Frage gekommen⁵. Miksch hat ähnliche Überlegungen bezüglich des „*Rechtsgesetzes*“ angestellt, und nur gesagt, „es ist zwar nicht in jedem Falle marktkonform, *kann aber in jedem Falle marktkonform sein*“⁶. Damit kann man sich schwerlich begnügen. Es ist auf alle Fälle so, dass es Massnahmen gibt, die als „nichtkonform“ zu gelten hätten, wenn sie nicht der Aufgabe dienlich wären, funktionsgestaltend oder korrigierend zu wirken. Wir denken an die Preisfixierung „als-ob“, an den an sich „nichtkonformen“ Verwaltungszwang⁷ bei der „Veranstaltung“ des Wettbewerbes, an die ihrem Prinzip gemäss „nichtkonforme“ Sozialpolitik.

Wie steht es mit der „*Strukturpolitik*“? Ist sie „Anpassungs“- oder „Erhaltungintervention“? Röpke hat diese Gegenüberstellung auf die „Marktpolitik“ begrenzt, obwohl Rüstow sie zuerst wohl weiter auslegte⁸. Die „Strukturpolitik“, hinzielend auf eine klein- und mittelbetriebliche

¹ W. Röpke, *Civitas humana*, S. 79 ff.

² Röpke, Ist die dt. W.-Politik richtig? S. 70 und auch S. 10.

³ Alfred Müller-Armack, *Die Wirtschaftsordnungen, sozial gesehen*, in ORDO-Bd. I, S. 148.

⁴ Müller-Armack, a. a. O., S. 128.

⁵ Siehe oben, 3. Kapitel, Abschnitt 2, D.

⁶ L. Miksch, Die Bedeutung d. inneren Koordination, ORDO-Bd. III, S. 50.

⁷ Miksch, a. a. O., S. 50.

⁸ Vgl. A. Rüstow, *Das Versagen d. Wirtschaftsliberalismus . . .*, S. 95, Anm. 2.

Industriestruktur, auf Dezentralisierung und auf die „Entproletarisierung“ der Massen, könnte zum Teil „Erhaltungs“ zum Teil „Anpassungsintervention“ sein. Nach unserer Auffassung ist das Vorbild entscheidend. Soweit die Idealstruktur in der Wirklichkeit angenähert zu verzeichnen ist, sollte sie *erhalten* werden, soweit sie nicht vorhanden ist, sollte die Wirklichkeit diesem Ideal näher gebracht, „angepasst“ werden. Wir haben von Miksch vernommen, dass eine ideale Streuung, wie sie soziologisch erwünscht wäre, ökonomisch nicht unbedingt richtig ist⁹. Das ist der Ausdruck einiger offenbar bestehenden gesellschaftlichen Antinomien, die man nicht durch Verwaltungsakte überwinden kann. Hier sind aber auch gesellschaftliche Kräfte wirksam, deren Weg man, wie Röpke sich ausdrückt, nicht einfach „machen“ kann¹⁰. Deshalb sind auch wir dafür, die Unterscheidung „Erhaltungs- contra Anpassungsintervention“ hier zu vermeiden, schon weil im Vorbild kein Unterschied besteht. *Die bestehende Antinomie lässt keine Erwägung der „Marktkonformität“ zu*; es handelt sich um höchst realistische Gesellschaftspolitik, die da sagt: „Der Mann mit Haus und Bankkonto hat im allgemeinen mehr Verständnis für die Marktwirtschaft und ihre Freiheit, als derjenige, welcher ohnehin vom Staat abhängt“¹¹. Diese Annahme gilt allerdings nur für die „Notfälle, die nach der Vermögensbildung eintreten“¹². Die *Eigensicherung* ist Fundament des „soziologischen Liberalismus“¹³ und entspricht damit auch dem liberalen sozialpolitischen Ideal.

1. Die Struktur- und Gesellschaftspolitik

„Jede Gesellschaft wird von einer Führerschicht geleitet“ ... „stets ähnelt die Gesellschaft also einer Pyramide“. In dieser Führerschicht oder *Elite* vollzieht sich ein rascher Wechsel, die Ursachen und Ausleseprinzipien variieren mit den Staatsformen und Wirtschaftsordnungen. Eucken sieht in diesen wechselnden Führerschichten Gruppen, die „die Wirtschaftspolitik zu beeinflussen suchen und mit säkularisierten Prophetien und Interessenargumenten Massen hinter sich ziehen“. In diesem Kampf fehlt es also offenbar an der integren Elite, die zu dem unbeirrten „Denken und Handeln in Ordnungen“ befähigt und ermächtigt ist¹⁴, den ORDO „veranstaltet“.

⁹ Siehe oben, 3. Kapitel, Abschnitt 2, B.

¹⁰ W. Röpke, *Mass und Mitte*, S. 156.

¹¹ K. F. Maier, *Stabilisierung des Wirtschaftsprozesses*, ORDO-Bd. IV, S. 258.

¹² K. F. Maier, *Das Verlangen nach sozialer Sicherheit*, ORDO-Bd. III, Seite 26 f.

¹³ W. Röpke, *Civitas humana*, 1944, S. 51 und S. 91, Anm. 7: Der soziologische Liberalismus u. die Auseinandersetzung mit Benedetto Croce, dass dies keine Konzession an den historischen Materialismus sei.

¹⁴ W. Eucken, *Grundsätze* . . . , S. 13, 17/19 u. 181. Zu beachten ferner das „Gesetz der Kulturpyramide“ bei Alexander Rüstow, *Ortsbestimmung der Gegenwart*, 1. Band, S. 39 f.; Helmut Arndt, *Schöpferischer Wettbewerb und klassenlose Gesellschaft*, Berlin 1952, insbes. S. 44 f.; Louis Baudin, *L'Aube d'un Nouveau Libéralisme*, Paris 1953, p. 170.

Inwieweit die Elitentheorien mit der „vollständigen Konkurrenz“ vereinbar sind, wagen wir nicht zu entscheiden. Die Einflusslosigkeit der idealen Konkurrenten lässt offenbar die Bildung von Eliten kaum zu.

Wird die Elitentheorie bisher mehr am Rande behandelt, so steht die auf eine breite, „bürgerliche“ Mittelschicht gerichtete *Struktur- und Gesellschaftspolitik* ganz zentral. Hier zeichnet sich nun eine Antinomie ab, die zwischen einer *liberalen* Wirtschaftspolitik und einer *konservativen* Gesellschaftspolitik zu bestehen scheint. Röpke ist aber überzeugt, dass nur durch diese Verbindung von konservativen „Randbedingungen“ und liberalen Wirtschaftsprinzipien die grösstmögliche individuelle Freiheit gewahrt werden kann¹⁵.

Eine weitere *Antinomie* sieht Rüstow zwischen „Entproletarisierung“ und räumlicher Beweglichkeit des Arbeitsangebotes¹⁶. Soll nämlich die Elastizität des Arbeitsangebotes durch Eigenbesitz des Arbeiters gefördert werden, so schwindet die Fähigkeit, ein örtliches Nachfragemonopol nach Arbeitskräften zu umgehen. Das wesentliche Ziel muss aber dennoch sein, eine menschenwürdige „*Vitalsituation*“ zu schaffen¹⁷.

So entschieden Röpke nun die „Erhaltungsintervention“ im wirtschaftlichen Bereich ablehnt¹⁸, so nachdrücklich müsste er diese für die Wahrung der soziologischen Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft fordern¹⁹. Dies ist aber nicht der Fall.

Ausgehend von der Annahme, dass die Korrektur zur „ausreichenden Gleichheit“ (K. F. Maier) immer erneut notwendig sein wird — der Grad ist eine ausgesprochen politische Frage —, ist es vielleicht doch nicht un-

¹⁵ W. Röpke, *Civitas humana*, S. 87, wo dieser Widerspruch anerkannt, die genannte Verbindung aber als „unerlässliche Voraussetzung jedes einigermaßen aussichtsvollen Versuchs, die Grundlagen einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung zu retten“ erachtet wird.

¹⁶ Alexander Rüstow, *Zwischen Kapitalismus und Kommunismus*, ORDO-Bd. II, S. 145. Dort ist von der „Antinomie zwischen dem Ideal der Sesshaftigkeit und der Forderung grösstmöglicher Umstellungsbeweglichkeit“ die Rede. Diese Antinomie ist aber nicht so ausgeprägt, „als es auf den ersten Blick scheinen könnte. Denn die krisenpolitische Forderung möglicher Umstellungsbeweglichkeit richtet sich ja zu 90 Prozent oder mehr an städtische Industriearbeiter, bei denen in dieser Hinsicht ohnedies nichts mehr zu verderben ist“.

¹⁷ A. Rüstow, *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus* ..., S. 91: „Wirtschaft ist Mittel, die Vitalsituation aber Zweck“.

¹⁸ Siehe oben, 5. Kapitel, Abschnitt 3, Anm. 81.

¹⁹ So urteilt z. B. W. A. Jöhr, *Die Renaissance der Konkurrenzidee* ..., Istanbul 1943, S. 34: „Röpkes gesellschaftspolitische Zielsetzungen machen somit die Erhaltungsintervention zur Notwendigkeit“. — Zu dieser „Strukturpolitik“ in Verbindung mit einer „heftigen Feindschaft gegen Monopole, Kartelle, Kolossalkapitalismus“ sagt Hans Ritschl: „Im letzten Augenblick hofft die neoliberale Lehre, so den notwendig gewordenen weiteren Verstaatlichungen oder Sozialisierungen durch eine Revision, durch eine liberalistische Restauration, vorbeugen zu können, man will so die „Sozialisierungsreife“ künstlich aufheben und beseitigen.“ Siehe H. Ritschl, *Wirtschaftsordnung u. Wirtschaftspolitik*, *Weltwirtschaftl. Archiv*, Band 65, 1950 II, S. 252.

angebracht, die „Strukturpolitik“ als im politischen Sinne *funktionserhaltend* zu bezeichnen, weil sie ein nützliches Korrektiv zum marktwirtschaftlichen Konzentrations- und Vermassungsprozess bilden kann.

Bei all den Vorschlägen zur „Dezentralisierung“, „Entproletarisierung“ und zu einer „Strukturpolitik“ mit dem Ziel einer lebensnahen, „natürlichen Ordnung“²⁰, übersieht Röpke nicht den „überragenden Anteil der geistesgeschichtlichen Grundlagen der historischen Bewegung, die merkwürdigen Täuschungen der Menschen über den geschichtlichen Ort, an dem sie stehen, und die nicht minder kuriosen Illusionen mancher Revolutionäre über die epochale Neuheit ihres Regimes, das, weit entfernt die Phase einer neuen Zeit zu sein, oft nur die letzte Welle einer zu Ende gehenden ist“²¹. Damit werden insbesondere der rationalistische „Ökonomismus“ und die Überschätzung der Vorteile gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Zusammenballungen gemeint²². Die sehr starke Abneigung des Soziologen Röpke gegen die allzu künstlichen, dem Bodenständigen zu stark entfremdeten Lebensformen, gegen einen „Reservenverzehr“ an kulturellen Werten und ursprünglichen Hilfsquellen ist sehr wohl begründet²³. Es scheint überall durch, dass der so komplizierte, „fortschrittliche“ Apparat der modernen Arbeitsteilung die individuelle Abhängigkeit steigern muss und nicht genug getan werden kann, die ursprünglichen Lebensformen zumindest zu erhalten, möglichst aber zu fördern²⁴. Die *Sicherheit*, die ein komplizierter Apparat zu bieten hat, wird fragwürdiger in dem Mass, als er die *Freiheit* beschränkt.

Röpke ist sich bewusst, dass er mit seiner „Strukturpolitik“ sich „merklich von der Wirtschaftspolitik im engeren und traditionellen Sinne“²⁵ entfernt: „Wir wenden uns einer Politik zu, die man als *Strukturpolitik* bezeichnen könnte, da sie die *sozialen Voraussetzungen* der Marktwirtschaft — die Einkommens- und Besitzverteilung, die Betriebsgrösse, die Bevölkerungsverteilung zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft und zwischen den einzelnen Ständen — *nicht länger als gegeben hinnimmt, sondern in einer bestimmten Absicht verändern will*“²⁶.

An diese Aufgabe, die eng verknüpft ist mit der zur Überwindung einer „Gesellschaftskrisis“²⁷ grossen Ausmasses, geht Röpke heran mit einem „aktiven Pessimismus“, da die Gefahr von innen her kommt, als u. a. „eine schleichende Zersetzung von Glaubensinhalten“²⁸.

²⁰ W. Röpke, *Mass und Mitte*, Erlenbach-Zürich 1950, S. 135 f.

²¹ W. Röpke, *Gesellschaftskrisis...*, 1942, S. 90.

²² W. Röpke, a. a. O., S. 88.

²³ W. Röpke, a. a. O., S. 89 f., 137 f., 244.

²⁴ W. Röpke, a. a. O., S. 344 f.

²⁵ W. Röpke, *Civitas humana*, S. 79.

²⁶ Röpke, a. a. O., S. 79/80, letzte Hervorhebung von uns, W. D.

²⁷ Titel des ersten Buches von Röpkes bekannter Trilogie: „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“, Erlenbach-Zürich, 1. A., 1942.

²⁸ W. Röpke, *Civitas humana*, 1. A. 1944, S. 32.

Unter gewisser Anlehnung an die Lehre des hl. Thomas v. Aquino und dem sich „vollkommen“ mit seinem „Standpunkt deckenden Programm“ der Enzyklika Quadragesimo anno²⁹ prägt Röpke seinen „liberalen Konservatismus“, der gleichsam die obenerwähnte Antinomie zwischen konkurrenzwirtschaftlich erwünschter Beweglichkeit und sozialpolitisch und soziologisch erwünschter Sesshaftigkeit umfasst und zu lösen sucht durch „Dezentralisation“ von Wohnungs- und Produktionsstätten³⁰. Es geht um die Korrektur der langfristig entstandenen Schäden einer Wirtschaftspolitik des „Laissez-faire“, und zwar mit Mitteln teilweise der „Zentralverwaltungswirtschaft“, durch eine dezentralistische Standort- und Landesplanung³¹.

Gemäss der wichtigen Rolle, welche das (Klein-) Eigentum an Haus, Hof und Garten zur Stützung des „Soziologischen Liberalismus“, zur „Entproletarisierung“ innehat, spricht Röpke ein „*Recht auf Eigentum*“ aus. Und zwar sowohl „Wohnungseigentum“ als auch ein „Minimum des elementaren Produktionseigentums“³². Dieser Gedanke ist typisch *mittelständisch-bürgerlich*, insoweit dieser „am Grundsatz der Aufrechterhaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln *in bestimmtem Umfang und unter bestimmten Voraussetzungen* interessiert ...“ ist³³. Der Umfang ergibt sich einerseits schon daraus, dass möglichst viele *etwas* haben sollen, aber nicht so viel, dass die Macht zu einem „inäquivalenten“³⁴ Tausch besteht. Nach Thomas v. Aquino ist das „Recht auf Privateigentum“ ... „nur ein *beschränktes Verfügungsrecht*“. Die Art der Aufteilung geschieht nach „Übereinkunft“, nach „aus Vernunftgründen geschaffenem Recht“³⁵. Die jeweilige „*Wirtschaftsverfassung*“ ist somit, wie auch Miksch besonders betont, „*eine Kombination von Naturgesetzen und Rechtsgesetzen*“³⁶.

Der Gedanke der „Strukturpolitik“ zieht sich fast durch alle Röpkeschen Arbeiten und es wäre unrecht, diesen durch Zitate aus dem wohlgefühten Werk herauszubrechen. Die Vorbilder für eine ideale Struktur finden sich im schweizerischen und süddeutschen Raum³⁷, deren Eigenart es aber ist, *gewachsene* Vorbilder zu sein, deren geistig-kulturelle und wirtschaftliche Entstehungsbedingungen in ihrer Art singulär sind. Müller-Armack hat in einer diesbezüglichen Betrachtung die unbestreitbaren Vorteile und die nicht unberechtigten Einwände gegen eine Übertragung er-

²⁹ W. Röpke, *Civitas humana*, 3. Auflage, 1949, Seite 18.

³⁰ W. Röpke, *Civitas humana*, 1. Auflage, 1944, S. 178 ff., 283 ff., 378 ff.

³¹ ebenda, S. 279 ff.

³² W. Röpke, a. a. O., Seite 279.

³³ Fritz Marbach, *Theorie des Mittelstandes*, Bern 1942, Seite 149.

³⁴ Fritz Marbach, a. a. O., S. 149.

³⁵ Marbach, a. a. O., S. 150/151, womit eine „neue Übereinkunft“ nicht gegen das „Naturrecht“ verstiesse.

³⁶ Leonhard Miksch, *Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination*, ORDO-Bd. III, S. 64.

³⁷ Schweizerisches Vorbild einer idealen Siedlung: Röpke, *Civitas humana*, 1. Auflage, 1944, S. 80/81.

wogen. Wenn auch „über das geschichtlich Mögliche... schwer zu rechten“ sei, so „scheint es schon ein vernünftiges Programm zu sein, das unvermeidliche Grössenwachstum in bestimmten Grenzen zuzulassen, aber dem vermeidbaren wirksame Gegenkräfte entgegenzusetzen“³⁸.

Von anderer Seite, so insbesondere von Eduard Willeke, wurde eine ebenfalls sehr interessante Studie über die ideale Struktur im Hinblick auf den „Arbeitsmarkt“ verfasst³⁹. Auch hier fällt das Ergebnis zugunsten einer glücklichen Mischung von Industrie und Landwirtschaft aus. Auch Schwengers, von Goetz Briefs herausgegebene Untersuchungen liegen im Ergebnis ähnlich⁴⁰.

Tatsächlich kommt dem landwirtschaftlich fundierten, „halbbäuerlichen“ Industriearbeiter eine sehr grosse Bedeutung zu. Neben der grösseren wirtschaftlichen Sicherheit ist weiter von Vorteil, dass die ihrem Wesen nach engere dörfliche Gemeinschaft auch in die Betriebsgemeinschaft hinein zu wirken vermag, der noch nichts von der als Vorteil verkannten Anonymität des Städters anhaftet. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die Existenzfrage der auf dem Lande liegenden Betriebe zugleich eine viel ausgeprägtere Beschäftigungsfrage für die ländlichen Industriearbeiter darstellt. Erlischt ein solcher Betrieb und fehlt es an beweglichem, den sesshaften Arbeiter aufsuchenden Kapital, so wird manche Abwanderung oder lästiges „Pendel“-Fahren unvermeidlich. Schwierig ist auch das Nachwuchsproblem für ländliche Industriebetriebe und die Nachwuchsschulung. Dennoch überwiegen in vielen Fällen die Vorteile und könnte und sollte der betrieblichen Sozialpolitik ländlicher Industriebetriebe insbesondere auch die Aufgabe zufallen, dem Landbewohner wirklich wertvolle, kulturelle Einrichtungen zugänglich zu machen, um die Sehnsucht nach der Stadt abzuschwächen.

Unter den Vorschlägen zu einer wirklichen Strukturreform ragen hervor die Gedanken zur Änderung des „feudaloiden Erbrechts, Förderung des Kleinbetriebes durch eine sogenannte „soziale Technik“ und Miteigentum der Arbeiter an Grossbetrieben. So fordert Rüstow im Interesse der „Startgerechtigkeit“ eine „stark progressive Erbschaftssteuer“⁴¹, eine energische Förderung des bäuerlichen und industriellen Kleinbetriebes und eine Untersuchung der Möglichkeit genossenschaftlichen „Miteigentums“ der Arbeiter an Grossbetrieben⁴². Der dezentralisierenden Wirkung der *Nähmaschine* lässt Rüstow eine besondere Würdigung zuteil werden⁴³. Röpke

³⁸ Alfred Müller-Armack, Deutung unserer gesellschaftlichen Lage, in ORDO-Bd. III, Seite 261 ff.

³⁹ E. Willeke, Von der raumbundenen menschlichen Arbeitskraft, Eine qualitative Theorie des „Arbeitsmarktes“, Jena 1937.

⁴⁰ Rudolf Schwenger, Die betriebliche Sozialpolitik im Ruhrkohlenbergbau, in Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik, Bd. 186/I, München 1932.

⁴¹ Alexander Rüstow, Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, in ORDO-Bd. II, Seite 146 ff.

⁴² Rüstow, a. a. O., S. 149.

⁴³ Rüstow, a. a. O., S. 141.

ist im Interesse des „dezentralisierten Eigentums“ wohl auch für eine Reform der Erbschaftssteuer, warnt aber vor deren „eigentumsfeindlichem Doppelcharakter“⁴⁴, d. h. vor der Gefahr eines sogenannten „Erbschaftskommunismus“. Miksch tritt ein für genossenschaftlichen Bodenbesitz „mit laufender Verpachtung zwecks vollständiger Abschöpfung der Grundrente“⁴⁵, einem Gedanken Henry Georges, dessen „Bodenreform“ Röpke zustimmt⁴⁶. Den Sozialliberalen H. George bezeichnet Oppenheimer als einen „entarteten Abkömmling Ricardos“, der den Profit noch naiv aus der Fruktifikationstheorie ableitete⁴⁷. — Den Konsumgenossenschaften steht Röpke mit einiger Reserve gegenüber⁴⁸.

Miksch kam durch seine Untersuchung zu einer vorsichtigen Beurteilung der Möglichkeiten auf dem Gebiet der industriellen „Strukturpolitik“. Er kam zur Annahme, „dass mit der wachsenden Anhäufung produzierter Produktionsmittel die verbleibenden Freiheitsgrade relativ abnehmen oder, was auf dasselbe hinausläuft, die zur Einschmelzung notwendigen Datenänderungen auf eine zunehmende Wirksamkeitsschwelle stossen“⁴⁹.

Der genossenschaftlichen Eigenheimbewegung und dem Werksiedlungsbau von Unternehmungen mit guter Marktposition kommt gewiss einige Bedeutung zu. Das generelle „*Town and Country Planning*“ aber hat, wie einem Vortrag von Sir Arnold Plant zu entnehmen ist, bei den ersten grösseren Versuchen nicht nur Schwierigkeiten bei der Besitzübertragung gebracht, sondern auch das Kernproblem enthüllt, wie denn richtig in die Zukunft geplant werden kann, wenn das zu „beplanende“ Gebiet von den Vorgängen der Weltwirtschaft abhängig ist⁵⁰. Die *Problematik* des „*Rechts auf Eigentum*“⁵¹ anerkennt Röpke selbst, wenn er sich fragt, ob die Menschen das ihnen zugedachte Siedlungseigentum „wirklich... haben wollen“⁵².

Da die Menschen nicht gleich sind und also verschiedene Neigungen haben, tendieren sie offenbar viel stärker dahin, dass ein fast beliebig verwendbares Gut „gerecht“ verteilt werde: *das Geld*.

⁴⁴ W. Röpke, *Civitas humana*, 1. Aufl., S. 276.

⁴⁵ L. Miksch, Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, in *ORDO*-Bd. III, Seite 62.

⁴⁶ W. Röpke, *Mass und Mitte*, S. 145.

⁴⁷ Franz Oppenheimer, *Kapitalismus, Kommunismus, Wissenschaftlicher Sozialismus*, Berlin u. Leipzig 1919, S. 166.

⁴⁸ W. Röpke, *Civitas humana*, S. 90, Anm. 4.

⁴⁹ L. Miksch, Zur Theorie d. räumlichen Gleichgewichts, *Weltw. Archiv*, Bd. 66, (1951 I), S. 21.

⁵⁰ Sir Arnold Plant, *The Theory and Practice of Land Planning in the United Kingdom*, nach einem Vortrag vom 5. 6. 1951 im Rahmen der Veranstaltungen des Schweizerischen Instituts für Auslandsforschung, Abteilung für volkswirtschaftliche Studien, Zürich.

⁵¹ W. Röpke, *Civitas humana*, 3. Aufl., 1949, S. 284.

⁵² W. Röpke, a. a. O., S. 279.

2. Die Korrektur der „funktionellen“ Einkommensverteilung

Die Einkommensverteilung für den Fall der Annahme eines Wirtschaftsprozesses gemäss der Marktform der „vollständigen Konkurrenz“ wäre „funktionell“⁵³ richtig, d. h. sie entspräche der ökonomisch richtigen Abfindung der einzelnen, individuellen Leistungsbeiträge, m. a. W. es ergäbe sich eine Einstufung resultierend aus einer Vielzahl von einander unabhängiger rationaler Einzelwertungen. Dieses Ergebnis ist ethisch gleichgültig, was die wirklichen Bedürfnisse des Einzelnen anbelangt⁵⁴. „Die finale Beurteilung“ dieses Systems bleibt unbestimmt⁵⁵. Die bevorzugte Verteilungskorrektur *nach* der Einkommensbildung⁵⁶ ist insbesondere im marktwirtschaftlichen Normalfall der „unvollständigen Konkurrenz“ eine „Korrektur am Symptom“⁵⁷.

Die Intervention in die Einkommensverteilung ist aus sozialpolitischen Gründen notwendig⁵⁸, im Rahmen der „Wettbewerbsordnung“ auch möglich und zulässig („konform“, oder nicht „systemwidrig“), sofern nicht die Folge ist, „dass die Neigung zu investieren nachlässt“⁵⁹. Es besteht nach v. Stackelberg die Aufgabe, „die funktionelle Einkommensverteilung“ ... „in eine bestimmte, der politischen Rangordnung des Bedarfes entsprechende personelle Einkommensverteilung“ zu überführen⁶⁰. Röpke und Müller-Armack sehen diese Eingriffe auch vor⁶¹, während Hayek und Rüstow Einwände vorbringen. So wendet Hayek ein, dass eindeutige objektive, allgemeingültige Massstäbe fehlen, dass die „Emessensfreiheit“ überhandnehme und „irgendeine Politik, die sich direkt das substantielle Ideal der Verteilungsgerechtigkeit zum Ziel setzt, zur Zerstörung des Rechtsstaates führen muss“⁶². Rüstow gibt insbesondere die „weitgehenden marktwirtschaftlichen Überwälzungs- und Ausweichmöglichkeiten“ beim Vollzug der „sozialen Steuergerechtigkeit“ zu bedenken⁶³. Otto v. Mering gar sieht

⁵³ H. v. Stackelberg, Möglichkeiten und Grenzen..., ORDO-Bd. II, S. 202.

⁵⁴ W. Eucken, Grundsätze..., S. 300.

⁵⁵ Siehe oben, 3. Kapitel, Abschnitt 2, D; dort auch Anm. 166.

⁵⁶ W. Röpke, Ist die Wirtschaftspolitik richtig?, S. 66.

⁵⁷ O. v. Nell-Breuning, Zur Wirtschaftsordnung, Wörterbuch der Politik, Heft IV, Freiburg/Breisgau 1949, Spalte 117.

⁵⁸ Über den sozialpolitischen Charakter der meisten staatl. Interventionen siehe F. Marbach, Zur Frage d. wirtschaftl. Staatsintervention, Bern 1950, Seiten 31 und 87/88.

⁵⁹ W. Eucken, Wettbewerbsordnung, ORDO-Bd. II, Seite 73.

⁶⁰ H. v. Stackelberg, ORDO-Bd. II, S. 202/203, siehe auch „Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre“, 2. Aufl., 1951, S. 259 ff.

⁶¹ Vgl. W. Röpke, Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Stuttgart u. Köln 1950, S. 64, Punkte 56—62: „spezifische Sozialpolitik“ im Sinn „einer blossen durch den Staat vorgenommenen oder geförderten Korrektur der Einkommens- u. Besitzverteilung...“ A. Müller-Armack, siehe ORDO-Bd. I, S. 152.

⁶² F. A. Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, S. 109; diese Gedanken wurden auch im Vortrag vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft am 14. 3. 1951 zum Thema „Gleichheit u. Gerechtigkeit“ zum Ausdruck gebracht.

⁶³ A. Rüstow, Zw. Kapitalismus u. Kommunismus, ORDO-Bd. II, S. 136.

in der Zuweisung der Aufgabe „gleichmässigerer Verteilung“ mit Hilfe der Steuerpolitik „einen grundsätzlichen Bruch mit liberalen Prinzipien“⁶⁴. Immerhin darf nicht angenommen werden, dass nur einem der Ordoliberalen der Gedanke naheliegt, eine weitgehende Nivellierung der individuellen Einkommens- und Besitzverhältnisse zu befürworten. Die „Einkommenspolitik“ soll vermeidbare Härten verschwinden machen, indem besonderen personellen Verhältnissen Rechnung getragen wird. Für Miksch ist die hier waltende „austeilende Gerechtigkeit... kein ursprüngliches Moralprinzip“. Er wendet sich gegen eine „Kollektivethik“, welche diesen Massnahmen eine „pseudoideelle Grundlage“ gebe. In der Absicht, die Machtwillkür zu „unterdrücken“, kann er der austeilenden Gerechtigkeit „nur noch geschichtliches Interesse“ beimessen⁶⁵. Mit „aller Entschiedenheit“ betont Miksch, „dass ein Kollektiv als solches keine sittlichen Verpflichtungen haben kann“. „Sittlichkeit gibt es nur bei der menschlichen Persönlichkeit.“ Er lässt nur Ansprüche aus einer „wohl begründeten Gefahrgemeinschaft“ gelten, womit zugunsten des „allein sittlichen“ „Leistungsprinzips“ viele sozialpolitische Eingriffe dahinfallen müssten⁶⁶.

3. Begrenzung der einzelwirtschaftlichen Planungsfreiheit

Weil „der Arbeitgeber die Wirkungen seiner Handlungen auf die Arbeiter nur teilweise in seine Wirtschaftsrechnung einsetzen muss“, sind Massnahmen des Arbeiterschutzes durch Begrenzung der „Planungsfreiheit der Betriebe notwendig. Selbst wenn auch auf den „Arbeitsmärkten“ die „vollständige Konkurrenz“ herrschen würde, so wären doch eine ganze Zahl von Schutzmassnahmen zugunsten der Arbeitnehmer vonnöten. Die „Regelung der Frauen- und Kinderarbeit, Bestimmungen über die Länge der Arbeitszeit, Schutz gegen Unfälle und... Gewerbeinspektion“ gehören hier an erste Stelle⁶⁷. Allerdings soll die Gewerbepolizei keine Möglichkeit zur Konkurrenzbeschränkung haben. Es muss ferner nach Miksch bedacht werden, dass die Konkurrenten sich gegenseitig das Mass der sozialen Einrichtungen vorschreiben, wer zuviel tut, kommt kostenmässig ins Hintertreffen. Durch allgemeingültige Bestimmungen müssen so die notwendigsten Vorkehrungen im Interesse der Arbeitnehmer getroffen werden. Sofern eine „nachfragemonopolistische Position der Arbeitgeber“ bestand oder besteht, ist die Möglichkeit zu Ausbeutung und Unterlassung notwendiger Fürsorge gegeben.

Die Frage nach höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit hält Röpke als typisch für die nur auf das Materielle gerichtete „herkömmliche Sozial-

⁶⁴ Otto v. Mering, Steuerpolitik u. Vollbeschäftigungspolitik, in ORDO-Bd. III, Seite 106.

⁶⁵ L. Miksch, Die sittliche Bed. d. inneren Koordination, ORDO-Bd. III, S. 60.

⁶⁶ L. Miksch, a. a. O., S. 60/61.

⁶⁷ Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik. S. 301 303.

politik“⁶⁸. Er tritt für die „wenn auch nicht in Geld ausgedrückten, sozialen Vorteile des dezentralisierten Betriebes“⁶⁹ ein.

Eine Begrenzung der Planungsfreiheit hält Eucken ferner für notwendig, wenn Einzelpläne ohne Rücksicht auf die „gesamtwirtschaftlichen Daten“ aufgestellt werden und dadurch z. B. in der Forstwirtschaft erhebliche Schäden entstehen können. Dies gilt auch für die „Landesplanung“ (Town and Country Planning)⁷⁰.

4. Konjunkturpolitik

Zur Konjunkturpolitik als dem zentralen Problem der Wirtschaftspolitik finden wir eine besondere, von der weit verbreiteten *Keynes'schen Lehre* stark abweichende Auffassung. Gewiss will kein Nationalökonom mehr die massenhafte Arbeitslosigkeit durch die Betroffenen fatalistisch erdulden lassen⁷¹, was aber zur Verhinderung oder Behebung der Arbeitslosigkeit zu geschehen hat, ist besonders im Hinblick auf die Bewahrung einer marktwirtschaftlichen Ordnung umstritten. In ganz wenigen Fällen ist man sich wohl über die Notwendigkeit einer Kreditexpansion einig, die generelle Lösung aber in der grosszügigen Betätigung der Notenpresse zu sehen, ist nicht ungefährlich. Albert Hahn hat lange Zeit vor Keynes in seiner 1920 erschienenen „*Volkswirtschaftlichen Theorie des Bankkredits*“⁷² eine „allgemeine Inflations-Deflationstheorie der Beschäftigung“ entwickelt, deren bedenkliche Wirkungsmöglichkeiten Hahn in der dritten Auflage dieses Buches betonte und wesentliche Abänderungen vornahm⁷³. Als Mitarbeiter der „*Brauns-Kommission*“ hat Röpke im Jahre 1930 angesichts der grossen Depression zu einer vorsichtigen Anwendung der „aktiven Konjunkturpolitik“ geraten⁷⁴. Der Missbrauch, der mit dieser „ultima ratio“... „im Instrumentarium der Konjunkturpolitik“ unter dem nationalsozialistischen Regime später getrieben wurde, hat die gehegten Bedenken bestätigt. Sobald die „Kreditexpansion“ den Charakter einer „Initialzündung“ verliert, bei dauernder Handhabung zum Preisauftrieb führt, wird der Preis als „Datum“ immer unzuverlässiger. Staatlicher Preisstop und Mengenregulierungen, die „zurückgestaute Inflation“⁷⁵, sind

⁶⁸ Wilhelm Röpke, *Civitas humana*, 1. Aufl. 1944, S. 247.

⁶⁹ W. Röpke, Klein- und Mittelbetrieb in der Volkswirtschaft, in *ORDO*-Bd. I, S. 168.

⁷⁰ W. Röpke, *Civitas humana*, S. 279 ff., S. 288, Anm. 4 insbes.

⁷¹ „Wenn Millionen von Arbeitslosen da sind, wird jede Regierung Vollbeschäftigungspolitik treiben müssen.“ Walter Eucken, Grundsätze . . ., S. 141.

⁷² Siehe Albert Hahn, Die Grundirrtümer in Lord Keynes General Theory of Employment, Interest and Money, in *ORDO*-Bd. II, S. 178.

⁷³ 3. Auflage, Tübingen 1930.

⁷⁴ W. Röpke, *Civitas humana*, 1. Aufl. 1944, S. 349 u. 351.

⁷⁵ W. Röpke, Offene u. zurückgestaute Inflation, in „*Kyklos*“, Vol. I, Fasc. 1, Bern 1947, Seite 57.

die Folgen. Die sozialpolitischen Bedenken gehen insbesondere auf die Entwertung der notwendigen individuellen Reserven an festverzinslichem Sparkapital hin. Ferner hat die Erfahrung gezeigt, dass die Massnahmen gegen die unerwünschten Folgen der fortgesetzten Kreditexpansion zur „Verstaatlichung des Lebens“ erheblich beitragen, weil in der Fortentwicklung dieser Methode ohne zusätzliche Lenkung nicht auszukommen ist ⁷⁶.

Gegen die vorbehaltlose *inflationäre Konjunkturpolitik* wird folgendes vorgebracht:

1. Es tritt eine Zerstörung der Geldordnung ein ⁷⁷.
2. Die „Tendenz zur Transformation der Wirtschaftsordnung“ ⁷⁸ wird ausgelöst.
3. Die generelle Wirkung auf die Investitionen verstärkt sich nicht an den investitionsbedürftigen Punkten, es kommt zu „Disproportionalitäten“ und zu einer relativen Überbesetzung der Kapitalgüterindustrien ⁷⁹.
4. Die Kreditexpansion bewirkt nicht eine Überwindung der Diskrepanz zwischen „Verteilung der Arbeit und Verteilung der Nachfrage“, welche eine Hauptursache der Arbeitslosigkeit ist ⁸⁰.
5. „In einer Welt . . ., in der Einkommenszahlungen — Löhne, Gehälter, Sozialrenten — immer mehr der Steigerung des Preisniveaus automatisch angepasst werden, wird Kreditexpansion eine immer weniger wirksame Waffe zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ ⁸¹.
Die Wirkung schwindet mit der Überwindung der „Money Illusion“ ⁸².
6. Die „der Wettbewerbsordnung immanente Tendenz zum Gleichgewicht“ wird gestört ⁸³.

Nach neoliberaler und neoklassischer Auffassung ⁸⁴ ist im Interesse der Erhaltung einer freien Marktwirtschaft eine Wirtschaftspolitik aufzugeben, die noch „keynesischer“ ist als zum mindesten Keynes am Ende war . . .“ ⁸⁵. Sozialpolitisch ist bezüglich der Verteilung einzuwenden, dass die Gewinne der Unternehmungen zufolge der schuldentilgenden Wirkung der Inflation steigen, die Reallöhne aber sinken. Während aber die Schuldentilgung „still“ vor sich geht, treibt das Lohnerhöhungsbegehren den inflationären

⁷⁶ Sinngemäss nach Walter Eucken, Grundsätze . . ., S. 187.

⁷⁷ Siehe W. Eucken, Wettbewerbsordnung . . ., S. 34 f. (ORDO- Bd. II) nicht nur spiegeln die „Preisrelationen nicht mehr die Knappheitsrelationen“, das Geld verliert als Wertmassstab; „Die Vermögensseite der Bilanz wächst, während die Schuldenseite unverändert bleibt.“ Es entstehen inflationsbedingte Gewinne.

⁷⁸ W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1952, S. 186.

⁷⁹ F. A. Hayek, Vollbeschäftigung, Planwirtschaft und Inflation, im Sammelband „Vollbeschäftigung, Inflation u. Planw.“, 1951, S. 188 f.

⁸⁰ Hayek, a. a. O., S. 187, 188, 192.

⁸¹ F. A. Lutz, Arbeitslosigkeit u. Kreditexpansion, im gl. Band, S. 257.

⁸² Nach Irving Fisher bei A. Hahn, a. a. O., S. 170 und 190.

⁸³ W. Eucken, a. a. O., S. 257.

⁸⁴ Diese stellt Hahn der Keyneschen Auffassung gegenüber, a. a. O., S. 171 ff.

⁸⁵ Jacob Viner, Vollbeschäftigung um jeden Preis, im obengenannten Sammelband, S. 314.

Prozess voran. Gemäss der „Kaufkrafttheorie“ sollen die (Nominal)-Löhne ja steigen; bleiben die Löhne — wie zumeist — eine Weile hinter einem neuen Preisauftrieb zurück, so ist auch in dieser Hinsicht ein inflationärer Unternehmervorgewinn dann möglich, wenn die Preissteigerung die letzte (Lohn)-Kostensteigerung überwiegt. Die Kreditexpansion vermindert wohl die Arbeitslosigkeit, fördert aber die Verteilung zugunsten der Investierenden.

A. Zur Konjunkturtheorie

Wenn Walter Eucken auch wie viele andere der Auffassung ist, dass die Konjunkturschwankungen aus dem „wechselnden Tempo“ der Investitionen resultieren⁸⁶, so lehnt er es doch ab, im Konjunkturverlauf etwas Eigengesetzlich-Zwangsläufiges zu sehen⁸⁷. Jede Konjunkturbewegung ist für ihn von *individueller* Art, eine jeweils einmalige Erscheinung; *exogene*, ausserwirtschaftliche Ursachen bestimmen insbesondere die Einzigartigkeit jeder Konjunkturbewegung⁸⁸, die Wirtschaftsordnung andererseits ist massgebend für „Art und Richtung der Investitionen“⁸⁹ und damit entscheidend für die *endogenen* Ursachen. Ferner betont Eucken sehr, dass die Änderungen der „gesamtwirtschaftlichen Daten“ *nicht allein* durch ökonomische Einflüsse bewirkt wird, es besteht da „kein *notwendiger* Bedingungenzusammenhang“⁹⁰.

Ein Fehler der sogenannten „dynamischen Theorie“ sei es, allgemeingültige Aussagen über den Zusammenhang zwischen den „Daten“ und dem Wirtschaftsablauf zu machen⁹¹. Die unbestreitbare „Interdependenz“ zwischen Wirtschaft und Politik könne durch eine „*aufspaltende Geschichtsbetrachtung*“ nicht durchbrochen werden; die „dynamische Theorie“ versuche eine solche Aufspaltung und müsse daher notwendigerweise zu falschen Ergebnissen kommen. Vorausgesetzt, möchten wir sagen, dass die Ergebnisse einer „dynamischen Theorie“ nun nicht zur Grundlage einer „dynamischen“ Wirtschaftspolitik gemacht werden und somit der Annahme eines „bestimmten Ablaufs“ der „industriellen Revolution“ recht zu geben scheinen. Wie Heckscher hervorhebt, haben die Meinungen und „Vorstellungen“ der Menschen einen entscheidenden Einfluss auf den Gang der Wirtschaftspolitik⁹². Allgemein sozialpsychologische Faktoren, wie „Massenoptimismus und Pessimismus“ sind nach Hahn, welcher Pigous „Industrial Fluctuations“ sehr schätzt, wesentlich für den Konjunkturverlauf⁹³.

⁸⁶ W. Eucken, Grundlagen d. Nationalökonomie, 3. Aufl., 1943, S. 220.

⁸⁷ Eucken, a. a. O., S. 220/222.

⁸⁸ Eucken, a. a. O., S. 221, 223.

⁸⁹ Eucken, a. a. O., S. 220.

⁹⁰ Eucken, a. a. O., S. 224/225.

⁹¹ Eucken, a. a. O., S. 225.

⁹² Eucken, Grundsätze d. Wirtschaftspolitik, 1952, S. 210.

⁹³ Wie Albert Hahn betont, hat die Bemühung der „Nach-Keynes'schen Literatur“, dessen statisches System zu „dynamisieren“, zum Erklärungsversuch der

Wenn auch eine „Interdependenz“ zwischen Politik und Wirtschaft besteht, und insbesondere in neuerer Zeit die Einflüsse des ausserwirtschaftlichen Geschehens auf die Wirtschaft stark sind, so gibt es doch bedeutsame „endogene“, aus dem herrschenden Wirtschaftssystem hervorgehende Ursachen der Konjunkturbewegung. Röpke nennt hier insbesondere die „Unvollkommenheiten des Geld- und Kreditsystems und der Kapitalverteilung“. In Röpkes Sicht ist die *Depression* in der Hochkonjunktur bereits erzeugt, sie ist „der Preis, der für eine Hochkonjunktur und für die Beschleunigung des wirtschaftlichen Fortschrittes zu zahlen ist . . .“. Für grosse Vorhaben, wie etwa den Ausbau eines Eisenbahnnetzes, für lange Produktionsumwege, ist eine „zeitweilige inflatorische Beschleunigung des Wirtschaftsprozesses“, ein Einsatz aller Kräfte notwendig, wenn auch alle Skepsis gegenüber dieser „stossweisen“ Entwicklung am Platze ist. Die Konjunkturschwankung als Folge zeitlich ungleichmässig verteilter Investitionen hat einen gewissen Sinn. „Gleichgewichtsprobleme dieser Art“ sind nach Röpke auch der Zentralverwaltungswirtschaft nicht fremd⁹⁴. Diesbezüglich macht aber Eucken die schon erwähnte Unterscheidung⁹⁵, derzufolge es deutlich wird, dass nicht das einzelmarktliche Gleichgewicht, sondern nur das „gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht“⁹⁶ in der ZVW als Problem auftritt, ohne indes gelöst zu werden.

Unzusammenhängende Eingriffe in das Marktgeschehen, wie der diese hervorrufoene „stossweise Ausbruch überschäumenden und oft genug blinden Unternehmungsgelstes“⁹⁷ führen zur Entfernung vom Gleichgewicht. Da aber die „freie Marktwirtschaft“ „wahrscheinlich immer mit Konjunkturschwankungen verbunden bleiben“⁹⁸ wird, die immerhin zu mildern sind, will Röpke „Wege angeben, auf denen sich eine so starke Elastizität und Schockfestigkeit der Volkswirtschaft erreichen lässt, dass sich auch schwerere Gleichgewichtsstörungen ohne ernste soziale Schäden und ohne Kopflosigkeit ertragen lassen“⁹⁹.

„Disproportionalitäten zwischen Konsum und Investition“ geführt. Warum aber tritt kein Ausgleich ein, warum kommt es zu plötzlichem „Zusammenbruch des Konsums“? Hahn hält „die alten Überspekulationstheorien“, die Schumpetersche Vorstellung der „zeitlichen Konzentration der Investitionen“ und die von Pigou gegebene sozialpsychologische Erklärung als seinen Erfahrungen am besten entsprechend. Albert Hahn, *Grundirrtümer . . .*, ORDO-Bd. II, S. 182 f.; s. a. Eucken, *Grundlagen . . .*, S. 223.

⁹⁴ W. Röpke, *Gesellschaftskrisis d. Gegenwart*, 1952, S. 191/193.

⁹⁵ Siehe oben, 4. Kapitel, Abschnitt 5.

⁹⁶ Walter Eucken, *Grundsätze d. Wirtschaftspolitik*, 1952, S. 80/81.

⁹⁷ W. Röpke, a. a. O., S. 192.

⁹⁸ Friedrich A. Lutz, *Arbeitslosigkeit und Kreditexpansion*, Sammelband *Vollbeschäftigung, Inflation u. Planwirtschaft*, Herausg. A. Hunold, Erlenbach-Zürich 1951, Seite 259.

⁹⁹ W. Röpke, a. a. O., Seite 193; diese Sicherung soll durch den die Selbsthilfe fördernden Eigenbesitz, durch die „Entproletarisierung“ geschaffen werden, ist also ein Teil der „Strukturpolitik“. Siehe oben, 6. Kapitel, Abschnitt 1.

B. Grundsätze der ordoliberalen Konjunkturpolitik

Die sozialpolitischen Probleme der Konjunkturschwankungen, insbesondere der langfristigen Depression sind schwer und zahlreich. Gerade hier gilt Euckens Satz: „*Es gibt nichts, was nicht sozial wichtig wäre*“¹⁰⁰. Die individuelle Fähigkeit, das Wellental aus eigenen Kräften zu durchqueren, ist sehr verschieden und hängt nicht nur von der Segnung mit materiellen Gütern ab. Dennoch spielt die Verteilung z. B. von Bodenbesitz und Sparkapital eine sehr grosse Rolle. Um die *Elastizität* des Arbeitsmarktes zu steigern — was mit der *Beweglichkeit des Arbeitsangebotes* nicht identisch ist —, ist eine ganz bestimmte „Strukturpolitik“ erforderlich, die durch eine „*langsame und behutsame Umlagerung und Ausgleichung*“¹⁰¹ des Eigentums insbesondere an „*Bodeneigentum*“ dem Ziel der individuellen Krisensicherung näher bringt. Zugleich treffen wir damit die Idee der „*Entproletarisierung*“ an, welche konjunktur- und gesellschaftspolitische Aufgaben erfüllen will¹⁰². Ist eine günstige Struktur der breiten Eigentumsverteilung und Mischung von Industrie und Landwirtschaft erreicht, eine „*Verbürgerlichung und Verhandwerklichung*“ des Industriearbeiters¹⁰³, so nimmt die „individuelle Fähigkeit zum Auffangen der Stösse“ zu¹⁰⁴.

Es geht nicht um die Beseitigung der Konjunkturschwankungen überhaupt, sondern um den Schutz derer, welche zufolge Fehldispositionen der Arbeitgeber, durch Ausscheiden der sogenannten „Grenzbetriebe“, ihren Arbeitsplatz verlieren. Die korrigierende, zum neuen Gleichgewicht führende Depression ist bis zu einem erträglichen Grade zu mildern, wenn sprunghafte Entwicklung vermieden, der Wirtschaftspolitik eine gewisse „Konstanz“¹⁰⁵ gegeben wird. Die „*Tendenz zum Gleichgewicht*“¹⁰⁶ muss sich immer wieder durchsetzen können: „Bei der Konjunkturpolitik liegt das Problem also nicht darin, dass Disproportionalitäten unterbleiben, sondern dass ein Apparat da ist, der das Gleichgewicht immer wieder herstellt“¹⁰⁷.

¹⁰⁰ W. Eucken, Grundsätze . . ., Seite 313.

¹⁰¹ W. Röpke, *Civitas humana*, 1944, Seite 277.

¹⁰² W. Röpke, a. a. O., S. 268 ff.; siehe auch J. Messner, *Die berufsständische Ordnung*, Innsbruck 1936, Seite 191 ff.; O. v. Nell-Breuning, *Berufsständ. Ordnung u. Monopolismus*, in ORDO-Bd. III, S. 229 f.; Edgar Jung, *Die Herrschaft der Minderwertigen*, 2. Aufl., Berlin 1930, S. 450; Christoph Ertel, *Der Kollektivismensch*, Limburg 1949, S. 213, dort aus Lenin, *Der Radikalismus*, S. 10 zitiert, dass „Kleinproduktion“ . . . unausgesetzt und „im Massenumfang Kapitalismus u. Bourgeoisie“ erzeuge; die Verbürgerlichungsidee auch bei Bruno Hildebrand, 1848 zu finden, wollte „die Arbeiter zu Bürgern machen“, vgl. Artur Sommer, *Über Inhalt, Rahmen und Sinn älterer Stufentheorien*, Synopsis, S. 555.

¹⁰³ Röpke, *Gesellschaftskrisis*, S. 344.

¹⁰⁴ Röpke, a. a. O., S. 355.

¹⁰⁵ Eucken, Grundsätze . . ., S. 285 ff.

¹⁰⁶ Eucken, a. a. O., S. 257.

¹⁰⁷ Eucken, a. a. O., S. 312.

Damit dieser „Apparat“ funktioniere, sollten folgende Grundbedingungen erfüllt sein:

1. Eine Reform der Marktformen; Herstellung gleichgewichtiger Marktformen.
2. Eine Reform der Geldordnung, eine stabile Währung.
3. Eine Wirtschaftspolitik, welche um eine gewisse „Konstanz“ der „Daten“ bemüht ist (Plandaten).
4. Flexible Löhne und Preise (es gibt in „vollständiger Konkurrenz“ nur „freiwillige“ Arbeitslosigkeit).
5. Eine möglichst vollkommene Beweglichkeit des Arbeitsangebotes.
6. Einhaltung der „konstituierenden“ und „regulierenden“ Prinzipien.
7. „Offene Marktpolitik“ als Entsprechung zu einer „Vorliebe für Liquidität“. (Energische staatliche Kreditexpansion, also „Vollbeschäftigungspolitik“ sollte vermieden werden)¹⁰⁸.

Sind die Punkte 1, 2, 5 und 6 weitgehend realisiert, so kann mit den übrigen Massnahmen eine ausreichende Stabilisierung erzielt werden. Die „Konstanz der Daten“, z. B. bezüglich der Wechselkurse, der Steuersätze und Löhne, der handelspolitischen Massnahmen, erhält die Risiko- und damit Investitionsfreudigkeit des Unternehmers; wird aber die „Distanz zwischen den ‚Plandaten‘ und den ‚faktischen Daten‘“ zu gross, machen sich zu grosse Risiken bemerkbar, so lässt die Investitionstätigkeit der Privaten nach¹⁰⁹. Flexible Löhne, die sich der schwankenden „Grenzproduktivität“ und der Lage am „Arbeitsmarkt“ anpassen, d. h. also auch wieder einmal sinken, sind für das Gleichgewicht erforderlich¹¹⁰; ebenso auch die beweglichen Preise. Dem schwankenden Geldbedarf kann bei Fehlen schwerer exogener Störungen durch die „offene Marktpolitik“ ausreichend entsprochen werden¹¹¹. Den „regulierenden Prinzipien“ kommt besonders in den Fällen eine konjunkturpolitische Bedeutung zu, wo die Wirtschaftsrechnung des Unternehmers korrigiert wird und Gegenmass-

¹⁰⁸ Zu Punkt 1 siehe: W. Eucken, Grundsätze . . ., S. 310.

Zu Punkt 2 siehe: W. Eucken, Grundsätze . . ., S. 310 u. oben S. 90 ff.

Zu Punkt 3 siehe: Eucken, a. a. O., S. 287 u. F. A. Lutz, Arbeitslosigkeit u. Kreditexpansion, Sammelbd., S. 260.

Zu Punkt 4 siehe: Lutz, a. a. O., S. 259; Eucken, a. a. O., S. 287.

Zu Punkt 5 siehe: Eucken, a. a. O., S. 228; F. A. Hayek, Vollbesch., Planw. u. Inflation, Sammelband, S. 190 ff.

Zu Punkt 6 siehe: Eucken, a. a. O., S. 311, s. a. S. 254 ff. ebenda.

Zu Punkt 7 siehe: Lutz, a. a. O., S. 260; „Vollbeschäftigungspolitik“ nach Hayek nur dann, wenn „allgem. Arbeitslosigkeit“ herrscht, F. A. Hayek, a. a. O., S. 186; Eucken, a. a. O., S. 140 ff.

¹⁰⁹ W. Eucken, Grundsätze . . ., S. 288.

¹¹⁰ Vgl. oben Punkt 4 u. Röpke, Gesellschaftskrisis, S. 86: Lohnelastizität muss sein, aber sie ist nur zumutbar, wenn der Arbeiter eine „entproletarisierte“ oder „verbäuerlichte“, „einigermassen standfeste Existenz besitzt“.

¹¹¹ Vgl. oben Punkt 7, insbesondere aber F. A. Lutz, Arbeitslosigkeit u. Kreditexpansion, in Sammelbd. „Vollbesch., Inflation . . .“, S. 260.

nahmen zum „anormalen“, „antikonjunkturellen“ Angebot an Arbeitskraft ergriffen werden.

Sozialrechtliche Bestimmungen zur Verhinderung der Ausbeutung von Arbeitskräften, zur Regelung der Frauen- und Kinderarbeit werden vorgesehen, stellen aber keine Neuerung dar ¹¹². Der Versuchung, insbesondere in der Depression „billige“ Arbeitskräfte einzustellen, weil die Löhne, insbesondere der Männer, zu „unflexibel“ sind, muss gegebenenfalls durch *Minimallöhne* ¹¹³ entgegengewirkt werden. Die anomale Reaktion des Arbeitsangebotes bei Lohnsenkungen muss ebenfalls durch die an sich „nicht-konforme“ Lohnfestsetzung aufgefangen werden ¹¹⁴. Freie Konkurrenz unter den Anbietern von Arbeitskraft bei gleichzeitiger verstärkter Auswirkung des unternehmerischen Nachfragemonopols würde für die Arbeiter ruinöse Konkurrenz bedeuten.

Da ein „marktkonformer“ Lohn nichts darüber aussagt, ob er auch ein auskömmlicher Lohn ist, kann hier der Entwicklung gar nicht völlig freier Lauf gelassen werden. Im hochgradig arbeitsteiligen Wirtschaftsprozess nimmt offenbar die Möglichkeit für den Einzelnen (Spezialisten) ab, Beschäftigungsausfall an einem Ort mit einiger Aussicht zu kompensieren; nicht allein der personelle Leistungswille, sondern die funktionell bedingte Arbeitsgelegenheit ist für ständige Beschäftigung massgebend. Es ist hier nicht leicht, einerseits ausreichende Sicherheit zu gewähren ohne andererseits den Willen zur Anpassung an veränderte Situationen zu lähmen.

Wenn auch Röpke die Arbeitslosigkeit durch ein „mögliches Missverhältnis von Lohnhöhe und Grenzproduktivität der Arbeit in einzelnen Wirtschaftszweigen“ ¹¹⁵ begründet sieht, so hat er doch für den Fall „unvollkommener Preisbildung am Arbeitsmarkt“ die Notwendigkeit einer „Valorisierung der Arbeitskraft“ anerkannt ¹¹⁶. Immerhin wird aber von dem Ausbau der *Nebenerwerbssiedlung* nicht nur eine Verbesserung der Krisenfestigkeit des Arbeiters erwartet, sondern auch eine gewisse Mässigung der Lohnforderungen. Diese Steigerung der Elastizität des Arbeitsangebotes soll aber gleichzeitig noch die Möglichkeit durch Durchsetzung auskömmlichen Lohnes sein.

Eucken, der wie gesagt die deterministische Konjunkturtheorie ablehnt ¹¹⁷, meint, dass die obgenannten Bedingungen zur Stabilisierung ausreichen. Die Kritiker sind damit allerdings nicht einverstanden ¹¹⁸.

¹¹² Sie sind auch keine ausschliesslichen Errungenschaften des Wirtschaftsliberalismus.

¹¹³ Eucken, Grundsätze . . ., S. 304.

¹¹⁴ Eucken, a. a. O., S. 303.

¹¹⁵ Röpke, Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? S. 45.

¹¹⁶ Siehe Zusammenstellung im 2. Kapitel, Abschnitt 2, B; dort auch Anm. 72 (Röpke).

¹¹⁷ Eucken, Grundlagen d. Nationalökonomie, 3. A., S. 220 ff.

¹¹⁸ Vgl. Hans Ritschl, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Weltwirtschaftl. Archiv, Band 65, Heft 2, 1950, S. 242 ff.

5. Sozialpolitik der Unternehmer und der Verbände contra staatliche Sozialpolitik

Gemäss dem Subsidiaritätsprinzip sollten sozialpolitische Aufgaben erst dann vom Staate übernommen werden, wenn sie von den Unternehmern und den Berufsverbänden nicht gelöst werden können. Der Ordoliberalismus bemüht sich um eine Lösung, die die Entwicklung zum „Wohlfahrtsstaat“ aufhält, weil er die „Verstaatlichung“ des Menschen befürchtet.

Als *subsidiäre Träger der Sozialpolitik* kommen hauptsächlich in Frage die Berufsverbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, die Berufsstände als organisatorische Verbindungen von Unternehmer- und Arbeitervertretern und die betriebsinterne, unternehmerische oder „vergemeinschaftende“ Sozialpolitik¹¹⁹.

Die *Arbeitgeberverbände* bemühen sich heute nicht nur um eine Förderung der Elastizität des Arbeitsmarktes, sondern es sind Ansätze zu Bestrebungen da, dem begreiflichen Sicherheitsbegehren der Arbeiterschaft durch berufsverbandliche Vorkehrungen zu entsprechen. Auch der Erwachsenenbildung wird vermehrtes Interesse zugewandt.

Die sozialpolitische Aufgabe der *Gewerkschaften* liegt vorwiegend auf dem Gebiet der Lohnbemessung, ferner bei den Bemühungen um Ausbau des Arbeits- und Sozialrechts in einer Form, die Willkürakte des Unternehmers gegenüber der Arbeiterschaft verhindert. Die Bestrebungen um Einengung der Unternehmerautorität haben sich im „Mitbestimmungsrecht“ sehr weit entwickelt und drohen, die Gewerkschaften ihrer eigentlichen Aufgabe zu entfremden¹²⁰.

Einer *berufständischen* Zusammenarbeit von Unternehmerverband und Gewerkschaften kann ein Liberaler insofern zustimmen, als diese nur der Überwachung der gegenseitigen Abmachungen, der Berufsausbildung und Erwachsenenschulung, der Beratung über Organisation und Verwaltung sozialer Einrichtungen dient. Im letzteren Fall z. B. betreffend Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter und über Bemessung der Familienzulagen. Es würde aber zu weit gehen, wenn in einem Berufstand auch konkurrenzbeschränkende, protektionistische Abmachungen beraten, beschlossen und deren Anerkennung bei der Regierung durchgesetzt werden könnten. Ebenso sollte ein Berufstand weder die Produktion lenken, noch Preispolitik treiben dürfen. Das Steuerungsprinzip des Preismechanismus „vollständiger Konkurrenz“ darf nicht aufgehoben werden. So sagt Hunold: „Bei jedem korporativen System, gleichgültig welcher Färbung, müssen bestimmte Belange der Wirtschaft vom Selbstverwaltungsprinzip ausdrücklich ausgenommen werden, weil sonst das Kerngehäuse der Marktwirtschaft gesprengt wird. Es sind dies: Preisbildung, Investitionskontrolle, Produktionsmenge und Rohstoffverteilung, Neubildung von Betrieben und

¹¹⁹ Siehe oben, 3. Kapitel, Abschnitt 2, C.

¹²⁰ Siehe oben, 2. Kapitel, Abschnitt 3, C.

Zugang zu den Berufen“¹²¹. Die im Berufsstand vollzogene Vereinigung der „Produzenteninteressen“ eröffnet die weitesten Möglichkeiten, *Sozialpolitik* nunmehr *auf Kosten des Konsumenten* zu treiben¹²², nachdem man eben vermeiden wollte, dass der Staat allzu grosszügig *Sozialpolitik auf Kosten des Steuerzahlers* treibt. In einer „Wettbewerbsordnung“ kommen dem Berufstand wichtige, aber nur beratende und überwachende Funktionen zu, die wir oben genannt haben.

Die auf die Unternehmung beschränkte Sozialpolitik steht der Wirkung von zwei Prinzipien gegenüber: *Erstens* dem Steuerungsprinzip der „Wettbewerbsordnung“, der sich die Unternehmung einfügen hat und *zweitens* dem autokratischen Führungsprinzip innerhalb der Unternehmung.

Was zum ersten Prinzip betreffend die Freiheit zu sozialen Aufwendungen zu sagen ist, haben wir oben bereits angeführt¹²³. Es ist u. E. richtig, was Miksch dazu geäussert hat, und Eucken hat der Notwendigkeit der Konkurrenzbeschränkung durch Arbeitsmarkt- und Betriebsverfassung in seinen „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“ Rechnung getragen¹²⁴. Diese sozialrechtlichen „Daten“ sind gegenüber dem Preismechanismus neutral. Eine „Ausbeutung“ ist nur zu verhindern, wenn auf dem „Arbeitsmarkt“ *Gleichgewicht* zwischen Anbietern und Nachfragern von Arbeitsleistungen besteht. Solange beiderseits Organisationen bestehen, wird es sich um ein *Machtgleichgewicht* handeln, das u. U. durch ausgleichenden Eingriff des Staates herbeigeführt werden muss. Solange ein Übergewicht der Nachfrageposition besteht und das Angebot nicht voll beweglich ist, kann eine „Entmachtung“ nur unvollkommen sein, was dann auch für das „Gleichgewicht“ gilt. Eine „vollständige Konkurrenz“ auf dem Arbeitsmarkt würde bedeuten, dass jede bestimmte Arbeitsleistung jederzeit und an beliebigem Ort, zumindest an sehr vielen möglichen Orten vollbracht werden kann und weder Anbieter noch Nachfrager Einfluss auf die Höhe des Lohnes haben. Die betriebsinterne Situation sieht anders aus:

Die soziologische Struktur, das Organisationsprinzip und die mit der Arbeitsverrichtung verbundenen Eigenheiten verhindern das „Gleichgewicht“ und behindern die volle Beweglichkeit. Auch die Bildung einer dauernden und erfolgreichen *Betriebsgemeinschaft* ist mit voller Beweglichkeit des Angebotes kaum vereinbar. Der interne und marktmässige Qualitäts- und Leistungswettbewerb kann durch eine Solidarität zwischen Unternehmern und Arbeitern allerdings gefördert werden. Der Wunsch der Ordoliberalen, die betriebliche Solidarität auf Kosten der gewerkschaftlichen zu fördern, ist offensichtlich vorhanden. Böhm hat den in dieser Richtung gehenden Bemühungen grosse Bedeutung beigemessen:

¹²¹ Albert Hunold, Die wirtschaftliche Freiheit als internationales Problem, Zürich 1945, S. 30.

¹²² Siehe auch 2. Kapitel, Abschnitt 3, C.

¹²³ Siehe auch 3. Kapitel, Abschnitt 2, D.

¹²⁴ Walter Eucken, Grundsätze ..., S. 301 ff. und 320 ff.

„Arbeiter und Unternehmer werden in jedem Einzelbetrieb zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefasst, und zwar dergestalt, dass der Unternehmer mit der verantwortlichen und autoritären Führung des Betriebes betraut ist. Seine Arbeiter bilden die Gefolgschaft. Beide Träger der Betriebsgemeinschaft sind verbunden durch die *gemeinsame Aufgabe*, das Unternehmen zum Nutzen der Volkswirtschaft auf die höchste Höhe produktiver Leistungsfähigkeit zu bringen. Die Wege, auf denen das zu geschehen hat, bestimmen sich nicht nach der Arbeitsverfassung, sondern nach der Verfassung der gewerblichen Wirtschaft bzw. der Ernährungswirtschaft“¹²⁵. Von einer *Mitbestimmung* der Arbeitnehmer kann nicht viel erwartet werden, es gilt — wie erwähnt — die gegenseitige *Treupflicht*, die die Verantwortung um *Fürsorge* mit einschliesst¹²⁶. Der Unternehmer hat die Aufgabe, die ihm zur Verfügung stehenden Mittel „aus freien Stücken und in freier, schöpferischer Initiative zu Zwecken der Sozialpolitik“ einzusetzen. Nicht aus einem „Sozialismus des schlechten Gewissens“ heraus, sondern in der Bewusstheit einer „Führungsaufgabe von geschichtlicher Grossartigkeit, die von den unternehmerischen Führern der Betriebe in ihrer Eigenschaft als den Arbeitsbeauftragten der Volksgemeinschaft mit jener höheren Glut von politischer Leidenschaft und Tatenlust in Angriff genommen werden muss, die ihre Befriedigung nicht im privaten Lebensgenuss, sondern in der öffentlichen Wirksamkeit und im Ruhm findet“¹²⁷. In einer allerdings reichlich dynamischen Zeit geschrieben, steht diese Gedankenführung doch nicht im Einklang mit dem wettbewerbspolitischen Ziel der „Entmachtung“ und der Ausschaltung jeder grösseren Einflussmöglichkeit. Denn wo Macht zum sozial Erwünschten besteht, kann diese auch im sozial unerwünschten Sinne gebraucht werden:

Besteht die Macht des Unternehmers, für die Arbeiterschaft besondere Vorteile zu sichern, so wird er dies auf Kosten der Konsumenten tun, d. h. sein Unternehmen geniesst durch die Tüchtigkeit der dort Schaffenden, durch technische Errungenschaften oder günstigen Standort etc. eine besondere *Marktstellung*. Das viel und gern citierte Beispiel der *Carl-Zeiss-Stiftung* in Jena ist ein Beispiel unter vielen, aber es fehlt die Möglichkeit der allgemeinen Anwendung¹²⁸. So hat sich die *Gewinnbeteiligung* eben auch nur in den Fällen bewährt, wo eine monopolistische Marktform vorliegt. Mit steigendem Wettbewerbsgrad sinkt die Möglichkeit zur unternehmensinternen Sozialpolitik, d. h. die Sonderkosten müssen eingeschränkt werden.

¹²⁵ Franz Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtschöpferische Leistung, Stuttgart 1937, S. 82/83. Die Vermengung der Begriffe „Betrieb“ und „Unternehmung“ ist gerade in der Sozialpolitik nicht selten. Träger der Sozialpolitik ist vorwiegend die Unternehmungs- und nicht die technische Betriebsleitung.

¹²⁶ Siehe oben, 2. Kapitel, Abschnitt 3, C; dort auch Fussnote 153.

¹²⁷ F. Böhm, a. a. O., S. 118.

¹²⁸ W. Eucken, Grundsätze . . ., S. 317.

Der *Grossbetrieb* hat durch solche Leistungen das sozialpolitische Ansehen des Klein- und Mittelbetriebes in vieler Augen herabgesetzt. Röpke meint, „es wäre kurzsichtig, deswegen den Kleinbetrieb als rückständig zu schelten, weil auf ihn die Schablonen einer von den Bedürfnissen des Grossbetriebes diktierten Sozialpolitik schlecht passen“. Der Grossbetrieb sei „rückständig“ insofern, als er „die Zahl der Proletarier“ vermehre; dem *Kleinbetrieb* dagegen kommen die „wenn auch nicht in Geld ausgedrückten, sozialen Vorteile des dezentralisierten Betriebes“ zu¹²⁹.

Der Ordoliberalismus zeigt sich deutlich bemüht, nicht nur die Träger der Sozialpolitik näher an die problematischen Bereiche heranzuführen, sondern die Selbsthilfe und Solidarität im engeren Kreis kleiner Gemeinschaften zu fördern. Weg von der Sozialpolitik für die „Masse“ zu einer Politik, die aus der „Masse“ herausführt.

Exkurs:

Dezentralisierung und „Agrarkollektivismus“

Der Gedanke, durch Dezentralisierung der Industrie die Städter wieder einer „natürlicheren“ Lebensweise näherzubringen, ihnen in ländlich-halb-bäuerlicher Situation eine ungekünstelte Stabilität zu geben, ruft die Überlegung hervor, wie es denn um die Landwirtschaft im Industriestaat bestellt ist.

Zwei Fragen erscheinen von besonderer Wichtigkeit: Warum ist es erstens zu einem „Agrarkollektivismus“¹³⁰ in den Industrieländern gekommen, warum sind die Bauern nicht liberal; zweitens, welche Auswirkungen hätten Industrie-Dezentralisierung und Förderung des eigenen Pflanzlandes auf die bäuerliche Gemüseproduktion?

In seiner Untersuchung zur ersten Frage geht Röpke mit Constantin v. Dietze einig, dass es nicht die marktwirtschaftliche Ordnung sei, welche den Bauernstand in den Industrieländern, namentlich Europas, in Schwierigkeiten gebracht habe¹³¹. Während aber v. Dietze der Auffassung ist, dass das Einstromen billiger überseeischer Produkte bedeutsame Folgen hatte¹³², erklärt Röpke das Schwinden der bäuerlichen Produktion in England nicht als Folge des Freihandels, sondern des „Bauernlegens“¹³³. Auch könne man gegen „krisenhafte Verschiebungen der Konkurrenz-

¹²⁹ W. Röpke, Klein- und Mittelbetrieb in der Volkswirtschaft, in ORDO-Bd. I, Seiten 168/169.

¹³⁰ So nennt Röpke den Agrarprotektionismus; siehe Civitas humana, S. 313 f. „Die Gefahr des Agrarkollektivismus“.

¹³¹ Röpke, a. a. O., S. 318 unter Bezugnahme auf Constantin v. Dietze, Landwirtschaft u. Wettbewerbsordnung, Schmollers Jahrbuch, 1942, Heft 2.

¹³² Röpke, a. a. O., S. 319.

¹³³ Röpke, a. a. O., S. 331, Anm. 3.

verhältnisse“ mit „konformen“ „Anpassungsinterventionen“ vorgehen¹³⁴. Die stärksten Einflüsse kommen aber von einer „durch staatliche Hilfe oder Befehle forcierten Industrialisierung“¹³⁵, worin sich beide Autoren einig sind. Die Umstellung der Landwirte von ihrer im 19. Jahrhundert noch positiveren Haltung vom Freihandel hin zum Protektionismus wurde durch Verbesserung der Verkehrswege, Transportverbilligung und eigene Produktionskostenerhöhung hervorgerufen. Um den Bauern die Anpassung an den steigenden Lebensstandard zu ermöglichen, genügten deren eigene Anstrengungen nicht, und so hat „die Bevölkerung der Industrieländer fast überall ohne Murren die empfindlichen Opfer der Verteuerung der Lebenshaltung und der staatlichen Beihilfen auf sich genommen...“, um dauernd die Wünsche einer sympathischen Minderheit der Produzenten zu erfüllen“¹³⁶. Die mangelhafte Produktivitätssteigerung, fehlende maschinelle Einrichtungen besonders bei den Kleinbauern, eine nicht seltene, höchst unglückliche Bodenverteilung sind wesentliche Ursachen, die den dringenden Wunsch nach Protektionismus und Subventionen aufkommen liessen. Die Umstellung auf reine Qualitätsproduktion von Obst und Gemüse, von animalischen Produkten als „Anpassungs“-Massnahme ist erschwert, da die Zusammensetzung der Produktion im Interesse der Landesversorgung in Notzeiten gewissen Bestimmungen unterliegen muss.

Wie die Erfahrungen mit den schwedischen Landwirtschaftsgenossenschaften zeigen, hat durch diese monopolartige Absatzorganisation und durch Produktionsverbesserung und Bodenreform die Landwirtschaft grossen Nutzen gehabt¹³⁷. Die Löhne in der Landwirtschaft haben sich denen in der Industrie stark angenähert, wobei allerdings durch die „Garantie der Einkommensparität“ inflationsfördernde Preis- und Lohnsteigerung eintreten können¹³⁸. Die Praxis zeigt, dass hier zugleich „Erhaltungs“- und „Anpassungsinterventionen“ vorkommen. Hinter dem Schutzwall der existenzhaltenden Preisgarantie wird durch eine starke Mechanisierung und Rationalisierung eine Anpassung an die wachsenden Ansprüche vorgenommen. Wie Schmidt im citierten Aufsatz berichtet, hat das Bauerntum, „die in einer alten Tradition fest verwurzelte Bauernkultur“¹³⁹ durch die leider notwendige Aufgabe an gewissen Freiheiten des wirtschaftlichen Handelns keinen Schaden genommen. Der aus der „Selbstversorgung“ herausgetretene Bauer, „hat sich... überzeugen lassen müssen, dass er seinerseits zu Gunsten der Allgemeinheit weitgehende

¹³⁴ Röpke, a. a. O., S. 319.

¹³⁵ Röpke, a. a. O., S. 321.

¹³⁶ Röpke, a. a. O., S. 317; rein nach dem Grundsatz der komparativen Kosten verfahren, kann die Agrarprod. im Industriestaat nicht im gewünschten Mass erhalten werden. Siehe auch folgenden Aufsatz.

¹³⁷ Ernst Schmidt, Die schwedische Landwirtschaft, Sonderabdruck aus „Schweizer Monatshefte“, 31. Jahrgang, Heft 8, November 1951, S. 5.

¹³⁸ E. Schmidt a. a. O., S. 12.

¹³⁹ Schmidt, a. a. O., S. 14.

Einschränkungen seiner Freiheit in der Betriebsführung auf sich nehmen und einer nach industriellen Grundsätzen durchgeführten Rationalisierung des Betriebes zustimmen muss. Er hat erkannt, dass die absolute Freiheit im Betriebe so lange möglich war, als die Landwirtschaft wie noch vor zwei oder drei Menschenaltern dominierte und keine existenzgefährdende Konkurrenz vom Ausland zu befürchten hatte, dass aber dem Regime des staatlichen Schutzes und der *künstlichen Erhaltung* einer leistungsfähigen Landwirtschaft eine entsprechende Einschränkung der Freiheit des Bauern im Betrieb gegenüberstehen muss“ ¹⁴⁰.

Es haben sich durch die Industrialisierung und Bevölkerungsvermehrung massgebende Relationen verschoben. Damit kommen wir auch zur zweiten Frage: Dass eine strukturelle sozialpolitische Aufgabe der Zeit, des notwendigen Raumes und der leitenden Instanzen bedarf, steht ausser Frage. Nicht klar ist, besonders wenn wir an obengenannte skeptische Äusserung von Rüstow denken ¹⁴¹, wieviele Industriearbeiter bestenfalls „entproletarisiert“ werden können. Dabei ist besonders zu beachten, dass wirkliche „Selbstversorgung“ im Falle der Arbeitslosigkeit mehr als ein Gartenland erfordert. Die Eigenproduktion, die „Gemüse-“ und „Glücksproduktion“ auf dem Pflanzlande kann und muss bei grösserem Umfang die gehobene landwirtschaftliche Produktion schädigen. Das Ideal liegt offenbar eher dort, wo Lampe es sucht, nämlich in der „richtigen“ Mischung ¹⁴² von Landwirtschaft und Industrie im Wirtschaftsraum mit normalgrossen Betrieben auf beiden Seiten, aber Möglichkeit zu wirklich „sicherem“ Unterschlupf des Industriearbeiters beim Bauern. Wenn aber der knappe Boden genützt werden soll, müsste nämlich die „Selbstversorgung“ *dauernd* spielen, nicht erst in der Not. Wie die Erfahrungen mit dem Gemüsegarten gezeigt haben, führten einfache Nutzen- und Ertragserwägungen Arbeitslose dazu, nicht Gemüse zu bauen, sondern von der Unterstützung am Markte zu kaufen ¹⁴³.

Der weitgehenden Selbstversorgung und dem einfachen Lebensstil misst Röpke im Interesse einer freiheitlich-dezentralistischen Ordnung grosse Bedeutung bei ¹⁴⁴, es spricht kein dynamischer Wirtschaftsliberalismus aus dem Satz: „Man kann sich sehr wohl eine liberale Gesellschaft vorstellen, die im wesentlichen aus selbstgenügsamen Bauern besteht und weder Effektenbörsen noch Banken noch auch Devisen kennt, und möglicherweise wäre das die beste von allen“ ¹⁴⁵.

¹⁴⁰ Schmidt, a. a. O., S. 13.

¹⁴¹ Rüstow, ORDO-Bd. II, S. 145.

¹⁴² Adolf Lampe, Rückkehr d. Industrie z. Landwirtschaft, in „Die Gegenwart“, Freiburg/Breisgau, 31. 5. 1947, S. 32—42.

¹⁴³ Vgl. Rudolf Schwenger, Die betriebliche Sozialpolitik im Ruhrkohlenbergbau, in Schr. d. Vereins f. Sozialpolitik, Bd. 186/I, 1932, S. 211 ff., wo aber die immateriellen Vorzüge von Eigenheim und Gartenland stark betont werden.

¹⁴⁴ Röpke, *Civitas humana*, S. 214 und S. 318 u. 322.

¹⁴⁵ Röpke, *Mass und Mitte*, Erlenbach-Zürich 1950, S. 29.

In seiner Untersuchung über International Economic Disintegration findet Röpke, dass zu dieser Tatsache die „immobility of capital and labor“ und der „agricultural nationalism“ viel beigetragen haben¹⁴⁶. Um wieder freiere Handelsgewohnheiten zu erhalten, müsste sich die Landwirtschaft in den Industriestaaten der dezentralisierten Produktion hochwertiger Agrarprodukte zuwenden. Neben der Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit würde sich der soziologische Vorteil ergeben, dass der Industriearbeiter oder seine weitere Familie mit der Urproduktion verbunden ist. Diese Struktur würde also zwei Vorteile in sich vereinigen¹⁴⁷. Die „Landes- und Standortplanung“¹⁴⁸ allerdings, die hierzu nötig wäre, steht vor nur z. T. überwindbaren Schwierigkeiten¹⁴⁹.

Wie Constantin v. Dietze als Agrarpolitiker betont, kann es auf diesem Gebiet weder eine generelle Lösung noch einen Verzicht auf gewisse Schutzmassnahmen geben. Die landschaftsweise starke Differenzierung der rechtlichen und sozialen Organisation, die Abweichungen in den Gebräuchen, der zähe bäuerliche Konservatismus müssen Beachtung finden. Auch Adam Smith habe schon Ausnahmen vom Freihandelsprinzip gelten lassen: „defence is of much more importance than opulence“¹⁵⁰.

Wie Willeke in seiner interessanten Studie erwähnt, ist das Verlangen nach „Württembergisierung“ der industriellen und soziologischen Struktur ein Schlagwort. Es ist nicht nur die günstige räumliche Gliederung entscheidend, sondern auch die fachliche Gliederung der Industrie. Bemerkenswert sei, dass solche „württembergische“ Bezirke keine hohe Aufnahme-fähigkeit für zusätzliche Arbeitskräfte haben¹⁵¹. Auch Goetz Briefs habe schon von einer „gemischten wirtschaftsräumlichen Dezentralisation“ oder „Gemengelage von Landwirtschaft und Industrie“ gesprochen¹⁵². Durch den Kleinbesitz könnte der „Verwertungszwang“ der Arbeitskraft vermindert werden. Willeke stellt fest, „dass der Verwertungszwang die Tendenz hat, mit zunehmender effektiver Leistungsfähigkeit ab- und in der Gegenrichtung zuzunehmen“¹⁵³. Da Willeke nun weiter feststellt, dass „der räumliche Verwendungsspielraum einer Arbeitsleistungsschicht . . . mit

¹⁴⁶ Wilhelm Röpke, International Economic Disintegration, London - Edinburgh - Glasgow 1942, S. 54 u. 123.

¹⁴⁷ Röpke, a. a. O., S. 153 ff. Siehe auch im Anhang: Alexander Rüstow, General Sociological Causes of the Economic Disintegration and Possibilities of Reconstruction, S. 267 ff.

¹⁴⁸ W. Röpke, Mass und Mitte, S. 190.

¹⁴⁹ Siehe oben, Seite 115.

¹⁵⁰ Constantin von Dietze, Wege und Aufgaben wissenschaftlicher Agrarpolitik, Freiburger Universitätsreden, Neue Folge, Heft 3, 1948, S. 9 f.

¹⁵¹ Eduard Willeke, Von der raumgebundenen menschlichen Arbeitskraft, Jena 1937, S. 380.

¹⁵² Willeke, a. a. O., S. 307; zit. Goetz Briefs, Revierbildung und provinciale Streuung der Industrie, Archiv f. Sozialw. und Sozialpolitik, 1932, Bd. 67, S. 29 ff.

¹⁵³ Willeke, a. a. O., S. 183.

ihrer Wertigkeit zu- und umgekehrt abnimmt“¹⁵⁴, kann angenommen werden, dass der „Verwertungszwang“ für alle die bestehen bleibt, die auf dem „Pflanzland“ kein volles Auskommen finden. Besteht der „Verwertungszwang“, so sinkt die Verhandlungsmacht und damit der erzielbare Lohn, der u. U. durch Hinweis auf den Naturalertrag des Kleinbesitzes noch weiter gedrückt wird. Bei jeder „Nebenerwerbssiedlung“ müsste vermieden werden können, dass Einkommen aus Haupterwerb nach städtischem Tarif gleich oder gar grösser ist als Einkommen aus Haupt- und Nebenerwerb bei im letzteren Falle grösserer Anforderung an die Arbeitskraft. Ohne diese Bedingung der Vermeidung des Lohndrucks bei nachgewiesenem Nebenerwerb dürften keine grossen Entwicklungsaussichten bestehen. Auf die Probleme der Landesplanung haben wir bereits hingewiesen¹⁵⁵.

¹⁵⁴ Willeke, a. a. O., S. 185.

¹⁵⁵ Siehe oben, 6. Kap., Abschnitt 1.

7. Kapitel

KONKURRENZ UND HERKOMMEN

So hat John Stuart *Mill* das vierte Kapitel des zweiten Buches über „Verteilung“ in seinen „Grundsätzen der politischen Ökonomie“ überschrieben¹. Wir finden dies auch geeignet als Überschrift der Beurteilung der ordoliberalen Stellung zur herkömmlichen Sozialpolitik.

Während die „Konkurrenz“ oder das „Wettbewerbsprinzip“ zu Gegenstand und Grundlage der (abstrakten) nationalökonomischen Theorie gemacht wird, — *Mill* sagt, „dass nur infolge des Prinzips der Konkurrenz die Volkswirtschaftslehre den Anspruch einer Wissenschaft hat“² — können „Herkommen“ oder *Gebrauch* wohl das wirtschaftliche Ergebnis eines Marktvorganges mitbestimmen, ohne Inhalt der Tauschakte zu sein. Sie stellen „Daten“, besser *Fakten* dar. Während *Böhm* energisch den „Kultus des Faktischen“ ablehnt³, und *Miksch* für die Realisierungsmöglichkeit alles theoretisch Möglichen eintritt⁴, hat *Röpke* die „normative Kraft des Faktischen“ nicht übersehen⁵. Obwohl die Ordoliberalen, besonders *Eucken* und *Miksch*, häufig von „Daten“ sprechen, seltener von „faktischen Daten“⁶, muss man sich klar sein, dass es sich hier *teils* um veränderliche „Daten“ (gleich Bestimmtes, Erlassenes, Gesetztes), *teils* aber um Gegebenes, Unumstössliches also *Faktisches* handelt, das weder ein Theoretiker noch ein Wirtschaftspolitiker zu ändern vermag. So ist z. B. das „Datum“ des „technischen Wissens“⁷ für die Wirklichkeit ein *Faktum*, da es sich besonders in fortschreitender Richtung wohl der beliebigen „Variation“ entzieht. Der Gebrauch des „Datum“-Begriffes für Faktisches oder gar der Ausdruck „faktisches Datum“ deutet auf das Modelldenken, wo auch andere Wissenschaften mit „Daten“ operieren. Obengenannte Wendung *Böhms* ist vorwiegend gegen Institutionen des Rechts gerichtet, die in gewissen Bereichen einer raschen und willkürlichen Änderung am ehesten zugänglich sind, also variable „Daten“ darstellen. Manche wirtschafts- und handelspolitischen Bestimmungen ändern sich nur allzu rasch.

¹ John St. Mill, . . . , n. d. Ausgabe letzter Hand (7. Aufl. 1871) übersetzt v. Wilhelm Gehrig, Jena 1913, Seite 360.

² J. St. Mill, a. a. O., S. 361.

³ F. Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft . . . , S. 71.

⁴ L. Miksch, Die sittl. Bed. d. inneren Koordination, ORDO-Bd. III, S. 65 f.

⁵ Röpke, Staatsinterventionismus, Hwb. d. Staatsw., IV. Aufl., Ergbd., Jena 1929, S. 866.

⁶ Eucken, Grundlagen . . . , 3. Aufl., S. 168 f.

⁷ W. Eucken, Grundlagen . . . , 3. Aufl., S. 156 f.

Ändern sich einzelne *Fakten* rasch, werden häufig neue „*Daten*“ gesetzt, so schwindet die „Konstanz der Daten“ oder wird nie erreicht⁸. Es gibt aber auch Fakten, die eine Erstreckung der „vollständigen Konkurrenz“ über alle Bereiche des Wirtschaftslebens verhindern. Diese bestehen in der Tatsache von vielen öffentlichen Einrichtungen, deren Aufgaben nicht von Angebot und Nachfrage bestimmt werden, zumindest nicht im Sinne der Konkurrenz. Es sind dies der Verwaltungsdienst, öffentliche Sicherheit, Staatsschutz u. a. mehr. Auch durch herkömmliche Einrichtungen, die im Dienste oder in Verbindung mit der öffentlichen Hand die Preisbildung dem Konkurrenzmechanismus entziehen, z. B. bei Frachten, Energiepreisen, landwirtschaftlichen Produkten, notwendigen staatlichen Lohnfestsetzungen findet man einen ausserordentlichen Bereich überspannt. Der gewirtschaftliche Bereich ist wohl gewachsen, aber er ist ganz generell gesehen unentbehrlich zur Bewältigung der öffentlichen Aufgaben. Der „Dualismus der Wirtschaftssysteme“⁹ ist also auch innerhalb eines Staates mit vorwiegend marktwirtschaftlicher Ordnung zu verzeichnen. Wie wir bei der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der „Strukturpolitik“, der Struktur des wirtschaftlichen Unternehmens sahen, besteht keine Einheitlichkeit des Strukturprinzips¹⁰ und somit auch keine Möglichkeit, dass ein Prinzip wie die „Konkurrenz“ überall Geltung hat. Die „Konkurrenz“ stellt nach Röpke sogar eine moralisch-soziologisch nicht ungefährliche Anordnung dar¹¹. Die zerstörende Wirkung der Konkurrenz auf den herkömmlichen „institutionellen Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft“¹² hebt auch Schumpeter hervor, anerkennt aber, dass eine kostspielige „Erhaltungspolitik“ für Kleinproduktion und -handel immerhin möglich ist¹³. Ein bestimmtes, traditionsgebundenes Handeln hat lange Zeit noch eine gewisse Beschränkung auferlegt. Mit dem Schwinden sittlichen, religiösen Verantwortungsgefühls müssen Erlasse, „Daten“, „Veranstaltung“ neue Schranken errichten.

Die „Rahmenpolitik“ soll das neu gestalten, was die Konkurrenz an Herkömmlichem zerstört hat. Am Verhaltensmässigen und Institutionellen *soll*, am Faktischen *muss* die Konkurrenz ihre Grenzen finden. Da „es die Ideen sind, die das gesellschaftliche Gebäude menschlicher Kooperation aufbauen und aufrechterhalten“¹⁴, wie L. v. Mises in Erinnerung ruft, so

⁸ W. Eucken, Grundsätze..., S. 287; der realistische Marktprozess zeichnet sich durch einen ständigen Wechsel der Daten aus. Vgl. dazu F. A. v. Hayek, Individualismus u. wirtschaftliche Ordnung, S. 140. Die „Konstanz der Daten“ und Gleichartigkeit der „Daten“ für alle Konkurrenten gilt vorwiegend für das Modelldenken.

⁹ H. Ritschl, Wirtschaftsordnung u. W.-politik, Weltw. Archiv, 1950 II, S. 274.

¹⁰ Siehe oben, 6. Kapitel, Abschnitte 1 u. 5.

¹¹ W. Röpke, Gesellschaftskrisis..., 1. Aufl. 1942, S. 286.

¹² J. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus u. Demokratie, S. 226.

¹³ J. Schumpeter, a. a. O., S. 227.

¹⁴ Ludwig v. Mises, Liberalismus, Seite 136.

ist der „soziologische Liberalismus“¹⁵ nur aussichtsreich, wenn ihn starke immaterielle Kräfte tragen.

Die *herkömmliche Sozialpolitik* bezieht sich auf „Interessentengruppen“. Von jedem Einzelnen kann man sagen: „Er *will* an den Staat und an dessen Macht, wirtschaftliche Wohlfahrt und Sicherheit zu gewähren, *glauben*“¹⁶. Eine „*marktkonforme Sozialpolitik*“ wird nicht nur durch andere technische Lösungen der gleichen Aufgabe möglich, sie muss auch einen Wandel der Einstellung bei denen bewirken oder voraussetzen können, die heute noch „Interessenten“ sind.

1. Herkömmliche und „marktkonforme“ Sozialpolitik

Die herkömmliche Sozialpolitik hat insofern einen „antiliberalen Charakter“, als sie den freien Arbeitsvertrag unter Anwendung sozialetischer Normen „vorwegzubestimmen“ trachtet¹⁷. Auch der Gedanke der auskömmlichen Nahrung, des „Familienlohnes“¹⁸ in der katholischen Soziallehre wendet sich dagegen, dass der Lohn ein rein funktionell bedingtes Ergebnis sei. Für gewisse Fälle anerkennt Eucken wegen der „fehlenden unteren Kostengrenze des Lohnes“ den *Minimallohn*-Ansatz¹⁹, also eine an sich „nichtkonforme“ Massnahme.

Solche Abweichungen vom exakten Marktmodell bedeuten kaum einen grossen Schritt in Richtung auf die staatliche Planwirtschaft. Wären solche Massnahmen unterblieben, so hätte man damit keine Stützung der Marktwirtschaft erreicht. Die Sozialpolitik ist wohl auch geschichtlichen Wandlungen unterworfen, gründet auf verschiedenen ethischen Normen, hat aber seit ihrer Entstehung folgenden Sinn: „Das wirtschaftliche Spielfeld erhält sein *soziales Apriori*: Das ist der letzte Sinn von Sozialrecht und Sozialpolitik... Dieses soziale Apriori kann ein Konkurrenzsystem von seinen Voraussetzungen aus nicht konstruieren, im Wesentlichen nicht wegen der in ihm geltenden Grenzmoral, selbst da nicht, wo grosse Gruppen der Konkurrenten an sich Neigung und Willen hätten, es durchzusetzen“²⁰.

Die Sozialpolitik ist auch nicht grundsätzlich wettbewerbsfeindlich, sondern sie sucht vorwiegend die Folgen zu überwinden, welche sich aus der unterschiedlichen Ausstattung der wirtschaftenden Menschen mit Produktionsmitteln ergeben. Eine unterschiedliche Ausstattung, welche der Liberalismus als „eine Einrichtung im Interesse der Gesellschaft“²¹ erachtet

¹⁵ W. Röpke, *Civitas humana*, S. 51 u. S. 91, Anm. 7 (3. Aufl. 1949).

¹⁶ H. v. Beckerath, *Gesellschaftliche Voraussetzungen des Marshallplans*, *Kyklos* Vol. IV, Fasc. 2/3, 1950, Seite 105.

¹⁷ Ludw. Heyde, *Abriss d. Sozialpolitik*, 9. Aufl., Heidelberg 1949, S. 21.

¹⁸ Vgl. Enzyklika *Quadr.* anno n. 71 bei P. Jostock, *Soziale Rundschr.*, S. 128.

¹⁹ Eucken, *Grundsätze...*, Seiten 304 u. 322.

²⁰ Goetz Briefs, *Sozialform und Sozialgeist der Gegenwart*, in *Handwörterbuch d. Soziologie*, Seiten 170/171.

²¹ Ludwig von Mises, *Liberalismus*, Seite 160.

und mit dem Konkurrenzprinzip als wissenschaftlicher Grundlage der Marktwirtschaft in Verbindung steht. Dabei ist aber nach v. Mises allein das „Sondereigentum an den Produktionsmitteln“ Wesen des liberalen Programms²².

Die Ordoliberalen sind sich, wie die meisten Sozialpolitiker von jeher, darüber klar, dass die Konkurrenz unter „Rahmenbedingungen“ gestellt werden muss. Die einen aber meinen, dieser Rahmen müsse „konform“, d. h. den „Marktautomatismus“ nicht beengend sein, die anderen wollen den Rahmen sozialetischen Normen gemäss gestalten. Eine Übereinstimmung zwischen Einzelinteresse und Gesamtinteresse ist insofern möglich, als ein in seinem Interesse nach dem „wirtschaftlichen Prinzip“ handelnder Produzent dem Bedarf der Gesamtheit dient²³; es ist aber nicht gesagt, dass der Bedarf wirklich voll gedeckt wird, weil nur die Kaufkräftigen erscheinen. Es können Luxusgüter produziert werden, ehe der dringendste Bedarf gedeckt ist²⁴. In solchen Fällen sind sozialpolitische Massnahmen geboten; das „konforme“ Mittel wäre in diesem Falle ein Kredit zur Produktionsausweitung oder -verbesserung²⁵.

Die Kritik, die Sozialpolitik sei häufig „punktuell“²⁶, nicht grundlegend bessernd, sondern nur die Ergebnisse korrigierend, richtet sich hauptsächlich gegen preisbeeinflussende, d. h. im Sinne des Konkurrenzmechanismus preisverfälschende Massnahmen.

Kann die heutige Sozialpolitik „marktkonform“ umgestaltet werden? Ehe sich z. B. die moderne Arbeitsordnung entwickelte, waren die Frauen- und Kinderarbeit, eine 14stündige Arbeitszeit, das Trucksystem etc. durchaus mit der Marktwirtschaft vereinbar, diese wären auch mit der „vollständigen Konkurrenz“ vereinbar. Die Abschaffung derselben war eine sehr wichtige „Datenänderung“, aber diese ordnete sich ein, wurde von der „Selbststeuerung des Marktes“... „assimiliert“²⁷. Einen wesentlich anderen Charakter hat die Sozialpolitik als „Interessenpolitik“²⁸, als die sie heute mit starken Kräften auftritt. Diese „Interessentenhausen“²⁹ rekrutieren sich nicht, wie das einmal der Fall war, nur aus unterdrückten Ar-

²² L. von Mises, Kritik des Interventionismus, Seite 44: „Es ist Begriffsverwirrung, das Postulat der ‚Gleichheit der Bedingungen‘ aus den Spielregeln des Sports oder aus der Anordnung wissenschaftlicher und technischer Laboratoriumsversuche auf die Wirtschaftspolitik zu übertragen. In der Gesellschaft besteht zwischen den Menschen Wettbewerb, und zwar in jeder denkbaren Gesellschaftsordnung, nicht etwa nur in der kapitalistischen.“ Die „wirklich freie Konkurrenz“ ist einem „nebelhaften Phantom“ gleich.

²³ W. Eucken, Grundsätze d. Wirtschaftspolitik, S. 353.

²⁴ Eucken, a. a. O., S. 355.

²⁵ Bezüglich psychologischer Konsumlenkung siehe F. Böhm, Ordnung d. Wirtschaft..., S. 113.

²⁶ Eucken, a. a. O., S. 313 f.

²⁷ W. Röpke, Gesellschaftskrisis..., S. 253.

²⁸ E. v. Philippovich, Entwicklungsgang d. wirtschafts- u. sozialpolitischen Systeme und Ideale, Grundriss d. Sozialökonomik, I/1, S. 126 f.

²⁹ W. Lippmann, Die Gesellschaft freier Menschen, Seite 172 f.

beitern, sondern aus den mannigfachen Gruppen, die der mehr oder minder berechtigten Auffassung sind, bei der Verteilung des Sozialproduktes zu kurz zu kommen, oder nicht ausreichend am „Fortschritt“ teilnehmen zu können. Dabei siegt zumeist das „organisierte Produzenteninteresse“ über das „organisierte Konsumenteninteresse“, weil die Organisation der Produzenten besser gelingen muss³⁰. Diese „Produzentenvereine“ nehmen den geltenden Marktpreis nicht als „Datum“ hin, sondern suchen *ihre* Position zu verbessern. Es ist eine für den Liberalen schwer hinzunehmende Tatsache, dass durch die *politische Konkurrenz*³¹ in der Demokratie das erwünschte Ergebnis der Konkurrenz aus verschiedenen Motiven geändert werden kann.

Hier aber stoßen wir auf die schwierige Frage, ob eine „marktkonforme“ Gestaltung dort möglich ist, wo der „Markt“ im herkömmlichen Sinne, der „Ein-Waren-Markt“³², in Rückbildung begriffen ist? Die „Verhaltensweisen“ der wirtschaftenden und um ihren „gerechten“ Anteil ringenden Menschen spielen unzugegebenermassen auch bei Eucken eine bedeutsame Rolle und Triffin hat in seiner „Theorie der externen Interdependenz“³³ die „Verhaltensweise“ zum wesentlichen Kriterium gemacht. In einer derartigen Theorie bahnt sich aber offenbar die Möglichkeit an, den erreichbaren Grad der Einflussnahme „organisierter Gesamtheiten“³⁴ näher zu ermitteln.

Gewiss hat die Bildung von Gewerkschaften als Antwort auf die Nachfragemonopole der Arbeitgeber die Zusammenschlüsse der Unternehmer wieder gefördert, aber die sozialpolitischen Einrichtungen haben nicht die „*Imperfect Competition*“³⁵ hervorgerufen, weil der „Arbeitsmarkt“ eben „unvollkommen“ ist. Auch die „Substitutionskonkurrenz“ scheint das Ergebnis eines nicht umkehrbaren Prozesses zu sein.

Gewiss ist immerhin, dass die herkömmliche Sozialpolitik mit einer Homogenität der Wirtschaftspolitik im ordoliberalen Sinne nicht voll vereinbar ist. Die Lösung der sozialpolitischen Probleme im Rahmen einer „Wettbewerbsordnung“ muss daher Aufgabe einer „marktkonformen Sozialpolitik“ sein. Hierbei wird nicht beabsichtigt, im Interesse der „vollständigen Konkurrenz“ etwa an sozialpolitischen Massnahmen aufzuheben, was nur irgendwie aufzuheben geht, sondern die als notwendig anerkannten Eingriffe dahingehend zu überprüfen, ob diese „systemgerecht“ sind. Ist das nicht der Fall, so sind eben „konforme“ Lösungen zu suchen³⁶.

³⁰ F. Böhm, Das Mitbestimmungsrecht..., ORDO-Bd. IV, S. 195.

³¹ W. A. Jöhr, Die Leistungen des Konkurrenzsystems..., Schweiz. Zeitschrift für Volksw. u. Statistik, Nr. 5, Oktober 1950, S. 398.

³² Vgl. K. Steinbrück, a. a. O., S. 15.

³³ K. Steinbrück, a. a. O., S. 107 f.

³⁴ Richard Büchner, Die Lehre vom Handel, Sonderabdruck aus der Zeitschrift f. Schweizerische Statistik u. Volkswirtschaft, 78. Jahrgang, Heft 3, 1942, Seite 168.

³⁵ Joan Robinson, The Economics of Imperfect Competition, London 1933.

³⁶ A. Müller-Armack, Deutung unserer ges. Lage, ORDO-Bd. III, S. 266.

Dies dürfte nur dann möglich sein, wenn man sich entschliessen könnte, statt vieler Korrekturen an Symptomen einschneidende Besitzverschiebungen vorzunehmen. Sicher würde das von vielen Menschen als untragbar empfunden. Aber vielleicht ist es doch notwendig, wenigstens successiv in dieser Richtung zu wirken. Auf alle Fälle sollten diese Richtlinien von im Aufbau befindlichen Ländern berücksichtigt werden, die noch nicht mit einer komplizierten und konzentrierten Struktur belastet sind wie manche Industrieländer. Als die ersten Arbeiterschutzgesetze kamen, haben die Unternehmer von „untragbaren“ Forderungen gesprochen. Sie gerieten in die Defensive und Pentzlin meint, dass dies nicht nötig gewesen wäre, wenn die Unternehmer damals „soziale Erfinder“ zu ihrer Seite gehabt und die Reformen von sich aus gebracht hätten³⁷. Es wäre dann also von selbst eine „marktkonforme“ Sozialpolitik entstanden, wenn eben nicht die Wirkung der Konkurrenz dies verhindert hätte. So hat es nur wenige sozialpolitisch sehr erfolgreiche Unternehmer geben können, weil nicht jeder das *Herz* und nicht jeder die *Marktposition* dazu besass. Die anderen haben es sich dann kollektiv und nach und nach von der organisierten Arbeiterschaft abringen lassen müssen, denn dann war keiner der Konkurrenten im erfassten Gebiet mehr im Vorteil niedrigerer Lohnkosten³⁸.

Die grundlegende „soziale Frage“ des Industriezeitalters, entstanden aus der Macht der Produktionsmittelbesitzer, die Distribution zu ihren Gunsten zu beeinflussen, hat ihre Entstehungsgründe — wie nun erkennbar — auch darin gehabt, dass unter dem Hinweis auf die „Konkurrenz“ die *allgemeine Verbreitung* sozialer Massnahmen in den Betrieben unterblieb, insbesondere aber nicht selbständig, ohne äussere Einflüsse vorgenommen wurde. Die *Pioniere* der betrieblichen Sozialpolitik waren vorwiegend sogenannte „Monopolisten“ oder Aussenseiter. Eine „konforme“ Lösung konnte sich deswegen nicht ergeben, weil Fortschrittsbesessenheit und ökonomisches Kalkül das Empfinden für soziale Probleme zurückdrängten und politische Folgerungen aus den Vorgängen einer „entpolitisierten“ Wirtschaft nicht gezogen wurden.

So sind Fronten entstanden, die „Kontrahenten“ begannen sich zu gruppieren. Dabei ist nicht verwunderlich, dass die als Einzelindividuen wirtschaftlich schwachen Arbeiter eher dem Sozialprinzip zuneigten, den Zusammenschluss in der Masse suchten, während der autokratisch gesinnte Unternehmer für sich Individualist blieb. Es liegt eine deutliche *Interessen-gruppierung* vor³⁹. Während nun die eine Gruppe die Überwindung dieses Gegensatzes letztlich in der Sozialisierung der Produktionsmittel sieht, hat die „marktkonforme“ Lösung noch keine endgültige Gestalt angenommen,

³⁷ K. Pentzlin, Unternehmer u. Sozialpolitik, Seite 42.

³⁸ Siehe oben, 3. Kapitel, Abschnitt 2, D.

³⁹ Immerhin sind die Unternehmer nicht unbedingt liberal, besonders, „wenn ihre unmittelbaren Sonderinteressen in Frage kommen“. Der Liberalismus ist keine „Partei des Kapitals“, er dient keinem Sonderinteresse. L. v. Mises, Liberalismus, Seiten 159, 162, 163.

denn die Mittel zur Überwindung der wirtschaftlichen Macht sind noch nicht überzeugend.

Welches sind die Bedingungen einer „marktkonformen Sozialpolitik“? Zuerst ist zu bedenken, was eine strenge „Systemgerechtigkeit“ hier zu bedeuten hat. Eine „konforme“ sozialpolitische Intervention dürfte die Funktion des Preismechanismus auf keinem Gebiet beeinflussen, eine „Anpassungsintervention“ hätte so zu erfolgen, dass lediglich das zukünftige Ergebnis des freien Marktprozesses vorweggenommen würde⁴⁰. „Das Endziel hat die Anpassungsintervention mit dem Laissez-faire-Prinzip gemeinsam...“⁴¹.

Eine weitere Bedingung wäre u. E. aber, dass nun die marktkonforme Intervention auch sozialkonform ist, d. h., dass anerkannten sozialpolitischen Forderungen auf alle Fälle mit gleichem Effekt durch marktkonforme Massnahmen entsprochen werden könnte⁴².

Ferner setzt eine „marktkonforme Sozialpolitik“ eine ganz bestimmte Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur voraus, die nicht Folge der Verteilung nach einem realistischen Konkurrenzmechanismus sein kann⁴³. Es muss klar sein, mit welchen Mitteln der „anthropologisch-soziologische Rahmen“ der „Wettbewerbsordnung“ gebildet und erhalten werden kann. Es gibt also zweifellos dann auch „konforme“ „Erhaltungsinterventionen“, was von Röpke nicht anerkannt wird⁴⁴. Dem „Rahmen“ der „Wettbewerbsordnung“ gibt das „Sozial- und Humanitätsprinzip“ das Gepräge. Die Konstanz dieser Rahmen-Daten wäre notwendig, damit der „marktwirtschaftliche Kern“ nicht irritiert wird⁴⁵. Da des weiteren die „marktkonforme“ Sozialpolitik keinen nationalen, systemhaften Charakter haben soll⁴⁶, sondern mit dem Freihandel vereinbar sein soll, müsste ein gewisses internationales Gleichgewicht bestehen, um Dumping zu vermeiden.

Es schliesst sich daran die weitere sehr wichtige Bedingung an, dass die vorgezeichnete Idealstruktur von Wirtschaft und Gesellschaft ohne die Mittel der Zentralverwaltung erzielt und erhalten werden kann, d. h. dass auch der Weg zu diesem weit gesteckten Ziel „marktkonform“ verläuft.

Zuerst ist hierzu zu bemerken, dass die strenge „Marktkonformität“ sozialer Massnahmen nach Ansicht von Müller-Armack gelockert gehört zu „noch mit der Marktwirtschaft verträglichen Massnahmen“⁴⁷. Betreffend die Strukturveränderung, die „Verbäuerlichung“ des Arbeiters⁴⁸ etc. hat

⁴⁰ A. Rüstow, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus..., S. 95, Anm. 2.

⁴¹ W. Röpke, Gesellschaftskrisis..., S. 296.

⁴² Siehe unten, 7. Kapitel, Abschnitt 3.

⁴³ Vgl. Hans Peter, Sozialpolitik und freier Wettbewerb, Akademie f. deutsches Recht, Heft 6 d. Gruppe Wirtschaftswissenschaft, S. 207.

⁴⁴ Röpke spricht von einer grundsätzlich „gegensinnigen“ (Erhaltungs-) Intervention. Gesellschaftskrisis..., S. 295.

⁴⁵ Röpke, Civitas humana, Seite 83.

⁴⁶ W. Röpke, Gesellschaftskrisis..., S. 270/271.

⁴⁷ A. Müller-Armack, ORDO-Bd. III, S. 266.

⁴⁸ W. Röpke, a. a. O., S. 344.

Eucken wohl einmal die Wichtigkeit des „eigenwirtschaftlichen Elements“⁴⁹ hervorgehoben; er weist aber mit Entschiedenheit darauf hin, dass es romantisch sei, ein „Zurück... in die Einfachheit des ländlich-natürlichen Lebens“ anzustreben. Für Eucken ist die Forderung der sozialen Sicherheit ein Funktions- und „Ordnungsproblem“ unter den gegebenen Verhältnissen⁵⁰. Eucken sieht die Erfüllung sozialpolitischer Anliegen in einer möglichst vollkommen organisierten „Wettbewerbsordnung“, in der die „Betriebs- und Arbeitsmarktverfassung“ vor Unrecht bewahrt⁵¹. Die Industrialisierung, die hochgradige Arbeitsteilung, die grosse Bevölkerungszahl hat die Fähigkeit zur Selbstversorgung stark schwinden lassen. Die Abhängigkeit des Einzelnen von den Leistungen sehr vieler Menschen ist so erheblich geworden, dass nur die ständige Inbetriebhaltung des Wirtschaftsprozesses die Vielzahl derer vor Not bewahrt, die von der Hand in den Mund leben. Angesichts der Gefahren einer extremen „Vollbeschäftigungspolitik“ und des nicht allzu grossen Vertrauens in die sonstigen Mittel der Konjunkturpolitik wäre die Selbstversorgung wohl erwünscht. Abgesehen davon, dass die „konforme“ Schaffung und Erhaltung dieser Bedingungen kaum für alle eventuell Betroffenen möglich ist, muss noch folgendes bedacht werden:

Die private Versicherung gegen Verdienstaussfall oder Arbeitslosigkeit ist deshalb problematisch, weil „die Zufälligkeit und die Schätzbarkeit des durch die Arbeitslosigkeit bedingten Mittelbedarfes“⁵² als unbedingte Voraussetzung des individualistischen Versicherungsprinzips nicht vorliegt. Aus diesem Grunde hat die Zwangsgemeinschaft der Arbeitslosenversicherung, beruhend auf dem kollektivistischen Versorgungsprinzip ihre unbestreitbare Bedeutung.

In Ansehung der Tatsache, dass die *Depression* ein *funktionelles Versagen* aus systembedingten Gründen darstellt, gehört die Arbeitslosigkeit zu den „Risiken des Erwerbslebens, die der Arbeiter zwar zu tragen, die er aber nicht selbst zu verantworten hat“⁵³. Die Einstellung, dass man deshalb an das Versorgungsprinzip appellieren könne, liegt sehr nahe. Der staatliche Verteilungsapparat spielt die Rolle eines „Ersatzes für das Eigentum“⁵⁴. Liegt nun ferner der begründete Verdacht vor, die Entlassungen würden larger gehandhabt, weil eine Versicherung bzw. Reserven vorhanden sind, so wird jeder Entlassene die eigenen Reserven möglichst zu

⁴⁹ W. Eucken, Grundsätze..., S. 247.

⁵⁰ W. Eucken, a. a. O., S. 184. An anderer Stelle (a. a. O., S. 237) weist Eucken allerdings darauf hin, dass bei „vollständiger Konkurrenz“ eine andere Struktur anzutreffen wäre.

⁵¹ W. Eucken, a. a. O., S. 320 f. Auch der „Haushaltverfassung“ schenkt Eucken Beachtung. Im Interesse der individuellen Unabhängigkeit sind danach Ermöglichung der Spartätigkeit, begrenzte Selbstversorgung, private Versicherung etc. geboten.

⁵² Walter Weddigen, Sozialpolitik, Jena 1933, Seite 251 f.

⁵³ Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Seite 319.

⁵⁴ Wilhelm Röpke, Civitas humana, S. 254.

schonen suchen. Der Gedanke des Unternehmers, Reservenverzehr zu fördern, um Lohndruck ausüben zu können, ist wohl asozial, aber bei „vollkommener Konkurrenz“ ohne Mindestlöhne durchaus zu verwirklichen. Gegen eine solche Massnahme müsste der „Rahmen“ der Marktwirtschaft geschützt werden können.

Ob die *Förderung des Eigenbesitzes* des Arbeiters die *Verhandlungsmacht* gegenüber dem Unternehmer erhöht, kann nicht in jedem Falle bejaht werden: Bei werkseigenen Siedlungen bestimmt nicht, weil damit die Konkurrenz der Arbeitgeber ausgeschaltet wird. Die Löhne auf dem Lande, wo „halbbäuerliche“ Arbeiter nicht selten sind, sind zumeist niedriger als in städtischen Betrieben; das Nachfragemonopol nach Arbeitskräften kann wirksamer sein als die Elastizität der „Teilselbstversorger“. Der *Betrieb* wird nach dem *Autoritätsprinzip* geleitet⁵⁵. Aus diesem Grunde fehlt sehr häufig die *neutrale* Entscheidung über die vollbrachte Leistung und deren Abfindung, insbesondere im Angestelltenverhältnis. Das „Gleichgewicht“ zwischen den „Partnern“ dürfte kaum gegeben sein⁵⁶, weil bei Lohnverhandlungen des Einzelnen und beim Avancement das Autoritätsprinzip sehr zur Geltung kommen kann. Der Mitwirkung der Gewerkschaften zur Durchsetzung von den „Wettbewerbslöhnen“ entsprechender Abfindung ist nicht zu entraten⁵⁷.

Die „marktkonformen“ Lösungen für eine nicht konkurrenzbeschränkende und doch das „Gleichgewicht“ sichernde Arbeitsordnung⁵⁸, für eine Sozialversicherung, die zum „Staat im Staate“⁵⁹ geworden ist, die Überwindung aller Folgen, welche aus der ungleichen Ausstattung mit Produktionsmitteln resultieren, können nicht darin bestehen, dass unter Belassung der vorgefundenen Struktur nun lediglich die für „konform“ erachteten Bestimmungen und Eingriffe vorgenommen werden. Das Ziel muss in diesem Falle sein, alle zentralistischen Massnahmen fallen lassen zu können, den „Eigentumsersatz“ Sozialversicherung in wirkliches Kleineigentum wandelnd, die Konkurrenz unter den Arbeitgebern so verstärkend, dass sie keinen Lohndruck mehr ausüben können, es muss eine „Startgerechtigkeit“ (*égalité des conditions*)⁶⁰ verwirklicht werden.

„Das neue Gesicht der Sozialpolitik“ ist bestimmt durch eine „Politik des Abbaus des Proletariats“⁶¹. Nicht die einzelnen Massnahmen der So-

⁵⁵ W. Eucken, a. a. O., S. 175.

⁵⁶ W. Eucken, a. a. O., S. 322.

⁵⁷ W. Eucken, a. a. O., Seite 323: Wenn die Gewerkschaften „mit Mitteln der Macht eine Erhöhung der Löhne über die Wettbewerbslöhne hinaus erzwingen, so führt das zur Arbeitslosigkeit.“

⁵⁸ die allerdings keine „ungehemmte Politik der Lohnerhöhung und Arbeitszeitverminderung“ mehr ist. W. Röpke, Gesellschaftskrisis..., S. 351.

⁵⁹ Die deutsche Sozialversicherung als „kollektivistischer Staat im Staate“; siehe Walter Weddingen, Sozialpolitik, Seite 60 f.

⁶⁰ W. Röpke, Gesellschaftskrisis..., S. 357 gem. L. Walras Einteilung in: *égalité des conditions* und *inégalité des positions* in „Etudes d'économie sociale“.

⁶¹ W. Röpke, a. a. O., Seiten 350 und 353.

zialpolitik, die heute vorgenommen werden, sind durch „konforme“ Eingriffe zu ersetzen, sondern die Gesamtkonzeption ist zu wandeln. Statt „Linderungs politik“ für das Proletariat, ist die „Entproletarisierung“ einzig vernünftiges Ziel. Solange es aber ein Proletariat gibt, d. h. Menschen in unsicherer Existenz ohne nennenswerte materielle Reserven und gesellschaftliche Bindung, ist die „Sozialpolitik alten Stils“ noch notwendig, die sich nach Röpke aber „nur palliativ mit dem schwer auflösliehen Restbestand zu beschäftigen hat“, je mehr die „Entproletarisierung“ voranschreitet ⁶².

Der *herkömmlichen Sozialpolitik* kann, solange eine „Proletarität“ ⁶³ besteht, nicht entraten werden. Da aber die Sozialpolitik als „Distributionspolitik“ ⁶⁴ weit über den Bereich des „Proletariats“ hinausgeht, ist dieses Kriterium für ihr Verschwinden nicht massgebend. Die „Distributionspolitik“ spielt nicht nur für eine „Strukturpolitik“ eine grosse Rolle, sie müsste auch nach Erreichung der idealen Struktur als eine *Strukturerhaltungspolitik* gegen die dynamischen Marktprozesse wirken. Das den „Rahmen“ bestimmende Sozialprinzip ⁶⁵ kann nun — und das ist sehr wesentlich — die Normen für eine ethisch-moralisch befriedigende Gestaltung nicht vom Konkurrenzprinzip her empfangen ⁶⁶. Diese Erkenntnis ist in der katholischen Soziallehre sehr fest fundiert ⁶⁷ und gerade an diesem Punkt besteht auch zwischen Eucken und Röpke eine gewisse Differenz, welche sogleich noch aufzuzeigen sein wird.

Für die „marktkonforme“ Sozialpolitik halten wir fest, dass sie „Strukturpolitik“ sein muss. Die „soziologisch-moralischen“ ⁶⁸ Grundsätze, welche für die Erhaltung einer der Selbsthilfe günstigen Struktur gelten, können nicht aus dem Konkurrenzprinzip abgeleitet werden. „Marktkonformität“ und Sozialkonformität sind nicht unbedingt identisch, eine freie und gerechte Ordnung muss beide in möglichsten Einklang zu bringen suchen.

⁶² W. Röpke, Gesellschaftskrisis..., Seite 353, das ist „Lohnpolitik..., Gewerkschaftswesen, Arbeiterschutz, Sozialversicherung...“.

⁶³ Definition bei W. Röpke, Mass u. Mitte, S. 162 ff.: Mangel wirtschaftl. u. soziologischer Reserven, „Diskontinuität, Fremdgesetzlichkeit und Beliebigkeit“ als Merkmale.

⁶⁴ W. Röpke, a. a. O., S. 354.

⁶⁵ Röpke, Civitas humana, S. 83.

⁶⁶ Vgl. W. Röpke, Gesellschaftskrisis..., S. 286. Johannes Messner, Die Berufsständische Ordnung, Innsbruck 1936, S. 304. Ferner Oswald v. Nell-Breuning, Zur Wirtschaftsordnung, Heft IV des Wörterbuchs der Politik, Freiburg 1949, Spalte 41.

⁶⁷ Siehe Anm. 66 und die Enzykliken *Rerum novarum*, n. 12, 13, *Enz. Quadr. anno*, n. 88. bei P. Jostock, Die sozialen Rundschreiben, S. 24 ff., 138 ff.

⁶⁸ W. Röpke, a. a. O., S. 286.

2. Interdependenz und Ordnungsprinzipien

Der Marktautomatismus in reiner Form, unverfälscht durch Machteinwirkungen, gestattet die Verteilung des Sozialproduktes nach dem Leistungsprinzip und entspricht insofern der „distributiven Gerechtigkeit“⁶⁹. Nicht nur die Ungleichheit der Startbedingungen, sondern unverschuldete Verhinderung des Einzelnen, seine Leistung auch zu erbringen, nicht zu eliminierende Machteinflüsse, verändern dieses Ergebnis. Für das reine Leistungsprinzip gibt es keine Rücksicht auf unterbleibende Leistungen. Das „Sozial- oder Humanitätsprinzip“ ist dem Ausgleich solcher Mängel zugewandt.

Gemäss der „Interdependenz der Ordnungen“ besteht zwischen der Wirtschafts-, Rechts- und Staatsordnung eine Wechselwirkung⁷⁰. Wie die ungehinderte Konkurrenz des Laissez-faire erwies, macht sich das Fehlen ausreichender ordnender Kräfte nachteilig bemerkbar. Diese Kräfte und herkömmlichen Einrichtungen anderer Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens müssen aber, um ordnend wirken zu können, anderen Prinzipien entstammen. Ohne die Wirtschaft als „Unterbau“⁷¹ zu betrachten, fordert aber Eucken, dass sich bei grundsätzlicher Entscheidung für den „Wettbewerb“ dessen Bedingungen überall durchsetzen, dass die „Wettbewerbsordnung der *wirtschaftlichen* Notwendigkeit“ Vorrang gewährt⁷². Wird das Denken dem Ökonomischen entfremdet, so gelingt die Überwindung der Knappheit um so weniger und die Freiheit gerät erst recht in Gefahr⁷³. Eucken erwartet für den Fall einer „hinlänglich vervollkommenen Wettbewerbsordnung“ keine volle Bändigung „der elementaren Gewalt des Machttriebes“, keinen Idealzustand. Sollte es aber gelingen, „dem Gedanken des ORDO die ihm zukommende geistige und sittliche Autorität zurückzugewinnen oder ihm diese Autorität zu verschaffen“, so wäre schon viel gegen die „Verführungskraft von Ideologien“, den „Trieb zur Beherrschung, Unterdrückung und Ausbeutung von seinesgleichen“ erreicht⁷⁴.

Röpke anerkennt und verteidigt das „Konkurrenzprinzip“, begrenzt es aber streng im wirtschaftlichen Gebiet und sucht die ständig strukturwandelnden und besitzverschiebenden Kräfte in gewissem Sinne zu bannen. Das „*Recht auf Eigentum*“, das Röpke als wirklich „*soziales Recht*“ postuliert⁷⁵, soll zu krasse Unterschiede vermeiden helfen. Diese Forderung ist ganz deutlich *nicht* aus dem Konkurrenzprinzip ableitbar. Eine Struktur, deren Schichtung (Eigentumsverteilung) nicht Ergebnis der Konkurrenz ist, wird sich ohne gegensinnige Intervention nicht erhalten lassen. „Konkurrenz und Herkommen“ sind einander feindlich. Auch die Herstellung

⁶⁹ Röpke, a. a. O., S. 357.

⁷⁰ Eucken, Das ordnungspol. Problem, ORDO I, S. 72.

⁷¹ Eucken, a. a. O., S. 71/72.

⁷² Eucken, Grundsätze..., S. 370 f. (Hervorhebung von uns).

⁷³ Eucken, Grundsätze..., S. 373.

⁷⁴ F. Böhm, Die Idee des ORDO..., ORDO-Bd. III, S. LXII.

⁷⁵ W. Röpke, Civitas humana, S. 279.

einer derartigen Struktur müsste gegen die Wirkung der Konkurrenz erfolgen, wäre ein sehr einschneidender Akt der „austeilenden Gerechtigkeit“. Es ist nicht leicht zu sagen, *wie* ein Kompromiss zwischen „Marktkonformität“ und sozialem Erfordernis hier gefunden werden kann.

Was die Einflüsse der „Interessentengruppen“ auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik anbetrifft, so hat v. Philippovich die Auffassung vertreten, dass heute diesen differenzierten Anforderungen nur sehr schwer mit einem allgemeingültigen Programm entsprochen werden könnte. Die Gemeinsamkeit der für sich vielschichtigen Interessen liege im Schutzbedürfnis⁷⁶. Eucken sagt: *im Privileg*⁷⁷. — Richtig wäre es, wenn alle „Interessentengruppen“ stets das politische und wirtschaftliche Grundprinzip *vor* ihre kurzfristigen Sonderinteressen stellen würden. Gerade in dieser Hinsicht ist v. Mises sehr skeptisch, hier ist er ganz „neoliberal“, indem er den Laissez-faire-Optimismus nicht teilt⁷⁸. Da jede Wirtschaftsordnung sich nur „politisch-soziologisch“ verwirklichen lässt⁷⁹, stellen die „Interessentengruppen“ einer umfassenden Neuordnung die stärksten Widerstände entgegen.

So müssen wir feststellen, dass zur Verwirklichung eines solchen umfangreichen Programms eine sehr starke und langlebige Macht notwendig wäre, um insbesondere auch einen so langfristigen Plan wie den der „Strukturpolitik“ durchsetzen zu können, um die Fähigkeit zur Selbsthilfe durch eine individuelle „Mindestautarkie“⁸⁰ zu aktivieren. Ferner müssen wir uns darüber klar sein, dass die *herkömmliche Struktur* in ihrer Komplexität und Beharrlichkeit der neuen Ordnung nach dem idealen Vorbild der „vollständigen Konkurrenz“ als ein kaum überwindliches Faktum begegnet. Immerhin könnte hier nach Rüstow die Gefahr des Atomkrieges zur „Deglomeration“ anregen⁸¹.

Das ordoliberalere Programm ist davon abhängig, dass der „Liberalisierung“ von Produktion und Handel die marktkonforme Sozial- und Strukturpolitik folgt, die wie die herkömmliche Sozialpolitik *umfassende Lösungen anstreben muss*⁸².

⁷⁶ Eugen von Philippovich, siehe oben, Anm. 28 zu diesem Kapitel.

⁷⁷ Walter Eucken, Grundsätze . . . , Seiten 266, 334 f., 376.

⁷⁸ Ludwig v. Mises, Liberalismus, S. 138: Der „ältere Liberalismus“ hat niemals begriffen, „erstens, dass die grosse Masse nicht die Fähigkeit besitzt, logisch zu denken, und zweitens, dass den meisten, selbst wenn sie das Richtige erkannt haben sollten, ein augenblicklicher Sondervorteil wichtiger scheint als ein dauernder grösserer Gewinn.“

⁷⁹ A. Rüstow, Zwischen Kapitalismus u. Kommunismus, ORDO-Bd. II, S. 109.

⁸⁰ Rüstow, a. a. O., S. 115.

⁸¹ Rüstow, a. a. O., Seite 146.

⁸² In dieser Hinsicht bedauert Rüstow sehr, dass Bundeswirtschaftsminister Erhard „bisher ganz überwiegend nur die Teile des Programms durchführen konnte, in denen es mit dem alten Liberalismus übereinstimmt, während gerade diejenigen wichtigen Punkte, in denen sich der neue Liberalismus vom alten unterscheidet, und die das unterscheidende Beiwort einer sozialen Marktwirtschaft erst rechtfertigen könnte, bisher auf politische Widerstände und Hemmungen stießen.“

3. Der Begriff „sozialkonform“

Für sozialpolitische Belange ist die Bedingung der „Marktkonformität“ eine zu enge Begrenzung. Die „Marktkonformität“ als Indifferenz zum Preismechanismus der „vollständigen Konkurrenz“ sagt nichts darüber aus, dass eine ihr entsprechende Massnahme auch den ethischen Normen der Sozialpolitik gerecht werde. Die Verflechtung von Wirtschafts- und Sozialpolitik sollte nach unserer Auffassung nicht dazu führen, dass allein die „Marktkonformität“ über die Qualität sozialpolitisch notwendiger Intervention und deren Zulässigkeit entscheidet. Z. B. ist die „konforme“ Währungsabwertung⁸³ nicht *sozialkonform*, weil sie Rentner, Sparer und die soziale „Strukturpolitik“ zu schädigen vermag. Auch die Begrenzung der Einkommensverteilungspolitik nach rein marktinässigen Gesichtspunkten ist nicht ganz gerechtfertigt, man denke etwa an Familienlöhne. Die „Strukturpolitik“ mit einer fixierten Vorstellung von der Besitzverteilung ist u. E. wohl sozialkonform, nicht aber „marktkonform“ herstellbar und erhaltbar. Die wegen Arbeitslosigkeit an der Teilnahme am „Leistungswettbewerb“ verhinderten Menschen, die älteren Arbeiter, die wegen ihrer „Einflusslosigkeit“ in der „vollkommenen Konkurrenz“ in Not geratenen Personen, können nicht dem reinen Leistungsprinzip unterstellt werden.

Um nun die Gefahr hintanzuhalten, dass unter Berufung auf wertmässige Entscheidungen die Sozialpolitik keine normativen Grenzen einhält, wären gewisse *Regeln der Sozialkonformität* von grossem Nutzen. Der Vorwurf der Liberalen, dass gewisse „materielle“ Entscheide den Wettbewerbsprozess schädigen, mag wohl gelten. Aber es wäre erwünscht, dass man nicht allzu starre Normen für Sozialgesetzgebung und sozialpolitische Interventionen finden könnte, die ein Überborden der „Ermessensentscheide“ verhindern. Die Einengung in einen „Formalismus“ der reinen „Marktkonformität“ würde nahezu das Ende der herkömmlichen Sozialpolitik bedeuten. Das Mass der notwendigen Interventionen kann *nicht nur nach einem* Indikator bestimmt werden. „Marktkonformität“ und Sozialkonformität sind von Bedeutung⁸⁴.

Den Begriff *sozialkonform* wollen wir definieren als eine Übereinstimmung mit Grundsätzen, die gemäss dem christlichen Liebesgebot, dem Humanitätsprinzip und dem Allgemeininteresse an einer gesunden Gesellschaftsstruktur gestaltet sind und dem „Formellen“ insofern gerecht werden, als die Massnahmen zur Erhaltung und Besserung des kulturellen

A. Rüstow, Marktwirtschaft und Demokratie, Vortrag an der Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer, 30. 3. 1951 in Wiesbaden, Heft 3 der Schriften des Verbandes, Seite 35 ff., cit. v. S. 38.

⁸³ Siehe oben, 5. Kapitel, Abschnitt 3, Anm. 86.

⁸⁴ Grundsätzlich verlangt „ein neues positives Programm des Gesellschaftsaufbaues“ nach Rüstow eine „eindeutige Bestimmung der Sozialstruktur“..., „zu deren Bestimmung ausser der Wirtschaftsgleichung der Marktwirtschaft eine von ihr unabhängige, aber mit ihr vereinbare Sozialgleichung“ notwendig ist. Alexander Rüstow, Ortsbestimmung der Gegenwart, 1. Band, 1950, S. 235.

und materiellen allgemeinen Niveaus und des Interessenausgleichs auf die Funktionsbedingungen einer Verkehrswirtschaft Rücksicht nehmen. Er schliesst auch ein Recht auf herkömmliche sozialpolitische Errungenschaften im Rahmen des Möglichen ein. Eine wichtige Abgrenzung ist noch darin zu erblicken, dass über die Sicherung einer Existenz- und Entwicklungsbasis hinaus keine Einwirkung erfolgen soll. Jenseits eines gesicherten Bereiches hat der geordnete Wettbewerb seinen grossen und unbestrittenen Bereich, dessen Antriebskräfte aber nicht nur Not und Zwang zur Leistungsabgabe um jeden Preis zu sein brauchen. Das Ziel der „Strukturpolitik“, einer — auch formell erfassbaren — Mindestgrundlage jeder menschlichen Existenz ist hier inbegriffen.

Mit dieser Formulierung soll kein „Normal“-Status abgegrenzt werden, der zu dogmatischen Auslegungen verleiten könnte. Es ist aber offenbar möglich, wie Haberler meint, wenigstens eine (auch international) vergleichende „Wohlstandsfunktion“ zu bestimmen, mit der dann „durchaus wissenschaftlich“⁸⁵ gearbeitet werden kann.

Im Bereich der Sozialpolitik wird vielleicht noch deutlicher, dass man keinen Zustand „als ob“ herbeiführen kann. (D. h. einen Zustand, „als ob“ es keinerlei Ausbeutung und nur vollkommene „Gerechtigkeit“ gäbe). Die ordoliberalen Vorschläge zu „Als-ob“-Korrekturen erstrecken sich ja nicht eindeutig auf den „Arbeitsmarkt“ und gar nicht auf das Arbeitsverhältnis.

Obige Formulierung soll nur der Hinweis sein, dass die „vollständige Konkurrenz“ und eine eng ausgelegte „Marktkonformität“ sozialpolitische Mängel wesensgemäss aufweisen⁸⁶.

⁸⁵ Gottfried Haberler, Reale Kosten, Geldsorgen und komparative Vorteile, Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XIII, Heft 3, 1952, S. 419, Anm. 2.

⁸⁶ Zur Frage der „Gerechtigkeit im Modell der vollkommenen Konkurrenz“ siehe Josua Werner, Wohlstand, Freiheit und Gerechtigkeit, ihre Verwirklichung als Problem der Wirtschaftspolitik, Diss. St. Gallen, 1951, S. 87 f.

8. Kapitel

ZUSAMMENFASSUNG UND BEURTEILUNG

1. Zusammenfassung der Grundideen

A. Die Einheit des Organisationsprinzips

In der Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft begründet ist der Ausbau der verschiedensten Marktformen, wobei die Grundlage des Wirtschaftssystems in der Form des Privateigentums an den Produktionsmitteln nicht verändert worden ist. Die Freiheit des Eigentums hat aber nicht die erhoffte „kleinbetriebliche Demokratie“ des Liberalismus zur Folge gehabt, sondern zur kapitalistischen „grossbetrieblichen Herrschaftsorganisation“ geführt¹. Fussend auf der liberalen Idee der *Selbsthilfe* entstand eine ebenso dynamische Gegenströmung in der Sozialpolitik, deren Träger in zunehmendem Masse der über den Kontrahenten stehende Staat wurde². Die individuelle Selbsthilfe wurde zur kollektiven Selbsthilfe. Das Ergebnis musste sein eine Beeinflussung der Wirtschaftsordnung in Richtung auf das kollektivistische Prinzip und ein Schwinden der Aussicht auf die individuelle Selbsthilfe. Um die aus dem Gegensatz zwischen dem liberalen Ziel und der kapitalistischen Wirklichkeit entstandenen Spannungen zu überbrücken, sucht Eucken den Gedanken einer „Wettbewerbsordnung“ zu verbreiten, der sein ORDO-Gedanke zugrundeliegt. Dieser ORDO-Gedanke bringt eine Wandlung des liberalen Geistes insofern, als er vom Glauben an die *Selbstverwirklichung* der „prästabilierten Harmonie“ sich wendet zur Erkenntnis der Notwendigkeit einer bewussten „Veranstellung“ derselben. Die neue „Harmonieerwartung“ gilt also nur für eine Wettbewerbswirtschaft, nicht aber für eine von Monopolen und anderen sonstigen krass atypischen Marktformen durchsetzte Wirtschaft³.

Dieser zu verwirklichenden Ordnung kommt wie jeder „natürlichen“ Ordnung ein „Anspruch der Totalität“⁴ zu. Die möglichste Einheitlichkeit der Organisationsform in den menschlichen Lebensbereichen muss gewahrt werden, es gilt, im Interesse der Verwirklichung die „Interdependenz der Ordnungen“ zu beachten⁵.

¹ Ed. Heimann, Soziale Theorie d. Kapitalismus, Tübingen 1929, S. 19 ff.

² Vgl. Heimann, a. a. O., S. 132.

³ Franz Böhm, Das Kartellproblem, Schweiz. Ztschr. f. Volksw. und Statistik, 67. Band, 87. Jahrgang, 1951, Seite 198.

⁴ Franz Eulenburg, Das Geheimnis der Organisation, in Schmollers Jahrbuch, 72. Jahrgang, Heft 2, Berlin 1952, Seite 29.

⁵ Walter Eucken, Grundsätze..., Seiten 14 ff., 332 ff., 341.

Im *ordo* des Thomas von Aquino werden nicht nur die „partes“ verbunden, sondern auch Staat und Kirche eingeordnet in den „ordo naturalis“ einer- und den „ordo supernaturalis“ andererseits⁶. Die „natürliche Ordnung“ ist ein Gedanke, der sowohl in der „prästabilierten Harmonie“ des Frühliberalismus wie bei den Sozialisten als „Proportionalität der Kräfte“ zu verfolgen ist⁷.

Der Pessimismus gegenüber dem Glauben der Laissez-faire-Periode⁸ an die Selbstverwirklichung der Interessenharmonie wird vom Ordoliberalismus insbesondere auch gezeigt in der mangelnden Zuversicht, die Gesinnung, das ethische Wollen der Menschen könne eine liberale Ordnung von sich aus entwickeln und erhalten⁹. Die ordnungsstörenden Kräfte der „Monopolisten“ und „Interessengruppen“ sind zu erheblich. Die „unnatürlichen“, in der Geschichte gewordenen Verhältnisse¹⁰, die ungünstige „historische Gesamtkombination“¹¹ müssen durch geeignete Institutionen verbessert werden. Die Bedeutung des Institutionellen ist für den Ordoliberalismus erheblich, die „Randbedingungen“ und die „Strukturpolitik“ zeugen davon. Die Interessenharmonie wird institutionell bedingt gesehen, die Wirtschaftsordnung als eine „rechtsschöpferische Leistung“ erachtet¹². Die Einheitlichkeit der angestrebten Ordnung wird im Projekt erleichtert durch das theoretisch einfache Vorbild des Modells der „vollständigen Konkurrenz“. Die angemessene Struktur, der „Wirtschaftszustand“¹³, aber ist unter dem Gesichtspunkt zu beurteilen, was dabei „Voraussetzung und was Auswirkung“ ist¹⁴. Die kleinbetrieblich-dezentralistische Struktur ist eine der wichtigsten Voraussetzungen. *Die erforderliche Struktur kann nicht Datum, sondern muss Faktum sein.*

Die geforderte Vollkommenheit der „Wettbewerbsordnung“ sollte in Anbetracht der gemachten Äusserungen und Euckens realistischer Denkweise nicht überschätzt werden¹⁵. Die Einheitlichkeit der Marktform wird

⁶ Vgl. dazu das „Thomistische Weltbild“ bei W. A. Jöhr, Ständische Ordnung, Leipzig-Bern 1937, S. 47.

⁷ Werner Sombart, Die drei Nationalökonomien, München-Leipzig 1930, S. 40 f. und W. Sombart, Proletarischer Sozialismus, I. Bd., S. 191.

⁸ W. Eucken, Grundsätze..., S. 26 f.

⁹ W. Eucken, a. a. O., S. 199 u. 367.

¹⁰ J. Messner, Die soziale Frage, S. 344, § 5 Die Herrschaft des Institutionellen. Eine Auseinandersetzung mit dem Sozialismus.

¹¹ W. Röpke, Civitas humana, S. 41.

¹² F. Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, Stuttgart 1937; siehe dazu auch Theodor Pütz, Wirtschaftspolitik u. Wirtschaftslenkung, Wien 1948, S. 25.

¹³ Alfred Amonn, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftszustand, Sammelband Vollbeschäftigung, Inflation, Planwirtschaft, S. 16 f. u. S. 23.

¹⁴ Hans Peter, Sozialpolitik und freier Wettbewerb, Schriften der Akademie für deutsches Recht, Heft 6, 1942, S. 207.

¹⁵ Siehe dazu: W. Eucken, Grundlagen..., S. 307; F. Böhm, Die Idee des ORDO..., ORDO-Bd. III, S. LXII; W. Röpke, Mass u. Mitte, S. 148; L. Miksch, Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, ORDO-Bd. III, S. 49.

durch die später von Eucken vorgenommene Parallelstellung von „vollständiger Konkurrenz“ und „Substitutionskonkurrenz“ doch offensichtlich durchbrochen¹⁶. Es bleibt ein nicht unerheblicher Spielraum für wirtschaftliche „Verhaltensweisen“¹⁷, die bei einer vollkommenen Harmonie dahinfallen müssten¹⁸.

Der Grad der „Unvollkommenheit“ der Konkurrenz, der auf dem Arbeits-„Markt“ erheblich ist, lässt einerseits das Ergebnis im theoretisch bestmöglichen Sinne nicht zu, wirkt sich auf die Unvollkommenheit des Gesamtsystems aus und macht andererseits den Einbau von individueller und gemeinschaftlicher Selbsthilfe notwendig.

Eine Übertragung des Modells der „vollständigen Konkurrenz“ in die Wirklichkeit wird nicht beabsichtigt, dieses bleibt ein „heuristisches Prinzip“¹⁹, massgebend für die „Leitregelung“²⁰ der Wirtschaft. Die gründliche und einheitliche Organisation soll der liberalen Ordnung Bestand verleihen. Die Zahl der „konformen“ „Lenkungskorrekturen“ müsste immerhin erheblich sein. Mit der Einheitlichkeit nicht verträglich ist die Wirtschaftspolitik nach Sektoren, der „Punktualismus“²¹.

B. Die „Soziale Frage“ als „Überlagerung“

Die Organisation der wirtschaftlichen Unternehmung ist autoritär. Zur Lenkung des internen Produktionsprozesses ist eine gewisse Machtbefugnis des Arbeitgebers beim Einsatz der Arbeitnehmer nicht zu vermeiden. Diese Machtbefugnis kann insofern über das Fabriktor hinausreichen, als Einfluss auf Arbeitszeit, Beschäftigungsumfang, Beanspruchung der Arbeitskraft, Lohnbemessung und damit Konsumfähigkeit besteht. Sobald Leitung und Ausführung personell getrennt sind, entsteht eine Schichtung, die auf die Gesellschaft ausgedehnt als „Überlagerung“ bezeichnet werden kann und das Wesen der „Hochkulturen“ ausmacht. Dieser Tatsache und den Mög-

¹⁶ Siehe oben, 4. Kapitel, Abschnitt 4.

¹⁷ Vgl. Klaus Steinbrück, Vom unvollkommenen Markt zur heterogenen Konkurrenz, S. 104.

¹⁸ Vgl. Fritz Marbach, Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention, S. 94: „...Harmonie ist nicht mehr frei“.

¹⁹ Siehe ORDO-Bd. IV, Seite 414.

²⁰ Dieser Begriff neben „Brauch- und Selbstregelung“ bei Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld, Der Mythos der Planwirtschaft, Jena 1932, cit. nach Richard Büchner, Grundfragen der Wirtschaftspolitik, Sonderdruck aus Schmollers Jahrbuch, 71. Jahrgg. Berlin 1951, Heft 1, S. 28, Anm. 54.

²¹ Die Spezialisierung auf Sozial-, Agrar-, Währungs-, Handels-, Verkehrs-, Kredit- und Gewerbepolitik birgt nach Eucken die Gefahr, dass der „ökonomische Gesamtzusammenhang“ nicht mehr überblickt wird. Vgl. W. Eucken, Grundsätze d. Wirtschaftspolitik, S. 344 f. — Eine „Vereinheitlichung“ durch Gliederung nach den Zielen auf dem Gebiet der „Organisations-, Produktions- und Einkommenspolitik“ versuchte bereits Eugen v. Philippovich in 1893; vgl. R. Büchner, a. a. O., Seite 6.

lichkeiten, ihr zu begegnen, hat Rüstow, wie erwähnt, seine neuesten Arbeiten gewidmet²². Wenn die Milderung des „Herrschaftsdruckes“ nicht gelingt, so droht der „Rollentausch“ und damit „eine brutale Verschärfung der Überlagerungsstruktur“²³.

Die aus der „grossbetrieblichen Herrschaftsorganisation“²⁴ entstandene „Soziale Frage“ sieht Eucken durch die herkömmliche Sozialpolitik gemildert²⁵, aber aus dieser stark zentralistischen Lösung neue Typen der „Sozialen Frage“ entstehen. Die Staatshilfe hat nicht die Selbsthilfe als liberale Lösung unterstützt, sondern aus der Anrufung um Unterstützung einen Machtzuwachs erlangt. Aus dieser Entwicklungsrichtung der Sozialpolitik leitet Heimann einen gewissen Ausgleich zwischen konservativer und liberaler Sozialpolitik ab, weil der Weg zur Staatshilfe über die Selbsthilfe geführt hat. Da für Heimann die Sozialpolitik eine langwährende, schrittweise Methode auf dem Wege zum Sozialismus ist, ist diese Darstellung naheliegend. Aber auch für ihn ist der Zentralismus nicht die Lösung, da der Konzentrationsprozess ohne Zutun nicht eine ethisch einwandfreie Ordnung hervorbringen kann²⁶. Befreiung, nicht neue Beherrschung ist auch das Ziel dieses christlichen Sozialisten.

Das Problem aus der herrschaftlichen Organisation der Produktionseinheiten hat sich im privatkapitalistischen System ergeben und im Staatskapitalismus nicht Lösung, sondern noch Steigerung erfahren, weil die individuelle Sphäre ausserordentlich reduziert wird²⁷.

In der zunehmenden Einsicht, dass die Konzentration auf diesem Gebiet eher verschärfend wirkt, wird das Ziel der Dezentralisation, der organisatorischen und räumlichen Aufgliederung, als vernünftig angesehen. Die rechtlich gesicherte Freiheit soll durch die materielle Unabhängigkeit gefestigt werden. Das „Recht auf Eigentum“ oder der Status des „Verbäuerlichten“ können nicht die volle Lösung bringen, weil damit wohl die „Elastizität“²⁸ gesteigert wird, nicht aber die Ordnungsform des Betriebes verändert. Könnte sich jeder Anbieter von Arbeitskraft notfalls auf die wenn auch dürftige Basis der Selbstversorgung zurückziehen, so wäre in diesem Dualismus von hoher Arbeitsteilung und parallellaufender Selbstversorgung mit einigen agrarischen Produkten — die kontinuierlich erfolgen müsste — doch keine generelle Lösung möglich, so günstig auch

²² Alexander Rüstow, Ortsbestimmung der Gegenwart, I. Teil 1950.

²³ A. Rüstow, Revolution zur Freiheit oder Revolution zur Knechtschaft?, in „DU“, Schweiz. Monatsschrift Nr. 3, März 1952, S. 44.

²⁴ Eduard Heimann, Soziale Theorie des Kapitalismus, S. 23.

²⁵ W. Eucken, Grundsätze d. Wirtschaftspolitik, S. 185 ff.

²⁶ Heimann, a. a. O., S. 132.

²⁷ Goetz Briefs im Vorwort zum 186/I. Band der Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik in d. Reihe „Die betriebl. Sozialpolitik einzelner Industriezweige“, München-Leipzig 1932, S. V: Nach B. hat die Neuordnung der Sowjets das „Betriebsproblem“ nicht gelöst.

²⁸ Walter Weddigen, Sozialpolitik, S. 47, nach ihm die wirtschaftliche Theorie der Sozialpolitik eine „Theorie der Wirtschaftselastizität“.

Einzelfälle und grössere Beispiele aussehen²⁹. Bevölkerungsentwicklung und Bodenertrag in den meisten Industrieländern bieten hier Schwierigkeiten. Ferner ist nicht gesagt, dass der Nebenerwerb dieser Art gerade dann ertragreich ist, wenn der Haupterwerb ausfällt. Die vorteilhaften Auswirkungen von dezentralisierten Zweigbetrieben in Gebiete mit vorherrschender Landwirtschaft sollen damit nicht verkannt werden³⁰.

Das eigentliche Problem für die liberal-individualistische Krisensicherung durch ausreichende Selbsthilfe liegt in der Knappheit und der *ungleichmässigen Verteilung* des „*konjunkturbeständigen Besitzes*“³¹ begründet. Vielleicht hätte gerade von liberaler Seite die Tatsache eine stärkere Betonung verdient, dass der „Besitz“ an individuellen Fähigkeiten wohl die grösste Konjunkturbeständigkeit hat. Bei der Frage nach deren interessewahrendem Einsatz treten allerdings wieder „Überlagerungs“-Probleme wegen des „Verwendungszwanges“ auf³².

Die Aufhebung der „*Bodensperre*“ (Oppenheimer) würde keine Lösung im Hinblick auf die wirkliche Freiheit des Arbeitseinsatzes in der Organisation eines Unternehmens bedeuten. Die Antinomie zwischen soziologisch erwünschter Sesshaftigkeit und der zur Aufhebung des Nachfragemonopols erwünschten Beweglichkeit der Arbeitskraft erschwert die Lösung, bzw. Milderung des „Überlagerungs“-Problems auf diese Weise. — Bestände „vollständige Konkurrenz“, so wäre auch „Vollbeschäftigung“ zu verzeichnen. Jeder könnte jederzeit seine Arbeitskraft voll „absetzen“ und doch die Wahl unter den Arbeitsplätzen haben. Da in diesem Falle über das Lohnniveau nicht mehr der Bedarf mitentscheidet, müsste eben die individuelle „Mindestautarkie“³³ bestehen, die mit der Beweglichkeit im Widerspruch steht. Dass Betriebsgemeinschaft und betriebliche Sozialpolitik bei „vollständiger Konkurrenz“ Schaden nehmen würden, haben wir erwähnt³⁴.

„Überlagerung“ kann „Selbsthilfe“ sowohl unnötig wie unmöglich machen; in beiden Fällen ist die persönliche Freiheit der Mehrzahl der Menschen eingeengt. „Das Problem der wirtschaftlichen Macht kann niemals durch weitere Konzentration von Macht gelöst werden“³⁵.

²⁹ Die günstigen Fälle sind nicht nur wirtschaftsgeographisch, sondern auch mental bedingt. Wäre dem nicht so, so müsste in einer unwirtlichen Gegend mit Industrie eine liberale Ordnung unmöglich sein.

³⁰ Vgl. z. B. das neue „Obwaldner Experiment“ der „Präzision Sarnen AG“ in Sarnen; Schweiz. Handelszeitung v. 24. 7. 1952, Nr. 30, S. 3.

³¹ Alexander Mitscherlich, Zur Analyse der Massen, in „DU“, schweiz. Monatsschrift Nr. 3, März 1952, Seite 22.

³² Siehe oben, 6. Kapitel, Anm. 153 (Willeke).

³³ Siehe oben, 7. Kapitel, Anm. 80 (Rüstow).

³⁴ Siehe oben, 6. Kapitel, Abschnitt 5.

³⁵ Walter Eucken, a. a. O., S. 173.

2. Die Stellungnahme der Theoretiker

Es ist unleugbar wichtig, dass die Theorie sich mit der Frage der realen Möglichkeiten einer „vollständigen Konkurrenz“ auseinandersetzt. Das ist ihre Pflicht. Franz Böhm findet es aber unbegreiflich, warum der häufig negative Ausgang dieser Untersuchungen diese Wissenschaftler mit Genugtuung, ja Vergnügen erfüllt³⁶. Diese Untersuchungen galten aber nicht den Möglichkeiten marktwirtschaftlicher Ordnung an sich, sondern denen einer im modelltheoretischen Sinne möglichst „vollständigen Konkurrenz“. Die Schwierigkeit der klaren Auseinandersetzung darüber ist vielleicht begrifflicher Natur. Während nämlich Eucken sehr häufig von der „vollständigen Konkurrenz“ als Ordnungsprinzip der „Wettbewerbsordnung“ spricht, denkt er nicht an die Modellbedingungen, die z. B. Jöhr und v. Stackelberg und Küng nennen, sondern an die begrifflich sehr schwer erfassbare reale, eher „polypolistische“³⁷ Konkurrenz. Die Befragung der Wirklichkeit zeitigt weder horizontale Nachfragekurven noch völlige Einflusslosigkeit³⁸.

Wir wollen auch nicht übersehen, dass v. Mises immer wieder betont hat, dass nicht der „in jeder denkbaren Gesellschaftsordnung“ bestehende „Wettbewerb“, sondern das „Sondereigentum an den Produktionsmitteln“ Grundlage der liberalen Forderung ist³⁹. In dieser Formulierung erübrigt sich die Angabe, wie dieses Privateigentum verteilt werden soll, weil der überall vorhandene „Wettbewerb“ dafür sorgt, dass keine Privilegien entstehen können. Es ist aber auch überall möglich, insbesondere durch obrigkeitliche Unterstützung oder Duldung, den „Wettbewerb“ auszuschalten und so doch zu Privilegien zu gelangen; d. h. hier, zu nicht leistungsbedingten wirtschaftlichen Vorteilen über eine längere Zeit hin. Die Richtigkeit der Verteilung der Produktionsmittel, die aus dem Produktionsmittelbesitz abgeleiteten Machtstellungen sind in die Diskussion einbezogen worden⁴⁰.

³⁶ Franz Böhm in ORDO-Bd. IV, S. 203 f.

³⁷ Vgl. H. v. Stackelberg, Grundlagen d. theor. Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl. Bern/Tübingen 1951, S. 329 ff.

³⁸ Vgl. W. Eucken, Grundlagen..., Seiten: 117, 119, 307.

³⁹ Ludwig von Mises, Kritik des Interventionismus, Jena 1929, S. 44: „Die Kritik der Soziologen und Nationalökonomien des 18. u. 19. Jahrhunderts gegen den merkantilistischen Polizeistaat kam zur Forderung der möglichststen Freiheit des Wettbewerbes, der ‚freien Konkurrenz‘. Gemeint war aber ‚Sondereigentum an den Produktionsmitteln‘... So konnte das Missverständnis entstehen, dass nicht im Sondereigentum, sondern in der ‚freien‘ Konkurrenz das Wesen des liberalen Programms zu suchen sei. Gesellschaftskritiker begannen einem nebelhaften Phantom „wirklich freier Konkurrenz“ nachzujagen, das nichts war als ein Gebilde der ungenügenden Durcharbeitung der Probleme und der Befangenheit in Schlagworten.“

⁴⁰ Über die energische Kritik der Neoliberalen an diesen Tatsachen schreibt Jöhr und fügt an: „Schon in der 1920 publizierten ersten Auflage der ‚Gemeinwirtschaft‘ hat Mises sich von jener Auffassung wie sie heute von den Neoliberalen

A. Zur „vollständigen Konkurrenz“

„Die Argumente zugunsten des Wettbewerbes beruhen nicht auf den Voraussetzungen, die bestünden, wenn der Wettbewerb vollkommen wäre“⁴¹. Diese Feststellung von Hayek stimmt mit der Beobachtung Heimanns überein, dass sich im Kleinhandel und Handwerk Beispiele für eine „statische“, „vorkapitalistische“ Konkurrenz finden. Bei einer Grosszahl von Marktteilnehmern und Vorhandensein der „organisatorisch-institutionellen Bedingungen der Konkurrenz“ ist in diesen Bereichen eine gehemmte Konkurrenz feststellbar. So findet Heimann im Bereich vorwiegender Mittelstandspolitik ein fast völliges Fehlen der „kapitalistischen Konkurrenz“⁴². Die Dynamik der Konkurrenz wird nicht bewirkt durch „Datenkonstellationen“ oder „Veranstaltung“, sondern entspringt vorwiegend einer bestimmten Wirtschaftsgesinnung. Der „konkurrenzgepeitschte Wettlauf der Wirtschaft um den technischen Fortschritt...“⁴³ ist in erheblichem Masse ein geistesgeschichtliches Phänomen. Der modernen Technik und einer durch die Vielzahl der Produkte bewirkten Substitutionskonkurrenz ist eine Steigerung des Wettbewerbsgrades zu verdanken. Wenn Eucken diese Wirkung später auch anerkannte⁴⁴, so wird sein wirtschaftspolitisches System doch ganz nach der „vollständigen Konkurrenz“ hin ausgerichtet⁴⁵. Es wird eine wirklichkeitsnähere Deutung der „vollständigen Konkurrenz“ angestrebt, die auf die Einflusslosigkeit des wirtschaftenden Individuums im Tauschverkehr hinausläuft. An die Stelle des allein quantitativen Kriteriums tritt das vorwiegend psychologische, „dass der Anbieter mit einer völlig elastischen Nachfrage *rechnet*...“⁴⁶. Die quantitative Bedingung (sehr viele Marktteilnehmer auf beiden Seiten) ist ohne Zweifel bei der heutigen Güterfülle nicht realisierbar, während die gewünschte Einflusslosigkeit von Angebot und Nachfrage der Einzelnen mit dem gewünschten Antrieb zu technischem Fortschritt und der erwünschten Dynamik der Konkurrenz nicht ganz vereinbar ist. Da der Begriff der „vollständigen Konkurrenz“ im Sinne des Modells nicht realen Vorbildern entspricht, wäre es besser, diesen bei der Untersuchung der

vertreten wird, eindeutig distanziert: ‚Niemand‘, schreibt er, ‚hat den Liberalismus weniger verstanden als jene, die in den letzten Jahrzehnten behauptet haben, Liberale zu sein. Sie haben geglaubt, ‚Auswüchse‘ des Kapitalismus bekämpfen zu müssen; damit haben sie die charakteristische asoziale Betrachtungsweise der Sozialisten ohne Bedenken übernommen!‘ S. 497, 2. Aufl. 1932, S. 473. Zitiert n. W. A. Jöhr. Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich?, S. 130, Anm. 23; vgl. a. Seite 24.

⁴¹ F. A. Hayek, Individualismus u. wirtschaftliche Ordnung, 1952, S. 138.

⁴² Ed. Heimann, Soziale Theorie d. Kapitalismus, S. 63 ff.

⁴³ A. Rüstow, Kritik d. techn. Fortschritts, ORDO-Band IV, S. 383.

⁴⁴ W. Eucken, ORDO-Bd. III, S. 6 f., Technik, Konzentration u. Ordnung d. Wirtschaft.

⁴⁵ W. Eucken, Grundsätze..., S. 246 f.

⁴⁶ W. Eucken, Grundlagen..., 3. Aufl., S. 118.

wahren Sachzusammenhänge der „Konkurrenz“ fallen zu lassen. Denn nun in der Wirklichkeit zu suchen, was „vollständige Konkurrenz“ denn ist, nachdem dieser Begriff schon umrissen wurde, scheint Anlass zu Missverständnissen zu geben⁴⁷. Eine realistische Deutung dürfte sich vor allem auch nicht mehr auf die theoretischen Resultate des unrealistischen Modells berufen. Nicht was die „vollständige Konkurrenz“ in der Wirklichkeit ist, sondern wie die Wirklichkeit der mannigfaltigen Konkurrenz theoretisch erfassbar ist, muss untersucht werden. Die „vollständige Konkurrenz“ ist ein „Idealtypus, ein gedankliches Modell“, wohlgemerkt aber „kein ethischer Begriff“. „Idealtypen“ können „einzeln wirtschaftliche Realität nicht abbilden“⁴⁸. Durch das Mittel der „isolierenden Abstraktion“ werden die „Idealtypen“ im wirtschaftlichen Geschehen nachgewiesen. So kam Eucken zu der Annahme, es bestehe eine „Tendenz zur vollständigen Konkurrenz“⁴⁹, die aber durch die antagonistischen Mächte des „Monopols“ und des planwirtschaftlichen Elementes unterdrückt werde. Damit die Marktform der „vollständigen Konkurrenz“ dominierend wird⁵⁰, muss eine Autorität im Zeichen des ORDO-Gedankens für die „Veranstaltung“ sorgen⁵¹. Es handelt sich hier im Sinne Morgensterns um ein „starres System der Wirtschaftspolitik“, das mit dem sozialistischen System die Behauptung gemeinsam hat, zu wissen, „was für die Gesamtheit, den Staat, die Wirtschaft oder was das angerufene Ganze jeweils sein möge, das ‚Beste‘ sei“⁵².

Wenn die faktische Struktur der heutigen Wirtschaft eine Strukturgestaltung im Sinne der „vollständigen Konkurrenz“ auch nicht zulässt, so ist doch der Versuch möglich, die Resultate des Preissystems dort künstlich nachzubilden, wo die Realität auch nicht annähernd die modellmässigen Ergebnisse zeitigt. Diese Absicht herrscht vor und deswegen verwahrt sich auch Miksch gegen den Vorwurf, die Ordoliberalen „strebten . . . die reine Verkehrswirtschaft an“⁵³.

In den Fällen, wo keine „vollständige Konkurrenz“ herstellbar ist, hat das „Monopolamt“ einen „systemgerechten“ Preis festzusetzen, bei welchem Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht kommen und die Grenzkosten gedeckt werden⁵⁴. Es handelt sich also um die staatliche Festsetzung eines „langfristigen Normalpreises“. Auf den „unvollkommenen“ Märkten ist diese Preiskontrolle und „einheitliche Preissetzung wegen der verschiedenen

⁴⁷ Die Kritiker halten sich begreiflicherweise an die herkömmliche Definition, die von W. A. Jöhr und E. Küng im Sammelband „Konkurrenz und Planwirtschaft“ Bern 1946 noch präzisiert worden ist.

⁴⁸ W. Eucken, Grundlagen d. Nationalökonomie, 3. Aufl., 1943, S. 322 ff.

⁴⁹ W. Eucken, Grundsätze d. Wirtschaftspolitik, 1952, S. 373.

⁵⁰ Vgl. W. Eucken, Wettbewerbsordnung, ORDO-Bd. II, Seite 23, Abs. 2.

⁵¹ Siehe oben, 1. Kap., Abschnitt 5; 3. Kap., Abschnitt 1, B.

⁵² Oskar Morgenstern, Die Grenzen d. Wirtschaftspolitik, Wien 1934, S. 16.

⁵³ L. Miksch, Die sittl. Bed. . . , ORDO-Bd. III, S. 49; siehe dort auch S. 30.

⁵⁴ W. Eucken, Grundsätze d. Wirtschaftspolitik, S. 297.

Differenzierungsmomente oft nicht möglich“⁵⁵. Es fehlt die genaue Abgrenzungsmöglichkeit der „Teilmärkte“. So weist Küng darauf hin, dass „die wirtschaftliche Wirklichkeit eine Welt unvollkommener Substitutionsgüter“⁵⁶ ist. Aber gerade da besteht eine erhebliche „potentielle Konkurrenz“... „unvollkommener Substitutionsgüter“, die keine Monopolstellung verschont. Obwohl hier (*bzw. weil hier*) keine „vollständige Konkurrenz“ besteht, ist doch Wettbewerb, eben „monopolistischer Wettbewerb“ zu verzeichnen. So sagt Anderson bezüglich der Frage nach der „workable competition“: „*Imperfect competition* is the only kind possible; and some grades of ‚monopolistic competition‘ probably come nearer to the economist’s ideal of ‚perfect competition‘ than ‚pure‘ and unmitigated competition does“⁵⁷. Auch John Maurice Clark hält es nicht für möglich, die Konkurrenz wesentlich vollkommener zu organisieren und zählt vor allem die vielen Bereiche auf, wo durch Eingriff der öffentlichen Hand die Preise dem Konkurrenzmechanismus entzogen sind, wie Löhne, Frachten, Energiepreise, landwirtschaftliche Produkte etc. Als Facit schliesst Machlup aus Clarks Gedanken: „Clark apparently believes that much *might* be done but little *will* be done to check the monopolistic powers in the field of business“⁵⁸. Werden in weiten, bedeutsamen Bereichen der Wirtschaft Preise nach „materiellen“ Gesichtspunkten⁵⁹ bemessen, bilden sich nicht die „funktionellen“⁶⁰ Konkurrenzpreise, so bewirkt die *Interdependenz*, dass sich keine „vollständige Konkurrenz“ einstellen kann⁶¹.

Da ein *hoher Grad* der Konkurrenz⁶² nicht in der Marktform der „vollständigen Konkurrenz“ auftritt, sondern viel stärker ist bei der heute herrschenden *Substitutionskonkurrenz*, so stellt sich eine theoretische Verwirrung ein, wenn beide Formen identisch erklärt werden, wie Eucken das tut. Eucken sagt einerseits: „Diejenige Marktform, die in der ‚Wettbewerbsordnung‘ dominiert, ist die Marktform der ‚vollständigen Konkurrenz‘“⁶³. Andererseits hebt Eucken etwas später hervor: „Die Technik

⁵⁵ H. v. Stackelberg, Grundlagen d. theor. Volkswirtschaftslehre, 2. A., 1951, Seiten 228 u. 230.

⁵⁶ Emil Küng, Zur Lehre von den Marktformen u. Marktbeziehungen, in Konkurrenz und Planwirtschaft, S. 75/77.

⁵⁷ Fritz Machlup, Summary and Analysis, in Financing American Prosperity, A Symposium of Economists, New York 1945, p. 462.

⁵⁸ F. Machlup, a. a. O., p. 465.

⁵⁹ Vgl. Gerhard Mackenroth, Sozialistische Wirtschaftsverfassung, in Weltw. Archiv, Bd. 64, 1949 II, S. 189 bez. Aufhebung der Marktpreisbildung aus sozialen Gesichtspunkten, da nur der „kaufkräftige Begehr“ (Max Weber) die Marktwirtschaft lenke.

⁶⁰ v. Stackelberg spricht a. a. O., S. 259 ff. von „funktioneller Einkommensverteilung“ gemäss dem Konkurrenzmechanismus.

⁶¹ Zur Interdependenz siehe v. Stackelberg, a. a. O., S. 246 f.; ferner W. Eucken, Grundsätze..., Seiten 75, 349.

⁶² Vgl. K. Brandt, Vorwort zu K. Steinbrück, Vom unvollkommenen Markt zur heterogenen Konkurrenz, Frankfurt/Main, 1951, S. 14 f.

⁶³ W. Eucken, Wettbewerbsordnung, ORDO-Bd. II, S. 23.

führte zu einer ungeahnten Verschärfung der Substitutionskonkurrenz... So allgemein ist die Substitutionskonkurrenz geworden, dass sie in jedem Betrieb und in jedem Haushalt bei Kauf und Verkauf mitentscheidend ist“⁶⁴. Die „zunehmende Konkurrenz“⁶⁵ wird also auf die (monopolistische, unvollkommene) Substitutionskonkurrenz mit Recht zurückgeführt, aber zugleich die Erkenntnis einer „Tendenz zur vollkommenen Konkurrenz“⁶⁶ postuliert, was ein offensichtlicher Widerspruch ist. Die theoretische Behandlung dieser verschiedenen Konkurrenzformen ist nicht gleich. Die scharfe begriffliche Unterscheidung, die Eucken zwischen Konkurrenz und Monopol macht, lässt keinen Raum für die „unvollkommene“ Wirklichkeit der Substitutionskonkurrenz⁶⁷. Wenn nur eine Marktform dominieren soll, so würde es wahrscheinlich gar nicht mehr möglich sein, differenzierte Bedürfnisse zu befriedigen. „Solange die Zusammenhänge hinsichtlich der Eignung der Wirtschaftssysteme und ihrer Zwischenformen für spezielle Zielsetzungen noch nicht hinreichend geklärt sind, ist eine grössere Zurückhaltung in der Verabsolutierung gewisser Mittelkomplexe, wie „Sozialisierung“, „Vollbeschäftigung“, „Wettbewerbsordnung“ usw. geboten“⁶⁸. Folgendes hat sich immerhin erwiesen: „Die Kostensenkungen der kapitalintensiven Massenproduktion enthalten eine *konsumentenfreundliche* Note, und die moderne Surrogatkonkurrenz, die auf verschiedenen Märkten von nicht-homogenen Waren um die Gunst des Käufers ringt, ist im allgemeinen *wirksamer* und erfüllt die Konsumentenwünsche individueller und verfeinerter, als die alte rohe Ein-Waren- und Ein-Marktkonkurrenz selbst in Perfektion es vermochte“⁶⁹.

Die sozialpolitisch interessanten Ergebnisse gemäss der Modelltheorie lassen keine Schlüsse auf die Wirklichkeit zu⁷⁰, insbesondere nicht angesichts genannter Vermischung der Begriffe. Die Ordoliberalen haben z. T. das Verteilungsproblem und die soziale Problematik wenig berücksichtigt, weil sie diese für die „Wettbewerbsordnung“ wohl für überflüssig oder gar systemwidrig halten⁷¹. Aber selbst die ideale Preismechanik ist für den gesellschaftlichen Lebensbereich nicht voll befriedigend. „Die finale Beurteilung dieses Systems bleibt... unbestimmt“⁷². Wie aber soll „systemgerecht“ nach sozialpolitischen Belangen korrigiert werden, wenn das

⁶⁴ W. Eucken, Technik, Konzentration u. Ordnung d. Wirtsch., ORDO-Bd. III, S. 6.

⁶⁵ Eucken, a. a. O., S. 16.

⁶⁶ Eucken, Grundsätze..., S. 373.

⁶⁷ Siehe oben, betr. „Monopol u. Konkurrenz“: 4. Kapitel, Abschnitt 4.

⁶⁸ Joachim Grunau, Rationalprinzip, Wirtschaftsrechnung u. Wirtschaftssystem, Weltw. Archiv, Band 64, Heft 2, S. 283.

⁶⁹ K. Brandt, a. a. O., S. 15.

⁷⁰ Siehe oben, 3. Kapitel, Abschnitt 2, D.

⁷¹ Hero Moeller, Liberalismus, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 162, Heft 3, S. 228.

⁷² H. v. Stackelberg, Grundlagen d. theor. Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Bern 1951, S. 350.

System selbst Grenzen angibt, die ethisch nicht gerechtfertigt sind? O. v. Nell-Breuning meint, dass die „Wettbewerbsordnung“ der Neoliberalen deswegen *keine „soziale Marktwirtschaft“* sei, weil in ersterer auf die „Erreichung des Sachzieles“ verzichtet werde, dies erstens wegen des Harmonieglaubens und zweitens wegen der Sicherung einer rein „*formalen Freiheit*“, die eben „*Sachziele*“ für „unnötig“ oder gar systemfremd hält ⁷³.

Salin findet in Übereinstimmung mit A. Spiethoff und Ritschl, dass die Euckenschen „Idealtypen“ „keine aus der Wirklichkeit hergeleiteten Typen, sondern Konstruktivmodelle“ seien ⁷⁴. Obwohl Eucken die subjektiven „Verhaltensweisen“ der wirtschaftenden Individuen ablehnt ⁷⁵, anerkennt er doch, „dass von zwei verschiedenen Betriebsleitern bei *objektiv* gleicher Lage der *eine* als ‚Konkurrent‘, der *andere* als ‚Monopolist‘“ zu handeln vermöge ⁷⁶. Mit einem „Typus“ kann also nicht unbedingt ein bestimmtes wirtschaftliches Handeln zwangsläufig verkettet werden. Zu der wirklichen Bedeutung der „Verhaltensweisen“ auch im Euckenschen Schema hat sich Steinbrück eingehend geäußert. Dort wird gezeigt, dass Eucken diese wohl anwendet und damit einer Auffassung zusteuert, die „sich in der Folgezeit durchsetzen sollte und bei Triffin... wiederkehrt, auch wenn Triffin nicht auf Eucken beruht und zu dieser Auffassung aus einem ganz anderen Grunde kommt“ ⁷⁷. Es ist denkbar, dass die Theorie der „Zwischenbeziehungen“ unter einzelnen Firmen sich auch auf die Beziehungen „organisierter Gesamtheiten“ ⁷⁸ ausdehnen lässt und somit Ordnungsbedingungen aufzeigt, die der Wirklichkeit angemessen sind.

B. Zum Interventionismus

Der *liberale* oder „*marktkonforme*“ *Interventionismus* will mit dem Mittel der „Anpassungsintervention“ ein Resultat erreichen, dessen Endziel mit dem Laissez-faire-Prinzip übereinstimmt ⁷⁹. Die oben wiedergegebene Äusserung von Böhm ⁸⁰ lässt annehmen, dass er hierin mit Röpke und Rüstow nicht einig geht. Das Endziel oder Endergebnis eines „freien“ Prozesses kann nicht determiniert sein. So sagt Peter: „Man wird allerdings nicht auf den Gedanken kommen, zu dem Zweck einzugreifen, das herbeizuführen, was sich bei freier Konkurrenz von selbst ergeben würde; denn der Widerspruch, in den man sich bei solcher Argumentation ver-

⁷³ O. v. Nell-Breuning, Thesen zu einer Grundsatzdebatte, Finanzarchiv, Band 13, Heft 3, Tübingen 1952, S. 411.

⁷⁴ Edgar Salin, Geschichte d. Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl. 1943, S. 214.

⁷⁵ W. Eucken, Grundlagen..., 3. Aufl. 1943, S. 307 f.

⁷⁶ Eucken, a. a. O., S. 121.

⁷⁷ K. Steinbrück, a. a. O., S. 104.

⁷⁸ Siehe oben, 7. Kapitel, Anm. 34.

⁷⁹ W. Röpke, Die Gesellschaftskrisis d. Gegenwart, S. 295.

⁸⁰ Siehe oben, 2. Kapitel, 2. Abschnitt, Leitsatz; s. a. Anm. 24 daselbst.

wickelt, kann niemandem entgehen“⁸¹. Man kann wohl Umstellungen in einer bestimmten Richtung unterstützen, aber man könnte nicht sagen, was sich bei Nichtintervention ergeben hätte.

Der Weg zur „vollständigen Konkurrenz“ wäre durch die Notwendigkeit zu „strukturpolitischen“ Interventionen gekennzeichnet. So ist Eucken dagegen, „die Grösse der Werke und den Grad der Mechanisierung als wirtschaftspolitisches Datum hinzunehmen“⁸². Wenn also der faktische Zustand nicht als zwingend hingenommen wird, dann müsste eine umfassende Planung, die alle „Daten“ berührt, einsetzen, um dem wirtschaftlichen Prozess das Bild zu geben, das die Formen der idealen Wirtschaftsverfassung erheischen. Eine Trennung von Form und Prozess, wie sie von Eucken gefordert wird⁸³, ist in einer dynamischen Ordnung unmöglich. Ferner bleibt die wichtige Frage offen, wie diese Theorie die Gleichheit der „Daten“ für alle planenden homini oeconomici erwirken will⁸⁴. Wenn sich das Substanzielle unter dem Einfluss des menschlichen Geistes wandelt, muss sich auch das Formelle ändern, ohne allerdings von ethischen und humanitären Forderungen abweichen zu müssen.

Es sollte nie übersehen werden, dass die „vollständige Konkurrenz“ einem statischen Modell entstammt, einem Gleichgewichtszustand entspricht, in dem „nahezu jede Möglichkeit eines Wettbewerbs versperrt worden ist“⁸⁵. Richtet sich die „konforme“ Intervention also streng nach dem gleichgewichtigen, statischen Modell, so läuft sie Gefahr, „Bedingungen festzulegen, in denen ihr Schlussfolgerungen bereits implizite enthalten sind und deren Bestehen zwar denkbar ist, von denen sie uns aber nicht sagt, wie sie je zustande kommen können“⁸⁶.

C. Die Frage der „Als-ob“-Korrektur

Überall, wo ein „unvollkommener“ Markt besteht, sollen die Preise von einer staatlichen Instanz so gelenkt werden, „als ob“ diese sich bei „vollständiger Konkurrenz“ gebildet hätten⁸⁷.

Diese Massnahmen wären angesichts vorwiegend „teiloligopolistischer“ Märkte sehr umfangreich und würden überdies ausserordentliche Eingriffe in den Zuständigkeitsbereich des Unternehmers darstellen. Wie auch der Markt die „Preise, Abschreibungen und Neuinvestitionen *von aussen her erzwingt*“, soll in diesen Fällen der Staat „mit einem grossen Mass von Härte und Folgerichtigkeit“ *experimentell* den gewünschten Preis an-

⁸¹ H. Peter, Sozialpolitik u. freier Wettbewerb, S. 204.

⁸² W. Eucken, Grundsätze..., S. 236.

⁸³ W. Eucken, Wettbewerbsordnung, ORDO-Bd. II, S. 93.

⁸⁴ F. A. Hayek, Individualismus u. wirtschaftliche Ordnung, S. 124.

⁸⁵ Helmut Arndt, Schöpferischer Wettbewerb und klassenlose Gesellschaft, Berlin 1952, S. 52.

⁸⁶ F. A. Hayek, a. a. O., S. 124/125.

⁸⁷ Siehe oben, 5. Kapitel, Abschnitt 2, B.

streben⁸⁸. Würden dadurch Dauerverluste oder -gewinne hervorgerufen, so müsste eine staatliche Investitionspolitik einsetzen, die „im Übersetzungsfalle — eine Totalabschreibung des überflüssigen Teils der Anlagen (Verschrottung) und — im Umsetzungsfall — die Errichtung neuer Anlagen ...“ erzwingt⁸⁹. Von der Fragwürdigkeit derart drastischer Massnahmen gegen „Marktmächte“ hat sich Böhm nach einer Aussprache mit amerikanischen Experten vor nicht zu langer Zeit „sehr weitgehend überzeugen“ lassen⁹⁰. Immerhin bildet die „Als-ob“-Korrektur einen wesentlichen Bestandteil der ordoliberalen antimonopolistischen Lenkungsmaßnahmen und wird an deren Notwendigkeit auch in Euckens „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“ festgehalten⁹¹. Miksch hat ja ganz offen ausgesprochen, dass auf dem Gebiet der antimonopolistischen Intervention die „Befehlswirtschaft“ ... „zwecks originalgetreuer Nachahmung verkehrswirtschaftlicher Zusammenhänge sogar eine ganz ausserordentliche Bedeutung“ erlangen werde⁹². Damit aber fällt, wie Moeller in seiner Kritik betont, das liberale Argument gegen die „Zentralverwaltungswirtschaft“ dahin, dass man in dieser nicht „rechnen“ könne⁹³. Die Möglichkeit einer „Nachahmung“ wird zugegeben und damit auch, dass u. U. die „Befehlswirtschaft“ die systemgemässe Preisstruktur besser zu ermitteln vermag als der freie Prozess. Hier ist ein sehr kritischer Punkt der Entwicklung erreicht. Mit der befehlsmässigen Regulierung geht die Verantwortung an die Befehlsstelle über, es kommt zu einem *Mitbestimmungsrecht des Monopolamtes*, der Unternehmer wird zum Empfänger „volkswirtschaftlich richtiger Marktbefehle“⁹⁴. Zu Böhm's diesbezüglicher Arbeit sagt K. F. Goerdeler: „Wir sind nun glücklich so weit gekommen, dass wir alles und jedes nachprüfen und uns davon das Heil versprechen. Wir haben dabei nur vergessen, dass ewige Vormundschaft alles Reifen hemmt und schliesslich jede Verantwortung tötet. Die Folge kann nur sein, dass schliesslich der Prüfende beginnt, den Prüfenden bei jeder Handlung um seine Meinung zu fragen. Die Verantwortung geht also von dem Geprüften auch sachlich auf den Prüfenden über. Das Prüfungswesen beisst sich in den Schwanz wie eine in der Falle gefangene Maus. Denn in diesem Zeitpunkt müsste die Überprüfung der Prüfung einsetzen“⁹⁵. Ferner habe Böhm selber anerkennen müssen, „dass das Dogma der Wirtschaftssteuerung

⁸⁸ F. Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft..., S. 167 f.

⁸⁹ F. Böhm, a. a. O., S. 166 f.

⁹⁰ F. Böhm, Das Kartellproblem, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 87. Jahrgang, 67. Band, 1951, S. 212.

⁹¹ W. Eucken, Grundsätze..., S. 295.

⁹² L. Miksch, Zur Theorie des Gleichgewichts, ORDO-Bd. I, S. 192.

⁹³ Hero Moeller, a. a. O., S. 230 f.

⁹⁴ F. Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft..., S. 169.

⁹⁵ K. F. Goerdeler, Die Ordnung der Wirtschaft, Wirtschaftspolitische Bemerkungen zu dem Buch von Franz Böhm, Finanzarchiv, Bd. 5, 1938, S. 489 ff., hier zit. S. 497.

gegenüber öffentlich geführten Wirtschaftsunternehmen“ versagen müsse⁹⁶. Böhm lehnt allerdings die Verantwortung der Befehlsinstanz ab, denn sie spiele Schicksal, wie der Markt das ja auch tue⁹⁷.

K. F. Maier meint, dass der *Freihandel* die wirklich liberale Lösung sei, denn der Zustand „als-ob“-Konkurrenz herrsche, lasse sich nicht genau errechnen und als einzige Regel für die Praxis der Monopolkontrolle gebe sie der Willkür grossen Raum⁹⁸. So hält auch Röper die Politik des „Als-ob“ für undurchführbar⁹⁹.

Auch für eine „subsidiäre, ergänzende Rolle“ wird der Liberale nicht die „Befehlswirtschaft“ akzeptieren und sie „als das entscheidende wirtschaftspolitische Instrument der Zukunft ansehen“, wie Miksch es tat¹⁰⁰. Für bedeutsam hält Hayek „das Problem, wie die Mittel, wie wir haben, am besten ausgenützt werden können, nicht das Problem, was wir tun sollten, wenn die Situation anders wäre, als sie wirklich ist. Es hat keinen Sinn, von einer Verwendung von Mitteln zu sprechen, als ob‘ ein vollkommener Markt existierte, wenn das heisst, dass die Mittel anders sein müssten, als sie sind, oder zu erörtern, was jemand tun würde, der vollkommenes Wissen besässe, wenn es unsere Aufgabe sein muss, das Wissen, über das die existierenden Personen verfügen, am besten zu nutzen“¹⁰¹.

3. Die Möglichkeiten der Sozialpolitik in der „Wettbewerbsordnung“

Bei einer zusammenfassenden Betrachtung der Möglichkeiten der Sozialpolitik in einer „Wettbewerbsordnung“ muss zuerst nochmals betont werden, dass die herkömmliche Sozialpolitik als ein vorwiegend systemfremdes Element zu betrachten ist, insoweit die Interventionen und Tarifbildungen sozialpolitischer Natur in Frage kommen. Dabei muss man sich bewusst sein, „dass ein *wesentlicher Teil* der staatlichen Interventionsmassnahmen sozialpolitischer Natur ist“¹⁰². Wenn die Röpkesche Sozialpolitik als eine vorwiegende „*Entproletarisierungs*“-Politik erscheint¹⁰³, so könnte das zu der Auffassung führen, dass herkömmliche Sozialpolitik und „proletarische Sozialpolitik“ identisch seien. Wenn dann alle anderen sozialpolitischen Massnahmen in der Produktions-, Markt-, Gewerbe-, Agrar-, Geldpolitik etc. untertauchen, so entsteht daraus nach Marbach eine „terminologische Unsitte“, die schon „sehr viel Unheil angestiftet“

⁹⁶ Goerdeler, a. a. O., S. 494.

⁹⁷ Böhm, a. a. O., S. 167 f.

⁹⁸ K. F. Maier, Das Verlangen nach sozialer Sicherheit, ORDO-Bd. III, S. 25.

⁹⁹ B. Röper, Ansätze zu einer wirklichkeitsnahen und dynamischen Theorie der Monopole u. Oligopole, Weltw. Archiv, Bd. 67, Heft 2, 1951, S. 266.

¹⁰⁰ L. Miksch, a. a. O., S. 192.

¹⁰¹ F. A. Hayek, Individualismus u. wirtschaftliche Ordnung, 1952, S. 137.

¹⁰² F. Marbach, Zur Frage der wirtschaftl. Staatsintervention, S. 34 f.

¹⁰³ W. Röpke, Gesellschaftskrisis..., S. 350 f.

hat¹⁰⁴. Es könnte dann auch der Gedanke auftauchen, *dass mit dem Ende der Entproletarisierungs-Periode sozusagen ein Absterben der Sozialpolitik zu erwarten sei*, und die „Sozialpolitik alten Stils“ sich nur noch „mit dem schwer auflösliehen Restbestand¹⁰⁵ an proletarischen Elementen zu befassen habe.

Wie unsere eingangs gegebene Definition erkennen lässt¹⁰⁶, hat die wirkliche Sozialpolitik viel weiter reichende Aufgaben zu erfüllen, die sich so lange stellen werden, wie es menschliche Unvollkommenheit und Existenznöte geben wird.

Wir haben an einzelnen Punkten gefunden, wo die Schwierigkeiten für eine „marktkonforme Sozialpolitik“ liegen. In seiner *Strukturpolitik* „nimmt Röpke einen Idealtypus des Menschen zum Ausgangspunkt seiner Doktrin und leitet von ihm seine Synthese ab, was ihn zu einem starren, nicht evolutionsfähigen System führt¹⁰⁷. Die theoretischen und praktischen Hindernisse für die Strukturplanung haben wir oben angedeutet¹⁰⁸. Die *Herstellung der Idealstruktur* leidet insbesondere auch daran, dass sie gegen das Leistungsprinzip, also „nichtkonform“, vorgehen müsste. Die Verteilung des Kleinbesitzes müsste doch wenigstens so erfolgen können, „als ob“ schon immer „vollständige Konkurrenz“ bestanden hätte. Die langfristig vollzogene Anbahnung der gewünschten Struktur mit Hilfe einer geeigneten Erbschaftsbesteuerung und Genossenschaftsbildung wäre wohl realistischer, aber auch nicht ohne das Mittel zentraler Planung zu vollziehen. Die Unterstützung der Selbsthilfeaktionen ist insofern wichtig, als die das individuelle Kaufkraftreservoir ersetzende Sozialversicherung in ihrem Aufgabenbereich offenbar reduziert werden soll¹⁰⁹ und bei tatsächlicher Erreichung „vollständiger Konkurrenz“ die Möglichkeiten zu betrieblicher Sozialpolitik schwinden¹¹⁰. An deren Stelle sollen die immateriellen Werte und sozialen Vorteile des dezentralisierten Betriebes treten¹¹¹.

Immerhin anerkennen die Ordoliberalen das bereits ausgebaute Sozialrecht, die Versicherung gegen Unfall, Krankheit und Erwerbslosigkeit, fordern aber, dass auch im *Versicherungswesen* das Moment der Konkurrenz viel stärker als bisher zur Geltung kommen solle¹¹². Angesichts des Charakters der *Erwerbslosenversicherung*, die versicherungstechnischen

¹⁰⁴ F. Marbach, a. a. O., S. 33.

¹⁰⁵ Röpke, a. a. O., S. 353.

¹⁰⁶ Siehe oben, Einleitung.

¹⁰⁷ R. Fischer, Besprechung zu J. Cros, *Le Néo-Libéralisme*, Paris 1951, Schweizerische Zeitschrift f. Volkswirtschaft u. Statistik, 88. Jahrgang, Nr. 4, 1952, S. 349.

¹⁰⁸ Siehe oben, 3. Kapitel, Abschnitt 2, B; 6. Kapitel, Abschnitt 1; 7. Kapitel, Abschnitt 1.

¹⁰⁹ W. Röpke, *Civitas humana*, S. 254.

¹¹⁰ Siehe oben, 3. Kapitel, Abschnitt 2, D.

¹¹¹ Siehe oben, 6. Kapitel, Abschnitt 5; siehe dort auch Anm. 129.

¹¹² W. Eucken, *Grundsätze...*, S. 319.

Bedingungen der *Zufälligkeit* und der *Schätzbarkeit* nicht zu erfüllen, ist in diesem Bereich eine solche Möglichkeit fast ausgeschlossen ¹¹³.

Was den Übergang von herkömmlicher zu „marktkonformer“ Sozialpolitik anbetrifft, so vernimmt man lediglich von Röpke, dass die erstere noch als „Linderungspolitik“ ¹¹⁴ während der „Entproletarisierungs-Epoche bestehen bleiben soll. Wenn damit bloss die „proletarische Sozialpolitik“ gemeint ist, so wäre also die allgemeine Sozialpolitik nicht betroffen. Im Rahmen der zulässigen Interventionen ¹¹⁵ wäre letzterer doch einige Bewegungsfreiheit gegeben. Da aber nach Miksch „ein Kollektiv als solches keine sittlichen Verpflichtungen haben kann“, kommt auch der zur Willkür Anlass gebenden „auseilenden Gerechtigkeit nur noch geschichtliches Interesse zu“ ¹¹⁶. Die Unterstützung Notleidender kann also „nur auf das Caritasprinzip gegründet werden“, jeder „Einzelne hat die sittliche Verpflichtung, Not zu verhindern“ ¹¹⁷. *Woher die betriebliche Sozialpolitik dann alimentiert werden soll, ist allerdings fraglich, denn Miksch muss zugeben, dass ein Unternehmer in „vollständiger Konkurrenz“ keinen sozial-ethischen Effekt ... zu erzielen“ vermag* ¹¹⁸.

4. Eingliederung

Die ordoliberalen „Wettbewerbsordnung“ erfordert eine *autoritäre Wirtschaftspolitik*. Ist die „*Gesamtentscheidung*“ für diese neue Ordnung gefallen, so ist die erste und grundlegende Forderung des Wirtschaftsministers in dem Satz beschlossen: „Alles hört auf mein Kommando“ ¹¹⁹.

Die „*Wirtschaftsverfassung*“ im Sinne des ORDO soll durch den „starken“ Staat gehütet werden, so dass die Schäden aus wirtschaftlicher Macht vermieden werden und nur „demokratische Marktbefehle“ Geltung haben.

Wie kommt es zu der „*Gesamtentscheidung*“? Gemäss der Auffassung, dass die Wahl der Wirtschaftsordnung in gewissem Sinne frei ist, kann ermittelt werden, welche der möglichen Ordnungsformen mit der vom Volke entwickelten Verfassung nicht übereinstimmen ¹²⁰. Die verbleibenden Möglichkeiten sind dann von den *Ordnungs-Sachverständigen* nach „Zweckmässigkeitsgesichtspunkten“ zu beurteilen. Die endgültige Entscheidung liegt dann allein bei der Obrigkeit ¹²¹. Neuerdings hat Böhm

¹¹³ W. Weddingen, Sozialpolitik, S. 251 f.

¹¹⁴ W. Röpke, Gesellschaftskrisis..., S. 350/353.

¹¹⁵ Siehe oben, 4. Kapitel, Abschnitt 6, B.

¹¹⁶ L. Miksch, Die sittliche Bedeutung der inneren Koordinaten, ORDO-Bd. III, S. 60.

¹¹⁷ L. Miksch, a. a. O., S. 61.

¹¹⁸ L. Miksch, a. a. O., S. 69.

¹¹⁹ F. Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft, S. 57.

¹²⁰ Siehe oben, 5. Kapitel, Abschnitt 1.

¹²¹ F. Böhm, a. a. O., S. 60 f.

nun betont, dass die Errichtung der „Wettbewerbsordnung“ ohne eine für diese gewonnene *Arbeiterschaft* nicht möglich sei. Der Widerstand der monopolistischen Unternehmer und aller nach Sicherheit und Beharrung strebenden Kräfte müsse überwunden werden. „Schon dies würde eine gewaltige geschichtliche Leistung sein“¹²². Auf der Suche nach den *tragenden Kräften* dieser Ordnung darf man nun nicht verkennen, dass das verpönte Sicherheitsbegehren gerade in der Arbeiterschaft ausgeprägt ist, weil diese über die geringsten Reserven an „konjunkturbeständigem Besitz“¹²³ verfügt. Der Hinweis, dass die Arbeitslosigkeit jeweils nur von kurzer Dauer sein werde, ist deshalb kein gewinnendes Argument. Das heute tief verwurzelte Streben nach „Vollbeschäftigung“ oder besser nach einem kontinuierlichen, ausreichenden Einkommen für alle kommt sehr stark gerade aus diesen Kreisen, die wirtschaftliche Situation beeinflusst ihre Wahl.

So verständlich der Angriff gegen die herkömmliche Sozialpolitik auch sein mag, so wenig überzeugend und ausreichend ist das Arsenal an „konformen“ Mitteln zur Bekämpfung sozialer Schäden und Fehlentwicklungen. Hier liegt noch ein grosses Arbeitsfeld. Die Notwendigkeit, zwecks „Entmachtung“ und Führung einer „Antimonopolpolitik“ eine *Machtverlagerung* nach der Spitze konzedieren zu müssen, wirkt in Anbetracht des gesteckten Zieles beunruhigend.

Wie Eucken die Tendenz erkannte, dass wachsende Konkurrenz auch zunehmende Konkurrenzabwehr zur Folge hat, so sieht sich der private *Unternehmer* der wechselnden Opportunität von Gegen- und Miteinander ausgesetzt. Es wird ihm nicht leicht sein, sich klar zu entscheiden. Einzelne Industriekreise haben geäußert, „dass die Durchsetzung des Wettbewerbs um jeden Preis durch ein generelles Verbot von Marktverständigungen abzulehnen“ ist, denn innerhalb dieses wohlgeordnet geschlossenen Systems der „Wettbewerbsordnung“ würden sich nach Ansicht dieser Kreise nicht nur privatwirtschaftliche, sondern insbesondere auch sozialpolitische Veränderungen „von nicht von vornherein übersehbaren Folgen“ ergeben. International gesehen würde ein Land unter einer solchen neuen Ordnung eine Sonderstellung einnehmen, womit die Marktabkommen und die „Liberalisierung“ des Handelsverkehrs gefährdet werden könnten¹²⁴.

Da bei „vollständiger Konkurrenz“ der Wettbewerb nicht sehr intensiv sein könnte¹²⁵, ist es möglich, dass gewisse *mittelständisch-kleinbetriebliche Kreise* von konservativer Einstellung diese Ordnung begrüßen würden. Der eigenartige Widerspruch, der sich aber aus der gleichzeitigen Postu-

¹²² F. Böhm, Das wirtschaftl. Mitbestimmungsrecht, ORDO-Bd. IV, S. 206.

¹²³ Siehe oben, 8. Kapitel, Anm. 31.

¹²⁴ Gemeinsame Stellungnahme der EStBM-Industrie sowie des Eisen- und Metallwarenhandels zur Wettbewerbsgesetzgebung. Abgedruckt in: F. Giese und I. H. von Brunn, Wettbewerb und Wettbewerbsbeschränkung, Frankfurt am Main 1950, Anhang I, S. 113 f.

¹²⁵ Siehe oben, 8. Kapitel, Abschnitt 2, A.

lierung von „vollständiger“ und „Substitutions“-Konkurrenz ergibt¹²⁶, lässt aber auch diese Schicht nicht klar sehen, zumal auch bei ihnen nicht sicher ist, ob sie die „Einflusslosigkeit“ als das Erstrebenswerte erachten. Neben dem Fehlen des empirischen Beweises für die Überlegenheit der reinen „Wettbewerbsordnung“¹²⁷ erschwert auch mangelnde Kenntnis des Realisierungsgrades und des Realisierungswillens und -könnens die „Gesamtentscheidung“.

Die Rolle des endgültigen *Verwirklichers* der neuen Ordnung ist noch nicht verteilt. Die Entscheidung reicht über den Rahmen einer Nation hinaus und die langfristigen Pläne überschreiten in ihrem Zeitbedarf weit die Amtsperiode einer parlamentarischen Regierung. So wird auch die oben citierte Äusserung Morgensterns noch mehr begrifflich, „dass eine absolutistisch-autokratische Regierungsform einer liberalen Wirtschaftspolitik keineswegs widerspricht“, sondern „viel grössere Möglichkeiten einräumt“¹²⁸. Die Führung der Wirtschaftspolitik wäre einem Gremium von unabhängigen *Ordnungs-Sachverständigen* langfristig zu überlassen.

Es zeigt sich, dass die Unterscheidung zwischen der breiten Strömung des „Neoliberalismus“ und der vorwiegend deutschen Schule des „Ordoliberalismus“ gerechtfertigt ist¹²⁹. Die Kriterien der Unterscheidung liegen zuerst darin, dass der „neoliberalen“ Suche nach der „workable competition“ oder „competitive order“ das fest umrissene ordolibérale Programm einer „ordered competition“ oder „Wettbewerbsordnung“ gegenübersteht. Ferner ist zu bemerken, dass in der letzteren Richtung eine *eigenartige Identifizierung von Ordnung und Freiheit* vorliegt, die da droht, wirkliche Freiheit schöpferischen Wettbewerbes zu beengen. Die Aufgabe des Glaubens an die Selbstverwirklichung der Interessensharmonie führte zur Forderung nach deren „Veranstaltung“ oder Organisation. Dabei muss aber erkannt werden, dass vollständige Harmonie nicht mehr mit Freiheit gleichbedeutend ist¹³⁰. So ist nur abgrenzend noch hinzuzufügen, dass das bei *Böhm* und *Miksch*, besonders stark aber auch bei *Eucken* ausgeprägte *Wirtschaftsverfassungsdenken* nach einem starren Vorbild kennzeichnend ist. Es liegt nach Haussmann „eine Überschätzung der juristischen Gestaltungskraft gegenüber der ökonomischen Interessenauswägung vor allem bei Franz Böhm“ vor, wie schon der Titel seines diesbezüglichen Buches zeige¹³¹. Man könnte auch sagen, das gesteckte Ziel sei nicht „konform“ erreichbar.

¹²⁶ Siehe oben, 4. Kapitel, Abschnitt 4.

¹²⁷ Vgl. Hero Moeller, Liberalismus, Jahrbuch f. Nationalökonomie u. Statistik, Band 162, Heft 3, Mai 1950, S. 230.

¹²⁸ Siehe oben, 5. Kapitel, Anm. 20; ferner auch R. Löwenthal, Der Mythos des XIX. Jahrhunderts, Frankfurter Hefte, 5. Jahrgang, Heft 12, Dezember 1950. S. 1284 unten.

¹²⁹ Siehe oben, 1. Kapitel, Abschnitt 2.

¹³⁰ Fritz Marbach, Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention, S. 94: „... Harmonie ist nicht mehr frei. Frei ist nur der Ton, nicht der Klang.“

¹³¹ Fritz Haussmann, Die wirtschaftliche Konzentration an ihrer Schicksalswende, Basel 1940, S. 236, Anm. 409.

Die stark soziologisch fundierten Zielsetzungen von *Röpke* und *Rüstow* erhellen auch von dieser Seite den revisionistischen Charakter des Ordoliberalismus. Auch hier ist der Gedanke einer Idealstruktur erkenntlich, der zusammen mit der stark anti-monopolistischen Tendenz dieser Strömung einen mehr konservativen Charakter verleiht. Trotz gewisser radikaler Forderungen könnte man die beiden Letztgenannten für mehr „neoliberal“ halten, wenn nicht *Rüstow* der erste Rufer nach dem „starken Staat“ gewesen wäre¹³² und *Röpke* nicht neuerlich von der Leitung in einer Hand¹³³ als Bedingung der Wirtschaftspolitik gesprochen hätte.

Der ORDO-Gedanke ist auch nicht frei von Pragmatismus, da die „in den Dingen selbst“ vorzufindende „vollständige Konkurrenz“ befähigen soll, Maxime des sittlichen Verhaltens insofern abzuleiten, als die „Marktkonformität“ aussagt, „was nicht sein darf“. Dies steht u. E. im Gegensatz zum „ordo“ der Scholastik und der metaphysisch begründeten Sittlichkeit der Kirche. Hier liegen auch die grössten, noch zu überwindenden Gegensätze zwischen dem Ordoliberalismus und der katholischen Auffassung von einer „sozialen Marktwirtschaft“, wie sie etwa v. Nell-Breuning vertritt. Der Wunsch Müller-Armacks, es möge eine „soziale Irenik“ Menschen mit heute zum Teil noch gegensätzlichen Auffassungen zusammenführen¹³⁴, bezieht sich nicht zuletzt auf eine enge Verbindung von Freiburger Schule und Katholizismus. Auch die Gegensätze zu den „liberalen Sozialisten“ werden als nicht unüberwindlich erachtet. In diesem Bunde würden sich allerdings für die ordolibérale Konzeption noch einige, sicher fruchtbare Ergänzungen und Abwandlungen ergeben, *denn die gestaltenden Kräfte der Gesellschaft können nicht nach einem Teil ihrer Teilbereiche ausgerichtet werden.*

Basierend auf dem heuristischen Prinzip der Gleichgewichtstheorie für den Fall „vollständiger Konkurrenz“ hat Eucken ein in seiner Geschlossenheit bewunderungswürdiges wirtschaftspolitisches System errichtet. Jedoch würde die Neuordnung gemäss dem Modell der „vollständigen Konkurrenz“ ausserordentlich einschneidende Massnahmen notwendig machen. Hayek ist sogar zu der Auffassung gelangt, dass „die vornehmliche Beschäftigung mit diesem Modell“ ... „zu politischen Schlussfolgerungen führt“ ..., die „höchst irreführend und sogar gefährlich“ sind und zur Billigung von „antisozialen Praktiken“ führen könnten¹³⁵. Wir denken nicht nur an die Beengung wohlervorbener sozialpolitischer Errungenschaften, sondern auch an das Fehlen der Möglichkeit, die herkömmliche Sozialpolitik vollwertig und vollumfänglich durch eine im ordoliberalen System aufgehende „marktkonforme“ Sozialpolitik zu ersetzen. Eine zu dogmatische Abkehr vom Herkömmlichen scheint bedenklich. *Wir müssen*

¹³² Siehe oben, 1. Kapitel, Abschnitt 3.

¹³³ W. Röpke, Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?, Stuttgart u. Köln 1950, S. 10.

¹³⁴ Siehe oben, 3. Kapitel, Abschnitt 1, B und dort Anm. 38.

¹³⁵ F. A. Hayek, Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, S. 134.

uns bewusst sein, dass der Kampf um die „Entmachtung“ der Monopolisten, Gewerkschaften etc. eben ein Machtkampf ist, der in der vorgesehenen „veranstalteten“ Form eine Machtverlagerung nach der Spitze darstellt, die keinen Gewinn an Freiheit bringen dürfte. Die zukünftige Aufgabe der Ordoliberalen wird darin bestehen, die Gefahr einer überbordenden zentralen Macht überzeugend zu bannen.

Der Ordoliberalismus stellt sich uns dar als ein bis zu den Grundlagen der liberalen Ideologie vorstossender *revisionistischer Liberalismus*, der in entschiedener Abkehr vom einstigen Laissez-faire die Verwirklichung seiner Ideen einer mit grosser Autorität ausgestatteten rechtsstaatlichen Institution zu überantworten gedenkt. Aufgabe der Wirtschaftspolitik wird die „möglichst vollkommene“ „Veranstaltung“ des marktwirtschaftlichen Wettbewerbes. Die Erneuerung des Liberalismus in einer veränderten geistigen und materiellen Umwelt hat besonders in der hier zur Darstellung gebrachten Richtung eine tiefgreifende Wandlung in der Wahl wirtschaftspolitischer Mittel gezeitigt.

CURRICULUM VITAE

Ich, Ernst Wolfram Friedrich Dürr, wurde am 13. Juli 1921 in Dresden an der Elbe geboren als Sohn des Ernst Dürr, Textilindustrieller, und der Nanny Dürr geborene Wiesel. Ich besuchte die Schulen von Reichenbach im Vogtland und Greiz in Thüringen. Am 27. Januar 1941 legte ich an der Staatlichen Oberschule für Jungen in Greiz die Maturitätsprüfung ab. Von 1942 bis 1944 studierte ich an der Technischen Hochschule Dresden Volkswirtschaft und Maschinenbau. Nach kriegsbedingter Unterbrechung setzte ich seit 1947 meine Studien an der Universität Zürich fort. Gleichzeitig besuchte ich in Zürich das Abendtechnikum. Das Diplom als Maschinentechniker wurde mir am 29. April 1949 erteilt. Von 1950 bis 1952 arbeitete ich an vorliegender Dissertation, die im Dezember 1952 von der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät angenommen wurde.

